Christian Keuschnigg

Innovatives Österreich: Wege in die Zukunft

Kommentare zur Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Schriften des WPZ

LIT

Christian Keuschnigg

Innovatives Österreich:
Wege in die Zukunft

Wirtschaftspolitische Schriften des WPZ

herausgegeben von

Christian Keuschnigg

Band 2

LIT

Christian Keuschnigg

Innovatives Österreich: Wege in die Zukunft

Kommentare zur Wirtschaftspolitik

LIT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-643-80317-7 (br.)
ISBN 978-3-643-85317-2 (PDF)

© LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2020

Verlagskontakt:
Fresnostr. 2 D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20
E-Mail: lit@lit-verlag.de http://www.lit-verlag.de

Auslieferung:
Deutschland: LIT Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

INHALT

VORWORT VII

EIN WIRTSCHAFTSPOLITISCHES LEITBILD 1

I. ABSCHNITT 1: STEUER- UND LEISTUNGSSTAAT 5
1. Die Steuerreform ist kein grosser Wurf 5
2. Kein Ende der Steuerbelastung 7
3. Als gäbe es kein Morgen 9
4. Bundesländer und Steuern: Gestalten anstatt verwalten 17
5. Steuerwettbewerb braucht das Land 21
6. Wir sind nicht alle gleich 25
7. Zehn Thesen zum modernen Leistungsstaat 27
8. Was einen modernen Leistungsstaat ausmacht 31
9. Steuerautonomie der Bundesländer 35
10. Mehr Finanzautonomie für die Bundesländer 39
11. Die Tragbarkeit der Staatsschulden 45

II. ABSCHNITT 2: UNTERNEHMEN UND INNOVATION 49
1. Innovation braucht Strukturwandel 49
2. Wettbewerbspolitik ist der Schlüssel 53
3. Globalisierung, was sonst? 57
4. Innovation: Der Staat muss in Vorlage treten 61
5. Innovationsstrategie: Zehn Punkte für Österreich 65
6. Mehr Schub für die Innovation 73
7. Neues wagen, Risiko tragen 75
8. Die wichtigste Sozialversicherung 79
9. Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise 83

III. ABSCHNITT 3: FINANZPLATZ 85
1. Warum Österreich mehr Risikokapital braucht 85
2. Innovation braucht Wagniskapital 89
3. Eigenkapital – der Freund der Arbeit 91
4. Das Ende niedriger Zinsen? 95
5. Ein gesunder Finanzplatz dient Innovation und Wachstum 99
6. Finanzplatz: Zehn Reformen für Österreich 105
7. Wagniskapital erneuert Wirtschaft 111

IV. ABSCHNITT 4: SOZIALE TEILHABE 115
1. Alles spricht für inklusives Wachstum 115
2. Ist der Sozialstaat noch zu retten? 119
3. Streit ums flexible Arbeiten 123
4. Damit niemand auf der Strasse landet 127
5. Eine «freiwillige» Vermögenssteuer 131
6. Soziale Teilhabe: Wo steht Österreich? 135
7. Topgehälter: Was sind Manager wirklich wert? 137
8. Wie der Staat für Ungerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt sorgt . 141
9. Verteilung und soziale Mobilität 145
10. Arbeit braucht Ausbildung 149
11. Sieben Fragen zur Pensionsreform 151
12. Ein Pensionssystem für alle Generation 153
13. Ungleichheit, das richtige Mass 161

V. ABSCHNITT 5: EUROPA UND DER EURO 175
1. Währungen und der richtige Wechselkurs 175
2. Italien und der Euro 179
3. Einlagen sichern ohne Umverteilung 183
4. Die EU nach dem Brexit 187
5. Kooperation statt Eigennutz – Brexit 191
6. Die Kapitalmarktunion vertiefen 195
7. Wie schafft Europa mehr Wachstum? 199

VI. ABSCHNITT 6: DIE SCHWEIZ 203
1. Investitionen in den Standort Schweiz 203
2. Der harte Franken 207
3. Die richtige Personenfreizügigkeit 211
4. Stärkung des Standorts ist teuer 215
5. Aus der Finanzkrise nichts gelernt 219

VII. ABSCHNITT 7: DEMOKRATIE 223
1. Freie Medien für freie Menschen 223
2. Ist mehr direkte Demokratie notwendig? 227
3. Wieviel direkte Demokratie? 231
4. Viele Ansprüche an die Volkswirtschaftslehre 235
5. Ein Plädoyer für unabhängige Forschungsinstitute 239
6. Wettbewerb fördert auch die Wirtschaftsforscher 243

VORWORT

Wie kann Österreich seinen Unternehmen, Familien und Kindern mehr Chancen bieten? Die Wohlfahrt heutiger und künftiger Generationen hängt nicht nur an hohen Einkommen, sondern auch an wirtschaftlicher Sicherheit und an hoher Lebens- und Umweltqualität. Die Politik hat grossen Einfluss darauf. Aber ohne Ziel und Plan kann sie das Potential für Österreich kaum ausschöpfen. Deshalb startet das Buch mit einem wirtschaftspolitischen Leitbild. Danach geht es die grossen Fragen an: Wie kann die Wirtschaft mit Bildung und Innovation im weltweiten Wettbewerb erfolgreich sein? Was ist der richtige Kompromiss zwischen hohen Einkommen, Sicherheit und Lebensqualität? Wie gelingt es, den Sozialstaat mit nachhaltigem Wachstum zu versöhnen? Soll der Staat auf mehr Umverteilung oder vorbeugend auf Chancengleichheit und sozialen Aufstieg setzen?

Das Buch stellt meine wichtigsten Gastkommentare der letzten Jahre zusammen. Viele der Beiträge sind zeitlos, andere spiegeln den Stand der Debatte zum Zeitpunkt des Erscheinens wieder. Alle knüpfen an die aktuelle Forschung und Lehre an. Das Buch verfolgt drei Ziele: es will die spezialisierten Forschungsthemen in den aktuellen politischen Diskurs einbetten; es will die Öffentlichkeit an den Erkenntnissen der volkswirtschaftlichen Forschung teilhaben lassen; und es will die Informationsgrundlagen und Argumente für die wirtschaftspolitische Diskussion schärfen. Dazu müssen die Ergebnisse der Forschung allgemein verständlich aufbereitet werden. Wie sonst könnte in einer Demokratie die Öffentlichkeit sich eine informierte Meinung über die grossen Fragen der Politik bilden?

Die Beiträge sind im Zuge meiner Arbeit in Forschung, Lehre und wissenschaftlicher Politikberatung entstanden. Qualität und Leistungsfähigkeit gewinnen durch die laufende Herausforderung und kritische Auseinandersetzung. Dafür danke ich den Mitarbeitern und Studierenden an der Universität St. Gallen, dem Team von WPZ Research in Wien und dem engagierten Publikum an öffentlichen Veranstaltungen. Meiner Familie danke ich ganz besonders für das Lebensglück, den emotionalen Rückhalt und die Geduld wegen der vielen Ablenkungen.

Christian Keuschnigg, St. Gallen, 7. 8. 2020

EIN WIRTSCHAFTSPOLITISCHES LEITBILD

Christian KEUSCHNIGG, 08.07.2020

Innovatives Österreich – leistungsfähig, fair und nachhaltig

Der Staat sind wir. In der Demokratie handelt die Politik in unserem Auftrag. In Wahlen treffen wir Richtungsentscheidungen und üben demokratische Kontrolle aus. Aber was ist der Anspruch? Was ist unser Auftrag an die Politik? Jedes Unternehmen und jede grosse Organisation geben sich ein Leitbild zur Orientierung. Mit Ziel und Plan ist das Handeln erfolgreicher. Aber was ist eigentlich das Leitbild für Österreich?

Die Suche nach einem Leitbild ist schwierig. Die weltanschaulichen Vorstellungen und die Ansprüche an den Staat sind sehr verschieden. Das staatliche Handeln kann letzten Endes nur ein Kompromiss sein, den möglichst alle mittragen können. Wir brauchen gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gemeinsinn.

Die Volkswirtschaftslehre kann Orientierung bieten. Erster Grundsatz ist, dass die Politik die Hoffnungen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen soll. Das wirtschaftspolitische Handeln soll sich an unserer Wohlfahrt orientieren. Wohlfahrt bedeutet nicht nur hohe Einkommen und Reichtum, sondern auch wirtschaftliche Sicherheit und hohe Lebensqualität für uns und unsere Kinder. Daraus leite ich den Leitsatz ab: «Innovatives Österreich – leistungsfähig, fair und nachhaltig».

Ein *leistungsfähiges Österreich* bietet den Familien und Unternehmen bessere Perspektiven als anderswo. Dank Priorität für Bildung und Innovation erwirtschaftet es hohe Einkommen mit robustem Wachstum. Im weltweiten Vergleich bleibt Österreich im Volumen ein Zwerg, aber pro Kopf spielt es in der ersten Liga. Das Land tritt für offene Märkte und fairen Wettbewerb ein, in Europa und in der Weltwirtschaft, denn der kleine Heimmarkt ist für die besten Unternehmen viel zu klein. Die Chancen liegen auf dem Weltmarkt.

Österreich bietet wirtschaftliche Sicherheit. Doch Risiko ist unvermeidlich, wenn es Innovation und Fortschritt geben soll. Krisen in Wirtschaft,

Umwelt und Gesundheit sind eine Realität. Ein robuster Sozialstaat schützt die Arbeitenden vor existentiellen Lebensrisiken. Doch der Sozialstaat kann nur nachhaltig sein, wenn die Risiken nicht Überhand nehmen. Daher pflegt das Land eine Risikokultur und verbessert die Rahmenbedingungen für Risikokapital. Risikokapital übernimmt das Risiko, das andere nicht tragen wollen. Löhne und Beschäftigung der Arbeitenden, das mühsam Ersparte und die Kredite der Banken können nur sicher sein, wenn Unternehmer und Investoren Risiko übernehmen.

Das Wachstum soll die Lebensqualität verbessern. Daher setzt Österreich nach dem Verursacherprinzip wirksame Anreize, damit die BürgerInnen und Unternehmen neben dem Eigennutz das gemeinsame Interesse mitbedenken. So kann Österreich einen sorgsamen Umgang mit erschöpfbaren Umweltressourcen kultivieren und die heimische Marktwirtschaft auf mehr Nachhaltigkeit ausrichten.

Ein *faires Österreich* will die Bevölkerung möglichst breit am gemeinsamen Wohlstand beteiligen und strebt eine angemessene Verringerung der Ungleichheit an. Die Politik soll vorbeugend anstatt reagierend handeln, damit Ungleichheit und soziale Risiken möglichst gar nicht entstehen. Gleiche Startchancen haben Vorrang gegenüber einer Verringerung von Ungleichheit, welche aus Unterschieden in persönlicher Anstrengung, Geduld, Unternehmertum und Sparsamkeit folgen. Erfolg muss sich lohnen. Die Politik setzt daher am unteren Ende auf Bildung, Qualifikation und freien Berufszugang, um den sozialen Aufstieg zu unterstützen. Sie setzt am oberen Ende auf Wettbewerb, um überschiessende Einkommen zu verhindern, und auf eine Stärkung der Unternehmenskontrolle und auf einen effizienten Rechtsstaat, um Ausnutzung von Marktmacht, Privilegien bis hin zu Korruption abzustrafen. Eine vorbeugende Politik verringert nicht nur Ungleichheit, sondern fördert auch das Wachstum.

Was dann noch an Ungleichheit übrigbleibt, wird mit progressiven Steuern und Unterstützungsleistungen massvoll, transparent und individuell nachvollziehbar umverteilt. Solidarität hat zwei Seiten. Eine massvolle Umverteilung darf die Leistungsbereitschaft der Geber nicht überfordern und bei den Empfängern die Anreize zur Selbsthilfe nicht erlahmen lassen. Ein faires Österreich wendet konsequent den Grundsatz der Gleichbehandlung für horizontale Verteilungsgerechtigkeit an. Es orientiert sich am Prinzip der Leistungsfähigkeit und verteilt nur in eine Richtung um, von

oben nach unten. Die Politik trifft eine klare Unterscheidung zwischen individuell zurechenbaren Ansprüchen an die Sozialversicherung, die mit Beiträgen selbst erworben sind, und einer Umverteilung aus dem Steuertopf ohne Gegenleistung. So können die Bürgerinnen und Bürger klar erkennen, ob sie die Solidarität der Gemeinschaft beanspruchen oder eine selbsterworbene Leistung beziehen, und wo sie in der Gesellschaft stehen.

Ein *nachhaltiges Österreich* denkt langfristig. Ein investiver Staat tätigt rechtzeitig jene Investitionen, die über viele Jahrzehnte Nutzen stiften und die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Kinder sichern. Die zukünftigen Generationen brauchen neben einem klaren Fahrplan zur Verbesserung der Umwelt eine ausgebaute technologische Infrastruktur, ein leistungsfähiges Bildungs- und Gesundheitswesen, eine führende Stellung in der Grundlagenforschung und einen verlässlichen Rechtsstaat. Die Alterssicherung soll selbststeuernd und selbstfinanzierend sein, damit jede Generation die Kosten selbst trägt, ohne Vorbelastung künftiger Generationen. Die Staatsschulden sollen moderat bleiben, damit der Staat auch in Zukunft jederzeit handlungsfähig bleibt und wie ein Bollwerk im Sturm auch in der Krise Sicherheit bieten kann.

Innovation ist die wichtigste Quelle von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Erfolgreiche Innovation sichert den Arbeitenden hohe Löhne und bessere Perspektiven für berufliches Fortkommen. Innovation ist aber auch eine Ursache für schnellen Wandel und eine Quelle des Risikos. Das *innovative Österreich* strebt eine führende Stellung in der Grundlagenforschung und privaten Innovation an, unterstützt die Bereitschaft zum Wandel und die Fähigkeit zur Anpassung. Es sichert günstige Rahmenbedingungen für Risikokapital, um das Neue zu finanzieren und das Risiko durch Streuung abzubauen. Es pflegt einen robusten Sozialstaat, der Sicherheit bietet und gleichzeitig den Wandel erleichtert anstatt blockiert. So können Arbeit und Kapital dorthin wandern, wo sie den grössten Ertrag erzielen, und wo Fortschritt anstatt Stagnation stattfindet.

Das innovative Österreich ist leistungsfähig, fair und nachhaltig. Gelingt die konsequente Orientierung an diesem Leitbild, dann werden die Chancen und Perspektiven für die Familien und Unternehmen und der gesellschaftliche Zusammenhalt besser sein als anderswo, für die heutigen und die künftigen Generationen.

I. Abschnitt 1: Steuer- und Leistungsstaat

1. Die Steuerreform ist kein grosser Wurf

Trend, 10.04.2019

Die kalte Progression hat still und heimlich die Steuern erhöht. Jetzt ist es wieder Zeit für eine Entlastung. Die geplante Steuerreform soll um 4,5 Mrd. Euro entlasten. Ein Drittel ist mit dem Familienbonus, dem Steuerabsetzbetrag von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr, seit Jahresbeginn umgesetzt. Dass die Regierung ihre „Steuerreform" mit nachhaltiger Budgetdisziplin absichern will, ist in aller Interesse. Ein grosser Wurf ist es aber nicht.

Zuerst will die Regierung die Geringverdiener entlasten und die Krankenversicherungsbeiträge um 700 Mio. Euro absenken. Aber diese Beiträge sind keine Steuer, sondern der Preis für eine Versicherungsleistung. Diesen Preis zu senken verschleiert die Kostentransparenz. Die Bürger müssen die wahren Kosten kennen, sonst ist die nächste Kostenlawine vorprogrammiert. Ja, die Sozialbeiträge belasten die Geringverdiener über Gebühr. Es ist gut, wenn die Regierung aktiv wird. Gezielte Instrumente wären die Anhebung der Sozialhilfe bis hin zu bar ausbezahlten Negativsteuern, um die kleinen Realeinkommen zu schützen.

Auch die Erhöhung des Werbungskostenpauschale und der Kleinunternehmergrenze entlastet die Geringverdiener. Das Steuersystem wird einfacher. Viele werden keine Steuererklärung mehr abgeben müssen und sparen nicht nur Steuergeld, sondern auch noch Zeit und Aufwand. Auch die Finanzämter können Arbeit und Verwaltungskosten einsparen.

Zudem will die Regierung einen ökologischen Anreiz setzen und Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoss steuerlich entlasten. Eine andere Alternative wäre die Abschaffung des Pendlerpauschales gewesen, welches den umweltbelastenden Individualverkehr begünstigt.

Für 2021 in Aussicht gestellt ist auch eine Absenkung des Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer in den untersten drei Steuerstufen um bis zu 5 Prozentpunkte. Das ist eine breitflächige Entlastung. Es profitieren auch

die besser Verdienenden. Sie sparen bei den ersten Teilen ihres Einkommens ebenfalls Steuern.

Klar, es gibt punktuelle Verbesserungen. Viel wichtiger sind jedoch die Baustellen, welche die Regierung nicht anpackt. Die Abschaffung der kalten Progression ist verschoben. Sie führt zu automatischen Steuererhöhungen, ganz ohne demokratischen Beschluss. So wird es schwer, die Steuerquote nachhaltig zu senken. Sie ist auch ungerecht, weil sie die weniger gut bezahlten Arbeitenden ganz ohne Zunahme ihrer Kaufkraft in höhere Steuerklassen rutschen lässt, die nur für besser Verdienende gedacht sind. Um diese Fehlentwicklung auszugleichen, wird alle vier bis fünf Jahre eine Steuerreform notwendig. Das begünstigt eine erratische Steuerpolitik.

Warum werden die Steuervergünstigungen nicht mutiger angepackt? Die Einnahmenausfälle machen etwa ein Drittel des Aufkommens der Einkommensteuern aus und erzwingen umso höhere Steuersätze. Die Begünstigung des 13. und 14. Gehalts ist ein internationales Kuriosum und hat keine nachvollziehbare Begründung. Klar könnten die Bürger weiter ein Urlaubs- und Weihnachtsgeld beziehen. Es würde einfach genauso besteuert wie die anderen Monatsgehälter. Allein damit könnten die Steuersätze in jeder Stufe um etwa 4 Prozentpunkte sinken, ohne Einnahmen zu verlieren. Daneben gibt es eine Unzahl weiterer Begünstigungen bei der Einkommen- und Mehrwertsteuer, die das Aufkommen mindern und hohe Steuersätze erfordern. Sie haben unklare bis kontraproduktive Verteilungswirkungen und oft zweifelhafte Lenkungseffekte, und treiben die Bürokratiekosten bei Staat und Steuerzahlern in die Höhe.

Eine Entrümpelung würde das Steuersystem einfacher und transparenter, gerechter und auch leistungsfreundlicher machen, weil die Steuersätze niedriger sein könnten. Damit müsste man hart gegen einige Interessensgruppen kämpfen, die viel gewinnen können, indem sie für ihre Klientel eine Begünstigung durchsetzen. Andere müssen es mit höheren Steuersätzen bezahlen. Die Begünstigung der einen Gruppe ist wieder Legitimation für andere, ebenfalls eine Begünstigung zu fordern. Am Ende hat jeder das Gefühl, zu viel zu zahlen und zu wenig zu bekommen.

Es ist Zeit, einige „heilige Kühe“ der Steuerpolitik zu schlachten und mit vielen Begünstigungen Schluss zu machen. Dann könnten die Steuersätze wesentlich geringer, die Steuerehrlichkeit besser und das Vertrauen zwischen Bürgern und Staat höher sein.

2. KEIN ENDE DER STEUERBELASTUNG

Trend, 03.02.2017

Die Steuern sind unser Geld, wir müssen es verdienen. Wir wollen nicht automatisch mehr Steuern zahlen, ohne vorher zu diskutieren. Wir wollen Fairness und Gerechtigkeit und nur nach unserer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen.

Die kalte Progression, also der inflationsbedingte Anstieg der Steuerbelastung, ist ein politisches Armutszeugnis. Die Regierung verschafft sich ohne demokratischen Beschluss Mehreinnahmen. Die automatische Steuererhöhung zwingt uns, das private Budget schmerzhaft zu konsolidieren. Die Regierung delegiert das Sparen an uns.

Es kommt noch schlimmer. Indem sie die kalte Progression zulässt, delegiert sie die Entscheidung darüber, wie stark bei uns das Lohnsteueraufkommen wachsen soll, zur EZB nach Frankfurt! Wenn diese eine höhere Inflationsrate schafft, steigert sie bei uns das Lohnsteueraufkommen. Diese Entscheidung erwarten wir im souveränen Österreich von der eigenen Regierung.

Nun hat sich die Regierung vorgenommen, die ersten beiden Tarifstufen der Einkommensteuer von 11.000 und 18.000 Euro automatisch anzupassen und einen Progressionsbericht zu präsentieren, sobald die aufgelaufene Inflation 5% übersteigt. Das ist ein erster mutiger Schritt, aber nicht konsequent genug. Der schleichende Trend zum Hochsteuerland ist nur gebremst, nicht gestoppt. Die Probleme mit der Steuergerechtigkeit bleiben bestehen.

Der breite Mittelstand ist weiter der kalten Progression ausgesetzt. Dazu gehören jene, die zwar mehr als die untersten beiden Gruppen verdienen, aber nicht zu den Spitzenverdienern gehören. Sie rutschen in höhere Steuerklassen, ohne dass sich an ihrer Leistungsfähigkeit etwas geändert hätte. Auch die Entwertung der Absetz- und Freibeträge erhöht laufend die Steuerschuld. Bei 2% Inflation dauert es zweieinhalb Jahre, bis der nächste Progressionsbericht fällig ist und wieder ein Herumschrauben am Steuertarif beginnt. Eine erratische Steuerpolitik ist garantiert.

Kein Mensch redet darüber, dass nicht nur die Inflation, sondern auch die Reallohnzuwächse genau dieselben Probleme auslösen. Wenn jemand heute 30.000 Euro verdient und die Löhne dank Innovation real um 1,5% jährlich wachsen, dauert es etwas mehr als 2 Jahre, bis er oder sie die Tarifschwelle von 31.000 Euro überschreitet. Der Grenzsteuersatz steigt von 35 auf 42%, ganz ohne Inflation. Wenn alle anderen Löhne ebenfalls um 1,5% zunehmen, steigt niemand in der Lohnverteilung auf oder ab. An der Leistungsfähigkeit hat sich nichts geändert. Und dennoch nimmt die Steuerbelastung schleichend zu.

Reallohnsteigerungen führen zu denselben Problemen wie die kalte Progression. Auch ohne Inflation rutschen die unteren und mittleren Einkommensklassen in höhere Steuerklassen, die für sie nicht gedacht sind. Die in den Tarif gegossenen Gerechtigkeitsvorstellungen kommen permanent durcheinander. Die Leistungsfähigkeit steigt doch nur, wenn jemand Karriere macht und der eigene Lohn schneller zunimmt als bei anderen. Nur dann gebietet das Leistungsfähigkeitsprinzip auch eine zunehmende Steuerbelastung. Auch Reallohnsteigerungen führen dazu, dass die Einnahmen aus der Lohnsteuer ständig schneller wachsen als die Lohnsumme oder das BIP. Das ist nichts anderes als eine schleichende Steuererhöhung, auch ganz ohne Inflation.

Für dieses Problem gibt es nur eine Lösung, nämlich eine jährliche Indexierung der Tarifgrenzen und aller Frei- und Absetzbeträge mit den Nominallohnsteigerungen, also der Summe aus Inflation und Reallohnzuwächsen! Nur so wächst das Lohnsteueraufkommen gleich schnell wie das BIP. Die persönliche Steuerbelastung steigt nur, wenn jemand Karriere macht, und sinkt, wenn das Einkommen abnimmt. Nur in diesen Fällen ist nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip eine Änderung der Steuerbelastung angebracht. Die Steuern sind unser Geld. Wenn die Politik für wichtige Zwecke mehr Steuern haben oder die Verteilung ändern will, dann soll sie das nicht still und heimlich tun, sondern mit uns vorher diskutieren und nachher einen demokratisch legitimierten Beschluss fällen.

3. ALS GÄBE ES KEIN MORGEN

Schweizer Monat, 02.03.2019

Es reicht hinten und vorne nicht. Die Industrieländer geben Geld aus, als gäbe es kein Morgen! Es ist schwierig und unbequem, den Bürgern gleich die Rechnung zu präsentieren. Die Ausbreitung der Schattenwirtschaft belegt den zunehmenden Steuerwiderstand. Die Verschuldung ist der Ausweg der Politik, heute Geld auszugeben und später zu bezahlen. Die Staatsschulden steigen und steigen. Der Euroraum startete 2007 mit Staatsschulden von 65 Prozent des BIP und liess sie bis 2012 auf 90 Prozent wachsen. Mit grossen Unterschieden zwischen den Mitgliedsländern[1] konnte der Euroraum als Ganzes eine leichte Trendwende einleiten und bis 2018 die Schulden auf 84 Prozent begrenzen. Nicht so in den USA. Dort stiegen die Staatsschulden von 65 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf 103 Prozent in 2012 und noch einmal auf 106 Prozent in 2018. Der japanische Staat stellt alles in den Schatten und ist nach 175 Prozent in 2007 heute mit ganzen 238 Prozent des BIP verschuldet. Manche dieser Schulden sind klug investiert, um die katastrophalsten Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abzufedern und über die Zeit zu strecken, oder um in Grundlagenforschung, Bildung, Rechtsicherheit und Infrastruktur mit langanhaltend positiven Wirkungen zu investieren. Aber zu oft schliesst die Neuverschuldung einfach nur Budgetlücken, weil die Politik bei den Ausgaben nicht sparen oder für Sozialausgaben und Konsum nicht heute schon bezahlen will.

Hat die Staatsverschuldung Grenzen? Manche Staaten haben die Zukunft fest im Blick und ihre Staatsverschuldung unter Kontrolle. Die Schweiz ist eine krisenrobuste Wirtschaft und hat sich konsequente Schuldenbremsen gegeben, mit dem Rückhalt der Wähler per direktem Volksentscheid im Jahr 2001. Selbst in der grossen Finanz- und Wirtschaftskrise konnte die Schweiz seine Staatsverschuldung im Zaum halten und sogar

[1] In Italien zum Beispiel steigt die Schuldenbelastung stetig an, von 100 Prozent in 2007, 123 Prozent in 2012 auf heute 130 Prozent des BIP.

moderat abbauen, von 45 Prozent in 2007 auf 44 Prozent in 2012 und weiter auf 40 Prozent des BIP heute. Schweden hat nach einer Krise eine Wende eingeleitet und die Verschuldung nachhaltig reduziert, auf heute 38 Prozent des BIP. In Irland geht die Staatsschuldenquote nach dem dramatischen Anstieg in der Finanzkrise zur Rettung der Banken – von 24 Prozent in 2007 auf 120 Prozent in 2012 – nun wieder stark zurück, getragen von fiskalischer Disziplin und enormem Wirtschaftswachstum. Heute beträgt sie nur mehr 67 Prozent des BIP. Doch der Mehrheit der Staaten fehlt beides, fiskalische Disziplin und robustes Wachstum. Und so ist beim Anstieg der Staatsverschuldung in vielen Ländern eine Trendwende nicht in Sicht.

Dass es eine Grenze für die Tragbarkeit der Staatsverschuldung gibt, zeigen die zahlreichen staatlichen Insolvenzen. Nach Citibank Research waren zwischen 1960 und 2017 insgesamt 145 (!) Staaten in Insolvenzen verwickelt und haben die Zinsen nicht rechtzeitig bezahlt oder die Rückzahlung teilweise verweigert, nicht nur mit massiven Vermögensverlusten der Gläubiger, sondern auch mit stark negativen wirtschaftlichen Auswirkungen. Russland 1998, Argentinien 2001, Griechenland 2012 und Puerto Rico 2015 sind besonders dramatische Beispiele. Dabei ist es durchaus nicht eindeutig, was bei hoher Überschuldung an Rückzahlung noch zumutbar war und ob die insolventen Staaten ihre Verpflichtungen nicht erfüllen *wollten* oder tatsächlich nicht *konnten*. Der Staatsbankrott wird bisweilen zum Kalkül.

Wann ist die Grenze der staatlichen Kreditwürdigkeit erreicht? Eine einzige Zahl kann es nicht geben. Entwicklungsländer, die von ausländischem Kapital abhängig sind, können eine wesentlich geringere Staatsverschuldung tragen als reiche Industriestaaten, deren Staatsschuld vorwiegend mit nationalen Ersparnissen finanziert ist. Auch wenn die Schuldengrenze von 60 Prozent des BIP nach den Maastricht Kriterien der EU einheitlich ist, kann auch in der Eurozone ein Land mit robuster Wirtschaft und hohem Wachstumspotential eine höhere Staatschuldenquote tragen als ein Land, wo das Wachstum lahmt und die Wirtschaft krisenanfällig ist.

Fehlende Infrastruktur als Hypothek auf die Zukunft: Die Staatsschuld ist eine Vorbelastung der Zukunft, die unsere Kinder und ihre Nachfahren trifft. Sie wird zur Umverteilung zu Lasten künftiger Generationen, wenn den Schulden nicht entsprechende Vermögenswerte gegenüberstehen.

Eine Vorbelastung der Zukunft sind auch die unterlassenen Investitionen in Grundlagenforschung, Bildung, Infrastruktur, Rechtssicherheit und Umweltschutz, die erst in zehn oder zwanzig Jahren voll zu Buche schlagen. Sie verringern die Fähigkeit der Wirtschaft, weiterhin hohe Einkommen und hohen Wohlstand für die nächsten Generationen zu schaffen.

Auch eine mangelhafte Infrastruktur hat negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Zur harten Infrastruktur zählen der Kapitalstock für Elektrizität (Netze, Stauseen, Kernkraftwerke, Windparks, etc.), primäre Energieversorgung (Öl, Gas, Kohle), Transportwesen (Strassen, Schienen, Flughäfen), Wasser und sanitäre Anlagen (Kanalisation, Wasserleitungen, Abfalldeponien) und Telekommunikation (5G Netzwerke, Breitband, Glasfaserzugang). Verspätungen und Ausfälle bei Zug, U-Bahn, Bussen und Flügen, häufige Reparaturen bei Autos, teurer Warentransport, fehlende Erreichbarkeit, Stromausfälle und mangelnder Zugang zum Internet sind die täglichen Ärgernisse einer vernachlässigten Infrastruktur mit teuren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Infrastruktur geniesst bei weiten nicht in allen Staaten die gleiche Priorität. In der Schweiz fliessen nach Angaben der OECD mit nur geringfügigen Schwankungen etwa 1,4 Prozent des BIP in die Infrastruktur (2000: 1,43 Prozent, 2014: 1,35 Prozent). Deutschland und Österreich geben heute weniger als die Hälfte dafür aus (Deutschland 2000: 0,86 Prozent, 2016: 0,58 Prozent; Österreich 2000: 0,78 Prozent, 2016: 0,56 Prozent). Auch die USA vernachlässigen mit 0,6 Prozent des BIP in 2015 ihre Infrastruktur. Wenn die Staaten angesichts übermässiger Verschuldung das Budget drastisch konsolidieren müssen, sind die Infrastrukturinvestitionen häufig das erste Opfer. So haben Griechenland, Spanien und Italien im Zuge der Finanzkrise ihre Ausgaben stark reduziert, mit negativen Folgen erst viele Jahre danach.

Brücken haben eine Lebensdauer von 50 bis 100 Jahren. Anlagen für die Wasserversorgung, Gleisanlagen für Züge und die Netzwerke sowie Anlagen im Energiewesen haben eine Nutzungsdauer von ungefähr 50 Jahren, Strassen sind zwischen 10 und 20 Jahren nutzbar. Investitionen in anderen Bereichen wie z. B. in der Telekommunikation, die einem raschen technologischen Wandel unterliegen, haben teilweise deutlich kürzere Nutzungsdauern. Laufende Investitionen in die Erhaltung und Wartung können die tatsächliche Nutzung teilweise erheblich verlängern. Die langlebigen Infrastrukturinvestitionen werden angesichts der Bedeutung für die gesamte

Volkswirtschaft überwiegend staatlich finanziert. Teilweise kommt die Finanzierung auch von privaten Unternehmen (z.B. Autobahnen mit Maut) und von unabhängigen Institutionen wie der Europäischen Investitionsbank.

Der Bestand der Infrastruktur kann nur über viele Jahre aufgebaut und nicht schlagartig korrigiert werden. Was in der Vergangenheit vernachlässigt wurde, schlägt über viele Jahre negativ zu Buche. Die Infrastruktur stellt wichtige Vorleistungen für Unternehmen und private Haushalte bereit, die das Wachstum und damit Einkommen und Wohlstand fördern. Dank kräftiger Investitionen in die Infrastruktur reiht daher der World Competitiveness Index 2018 die Schweiz auf Rang 3 von 100 ein, während beispielsweise Deutschland, USA und Österreich erst auf hinteren Rängen zu finden sind. Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur sind eine Hypothek auf die Zukunft ganz ähnlich wie eine hohe Staatsschuld, falls sie in Konsumausgaben fliesst und keine bleibenden Werte schafft: Ob die künftigen Generationen weniger verdienen, weil eine mangelnde Infrastruktur die Wirtschaftskraft mindert, oder weil eine hohe Steuerbelastung zur Finanzierung einer überbordenden Staatsschuld die verfügbaren Einkommen reduziert, spielt letzten Endes keine Rolle.

Wenn hingegen die Staatsverschuldung in langfristige Investitionen fliesst, stärkt dies die Wirtschaft und schafft mehr Einkommen, aus denen die Schulden bedient werden können. Den Schulden steht der Wert der langlebigen Infrastruktur gegenüber. Eine solches Land hat auch eine hohe Schuldentragfähigkeit. Eine Staatsverschuldung zur Finanzierung grosser Investitionen mit langanhaltendem Nutzenstrom ist zudem intergenerativ gerecht, weil damit die Kosten auf jene verteilt werden, die den Nutzen haben.

Wirklich problematisch ist Staatsverschuldung folglich, wenn sie aus Konsum resultiert und vor allem Sozialausgaben finanziert. Aber genau das ist in einer repräsentativen Demokratie politisch attraktiv. Politiker sehen oft den Erfolg darin, die Wähler sofort mit spürbaren Leistungen zu bedienen und die Steuerfinanzierung auf später aufzuschieben. Viel schwieriger ist die politische Überzeugungsarbeit, wenn es darum geht, die Steuereinnahmen nicht sofort zu verteilen, sondern für investive Zwecke einzusetzen, deren Nutzen erst nach der eigenen Amtszeit zum Vorteil der nächsten Generation von Politikern anfällt. Das mag erklären, warum es so schwierig ist, den investiven Anteil der Staatsausgaben zu erhalten und die

Verschuldung zu begrenzen. Eine solche Politik mag zwar politökonomisch erklärbar sein. Es kann aber wohl kaum der Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft entsprechen, heute für die Unterstützung der Schwachen die Steuern nicht bezahlen zu wollen, sondern die Rechnung den nächsten Generationen weiterzureichen.

Die Staatsverschuldung muss man also zusammen mit allen anderen Wegen der Zukunftsvorsorge anschauen.

Wann Staatsverschuldung sinnvoll ist: Die Staatsverschuldung ist das Instrument der Finanzpolitik, den Wohlstand über die Zeit zu glätten und die Verteilung zwischen den Generationen ausgewogen zu gestalten. Grosse staatliche Investitionen können einen nachhaltigen, über mehrere Jahrzehnte anfallenden Nutzenstrom schaffen. Eine Schuldenfinanzierung mit einem klaren Rückzahlplan hilft, die Lasten auf jene zu verteilen, die den Nutzen davon haben. So kann der Staat stark schwankende Steuerbelastungen vermeiden und verlässliche Rahmenbedingungen für Familien und Unternehmen sicherstellen. Ähnliches gilt für Katastrophen wie z.B. eine grosse Finanz- und Wirtschaftskrise, zerstörerische Naturkatastrophen oder gar kriegerische Auseinandersetzungen für die nationale Selbstverteidigung. Das sind seltene Jahrhundertereignisse, die mehr oder weniger zufällig und vor allem unregelmässig und nicht planbar auftreten. Es ist daher nicht zweckmässig, wenn nur die unglücklich betroffene und nicht ursächlich verantwortliche Generation dafür zahlen soll. Mit der Staatsverschuldung sollen die Lasten über die Zeit gestreckt und über mehrere Generationen verteilt werden.

Die Menschen wollen nicht nur Einkommen, sondern auch Sicherheit. Boom und Rezession sind ein Einkommens- und Wohlstandsrisiko, das die Privatwirtschaft kaum versichern kann. Deshalb ist die staatliche Stabilisierungspolitik eine zentrale Staatsaufgabe, für die es Staatsverschuldung braucht. Im Boom spülen progressive Steuern hohe Einnahmen in die Staatskasse, während die Sozialausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe stark zurückgehen. Indem der Budgetüberschuss in den Schuldenabbau fliesst, baut der Staat den Spielraum auf, um sich für die nächste Rezession zu wappnen. Dann brechen nämlich die Steuereinnahmen ein und die Sozialausgaben steigen, weil Arbeitslosigkeit und Armut zunehmen. Indem der Staat vorübergehend geringere Steuereinnahmen akzeptiert und die Sozialausgaben steigen lässt, stärkt er die private Nachfrage und wirkt

der Rezession entgegen. Das Budget rutscht ins Defizit und lässt die Verschuldung wieder ansteigen.

Wenn die Steuersätze und die Ansprüche an die Sozialausgaben langfristig richtig eingestellt sind, sprich das «strukturelle Defizit» bei normalem Wirtschaftsgang nahe bei null liegt, dann bleibt die Staatsschuldenquote in etwa konstant. Im Wechsel von Boom und Rezession gleichen sich die Überschüsse und Defizite gerade aus, ohne dass es besondere Eingriffe wie z.B. eine Änderung der Steuersätze oder der Regeln für die Sozialausgaben braucht. Der Staat schafft planbare Rahmenbedingungen und stabilisiert gleichzeitig die Konjunktur. Damit die automatischen Stabilisatoren wirken können, muss der Staat bei Bedarf jederzeit neue Schulden aufnehmen können. Das ist nur bei einer niedrigen Staatsverschuldung möglich. Dagegen kann ein stark überschuldeter Staat seine Stabilisierungsaufgabe nicht mehr erfüllen, weil ihm in der Rezession jeder Spielraum fehlt und er sich mangels Kreditwürdigkeit nicht noch weiter verschulden kann.

Eine Staatsverschuldung von Null wäre aber ein zweifelhafter Segen. Die Privatwirtschaft und das Finanzsystem brauchen ein sicheres Wertpapier. In einer innovativen und global vernetzten Wirtschaft gibt es mehr als genug Risiko, und jede Menge an riskanten Anlagen wie Aktien, Unternehmensleihen und vieles mehr. Die Pensionsfonds müssen aber ihre Gelder sicher anlegen, damit die Pensionen sicher bleiben. Die Versicherungswirtschaft braucht aus ähnlichen Gründen sichere Anlagen. Die Banken müssen die Sicherheit der Spareinlagen gewährleisten und legen einen Teil ihres Vermögens ebenfalls in sicheren Staatsanleihen an. Auch die privaten Investoren brauchen ein sicheres Wertpapier, damit sie in ihrem Portfolio ein ausgewogenes Verhältnis aus Risiko und Ertrag realisieren können. In einer Welt voller Risiken sollte der Staat ein Hort der Sicherheit sein. Wie wichtig das ist, sieht man an der Nachfrage z.B. nach schweizerischen, deutschen und österreichischen Staatsanleihen. Wenn die Unsicherheit steigt und die Anleger Angst bekommen, flieht das Anlagekapital in die «sicheren Häfen», selbst wenn dort viel niedrigere Zinsen gezahlt werden als anderswo. Damit der Staat ein sicherer Anker bleiben kann, muss die staatliche Kreditwürdigkeit über jeden Zweifel erhaben sein. Wird die Kreditwürdigkeit zweifelhaft, fordern die Gläubiger hohe Risikoprämien oder verweigern sich ganz.

Wenn die Staaten insolvent werden: Spätestens seit der grossen Finanz- und Wirtschaftskrise ist es klar: die Tragbarkeit der Staatsschulden hat Grenzen. Wenn Investoren und Banken das Vertrauen verlieren und fürchten, dass sie ihr Geld mit den versprochenen Zinsen nicht mehr oder nur mehr teilweise zurückbekommen, verlangen sie höhere Zinsen. Diese enthalten eine Risikoprämie, um für das wahrgenommene Risiko zu entschädigen. Wenn allerdings die Zinsen zunehmen, dann steigt auch die Zinsbelastung im Staatsbudget rapide an, und zwar umso mehr, je höher die Verschuldung bereits ist. Dann ist die Grenze der Schuldentragfähigkeit rasch erreicht. Jene Staaten, die sich in der Niedrigzinsphase reichlich zu günstigen Konditionen verschuldet haben, wird der sich abzeichnende Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik besonders hart treffen.

Mit steigenden Zinsen sinken schlagartig die Kurse der Staatsanleihen, die in der Vergangenheit mit einem niedrigen Zins ausgegeben wurden. So kommen die Anleger trotz niedrigem Kupon-Zins in Prozent des investierten Kapitals auf die höhere, marktübliche Rendite. Die Entwertung der ausstehenden Staatsanleihen bei sinkenden Kursen verursacht hohe Vermögensverluste bei den Banken und den anderen Gläubigern, bevor die Insolvenz überhaupt eingetreten ist. Die Stabilität der Banken mit ihren grossen Beständen an Staatsanleihen ihrer Heimatländer ist gefährdet. So steckt ein Staat, der seine Kreditwürdigkeit verliert, die Banken an und schadet seinen vermögenden Steuerzahlern, die Staatsanleihen erworben haben.

Sobald sich unter den Anlegern angesichts einer sich verschlechternden Bonität die Angst vor Vermögensverlusten ausbreitet, steigen also die Zinsen. Die Gläubiger suchen das Weite. Alles geht sehr schnell, Schlag auf Schlag. Wer am Schnellsten ist, kann sein Vermögen noch retten, bevor die Zinsen ansteigen und die Kursverluste tatsächlich eintreten. Umso massiver ist der Anstieg der Zinsen auf Staatsanleihen, und umso kräftiger fallen die Vermögensverluste für jene aus, die zu langsam sind. Der Anstieg der Zinsen kann eine Staatsinsolvenz geradezu herbeizwingen.

Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik: Die Staatsverschuldung ist ein wichtiges Instrument der Finanzpolitik, um den Wohlstand zwischen den Generationen ausgewogen zu verteilen. Der Staat soll mit einem stetigen Strom von Einnahmen und Ausgaben stabile Rahmenbedingungen schaffen und jederzeit für grosse Krisen gerüstet sein. Wenn einmalige Ausgaben in grossem Umfang notwendig werden, braucht es Staatsverschuldung,

um die Lasten über viele Perioden gleichmässig zu erstrecken. Letzten Endes muss der Staat auch bei der Staatsverschuldung im Interesse der Gesellschaft und der Unternehmen handeln. Die Unternehmen tätigen hohe Investitionen in Ausrüstungen und neues Know-how, mit denen sie ihre Wettbewerbsfähigkeit über viele Jahre erhalten wollen. Eltern investieren im Verlaufe ihres Erwerbslebens ein Vermögen in die Ausbildung ihrer Kinder. Beide brauchen einen Staat, der in die Zukunft investiert und auch noch in vielen Jahren leistungsfähig ist. Die investiven Ausgaben im Staatshaushalt zu vernachlässigen und einen hohen Schuldenberg aufzutürmen, dem keine nachhaltigen Werte gegenüberstehen, wäre das genaue Gegenteil.

4. BUNDESLÄNDER UND STEUERN: GESTALTEN ANSTATT VERWALTEN

Die Presse, 04.12.2018

Der Föderalismus in Österreich macht die Länder und Gemeinden unmündig. Sie müssen mit fixen Ertragsanteilen an den gemeinsamen Steuereinnahmen auskommen. Eigene Steuerquellen haben sie keine. Wo bleibt die Entscheidungsfreiheit, mehr oder weniger Leistungen zu finanzieren, wenn die Einnahmen fest vorgegeben sind? Sie müssen mit dem auskommen, was ihnen zugewiesen wird. Sie können nur verwalten anstatt gestalten.

Was die Wählerinnen und Bürger in Wien, Tirol und Vorarlberg von ihrer Landespolitik erwarten, ob sie mehr öffentliche Leistungen wünschen oder lieber weniger Steuern zahlen, unterscheidet sich. Doch den Ländern und Gemeinden sind fiskalisch die Hände gebunden. Die zahlreichen Kompetenzverflechtungen und Mehrfachzuständigkeiten machen es zusätzlich schwer. Wie kann jemand Politik gestalten und diese verantworten, wenn ihm ständig andere Stellen dreinreden?

Die fehlende Autonomie der Länder und Gemeinden ist kostspielig. Am schlimmsten sind die fehlenden Sparanreize. Wenn die Einnahmen fix vorgegeben sind, können die Länder die Steuern nicht separat für die eigenen Bürger senken. Es bleibt nur mehr, jeden Euro auszugeben und nachher dem Finanzminister mitzuteilen: es reicht nicht. Bei den nächsten Verhandlungen zum Finanzausgleich geht es nur mehr darum, möglichst hohe Ertragsanteile am gemeinsamen Steuerkuchen herauszuholen.

Es ist kein Wunder, dass wir in einem Hochsteuerland leben. Landespolitiker, die sich gegen Steuerautonomie wenden, wollen bei ihren Wählern nur mit hohen Leistungen und Ausgaben glänzen. Für eine niedrige Steuerbelastung zu kämpfen scheint nicht ihr Anliegen zu sein. Sie wollen nur die Hälfte des Budgets gestalten und nur die Hälfte der Politik verantworten. Daher muss der Bundesfinanzminister die Steuern gemeinsam verhandeln und vorschreiben. Wo bleibt die Unabhängigkeit?

Die mangelnden Sparanreize sind nicht die einzigen Kosten für Österreich. Weil es den Ländern und Gemeinden an Gestaltungsmöglichkeiten fehlt, können sie weniger gut auf lokale Unterschiede eingehen. Zudem

leidet die Transparenz und politische Kontrolle. Die Politik sollte sich mit attraktiven Leistungen, aber auch mit einer attraktiven Steuerbelastung rechtfertigen. Aber ohne Steuerautonomie können die Bürger nicht erkennen, welcher Teil der Steuerbelastung auf das Konto der Landespolitik geht. Sie können sich kein Bild vom „Preis-Leistungs-Verhältnis“ machen und die lokale Politik für die verursachte Steuerbelastung zur Rechenschaft ziehen.

Steuerautonomie verursacht Steuerwettbewerb. Dieser verhindert manche Auswüchse bei den Ausgaben und trägt zur Eindämmung der Steuerbelastung bei. Vor einem Steuerwettlauf nach unten muss man sich nicht fürchten. Die Länder und Gemeinden brauchen ihre Steuereinnahmen, um Ausgaben und Leistungen zu finanzieren.

Was unterschiedlich ist, soll man nicht über einen Kamm scheren. Mit Steuerautonomie käme es zu verschiedenen Politiklösungen mit unterschiedlich hohen Steuern und Leistungen. Die Länder können erst dann voneinander lernen, wenn die Politikansätze unterschiedlich sind. Das fördert die Innovation in der Politik.

Einnahmen und Ausgabenverantwortung gehören in eine Hand. Um positive Ergebnisse für alle zu sichern, braucht der fiskalische Wettbewerb Leitplanken, eine griffige Schuldenbremse und einen solidarischen Finanzausgleich. Jedes Land soll seine Ausgaben selber verantworten und nicht andere dafür zahlen lassen. Mit einer Schuldenbremse kann ein Land seine Steuern nur senken, wenn es auch bei den Ausgaben einspart. Nur so können die Bürger beurteilen, ob das Preis-Leistungs-Paket besser ist als anderswo, und die lokale Politik zur Rechenschaft ziehen.

Damit im Steuerwettbewerb die Solidarität erhalten bleibt, ist ein Finanzausgleich notwendig. Reiche Bundesländer zahlen ein, arme erhalten Zuzahlungen. Mit diesen Budgetzuschüssen fällt das Aufholen leichter. Es darf jedoch nicht passieren, dass ein Land seine Steuern senkt und sich die Mittel aus dem Finanzausgleich auf Kosten anderer erstatten lässt. Deshalb sollen die Ein- und Auszahlungen von objektiven Kriterien der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängen, und nicht von den tatsächlich gewählten Einnahmen und Ausgaben. Jedes Land muss die Konsequenzen seiner Politik selber tragen.

Derzeit bleiben 77% der Einkommensteuer beim Bund, 23% gehen als Ertragsanteile an die Länder. Der Umsetzungsplan des WPZ (mit dem Institut für Föderalismus und Agenda Austria) für eine Steuerautonomie

der Länder besteht aus vier Stufen. Erstens, der Bund überweist nichts mehr an die Länder und senkt seine Steuersätze soweit ab, dass seine Nettoeinnahmen gerade gleichbleiben, z.B. von 50% auf 39% in der vorletzten Tarifstufe. Die Lücke von 11% geht als eigener Steuersatz an die Länder, berechnet als Zuschlag zum niedrigeren Bundestarif. In jeder anderen Tarifklasse erfolgt dieselbe Aufspaltung. Weder wird die Ermittlung des steuerbaren Einkommens komplizierter noch ändert sich an der Steuerschuld der Bürger irgendwas.

Zweitens, der Finanzausgleich, der im heutigen Verteilschlüssel des Steueraufkommens versteckt ist, wird in einen transparenten offenen Finanzausgleich umgewandelt. So kann jedes Bundesland mit demselben Steuersatz starten und zusammen mit dem Finanzausgleich exakt gleich hohe Einnahmen erzielen wie bisher. Es darf bei der Umstellung keine Gewinner und Verlierer geben.

Drittens, in einer dreijährigen Übergangsphase wird das neue System erprobt. Die Bundesländer erhalten die Ertragsanteile wie bisher. Gleichzeitig zeigt eine Parallelrechnung, wie sie mit ihrem eigenen Steuersatz zusammen mit dem Finanzausgleich exakt die gleichen Einnahmen erzielen. Drei Jahre kann nachadjustiert werden, damit es zu keiner Überraschung kommt.

Der vierte Schritt ist der Start in die Steuerautonomie. Die Länder können den Zuschlagssatz unabhängig wählen und damit die Steuern senken oder erhöhen. Die Zahlungen des Finanzausgleichs bleiben unverändert, so dass jedes Land die Konsequenzen seiner Politik selber trägt. Einnahmen- und Ausgabenverantwortung liegen in einer Hand.

An dieser Reform sollten alle interessiert sein. Die Länder, weil sie endlich an allen Hebeln der Politik drehen können. Die Familien und Unternehmen, die eine bessere, auf lokale Verhältnisse zugeschnittene Politik mit einem besseren Preis-Leistungsverhältnis erwarten dürfen. Die Bundesregierung sollte mehr Interesse zeigen, wenn sie die Steuerquote senken will. Die Länder sind für 23% der Einkommensteuerbelastung verantwortlich. Dann wäre es gut, sie in dieses Vorhaben einzuspannen und ihre Sparanreize mit fiskalischem Wettbewerb zu stärken.

5. STEUERWETTBEWERB BRAUCHT DAS LAND

Tiroler Tageszeitung, 17.06.2017

Südtirol trifft sich zum Autonomiekonvent. Was heisst Autonomie? Damit ist Selbstbestimmung gemeint. Sich in den wichtigen Angelegenheiten von anderen dreinreden und Vorgaben machen zu lassen, ist wohl eher nicht Autonomie. Umso verschiedener ein Land ist, desto wichtiger ist lokale Autonomie für das Zusammenleben im gemeinsamen Staat. Die Frage nach Verantwortung und Kompetenzen der Regionen stellt sich in jedem föderalen Land, auch bei uns in Österreich.

Stadt und Land, Industrie- und Tourismusgebiete, Gemeinden in Berggebieten und im Flachland brauchen eine andere Politik. Die Verhältnisse in Tirol sind ganz anders als in Wien und im Burgenland. Die Politik auf die lokalen Verhältnisse zuzuschneiden gelingt vor Ort am besten. Das Subsidiaritätsprinzip sagt, dass der Bund nicht an sich reissen soll, was Gemeinden und Länder selber machen können. Autonomie und Demokratie nehmen in Tirol sicher nicht zu, indem möglichst viele Dinge in Wien entschieden werden. Aufgaben mit begrenzter regionaler Reichweite wie z.B. Schulwesen, Krankenhäuser, Wohnungswesen und örtlicher Verkehr sind in den meisten Staaten überwiegend in der Verantwortung von Ländern und Gemeinden.

Wer Verantwortung übernehmen und den Wählern Rechenschaft ablegen soll, muss an allen Hebeln der Politik drehen können. Wie kann sich jemand rechtfertigen, wenn ihm die Hände gebunden sind? In Österreich ist jedoch die Autonomie der Länder und Gemeinden schwer beeinträchtigt. Mehrfachzuständigkeiten und Kompetenzverflechtung verhindern autonome Entscheidungen. Dazu sagt der Volksmund: viele Köche verderben den Brei. Die Länder und Gemeinden können auch nicht über ihre Einnahmen entscheiden. Diese sind fast vollständig mit Finanzzuweisungen und den Anteilen an den gemeinsamen Steuern vorgegeben. Beim wichtigsten Instrument der Wirtschaftspolitik sind ihnen die Hände gebunden. Sie können sich keine Mehreinnahmen hohlen, um wichtige Grossprojekte zu finanzieren. Weil sie an der Steuerschraube nicht drehen können, macht auch das Sparen keinen Sinn. Sie können die Steuern nicht separat für die

eigenen Bürger absenken. Sie können bei den Wählern nur damit punkten, indem sie die zugewiesenen Einnahmen bis zum letzten Euro ausgeben und nachher beim Finanzminister klagen, dass es nicht reicht.

Das steuerbare Einkommen ist einmal nach einheitlichen Regeln zu ermitteln. Es wäre kein Mehraufwand, davon einige Prozentpunkte an den Bund, das Land und an die Gemeinde zu überweisen. Das Gleiche gilt für die Körperschaftssteuer. In einem einfachen Zuschlagssystem könnten Länder und Gemeinden ihre Prozentpunkte wählen und ihre Einnahmen selber bestimmen. Ja, dadurch entsteht Steuerwettbewerb! Aber schon heute gibt es einen Ausgaben- und Subventionswettbewerb nach oben. Das verlangt dringend nach einem Steuerwettbewerb nach unten, damit es zu einem ausgewogenen Politikergebnis kommt.

Wettbewerb ist in der Wirtschaft eine Triebkraft für Innovation, um gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung herauszuholen. Fiskalischer Wettbewerb kann auch Länder und Gemeinden zu neuen Lösungen anspornen, um ein Politikangebot mit einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis zusammenzustellen. Andere Regionen können Bewährtes übernehmen und Fehltritte vermeiden. Aber dazu muss die Politik an allen Hebeln drehen. Politiker, die gegen Steuerwettbewerb sind, wollen jedoch nur mit hohen Ausgaben glänzen, aber nicht für eine niedrigere Steuerbelastung kämpfen. Sie wollen nicht entscheiden, wieviel Steuerbelastung sie ihren Bürgern zumuten wollen. Wo bleibt da der Gestaltungsanspruch der Politik?

Fiskalischer Wettbewerb hat Folgen. Er spornt die Länder und Gemeinden an, mit einem Bündel von attraktiven Ausgaben und günstiger Steuerbelastung „ihre“ Familien und Unternehmen besser zu bedienen als anderswo. Dabei gibt es keinen ruinösen Steuerwettbewerb. Die Regionen brauchen Steuereinnahmen, um attraktive Ausgaben zu finanzieren. In der Schweiz streuen die Spitzensteuersätze der Einkommensteuer zwischen 45% in Genf und 23% in Zug. Der effektive Gewinnsteuersatz der Unternehmen beträgt in Genf 24% und in Luzern etwa 12%. Trotzdem bleibt Genf eine attraktive Region, die keine grosse Abwanderung fürchten muss. Offensichtlich stimmt das Steuer- und Ausgabenpaket. Auch andere vorteilhafte Standortfaktoren binden Familien und Unternehmen an die Region. Zürich und Wien bleiben als Zentren attraktiv, auch wenn die Steuern etwas höher sind. Aber wie sonst können sich ländliche Kantone wie Obwalden, Appenzell, Glarus und Schwyz behaupten, wenn nicht mit niedrigen Steuern? Wenn die Regionen so unterschiedlich sind, brauchen sie

mehr oder weniger Ausgaben und daher höhere oder tiefere Steuern. Es macht wenig Sinn, über einen Kamm zu scheren, was so unterschiedlich ist.

Der fiskalische Wettbewerb braucht Leitplanken: einen transparenten Finanzausgleich und wirksame Schuldenbremsen. Der Finanzausgleich „passiert“ in Österreich mit einer unüberschaubaren Zahl von Finanzzuweisungen in alle Richtungen und mit der Zuteilung von gemeinsamen Steuern nach einem fixen Verteilschlüssel. Das ist nicht transparent, nicht nachvollziehbar und setzt gewaltige Fehlanreize. Niemand überschaut, wer genau Nettozahler und Nettoempfänger ist und wie gross die Zahlungsflüsse tatsächlich sind. Da hilft nur mehr ein Systemwechsel. Die Länder und Gemeinden brauchen Steuerautonomie, um ihre Mehrausgaben selber zu zahlen und die Steuerrechnung vor den Wählern selber zu verantworten.

Den Zusammenhalt sichert ein transparenter Finanzausgleich. Die starken Regionen zahlen ein und die schwachen erhalten einen Zuschuss. Solche Zahlungen müssen auf objektive Kennzahlen des Ausgabenbedarfs und der Steuerkraft abstellen, und nicht auf die tatsächlich gewählten Steuern und Ausgaben. Es darf nicht möglich sein, die Steuern zu senken und Mehrausgaben zu tätigen, um auf Kosten anderer mehr aus dem Finanzausgleichstopf herauszuholen. Wie solche „ressourcenabhängige“ Zahlungen funktionieren, zeigt die Schweiz. Im Jahr 2016 zahlte der reiche Kanton Zug pro Kopf der Bevölkerung 2'660 Franken in den Finanzausgleich ein, und der arme Kanton Uri erhielt 1‘960 Franken pro Kopf heraus. Um diese Zahlungen gibt es einen heftigen Streit. Aber wenigstens wissen die Schweizer, worüber sie streiten.

Zudem braucht es wirksame Schuldenbremsen für Länder und Gemeinden. Eine Schuldenbremse soll den Ausgleich von normalen Schwankungen der Einnahmen und Ausgaben zulassen. Auch die Finanzierung von grossen Investitionen soll mit Schulden möglich sein, aber verbunden mit einem klaren Rückzahlplan. Es darf nicht möglich sein, sich mit rücksichtsloser Finanzpolitik zuerst zu bedienen und nachher andere den Schaden zahlen zu lassen. Damit Schuldenbremsen glaubwürdig sind, ist ein Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften notwendig. Im Falle einer Insolvenz verliert ein Land oder eine Gemeinde seine Eigenständigkeit. Ein „öffentlicher Insolvenzverwalter“ erhöht die lokalen Steuereinnahmen und

drückt die Ausgaben auf das Notwendigste, um den Schaden für die anderen zu begrenzen. So ist am ehesten eine wirksame Finanzdisziplin möglich, um Krisen zu verhindern.
Die Verantwortung für Steuern und Ausgaben gehört zusammen. Die Politik soll mit attraktiven Ausgaben, aber auch mit einer attraktiven Steuerbelastung bei den Wählern punkten.

6. WIR SIND NICHT ALLE GLEICH

HUB, Magazin der HKSÖL 1/2017, 09.02.2017

Wir sind nicht alle gleich. Auf dem Land herrschen ganz andere Verhältnisse als in der Stadt. In Vorarlberg und Kärnten ist anderes wichtig als in Wien und Oberösterreich. Deshalb sollte die Politik nahe beim Bürger sein. Je nach Reichweite der Aufgaben gibt es eine natürliche Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollen im Zweifelsfall die öffentlichen Leistungen dezentral vor Ort und näher beim Bürger erledigt werden. Damit steigt der Einfluss der Bürger auf die Politik. Die Demokratie in Vorarlberg nimmt jedenfalls nicht zu, wenn alles in Wien entschieden wird.

Die Politik handelt in unserem Auftrag und muss an allen Hebeln drehen können. Zwei grosse Reformen sind notwendig. Erstens braucht es eine Kompetenzentflechtung. Wie kann ein Landeshauptmann Politik machen, wenn ihm alle möglichen anderen Stellen dreinreden und so die Entscheidungen blockieren? Zweitens braucht es eine Steuerautonomie der Länder und Gemeinden. Wie kann eine Gemeinde ein grosses Projekt verwirklichen, wenn sie die Einnahmen nicht beschaffen kann? Welchen Anreiz hat ein Land zum Sparen, wenn sie die Steuern nicht separat für die eigene Bevölkerung senken kann? Heute ist die einzig sinnvolle Strategie, die zugewiesenen Einnahmen bis zum letzten Cent auszugeben und nachher zum Finanzminister zu rennen, um höhere Steueranteile zu fordern. Sieht so ein Anreiz zur Sparsamkeit aus? Politiker, die gegen Steuerautonomie sind, wollen nur die Hälfte ihrer Verantwortung wahrnehmen. Sie wollen nur mit grossen Ausgaben glänzen, aber nicht für eine schonende Steuerbelastung kämpfen. Wir haben sie gewählt, aber sie streiken.

Wir erwarten ein Preis-Leistungsverhältnis auch beim Staat. Die lokale Politik soll nicht nur mit attraktiven Leistungen, sondern auch mit einer attraktiven Steuerbelastung punkten. Das würde einen fiskalischen Wettbewerb zwischen den Regionen auslösen. Dürfen souveräne Bürger nicht die Leistungen und die Steuerbelastung mit anderen Regionen vergleichen, die es möglicherweise besser machen? Ohne Steuerwettbewerb will sich

die Politik nur mit grosszügigen Ausgaben profilieren. Aber ein Ausgabenwettbewerb nach oben braucht einen Steuerwettbewerb nach unten, damit das Preis-Leistungsverhältnis stimmt.

Ein fiskalischer Wettbewerb braucht Leitplanken, eine griffige Schuldenbremse und einen Finanzausgleich. Im Finanzausgleich zahlen reiche Regionen ein und arme erhalten Zuschüsse. Die Einzahlungen bremsen die reichen Länder und die Auszahlungen unterstützen die ärmeren. Das fördert die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Der heutige Finanzausgleich ist jedoch intransparent und nicht nachvollziehbar, so dass weder Bürger noch Politik wirklich wissen, in welche Richtung und wieviel umverteilt wird.

Eine griffige Schuldenbremse verhindert Fehlentwicklungen. Sie bremst weniger in der Rezession und umso schärfer im Boom. Sie lässt auch eine Verschuldung für langfristige Investitionen zu, verbunden mit einem klaren Rückzahlungsplan. So kann die Belastung über die Zeit gestreckt werden, damit sich künftige Nutzer auch an den Kosten beteiligen. Eine Schuldenbremse muss klare Folgen haben. Wird sie verletzt, kommt es zu automatischen Steuererhöhungen und Land bzw. Gemeinde werden unter Aufsicht gestellt. Sie muss sicherstellen, dass jedes Land und jede Gemeinde die Konsequenzen seiner Entscheidungen selber trägt. Zuerst mit grossen Ausgaben zu glänzen und nachher andere zahlen zu lassen, darf nicht möglich sein.

7. ZEHN THESEN ZUM MODERNEN LEISTUNGSSTAAT

Thema Vorarlberg, 01.10.2016

Globalisierung, Alterung und technologischer Wandel bei Verschuldung und ausbleibenden Reformen erfordern, dass der Staat seine Rolle überdenkt und neu definiert. Welche Rolle soll ein moderner Staat in der Marktwirtschaft einnehmen, welche Rahmenbedingungen setzen, und wo soll er eingreifen und wo nicht? Dazu habe ich am Forum Alpbach zehn Thesen formuliert.

1. Den Umfang der Staatstätigkeit auf das Notwendige begrenzen

Wohlstand ohne staatliche Leistungen wie Bildung, Rechtssicherheit und Infrastruktur ist nicht denkbar. Ohne angemessene Umverteilung ist ein belastbarer Zusammenhalt nicht möglich. Aber die Steuern machen uns zweimal arm. Wir müssen sie an das Finanzamt überweisen, und wir verdienen weniger, weil sie das Wachstum hemmen. Wenn die Steuern steigen, müssen wir das private Budget sanieren und jede Ausgabe nach dem Preis-Leistungsverhältnis abklopfen. Das sollten wir auch bei den Staatsausgaben tun.

2. Wachstum inklusiv gestalten

Wohlstand entsteht durch Bildung, Wettbewerb und Innovation. Bildung beugt auch der Arbeitslosigkeit und Armut vor und fördert den sozialen Aufstieg. Wettbewerb spornt zu Höchstleistungen in der Wirtschaft an und verhindert Monopolgewinne und eine Konzentration der Einkommen und Vermögen. Ein investiver Staat setzt auf Chancengleichheit und Leistungsanreize für sozialen Aufstieg und tätigt jene Investitionen, die stossende Ungleichheit und soziale Risiken möglichst gar nicht entstehen zu lassen.

3. Armut und Reichtum differenziert behandeln

Es gibt den Reichtum durch Innovation, der viele Jobs schafft und allen nützt, und den Reichtum durch Übervorteilung und Monopolgewinne, der anderen schadet. Diesen bekämpft man nicht mit Vermögenssteuern, sondern mit

Wettbewerbspolitik und einem starken Rechtsstaat. Es gibt Armut als Schicksal und Armut mangels Anstrengung. Es ist nicht fair, alle gleich zu behandeln. Ohne Leistung kann es daher nur wenig Sozialgeld geben, mehr bei Teilnahme an Schulungen oder gemeinnütziger Arbeit.

4. Umverteilung gezielt und nur in eine Richtung betreiben

Umverteilung mit progressiven Steuern und Einkommenszuschüssen darf nur von oben nach unten gehen. Die vielen Steuerausnahmen führen aber zu Intransparenz und sind unfair. Die einen können sie nützen, die anderen nicht, und schon zahlen Personen mit gleichem Einkommen unterschiedlich viel Steuer. Preiseingriffe sind für Umverteilung ungeeignet. Warum sollen nur die Familien im Mieterschutz profitieren und andere nicht? Ein korrektes Verhältnis zum Staat braucht Transparenz und Gleichbehandlung.

5. Versicherung von Umverteilung trennen

Umverteilung beruht auf Solidarität, Versicherung ist ein Geschäft. In der Pensionsversicherung sollte jeder im Durchschnitt nur so viel herausholen, wie er einzahlt. Die Pensionen werden jedoch aus dem Steuertopf zu einem Viertel von anderen bezahlt. Das führt zu versteckter Umverteilung von reich zu arm, von Männern zu Frauen, zulasten der Zukunft und zwischen Regionen mit unterschiedlichem Pensionsalter. Die Bürger wissen nicht, was wohlerworbene Rechte sind, und was Unterstützung durch andere.

6. Leistungsfreundlich, fair und einfach besteuern

Steuern sollen fair, leistungsfreundlich und einfach sein. Die Einkommen- und Mehrwertsteuer sollen ohne Ausnahmen bleiben, damit die Steuersätze fallen und der Steuerwiderstand abnimmt. Das Leistungsfähigkeitsprinzip soll nicht nur für Lohn-, sondern auch für Kapitaleinkommen gelten. Es sollen jedoch nur Einkommen, und nicht die Einkommensquellen selbst besteuert werden. Vermögens- und andere Substanzsteuern sind damit nicht vereinbar. Sie fallen auch an, wenn das Kapitaleinkommen Null ist.

7. Auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit achten

Die Eltern geben ein Vermögen aus, um die Kinder für die Zukunft zu rüsten. Der Staat darf nicht das Gegenteil tun. Die Staatsschulden müssen niedrig bleiben. Wir dürfen nur so viele Pensionsansprüche ausgeben, dass die Beitragssätze auch morgen noch reichen, um alle Versprechen einzulösen. Der Staat muss kräftig in Bildung, Forschung und Umwelt investieren, damit die Wirtschaft wachsen und auch den Kindern noch hohe Löhne zahlen kann. So bleibt die Verteilung zwischen den Generationen ausgewogen.

8. Mehr Dezentralisieren für eine Politik näher am Bürger

Stadt und Land, Industrie- und Tourismusgebiete haben unterschiedliche Ansprüche an die Politik. Dezentralisierung hilft, die Politik auf die lokalen Bedürfnisse von Familien und Unternehmen zuzuschneiden. Zuerst braucht es eine massive Kompetenzentflechtung im föderalen Staat. Die Politik muss an allen Hebeln drehen und nicht nur mit hohen Ausgaben, sondern auch mit niedrigen Steuern punkten können. Wie sonst sollen sich die Bürger ein Bild vom „Preis-Leistungs-Verhältnis“ in ihrer Region machen?

9. Mehr direkte Demokratie und bessere öffentliche Kontrolle

Der Staat ist für die Bürger da, nicht umgekehrt. Um sich zu informieren und den Auftrag an die Politik kontrollieren zu können, brauchen sie Berichterstattung von unabhängigen Forschungsinstituten, Rechnungshof und Medien. Sie sollen in direkten Abstimmungen öfter ein Machtwort sprechen, zuerst in den Gemeinden, dann bis zum Bund. Es braucht Dezentralisierung, denn vor Ort haben die Bürger den grössten Einfluss. Die Demokratie in Vorarlberg nimmt nicht zu, wenn zu viel in Wien entschieden wird.

10. Ein korrektes Verhältnis der Bürger zum Staat pflegen

Transparente Umverteilung und Kostenwahrheit erlauben den Bürgern eine klare Unterscheidung zwischen selbst erworbenen Ansprüchen und Leistungen aus Solidarität. Transparenz und Information sind die Basis für ein korrektes Verhältnis zum Staat und schaffen Vertrauen. Wenn Vertrauen da ist, das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt, und die Bürger mehr demokratische

Kontrolle und Einfluss auf die staatlichen Leistungen haben, sind Kooperation, Steuerehrlichkeit und Zusammenhalt am ehesten gewährleistet.

8. WAS EINEN MODERNEN LEISTUNGSSTAAT AUSMACHT

Die Presse, 03.09.2016

Was macht den modernen Leistungsstaat aus? Der Staat verwirklicht die Anliegen der Familien und der Unternehmen, indem er Leistungen erbringt, für die es kein privates Angebot gibt, Marktstörungen abbaut, damit Arbeit und Investitionen mehr Wohlstand schaffen und übertriebene Ungleichheit abbaut, damit ein belastbarer Zusammenhalt möglich bleibt.

Nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis fragen: Je mehr der Staat ausgibt, desto höher müssen Steuern und Abgaben sein. Was der Staat nicht spart, müssen eben Familien und Unternehmen sparen. Ob die Staatsausgaben dieses Opfer wert sind, hängt auch vom „Steuerpreis" ab. Da die Steuern leistungsfeindlich sind, schmälern sie das Bruttoeinkommen.

Wir zahlen also die Steuern zweimal, indem wir sie an das Finanzamt überweisen und indem wir weniger verdienen. Die Kosten der Staatstätigkeit sind wesentlich höher als die Milliarden, die im Budget stehen. Wer nach einer Steuererhöhung sein privates Budget konsolidieren muss, wird jede Ausgabe auf das Preis-Leistungsverhältnis abklopfen. Das sollte man auch bei den Staatsausgaben tun.

Vorbeugen ist besser als heilen: Bildung, Wettbewerb und Innovation treiben das Wachstum. Gleichzeitig helfen sie, Ungleichheit einzudämmen. Bildung fördert den sozialen Aufstieg. Armut und Arbeitslosigkeit entstehen dagegen aus mangelnder Qualifikation. Fairer Wettbewerb sichert den Zugang zu lukrativen Berufen und den Marktzugang neuer Unternehmen. Die Wettbewerbspolitik unterstützt Wachstum und Innovation, verhindert Ausgrenzung durch Marktabschottung, Renten und Monopolgewinne und wirkt der Konzentration von Vermögen und Einkommen entgegen.

Nicht jede Ungleichheit und jedes Risiko ist vermeidbar. Es gibt Glück und Pech, Tüchtigkeit und mangelnde Initiative – und daher Gewinner und Verlierer. Der Sozialstaat soll die Lebensrisken abfedern und massvoll umverteilen. Je mehr es aber vorher an vorbeugenden Investitionen fehlt, desto mehr muss nachher mit Steuern und Sozialausgaben repariert werden.

Versicherung von Umverteilung trennen: Ein korrektes Verhältnis zum Staat verlangt nach Transparenz und klarer Trennung zwischen Solidarität und

Geschäft. Umverteilung sollte gezielt und treffsicher mit progressiven Steuern oben und Zuschüssen unten erfolgen.

Eine Versicherung ist jedoch ein Geschäft mit wohl erworbenen Rechten. Der Versicherungsbeitrag ist der Preis für eine individuell zurechenbare Gegenleistung, die man mit niemandem teilen muss.

Die Pensionsversicherung ist das beste Beispiel, wie Umverteilung in der Sozialversicherung zu kostspieligen Streuverlusten führt. Die Beiträge und Ansprüche sind nicht selbstfinanzierend. Mehr als ein Viertel der Leistungen wird aus dem Steuertopf subventioniert, und die Regeln sind für kleine Einkommen günstiger als für grosse.

Das führt zu einer Umverteilung zwischen Reich und Arm, die mangelhaft mit anderen Systemen abgestimmt ist. Es kommt auch zur Umverteilung zwischen heutigen und zukünftigen Generationen, zwischen Männern und Frauen, und zwischen Regionen mit unterschiedlichem Pensionsantrittsalter. Da die Beiträge nicht selbstfinanzierend sind, können die Bürger nicht klar unterscheiden, was ein selbsterworbener Anspruch und was ein Solidarbeitrag ist.

Wann hört das Geschäft auf und wann beginnt die Umverteilung? Auch die Politik weiss nicht genau, wie viel und in welche Richtung sie umverteilt. Das ist teilweise ungewollt, daher ungerecht und teuer. Der Pensionsanspruch soll versicherungstechnisch „fair“ sein. Zuerst zahlt jeder den Preis für die erwartete Leistung selbst. Erst danach beginnt die Umverteilung im Steuer-Transfer-Mechanismus mit einer Aufstockung kleiner Einkommen, nach gleichen Kriterien für Erwerbstätige und Pensionisten.

Umverteilung gezielt und nur in eine Richtung: Nicht so sehr das Wieviel an Umverteilung ist das Problem, sondern das Wie! Die richtigen Instrumente sind die progressive Einkommensteuer oben und Zuschüsse unten. Horizontale und vertikale Gerechtigkeit verlangen, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird. In der Praxis werden diese Grundsätze jedoch schwer verletzt. Die Einkommensteuer ist voll von speziellen Ausnahmen. Sie mindern die Ergiebigkeit, führen zu unnötig hohen Steuersätzen und untergraben die horizontale Steuergerechtigkeit. Der eine kann die Abzüge nutzen, der andere nicht, und schon zahlen Steuerpflichtige mit gleich hohem Einkommen unterschiedlich viel Steuer.

Die Begünstigung des 13. und 14. Gehalts verteilt eher von unten nach oben um und tut das Gegenteil von dem, was der progressive Tarif beabsichtigt. Das ist intransparent. Man muss sich erst kompliziert ausrechnen, was die Verteilung der jährlichen Steuerlasten wirklich ist. Die kalte Progression lässt die

kleineren Einkommen in höhere Steuerklassen rutschen, die nur für besser verdienende Gruppen gedacht sind, und bringt die in den Tarif gegossenen Verteilungsabsichten ständig durcheinander.

Auch die Preisregulierung wie etwa auf dem Wohnungsmarkt führt zu unkontrollierter Umverteilung, die niemand genau beziffern kann. Eine Mietpreisdeckelung ist ein grosser Geldvorteil für die Mieter und schöpft Einnahmen bei den Vermietern ab. Aber warum sollen nur die Familien in mietergeschützten Wohnungen eine Entlastung erhalten und andere mit gleich hohem Einkommen nicht? Und warum sollen nur die Besitzer von preisregulierten Wohnungen diese Sonderbelastung tragen, und andere, ähnlich reiche Leute nicht?

Investieren für künftige Generationen: Viele Investitionen werden in der Erwartung getätigt, dass der Staat auch noch in Jahrzehnten leistungsfähig ist. Familien müssen an die wirtschaftlichen Möglichkeiten in zwei oder drei Jahrzehnten denken, wenn sie ein Kind in die Welt setzen. Sie geben im Lauf des Erwerbslebens ein Vermögen aus, um ihre Kinder für die Zukunft zu rüsten. Da darf der Staat nicht das Gegenteil tun. Tatsächlich schiebt der Staat grosse Lasten auf zukünftige Generationen ab, nämlich über die Staatsverschuldung, über das Pensionssystem und über unterlassene Investitionen. Unterlassene Investitionen in Bildung, Grundlagenforschung und Infrastruktur schwächen das Wachstum. Es ist nicht viel gewonnen, wenn das Budget auf Kosten der investiven Staatsausgaben konsolidiert und damit das Wachstum reduziert wird. Für künftige Generationen macht es keinen Unterschied, ob sie weniger verdienen, weil heute nicht investiert wird, oder ob sie höhere Steuern zahlen oder auf Ausgaben verzichten müssen, weil heute zu viel Staatsschuld angehäuft wird.

9. STEUERAUTONOMIE DER BUNDESLÄNDER

Thema Vorarlberg, 01.10.2016

Wettbewerb in Sport, Wissenschaft und Wirtschaft bringt bessere Leistungen. Genauso kann der fiskalische Wettbewerb dazu führen, dass die Bundesländer ihre Politik mit einem besseren „Preis-Leistungs-Verhältnis" stärker auf die Anliegen der Bürger und Unternehmen zuschneiden. Wirtschaftsstarke Ballungsgebiete haben andere Bedürfnisse und müssen andere Aufgaben erledigen als ländliche Randgebiete.

In Österreich können Länder und Gemeinden derzeit fast keine Steuern autonom festlegen. Weil die Einnahmen mit dem fixen Verteilschlüssel der gemeinschaftlichen Steuern festgezurrt sind, können sie weder höhere Ausgaben im Interesse des Landes selbst finanzieren noch können sie grössere Einsparungen in Form von Steuersenkungen an die eigenen Bürger weitergeben. Das hebelt die Sparanreize aus und nimmt den Ländern eines der wichtigsten Instrumente der Politik. Wie könnte mehr Steuerautonomie konkret umgesetzt werden?

Für einen Steuerwettbewerb eignen sich am besten die Lohn- und Einkommen- sowie die Körperschaftsteuer. Über sie könnten die Länder ausreichende Einnahmen erzielen, um ihre Ausgaben vollständig selber zu finanzieren. Die Steuerautonomie könnte wie folgt verwirklicht werden. Der Bund senkt seine Steuersätze und lässt die Länder einen überall gleich hohen Zuschlag einheben. Über diese Einnahmen können die Länder dann frei verfügen. In einem zweiten Schritt würden die Länder auch die empfangenen Zuweisungen und Zuschüsse für zugewiesene Aufgaben mit eigenen Steuern ersetzen, was zu einer ebenso grossen Entlastung des Bundes und der anderen zahlenden Gebietskörperschaften führt.

Mit einem einheitlichen Zuschlag würden wegen unterschiedlich grosser Steuerbasis (viele oder wenige Gutverdiener, viele oder wenige Unternehmen) die einzelnen Länder mehr oder weniger einnehmen. Ähnliches gilt für die Zuweisungen und Zuschüsse, die sich in manchen Ländern mehr als in anderen konzentrieren. Der aktuelle Finanzausgleich verteilt versteckt um, ohne dass dies klar ausgewiesen wäre. Nach unseren Berechnungen erhalten das Burgenland und Kärnten derzeitig deutlich mehr, als sie selber mit bundesweit einheitlichen Steuersätzen und Zuschlägen an

Einnahmen erzielen könnten. Umgekehrt ist es in den reichen Ländern. Bereits heute sind also Wien (-434 Euro pro Einwohner und Jahr), Vorarlberg (-189 Euro), Salzburg und Tirol Nettozahler und Kärnten (+585 Euro pro Einwohner) und Burgenland Nettoempfänger. Es braucht einen Finanzausgleich, um auf eine angemessene Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse hinzuwirken. Das Problem ist jedoch, dass weder die Bürger und Wählerinnen noch die Politik wissen, wieviel tatsächlich umverteilt wird.

Nach unseren Berechnungen sollte der einheitliche, effektive Satz der Länder für die Lohn- und Einkommensteuer bei etwa 7,3 Prozentpunkten liegen. Der Bund würde seinen Steuersatz um denselben Betrag senken. Bei der Körperschaftsteuer würden der Bund 20 Prozentpunkte und die Länder 5 Prozentpunkte einheben. Am Ende dieser Umstellungsphase zahlen alle Haushalte und Unternehmen gleich viel Steuern. Bund und alle Länder erzielen gleich hohe Einnahmen. Mehr- und Mindereinnahmen der einzelnen Länder werden mit den Zahlungen aus dem Finanzausgleich kompensiert, die nun nicht mehr versteckt, sondern transparent und offen erfolgen. Damit gibt zunächst keine Gewinner und Verlierer der Steuerautonomie.

Danach kann ein Bundesland seine Aufschläge verringern, wenn die Wähler nach einer niedrigeren Steuerbelastung verlangen, und damit seine Standortattraktivität für Betriebe, Familien und Arbeitnehmern steigern. Genauso gut könnten Länder mit einem konkurrenzfähigen Gesamtpaket ihre Zuschläge erhöhen, um etwa grosse Projekte zu finanzieren. Für die Steuerzahler ist die Steuerbelastung nicht das einzige Kriterium für die Wahl des Betriebsstandorts bzw. Wohnorts: Eine gute Verkehrsanbindung, eine verlässliche Gesundheitsversorgung, Kindergartenplätze usw. sind ebenfalls wichtige Faktoren.

Mit einer echten Steuerautonomie können die Länder Einsparungen an die eigene Bevölkerung zurückgeben, anstatt sie wie derzeit mit allen anderen Ländern teilen zu müssen, und sie können mit eigenen Steuern gezielt die Standortattraktivität und die Wachstumsbedingungen in der Region verbessern. Mit einem Simulationsmodell berechnen wir, dass der effektive Steuersatz in allen neun Bundesländern sinken würde. Vorarlberg käme demnach mit einer um 1.3 Prozentpunkte niedrigerer Steuerbelastung aus. Im Schnitt könnten die Steuersätze um etwa 1,5 Prozentpunkte sinken. Zwar kann ein Simulationsmodell auch mit noch so viel Aufwand nicht alle Anpassungsmöglichkeiten einfangen, aber solche Änderungen

kann man im Hinblick auf die Erfahrungen anderer Staaten mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten.

Nachdem in Österreich die Steuerbelastung überdurchschnittlich hoch ist und der Steuerwiderstand progressiv mit der Steuerbelastung ansteigt, kann man auch von moderaten Steuersenkungen günstige Auswirkungen auf Leistungsbereitschaft, Standortattraktivität und Wachstum erwarten. Oft sind es die kleinen Länder, die im Steuerwettbewerb oben ausschwingen und ihre Standortattraktivität steigern können. Auch in unseren Szenarien könnten Burgenland und Kärnten überdurchschnittlich gewinnen. Vorarlberg käme auf ein Plus von 1,4 Prozent, Wien auf etwa 0,75 Prozent. Nicht zuletzt wegen der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland würden alle neun Bundesländer eine höhere Wirtschaftsleistung erzielen. Im Durchschnitt könnten die Einkommen gemessen am BIP pro Kopf dauerhaft um 1,7 Prozent zunehmen.

Die bestehende Form des österreichischen Föderalismus hat hohe Kosten. Zwar kann auch eine Steuerautonomie der Bundesländer nicht alle Probleme der heimischen Finanzpolitik lösen. Angesichts der derzeit bestehenden Fehlanreize im österreichischen Föderalismus erscheint jedoch eine grundlegende Reform mit einem Systemwechsel sehr empfehlenswert.

10. MEHR FINANZAUTONOMIE FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Format, 22.10.2015

Wettbewerb in der Wirtschaft bringt bessere Produkte und Leistungen. Genauso kann der fiskalische Wettbewerb dazu führen, dass die Bundesländer ihre Leistungen verbessern, Spielraum für Steuersenkungen schaffen, und ihre Politik mit einem besseren „Preis-Leistungs-Verhältnis" stärker auf die Anliegen der Bürger und Unternehmen zuschneiden. Wirtschaftsstarke Ballungsgebiete haben andere Bedürfnisse und müssen andere Aufgaben erledigen als ländliche Randgebiete, und können diese angesichts natürlicher Standortvorteile leichter mit höheren Steuern finanzieren. Für ländliche Gebiete ist dagegen eine niedrige Steuerbelastung eine der wenigen Möglichkeiten, andere Standortnachteile wettzumachen.

In Österreich können Länder und Gemeinden derzeit allerdings fast keine Steuern autonom festlegen. Sie bekommen für die Erledigung ihrer Aufgaben Steuereinnahmen des Bundes gemäss einem fixen Verteilschlüssel zugewiesen. Weil damit die Höhe ihrer Steuereinnahmen fest vorgegeben ist, können sie weder höhere Ausgaben im Interesse des Landes selbst finanzieren noch können sie grössere Einsparungen in Form von Steuersenkungen an die eigenen Bürger weitergeben. Das hebelt die Sparanreize aus und nimmt den Ländern eines der wichtigsten Instrumente, um Ausgaben und Steuerbelastung auf die regionalen Bedürfnisse zuzuschneiden.

Wie könnte mehr Steuerautonomie in Österreich konkret umgesetzt werden? Wie gut wären die einzelnen Bundesländer dafür gerüstet, mittels unterschiedlicher Steuersätze um Unternehmen oder Bürger zu werben? Welche Länder würden davon besonders profitieren?

Umstellung auf Ländersteuern

Für einen Steuerwettbewerb eignen sich am besten die Lohn- und Einkommen- sowie die Körperschaftsteuer. Über sie könnten die Länder tatsächlich ausreichende Einnahmen erzielen, um ihre Ausgaben vollständig selber zu finanzieren. Ein konkretes Modell für mehr Steuerautonomie sollte also wie folgt aussehen. In einem ersten Schritt senkt der Bund seine Sätze dieser Steuern und lässt die Länder einen überall gleich hohen Zuschlag

einheben. Über diese Einnahmen können die Länder dann auch frei verfügen. Derzeit holen sich die Länder das Geld zur Deckung ihrer Ausgaben hingegen vom Bund – was nicht eben zum Sparen anregt. Die anderen grossen Einnahmen der Länder sind die empfangenen Zuweisungen und Zuschüsse für zugewiesene Aufgaben. In einem zweiten Schritt müssen die Länder auch diese Einnahmen mit eigenen Steuern ersetzen, was zu einer ebenso grossen Entlastung des Bundes und der anderen zahlenden Gebietskörperschaften führt.

Im Fall eines solchen einheitlichen Zuschlags würden aufgrund der unterschiedlich grossen Steuerbasis in den Ländern (viele Gutverdiener oder nicht, viele oder wenige Unternehmen) die einzelnen Länder mehr oder auch weniger einnehmen als derzeit mit dem aktuellen Verteilschlüssel der gemeinschaftlichen Steuern. Ähnliches gilt für die Zuweisungen und Zuschüsse, die sich in manchen Ländern mehr als in anderen konzentrieren. Der aktuelle Finanzausgleich verteilt dabei versteckt zwischen den Ländern um, ohne dass dies klar ausgewiesen wäre. Unsere Berechnungen in Tabelle 1 decken diesen versteckten Finanzausgleich auf. Demnach erhalten das Burgenland und Kärnten mit der derzeitigen Verteilung der gemeinschaftlichen Steuern und mit den Zuweisungen und Zuschüssen wesentlich mehr, als sie selber mit bundesweit einheitlichen Steuersätzen und Zuschlägen an Einnahmen erzielen könnten. Umgekehrt ist es in den reichen Ländern. Bereits heute sind also Wien (-434 Euro pro Einwohner und Jahr), Salzburg, Tirol und Vorarlberg Nettozahler und Kärnten (+585 Euro pro Einwohner) und Burgenland Nettoempfänger. Es braucht einen Finanzausgleich, um auf eine angemessene Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse hinzuwirken. Das Problem ist jedoch, dass weder die Bürger und Wählerinnen noch die Politik wissen, wieviel tatsächlich umverteilt wird. Vergleicht man beispielsweise in Tabelle 1 die Positionen von Niederösterreich und Kärnten, oder von Vorarlberg und Tirol, dann fällt auf, dass der heutige Finanzausgleich in mehreren Fällen reichere Länder besser behandelt als ärmere. Es bestehen erhebliche Zweifel, dass diese Umverteilung klaren nachvollziehbaren Kriterien entspricht.

Mit einem einheitlichen Zuschlag ist eine faire Ausgangssituation für einen Steuerwettbewerb der Länder geschaffen. Laut den Berechnungen der Studie sollte dieser einheitliche, effektive Satz für die Lohn- und Einkommensteuer bei etwa 7,3 Prozentpunkten liegen. Der Bund würde seinen

Steuersatz so senken, dass sein niedrigerer Satz zusammen mit den 7,3 Prozentpunkten der Länder gerade den jetzigen Lohn- und Einkommensteuerstufen entspricht. Bei der Körperschaftsteuer würden der Bund 20 Prozentpunkte und die Länder 5 Prozentpunkte einheben. Am Ende dieser Umstellungsphase zahlen alle Haushalte und Unternehmen gleich viel Steuern. Bund und alle Länder erzielen gleich hohe Einnahmen und erheben zunächst die gleichen Steuersätze. Mehr- und Mindereinnahmen der einzelnen Länder werden mit den Zahlungen aus dem Finanzausgleich kompensiert, die nun nicht mehr versteckt, sondern transparent und offen erfolgen. Damit sind die Ausgangsbedingungen für alle Länder gleich, es gibt zunächst keine Gewinner und Verlierer, wenn die Länder Finanzautonomie erhalten.

Tabelle 1: Versteckter Finanzausgleich

Bundesland	**Ertragsanteile und Zuweisungen pro Kopf**
Kärnten	€ 585
Burgenland	€ 565
Niederösterreich	€ 220
Oberösterreich	€ 106
Steiermark	€ 47
Tirol	€ -81
Vorarlberg	€ -189
Salzburg	€ -277
Wien	€ -434

Fiskalischer Wettbewerb

Nun kann ein Bundesland seine Aufschläge verringern, wenn die Wähler nach einer niedrigeren Steuerbelastung verlangen, und damit seine Standortattraktivität für Betriebe, Familien und Arbeitnehmern steigern. Die

wegfallenden Steuereinnahmen würden entweder durch Zuzug oder Einsparungen zugunsten einer niedrigeren Steuerbelastung kompensiert. Genauso gut könnten Länder mit einem konkurrenzfähigen Gesamtpaket ihre Zuschläge erhöhen, um etwa grosse Projekte zu finanzieren. Für die Steuerzahler ist die Steuerbelastung nicht das einzige Kriterium für die Wahl des Betriebsstandorts bzw. Wohnorts: Eine gute Verkehrsanbindung, eine verlässliche Gesundheitsversorgung, Kindergartenplätze usw. sind ebenfalls wichtige Faktoren.

In mehreren Simulationsszenarien zeigt die Studie die Ergebnisse, die ein solcher Steuerwettbewerb haben könnte:

- Die Steuersätze sinken in den Bundesländern im Schnitt um 1,5 Prozentpunkte.
- Diese niedrigeren Sätze verschaffen Österreich einen Standortvorteil gegenüber dem Ausland. Steuerwettbewerb und Finanzautonomie heben die Einkommen in Österreich dauerhaft auf ein um 1,7 Prozent höheres Niveau.

Mit Einführung der Finanzautonomie können die Länder Einsparungen an die eigene Bevölkerung zurückgeben, anstatt sie wie derzeit mit allen anderen Ländern teilen zu müssen, und sie können mit eigenen Steuern gezielt die Standortattraktivität und die Wachstumsbedingungen in der Region verbessern. Wie stark würde sich eine Steuerautonomie auf die lokalen Steuersätze auswirken? Der Ausgangspunkt für den einsetzenden Steuerwettbewerb ist folgender: Zunächst senkt der Bund seine Steuersätze und lässt im Gegenzug die Länder einen einheitlichen lokalen Zuschlag von 7,3 Prozent Lohn- und Einkommensteuer einheben, so dass die Gesamtbelastung gerade gleich bleibt. Dann setzt der Wettbewerb ein. Mit einem Simulationsmodell berechnen wir, dass der effektive Steuersatz in allen neun Bundesländern sinken würde, am stärksten im Burgenland, das um 2,13 Prozentpunkte weniger an Lohn- und Einkommensteuer verlangen könnte. Wien käme mit einer um 0,97 Prozentpunkte niedrigeren Steuerbelastung aus. Zwar kann ein Simulationsmodell auch mit noch so viel Aufwand nicht alle Anpassungsmöglichkeiten einfangen, aber solche Änderungen kann man im Hinblick auf die Erfahrungen anderer Staaten mit autonomen Regionen und einem aktiven Steuerwettbewerb mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten.

Tabelle 2: Auswirkungen auf das BIP nach Ländern

Bundesland	**BIP-Zuwachs bei Steuerwettbewerb**
Burgenland	4,25 %
Kärnten	3,04 %
Niederösterreich	2,69 %
Steiermark	2,16 %
Tirol	1,58 %
Oberösterreich	1,53 %
Vorarlberg	1,41 %
Salzburg	1,03 %
Wien	0,75 %

Wie würde sich ein Steuerwettbewerb auf die Wirtschaftsleistung der neun Bundesländer auswirken? Nachdem in Österreich die Steuerbelastung im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist und der Steuerwiderstand progressiv mit der Steuerbelastung ansteigt, kann man auch von moderaten Steuersenkungen günstige Auswirkungen auf Leistungsbereitschaft, Standortattraktivität und Wachstum erwarten. Wieviel Wachstumsschub kann man sich also gemessen am Bruttoinlandsprodukt erwarten, und wie gross könnten die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern sein? Oft sind es die kleinen Länder, die im Steuerwettbewerb oben ausschwingen und ihre Standortattraktivität steigern können. Eine gleich hohe Steuersenkung wirkt sich in kleinen Ländern stärker auf das lokale Wachstum aus, weil die Möglichkeiten der Zu- und Abwanderung von Unternehmen und Haushalten grösser sind und daher die steuerliche Standortattraktivität wichtiger ist. Auch in unseren Szenarien ist nach Tabelle 2 das Burgenland ein Hauptgewinner und könnte sein BIP um 4,25 Prozent steigern. Kärnten, auch eines der ärmeren Länder, käme auf ein um 3,04 Prozent

höheres BIP. Nicht zuletzt wegen der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland würden alle neun Bundesländer eine höhere Wirtschaftsleistung erzielen; Wien etwa käme auf ein Plus von 0,75 Prozent. Im österreichischen Durchschnitt könnten die Einkommen gemessen am BIP pro Kopf um 1,7 Prozent zunehmen.

Die bestehende Form des österreichischen Föderalismus hat hohe Kosten. Der Wechsel zu einer echten Finanzautonomie der Bundesländer könnte spürbare Wohlstandsgewinne ermöglichen. Dabei könnten alle Bundesländer von den verbesserten Anreizen für die lokale Politik profitieren, wenn auch in etwas unterschiedlichem Umfang. Zwar kann auch eine Finanzautonomie der Bundesländer nicht alle Probleme der heimischen Finanzpolitik lösen. Angesichts der derzeit bestehenden Fehlanreize im österreichischen Föderalismus erscheint jedoch eine grundlegende Reform mit einem Systemwechsel sehr empfehlenswert.

11. DIE TRAGBARKEIT DER STAATSSCHULDEN

Finanz und Wirtschaft, 06.08.2014

Der aktuelle Zahlungsausfall Argentiniens wirft erneut die Frage nach der Tragbarkeit der Staatsverschuldung auf. In der Eurozone betrug im Jahr 2013 die Staatsverschuldung im Durchschnitt über 90% des BIPs. Überhöhte Staatsschulden waren neben auseinanderdriftender Wettbewerbsfähigkeit und mangelnder Stabilität der Banken ein Treiber der Eurokrise, die viel Vermögen vernichtet und hohe Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit verursacht hat.

Es gibt keine einfache Grenze der Staatsverschuldung. Eine Schuld von 90% ist für ein starkes Land mit kräftigem Wachstum kein Problem, aber für ein wirtschaftlich schwaches Land zu viel. Die Grenzen der Verschuldung zeigen sich auf dem Kapitalmarkt, wenn Staatsanleihen fällig werden und zu refinanzieren sind. Die Investoren stellen sich wie bei einer Kreditwürdigkeitsprüfung die Frage, ob die neu ausgegebenen Anleihen bei Fälligkeit noch sicher bedient werden. Sie müssen beurteilen, wie hoch das Wachstumspotential ist, wie weit die Steuerquellen noch ausgereizt werden können, welche anderen unverzichtbaren Staatsausgaben Vorrang haben, und ob noch ausreichend viel übrig bleibt, um die Schuld sicher zu bedienen. Fällt diese Prüfung negativ aus, dann können fällige Staatsanleihen nicht refinanziert werden und es kommt zum Zahlungsausfall. Ein vorsichtiges Schuldenmanagement wird dabei die Laufzeiten und Struktur der Staatsschuld so festlegen, dass sich die Fälligkeit von Anleihen nicht in einem Jahr ballen und der Kapitalmarkt überbeansprucht wird.

Niedrige Staatsschulden sind im nationalen Interesse. Zunächst ist eine steigende Staatsschuld eine Vorbelastung der nachfolgenden zugunsten der heutigen Generationen. Wenn Familien und Unternehmen sparen und investieren, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kinder zu steigern, kann es nicht im nationalen Interesse sein, wenn der Staat mit neuen Schulden das Gegenteil macht. Zweitens gehört es zu den Kernaufgaben des Staates, die Konjunktur zu stabilisieren, um die Bürger vor vermeidbaren Einkommensrisiken zu schützen. Das kann aber nicht gelingen, wenn ein Land mit zu hoher Staatschuld in die Rezession geht und die vorübergehenden Defizite nicht mehr finanzieren kann. Drittens sichert eine niedrige

Staatsschuld niedrige Zinsen dank unzweifelhafter Bonität, die den Staat für die Anleger zum sicheren Hafen macht. Bei geringer Zinsbelastung muss von den Steuern weniger für den Zinsendienst abgezweigt werden, so dass mehr für die produktiven Staatsaufgaben übrig bleibt. Eine zu hohe Verschuldung macht jedoch den Staat zum Risiko für die Anleger, die mit höheren Zinsen für das Risiko entschädigt werden müssen. Das Land wird verwundbar für einen plötzlichen Vertrauensverlust. Die Angst vor hohen Vermögensverlusten kann eine Flucht aus den Staatsanleihen auslösen, die zu starken Kursverlusten und sprunghaft ansteigenden Zinsen führt und damit den Staatsbankrott wie bei einer selbst erfüllenden Prophezeiung herbeiführt. Ein solches Szenario kann aber nur auftreten, wenn die Schuld von vornherein zu hoch und die Tragfähigkeit zweifelhaft ist.

Der politische Wettbewerb fördert leider eine gewisse Kurzsichtigkeit der Finanzpolitik und macht Staatsverschuldung für die Entscheidungsträger oft attraktiv. Die Vorteile niedriger Steuern und grosszügiger Staatsausgaben sind sofort da und politisch spürbar, die Nachteile einer höheren Staatsschuld sind unklarer und treten erst nach Jahren und womöglich erst nach der eigenen Amtszeit ein. Aus dem gleichen Grund sind grosszügige Sozialausgaben und Subventionen sofort spürbar und politisch attraktiv, während Ausgaben für Bildung, Forschung und öffentliche Investitionen zuerst einen Verzicht verlangen und erst nach Jahren Erfolge zeitigen. Diese Ausgaben sind aber wichtig, um die Tragbarkeit der Staatsschuld sicherzustellen. In einer Währungsunion besteht ein weiteres moralisches Risiko darin, dass sich ein Land zum eigenen Vorteil stark verschulden und später bei drohender Insolvenz die Lasten teilweise auf andere Mitgliedsländer abwälzen kann. Diese müssen zu Hilfe eilen, um eine Ausbreitung der Krise zu verhindern und den Fortbestand der Union zu gewährleisten. Schliesslich ist es möglich, mit einem Schuldenschnitt der Bedienung der Staatsschuld zu entkommen und die Lasten auf anonyme oder politisch wenig populäre Investoren abzuwälzen, mit langfristig kostspieligen Folgen. Mangelnde Vertragstreue und Rechtssicherheit beschädigen die Investitionssicherheit und beeinträchtigen das Wachstum.

Dem moralischen Risiko einer überhöhten Schuldenfinanzierung kann entgegengewirkt werden. Eine wichtige Bremse ist die Kapitalmarktdisziplin. Ein Land mit zunehmend zweifelhafter Tragfähigkeit der Staatsschuld muss höhere Zinsen zahlen, um die Anleger für das höhere Ausfallsrisiko zu entschädigen, und erhält im Extremfall keinen Zugang mehr

zum Kapitalmarkt. Zweitens braucht es institutionelle Regeln wie z.B. die Schuldenbremse in der Schweiz und den Fiskalpakt in der Eurozone. Diese Regeln engen den Entscheidungsspielraum der Politik ein und wirken umso eher, als sie in der Verfassung verankert sind. Und drittens spielen unabhängige Institutionen wie der internationale Währungsfonds IMF und der europäische Stabilitätsmechanismus ESM eine zentrale Rolle. Sie gewähren in Not geratenen Staaten eine Refinanzierung nur Zug um Zug gegen die Erfüllung von strengen Reformauflagen, welche die Tragbarkeit der Staatsschuld wieder herstellen sollen. Dazu zählen neben fiskalischer Konsolidierung auch strenge Strukturreformen zur Stärkung der Wachstumskräfte. Die Hilfskredite des IMF und ESM gehen mit einem erheblichen Souveränitätsverlust einher und haben daher auch eine vorbeugende, abschreckende Wirkung. Ist die Tragfähigkeit der Staatsschuld selbst unter strikten Reformauflagen nicht mehr gegeben, dann muss vor der Intervention des IMF und ESM ein Schuldenschnitt auf ein Niveau erfolgen, das die verbleibende Schuld tragfähig macht.

Ob mit oder ohne Intervention des IMF oder ESM stellt sich die Frage, wie ein Schuldenabbau zu bewerkstelligen ist, ob mit höheren Steuern oder geringeren Ausgaben. Dabei geht es ganz grundsätzlich um den Umfang der Staatstätigkeit. Da die volkswirtschaftlichen Kosten der Besteuerung progressiv mit der Höhe der Belastung zunehmen, erweist sich in Ländern mit hohem Staatsanteil eine ausgabenseitige Sanierung als wesentlich nachhaltiger. Eine Steuererhöhung würde zwar rasch mehr Einnahmen schaffen, aber danach setzen wachstumshemmende Wirkungen und zunehmender Steuerwiderstand ein, welche die Ergiebigkeit der Steuern aushöhlen, die nächste Steuererhöhung vorprogrammieren und die Wachstumskräfte neuerlich behindern. Eine ausgabenseitige Sanierung vermeidet diesen Negativkreislauf und wirkt nachhaltiger. Allerdings müssen die wachstumsrelevanten Ausgaben für Bildung und Forschung erhalten bleiben oder sogar ausgebaut werden. Umso grösser müssen die Einsparungen bei Konsumausgaben sein wie z.B. für Subventionen, Soziales und Verwaltung. Sparen heisst Verzicht zu leisten, um zu investieren. Beides soll gleichzeitig passieren, um leichter aus der Schuld herauszuwachsen. Es wäre für die nachfolgenden Generationen wenig gewonnen, wenn sie zwar eine geringere Staatsschuld, aber gleichzeitig auch eine weniger leistungsfähige Wirtschaft erben würden.

II. Abschnitt 2: Unternehmen und Innovation

1. Innovation braucht Strukturwandel

Finanz und Wirtschaft, 19.06.2019

Innovation schafft den Qualitätsvorsprung, der kaufkräftige Nachfrage anspricht und höhere Gewinnspannen ermöglicht. Wertschöpfung und Einkommen nehmen zu. So kann das Land in der internationalen Arbeitsteilung einen komparativen Vorteil in den innovativen und wertschöpfungsintensiven Branchen erzielen und seinen Reichtum ausbauen. Damit das gelingt, müssen die Unternehmen den Qualitätswettbewerb gewinnen. Wem es an Kreativität und Innovation mangelt, ist dem weltweiten Preiswettbewerb ausgeliefert. Da haben China, Indien und andere lohngünstige Schwellenländer eindeutig die besseren Karten.

Innovation heisst kreative Zerstörung. Neues ersetzt Altes. Unternehmen mit überkommenen Geschäftsmodellen schrumpfen oder scheiden ganz aus. Die innovativen Wachstumsunternehmen saugen die Beschäftigung auf und ziehen das Kapital an. Sie bieten höhere Renditen, bessere Löhne und attraktivere Karriereperspektiven. Ein Unternehmen, das nicht mehr wettbewerbsfähig ist und laufend Markteinteile einbüsst, kann seinen Mitarbeitern weder sichere Jobs noch gute Löhne bieten. Auch um die Aufstiegschancen ist es dort schlecht bestellt. Um vom Wandel zu profitieren, müssen Arbeit und Kapital wandern.

Der ständige Neueinsatz von Arbeit und Kapital ist die Voraussetzung dafür, dass Innovation sich durchsetzt und Produktivität und Einkommen steigen. Die Länder unterscheiden sich in ihrer Fähigkeit, den Strukturwandel zu bewältigen und Arbeit und Kapital auf die wertschöpfungsintensiven Branchen hinzulenken. Aber der Strukturwandel produziert Gewinner und Verlierer. Wenn Unternehmen schrumpfen oder ganze Branchen niedergehen, drohen Arbeitslosigkeit, Insolvenzen und hohe Verluste an Kapital und Vermögen, während anderswo Löhne und Gewinne rasch zunehmen. Kann inklusives Wachstum gelingen?

Investoren, Unternehmer und Manager müssen Kapital dorthin lenken, wo die Renditen hoch sind, und aus unrentablen Bereichen abziehen. Das

steigert die Kapitalproduktivität. Damit dieser Prozess gut gelingt, braucht es Rahmenbedingungen, welche sowohl den Finanzierungsstopp als auch die neue Finanzierung ermöglichen. Ein leistungsfähiges Insolvenzrecht hilft, das Kapital in unproduktiven Bereichen möglichst ressourcenschonend freizusetzen. Anlagen und Ausrüstungen werden gegen einen Abschlag an gesunde Unternehmen verkauft, die eine rentablere Nutzung haben. Das Insolvenzrecht soll die Gläubiger schützen, aber auch den Unternehmern eine zweite Chance gewähren und den Neustart erleichtern.

Radikale Innovationen passieren eher in Start-ups und jungen Wachstumsunternehmen. Sie haben grossen Finanzierungsbedarf, aber wenig Selbstfinanzierungskraft und unternehmerische Erfahrung. Damit profitable Investitionen nicht an der Finanzierung scheitern, braucht es nichts dringender als risikotragendes Eigenkapital. Eigenkapital ist die Voraussetzung für weiteren Kredit. Die Wagnisfinanziers bieten Risikokapital und strategische Beratung und Kontrolle aus einer Hand und trimmen die Unternehmen auf Wachstum. Deshalb wachsen wagnisfinanzierte Unternehmen schneller als ihre Konkurrenten und dominieren die neuen Märkte. Ein aktiver Sektor für Wagnisfinanzierung treibt den Strukturwandel voran und beschleunigt die Erneuerung der Wirtschaft durch Innovation.

Die Banken spielen eine zentrale Rolle. Die Kreditwürdigkeitsprüfung soll eine sichere Rückzahlung gewährleisten und den Fehleinsatz von Kapital von vornherein vermeiden. Wenn jedoch die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und die Kunden sich abwenden, müssen die Banken Kredite fällig stellen, um ihre Sparer vor noch grösseren Schäden durch verschleppte Insolvenzen zu schützen. Die teilweise Rückzahlung aus den Insolvenzerlösen steht dann für die Kreditvergabe an neue Unternehmen mit besseren Aussichten zur Verfügung. Nur starke Banken können die auftretenden Kreditverluste wegstecken und für eine Neuvergabe von Krediten sorgen. Schwache Banken mit wenig Eigenkapital tendieren dazu, die Kredite an unrentable Unternehmen zu verlängern. Sie wollen Kreditabschreibungen vermeiden, um ihr knappes Eigenkapital zu schonen. Damit halten sie unrentable ‚Zombie'-Firmen am Leben, die den leistungsfähigen Konkurrenten die Marktanteile stehlen und den produktivitätssteigernden Strukturwandel blockieren.

Ohne qualifizierte Arbeit gibt es keine innovative Produktion und keine Kapitalrendite. Um vom Wandel zu profitieren, muss die Arbeit dorthin wandern, wo die Löhne gut und die Jobperspektiven günstig sind. Ein

nachhaltiger Sozialstaat soll den Wandel unterstützen und nicht behindern. Dies gelingt am ehesten mit drei Stossrichtungen. Der Kündigungsschutz soll moderat bleiben, damit er nicht den Strukturwandel blockiert. Ein allzu rigider Schutz verlängert unproduktive Jobs, die den Arbeitenden weder Sicherheit noch gute Löhne bieten. Leistungsfähige Unternehmen schaffen weniger neue Jobs, wenn sie später nur mit hohen Kosten beenden können, was nicht mehr profitabel ist. Ein rigider Schutz ist unfair, weil er die bisher Beschäftigten auf Kosten jener schützt, welche neue Beschäftigung suchen.

Es ist besser, die Arbeitenden mit einer gut ausgebauten Arbeitslosenversicherung vor den Risiken in einer schnelllebigen Wirtschaft zu schützen. Im Vertrauen auf diese Sicherheit sind die Arbeitenden eher bereit, in innovativen und dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Branchen zu arbeiten. Die Arbeitslosenversicherung gibt Zeit, für jede Qualifikation die Stelle mit dem richtigen Anforderungsprofil zu finden, damit die Arbeit möglichst gut zum Einsatz kommt. Das dritte Element ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik, welche die Arbeitenden unterstützt, eine neue Beschäftigung mit besseren Perspektiven zu finden. Dazu gehören Informations- und Vermittlungsdienste, Massnahmen für Qualifikation und Umschulung, und finanzielle Anreize sowie Sanktionen bei Missbrauch auf Kosten der Gemeinschaft.

Die Umlenkung der Arbeit bei raschem Strukturwandel gelingt umso leichter, je besser die Basisausbildung ist und je mehr die Unternehmen und Arbeitenden mit lebenslangem Lernen ihre Qualifikationen laufend aktualisieren und erneuern. Überall einsetzbares Basiswissen erleichtert den Stellenwechsel und die Ergänzung mit betriebs- und branchenspezifischen Qualifikationen.

Freier Marktzugang und fairer Wettbewerb ermöglichen den innovativen Unternehmen ein rasches Wachstum, solange Arbeit und Kapital dorthin wandern, wo die Wertschöpfung zunimmt anstatt schrumpft. Je besser der Strukturwandel gelingt, desto eher erwächst den Monopolisten und Rentiers neue Konkurrenz, und desto geringer ist das Problem mit den zunehmenden Top 1% der Einkommen. Innovation, Globalisierung und Strukturwandel müssen nicht zu mehr Ungleichheit führen. Erfolgreiche Karrieren und sozialer Aufstieg gelingen nicht in den niedergehenden Branchen und schrumpfenden Unternehmen, sondern mit dem Wechsel zu den innovativen Firmen mit den zukunftsträchtigen Jobs.

Je häufiger Karrieren nach dem Muster „arm mit 20 und reich mit 60“ stattfinden, desto eher ist der Zusammenhalt in der Gesellschaft gesichert. Hohe soziale Mobilität mindert das Verlangen nach allzu aggressiver und konfliktträchtiger Umverteilung. Wer realistisch auf persönlichen Aufstieg hoffen kann, wird eher eine massvolle Ungleichheit akzeptieren. Es kann dem Zusammenhalt nur dienen, wenn mehr der reichen 60-Jährigen sich an ihre knappen Tage zu Beginn ihrer Laufbahn erinnern. So können rascher Wandel durch Innovation, sozialer Aufstieg und inklusives Wachstum zusammengehen.

2. WETTBEWERBSPOLITIK IST DER SCHLÜSSEL

Finanz und Wirtschaft, 13.09.2017

Preise steuern die Wirtschaft. Wo die Preise steigen, ist die Wertschätzung der Konsumenten hoch. Wenn der Preis für die Leistung stimmt, lohnen sich Investitionen. Unternehmen wollen mehr davon produzieren, wo sie gut verdienen. Wenn der Wettbewerb spielt, sei es durch innovative heimische Unternehmer oder durch Importkonkurrenz, können die Preise und Gewinne nicht in den Himmel schiessen. Mehr als für eine gute Leistung wollen die Konsumenten nicht zahlen. Gute Qualität zu wettbewerblichen Preisen gibt ihnen mehr Kaufkraft und steigert das Realeinkommen. So sichert der Wettbewerb, dass der Wohlstand breit ankommt.

Doch der Wettbewerb funktioniert nicht immer. Die Spielregeln im Wettbewerb müssen für alle gelten. Die Wettbewerbsbehörden müssen wachsam sein, damit die Spiesse gleich lang bleiben. Es ist nicht fair, wenn Spitzensportler dem Sieg mit Doping nachhelfen. Es ist auch nicht fair, wenn in der Wirtschaft grosse Konzerne ihre Marktmacht ausnutzen, die Konsumenten mit überhöhten Preisen übervorteilen und neue Konkurrenz behindern oder gar ganz ausschliessen, anstatt durch bessere Leistung zu glänzen. Wettbewerbsfeindliches Verhalten verhindert, dass sich ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis durchsetzen kann und schadet den Verbrauchern gleich zweifach. Erstens sind die Preise zu hoch und zweitens kommt ein besseres Angebot nicht zustande. F&E-Investitionen rentieren sich nicht, wenn nachher der Absatz nicht stimmt und die Erlöse nicht kommen, weil es beim Marktzugang hapert. Wenn etablierte Konzerne ihre Marktmacht ausüben und den Markt abschotten, behindern sie die Innovation durch neue Anbieter.

Der Wettbewerbspreis ist die unparteiische Messlatte, die den fairen Gewinn als Entschädigung für eine Leistung bestimmt. Abweichungen davon sind Umverteilung. Steigende Preise als Folge ausgenutzter Marktmacht führen zu überrissenen Gewinnen auf Kosten des Mittelstands und der unteren Einkommen. Überhöhte Rohölpreise, Telefongebühren und Managergehälter sind Umverteilung und führen zu einem Anstieg von Gewinnen

und Spitzeneinkommen, die nicht auf Leistung, sondern Abschottung, Marktmacht und Übervorteilung beruhen.
Dass mangelnder Wettbewerb die Ungleichheit fördert, ist nichts, was man vernachlässigen könnte. Die neuere Forschung zeigt, dass gerade in innovativen Branchen zunehmend die «Superstar-Firmen» den Markt dominieren und daher Konzentration und Marktmacht steigen. Es mag teilweise an Netzwerkeffekten und den neuen Technologien liegen, dass die Sieger fast alles bekommen und für die Konkurrenz wenig übrigbleibt. Die Firmenwerte von Google, Facebook, Apple, Amazon und dergleichen stellen die Marktkapitalisierung der alten Wirtschaft wie z.B. der internationalen Autokonzerne bei weitem in den Schatten. Aber nachdem diese Firmen mit überlegener Innovation gross geworden sind, haben auch sie einen Anreiz, ihre Position mit wettbewerbsfeindlichen Strategien zu zementieren. Die Profite dieser Firmen gehen jedenfalls weit über eine wettbewerbliche Kapitalrendite hinaus und sind zum Teil Renteneinkommen, die auf dem Glück in der Innovation und auf konzentrationsfördernde Netzwerkeffekte beruhen.

Die nachlassende Wettbewerbsintensität hat erheblichen Einfluss auf die Verteilung der Wertschöpfung in der Wirtschaft. Die neuere Forschung dokumentiert, dass sowohl der Anteil der Arbeit an der Wertschöpfung als auch der Anteil der wettbewerblichen Kapitalentlohnung gemessen an einer marktüblichen Verzinsung stark gefallen sind. Umgekehrt haben die Renteneinkommen und Gewinne aufgrund einer überschüssigen Kapitalrendite deutlich zugenommen. Das lässt den Anteil der Top 1% der Einkommen auf Kosten der breiten Masse ansteigen und fördert die Ungleichheit.

Für die USA wurde ermittelt, dass bei einem Abbau der Konzentrationstendenzen und einer Rückkehr zum höheren Wettbewerbsgrad von 1984 die Investitionen um 19% und die Löhne um 24% steigen könnten. Die Zahlen mögen eine Scheingenauigkeit vorspiegeln. Die Logik ist jedoch klar und die Grössenordnung erscheint angesichts vieler anderer Forschungsergebnisse plausibel. Die Ausnutzung von Marktmacht beruht immer auf einer Einschränkung der Produktion, um höhere Preise durchzusetzen. Mehr Wettbewerb kehrt den Prozess um und steigert Produktion und Beschäftigung. Davon profitieren die Arbeitenden mit höheren Löhnen und mehr Jobs, und die sinkenden Preise steigern erst noch ihre Kauf-

kraft. Mehr Wettbewerb fördert eine gleichmässigere Einkommensverteilung und verhindert die Konzentration anstössig hoher Gewinne bei den Top 1% der Einkommen.
Ein intensiver Wettbewerb fördert den produktivitätssteigernden Strukturwandel. Unternehmen, deren Gewinne auf vergangenen Erfolgen und auf Marktmacht anstatt neuer Innnovation beruhen, und die mit neuen aufstrebenden Anbietern nicht mehr mithalten, müssen wieder schrumpfen. Damit Einkommen und Wohlstand steigen, sollen Kapital und Arbeit dorthin fliessen, wo neue Innovation stattfindet, die Rentabilität hoch und der Verdienst und die Zukunftsaussichten der Arbeitenden besser sind. Innovation bedeutet eben, dass Neues Altes ersetzt, im Produktzyklus grosser Konzerne und im Wettbewerb zwischen den Unternehmen. Ein grosser Teil des Produktivitätswachstums, etwa die Hälfte, beruht auf den gezielten Einsatz von Kapital und Arbeit in den Unternehmen mit hohem Wachstum der Wertschöpfung. Wenn es an Wettbewerb mangelt, ist diese Erneuerung der Wirtschaft blockiert.

Wettbewerb fördert den sozialen Aufstieg, wie es der Traum vom Tellerwäscher zum Millionär verheisst. Für viele führt der Weg über Selbstständigkeit, Unternehmertum und Innovation nach oben. Prestige, soziale Anerkennung und andere Motivationen jenseits des Einkommens mögen wichtig sein. Die Chance auf hohe Einkommen bleibt jedoch eine wesentliche Triebkraft für Risikobereitschaft und Unternehmertum. Daher ist Innovation immer auch mit dem Erfolg einzelner herausragender Erfinder und Unternehmer verbunden. Wie könnten sich die Aufsteiger ohne freien Marktzugang und fairen Wettbewerb je durchsetzen?

Empirische Ergebnisse zeigen auch, dass der Einkommensanteil der Top 1% Verdiener steigt, wenn die Anzahl der Patente pro Kopf der Bevölkerung zunimmt. Die Forscher führen etwa 22% des Anstiegs des Top 1% Einkommensanteils auf Innovation zurück. Mit 20 arm und mit 60 durch Innovation und Unternehmertum reich ist verdienter Reichtum durch Leistung. Zwar nehmen die Top 1% der Einkommen zu, doch dieser Reichtum ist im Wettbewerb erkämpft und hat viele nach oben mitgenommen. Das ist anders zu bewerten als Reichtum, der durch Abschottung und Behinderung des Wettbewerbs verteidigt wird und damit die Ungleichheit zementiert.

Zunehmende Ungleichheit kann man im Nachhinein mit progressiven Steuern oben und Einkommenszuschüssen unten korrigieren. Das ist leistungsfeindlich, behindert das Wachstum und schmälert den Kuchen, den es zu verteilen gibt. Noch besser ist es, in Bildung zu investieren, damit möglichst viele der Armut entfliehen und sozial aufsteigen, und mit griffiger Wettbewerbspolitik den Reichtum oben aufzubrechen, wo er nicht mehr durch Leistung verdient wird. Diese vorbeugende Politik ist die beste Garantie, dass anstössige Ungleichheit erst gar nicht entsteht, und fördert erst noch das Wachstum. Eine griffige Wettbewerbspolitik sichert weit mehr als nur Effizienz und Wachstum in der Wirtschaft, sondern verspricht Fairness, eine hohe soziale Mobilität und inklusives Wachstum mit Chancen für alle.

3. GLOBALISIERUNG, WAS SONST?

Finanz und Wirtschaft, 01.07.2017

Die Globalisierung hat einen schlechten Ruf. Freihandelsabkommen treiben die Leute auf die Strasse. Die mächtigen Multis geniessen wenig Sympathie. Ob der vielen Zuwanderung wird uns die Heimat fremd. China und andere Billiglohnländer überschwemmen unsere Märkte und nehmen uns die Jobs weg. Müssen wir Arbeitslosigkeit und den Niedergang befürchten?

Ja, Globalisierung und offene Grenzen haben Vor- und Nachteile. Es gibt Gewinner und Verlierer. Aber der Anteil der Schweiz an der weltweiten Wirtschaftsleistung beträgt nur etwa 1%. Wo kann da die Schweizer Wirtschaft Geld verdienen? Wo liegen die Chancen für unsere Jobs? Man muss sich eher fragen: Globalisierung, was sonst?

Für Reichtum und Wohlstand gibt es ein simples Prinzip. Man muss dort arbeiten und investieren, wo man viel verdienen kann und die Aussichten gut sind. Man muss sich auf das konzentrieren, was man besser als andere kann. Eine schlechte Idee ist es, dort zu verharren, wo es nichts zu verdienen gibt und der Niedergang vorprogrammiert ist. Wenn Neues geboten wird und die Qualität besser ist, kann man hohe Preise verlangen und hohe Löhne zahlen, und erst noch gibt es Exportüberschüsse. Die Wirtschaft wächst vor allem bei den Unternehmen, die innovativ und international wettbewerbsfähig sind. Im Ausland Geld verdienen und Kaufkraft ins Land holen, kann keine schlechte Idee sein. Von dieser Nachfrage profitieren auch die vielen heimischen KMUs, die selbst nicht exportieren, bis zum Bäcker nebenan. Was das Ausland billiger und besser anbietet, kauft man dagegen lieber ein. Die niedrigen Preise stärken die Kaufkraft und den Wohlstand der Arbeitenden und Konsumenten.

Freihandelsabkommen erleichtern den Zugang zu den weltweiten Absatzmärkten und die internationale Arbeitsteilung mit den ausländischen Anbietern. Sie helfen der Wirtschaft, sich auf das zu spezialisieren, wo sie Vorteile hat, mehr verdienen kann und die Perspektiven der heimischen Arbeit besser sind. Deshalb schätzen die Ökonomen den Zugang zum EU-Markt und die internationalen Handels- und Investitionsschutzabkommen so wichtig ein. Handelserleichterungen durch Abbau von regulatorischen

Auflagen sollen mit dem nationalen Konsumentenschutz vereinbar sein. Dabei sollte man aber den wichtigsten Konsumentenschutz nicht vergessen, nämlich Jobs mit attraktiven Löhnen und guten Zukunftsperspektiven.

Noch wichtiger sind die dynamischen Effekte, die durch Innovation entstehen. Gerade kleine Länder wie die Schweiz haben einen viel zu kleinen Binnenmarkt. Die innovativsten Unternehmen, welche die meisten neuen Jobs schaffen, könnten ihr Wachstumspotential niemals ausschöpfen, wenn sie nicht Zugang zu den grossen Absatzmärkten in der EU und auf der ganzen Welt hätten. Die hoch spezialisierten Innovationschampions der Wirtschaft exportieren den Grossteil, nicht selten 80 bis 100% ihrer Produktion! Wie könnte jemand in F&E investieren, wenn nachher der Zugang zu den lukrativen Absatzmärkten versperrt wäre und die Umsätze nicht kämen? Wie könnte die Schweiz Innovationsland Nummer eins sein, wenn es sich abschottete und damit ihren Unternehmen den Ertrag auf die Innovation versagte?

Globalisierung und Innovation haben eines gemeinsam, sie lösen Strukturwandel aus. Innovation heisst, Neues ersetzt Altes. Die grossen Konzerne erneuern ihre Produktpalette, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen und neue Wachstumsmöglichkeiten zu erschliessen. Sie lassen alte Produktlinien auf und starten die Produktion des neuen verbesserten Angebots. Sie müssen ihre Belegschaft umschulen und Arbeit und Kapital neu einsetzen. Innovation ist unweigerlich mit Marktzutritt und Austritt verbunden. Neue Firmengründungen kommen dazu, während andere Unternehmen schliessen oder sich umstrukturieren und sich profitableren Geschäftsfeldern zuwenden. Sind die Unternehmen zu langsam, droht der Bankrott mit Vermögensverlusten und Arbeitslosigkeit. Dann geht es darum, das noch nutzbare Kapital anderswo und besser zu investieren und die Arbeitslosigkeit durch Vermittlung und Umschulung möglichst kurz zu halten.

Es ist aber nicht vorwiegend die Globalisierung, die den Strukturwandel auslöst und zu Anpassung und Veränderung zwingt, sondern die Innovation. Das Neue kann sich nicht durchsetzen, wenn nicht etwas Anderes verschwindet. Die Globalisierung ist zu einem grossen Teil die Folge der Innovation, indem die innovativsten Unternehmen weltweit expandieren und auf der anderen Seite die nicht mehr wettbewerbsfähigen der Importkonkurrenz weichen. Den Strukturwandel aufzuhalten hiesse, die Angst vor

dem Abstieg und dem Niedergang zu perpetuieren, anstatt sich neuer Beschäftigung in konkurrenzfähigen Unternehmen mit deutlich besseren Perspektiven zuzuwenden. Es würde bedeuten, die Innovation zu blockieren. Die Verabschiedung vom Wohlstand wäre die Folge. Die Wissenschaft hat errechnet, dass in den USA in einem autarken Zustand die Einkommen um ganze 40% niedriger wären. In kleinen Ländern mit fehlenden Rohstoffen ist Autarkie gar nicht mehr vorstellbar. Doch es gibt Länder, die dem Gegenteil von Globalisierung ziemlich nahekommen. Nordkorea und das alte Albanien wären Beispiele für grassierende Armut durch Abschottung.

Besonders starker Globalisierungskritik sind die mächtigen Multis ausgesetzt. Sie gehören jedoch zu den innovativsten und produktivsten Unternehmen, die die umfangreichsten F&E-Ausgaben stemmen, die höchsten Löhne zahlen und den Grossteil der Unternehmenssteuern abliefern. Sie sind nicht aus Zufall so gross und produktiv geworden, sondern wegen überlegener Innovation. Sie sind zur Innovation verdammt, weil sie von der Konkurrenz nicht nur im Inland, sondern auf der ganzen Welt herausgefordert sind. Weil sie so innovativ und produktiv sind, sind ihre Standorte in den meisten Staaten so begehrt. Ihre Direktinvestitionen nutzen Kostenvorteile in Entwicklungsländern aus oder bringen die Produktion zu den grossen Absatzmärkten hin, um aufwendige Transporte einzusparen. Für viele Entwicklungsländer sind die Direktinvestitionen der Multis häufig viel wichtiger für ihre wirtschaftliche Entwicklung wie die oft erbärmlich geringe Entwicklungshilfe der reichen Industriestaaten. Indem sie dort produzieren und die wirtschaftliche Entwicklung anstossen, nehmen sie auch etwas vom Zuwanderungsdruck weg, unter dem die reichen Länder so sehr leiden.

Globalisierung braucht Leitplanken, so wie der faire Wettbewerb im Inland eine starke Wettbewerbsbehörde benötigt. Die Staaten sollen die WTO (Welthandelsorganisation) mit schärferen Zähnen ausstatten, damit sie unfaire Handelspraktiken verhindert. Sie sollen nicht selber unfairen Steuerwettbewerb betreiben und sich besser koordinieren, damit es weder Doppelbesteuerung noch Steuerschlupflöcher gibt. Unabhängig besetzte internationale Schiedsgerichte sollen über Investitionsstreitigkeiten richten. Wem das immer noch nicht genügt, der sollte sich an die schärfste Waffe gegen mächtige Konzerne erinnern, nämlich weltweiten Wettbewerb durch Freihandel.

Die Arbeitenden erzielen in der internationalen Wirtschaft höhere Löhne, aber tragen auch höhere Risiken. Der Sozialstaat soll Sicherheit bieten, aber dem Wandel nicht im Weg stehen und vorbeugende Massnahmen forcieren. Kräftig in F&E zu investieren und die Arbeitenden mit höchster Qualifikation auszurüsten muss Vorrang haben, damit die sozialen Risiken möglichst gering bleiben und die Arbeitenden von der Globalisierung noch mehr profitieren.

.

4. INNOVATION: DER STAAT MUSS IN VORLAGE TRETEN

Der Standard, 21.06.2017

Innovation treibt das Wachstum. Österreich hat bei den F&E-Investitionen stark aufgeholt. Bereits heute übertrifft unser Land das für 2020 anvisierte EU-Ziel eines F&E-Anteils von 3% des BIPs. Um zur Spitze der Innovationsländer aufzuschliessen, sind weitere Anstrengungen notwendig. Der Staat muss wichtige Vorleistungen für die private Innovation erbringen und Marktstörungen abbauen.

Oft wird der Fokus zu eng auf die F&E-Förderung gelegt. Diese kann jedoch eine kleine oder grosse Wirkung haben, je nachdem ob andere Engpässe bestehen. Wenn es an Finanzierung mangelt und die Grundlagenforschung zu kurz kommt, kann auch die F&E-Förderung nur wenig bewirken. Nur wenn ein Politikelement die anderen positiv beeinflusst, wird das Ganze mehr als die Summe der Teile. Der Plan A für die Innovation sieht zehn Punkte vor.

1. Grundlagenforschung ausbauen: Die Grundlagenforschung wird wichtiger, je mehr sich ein Land der Technologiegrenze annähert. Sie erbringt zentrale Vorleistungen für die private Innovation, indem sie hoch qualifiziertes F&E-Personal ausbildet und selbst neues Wissen schafft.

2. Patentierung unterstützen: Für Erfindungen mit grossem Potenzial ist die Patentierung die vielleicht wichtigste Vorkehrung für einen wirksamen Schutz der Eigentumsrechte, damit mehr Investitionssicherheit entsteht und grosse F&E-Investitionen sich besser rechnen.

3. Gründungsdynamik stärken: Grosse Konzerne dominieren das F&E-Volumen, kleine Firmen sind jedoch pro Euro an F&E effektiver. Unternehmertum braucht Risikobereitschaft und nicht eine Stigmatisierung des Scheiterns. Das Insolvenzrecht soll den Gläubigerschutz gewährleisten, aber auch die zweite Chance für einen Neustart ermöglichen. Unternehmertraining und Gründerparks an Universitäten, erleichterte Arbeits- und

Aufenthaltsbewilligung für F&E-Personal und Bürokratieabbau erleichtern Gründungen.

4. Steuerliche Diskriminierung des Risikokapitals abbauen: Je ehrgeiziger die Innovationen und je grösser die Risiken sind, desto mehr braucht es Risikokapital. Um mehr Risikokapital zu mobilisieren, soll die Besteuerung einen vollen Verlustausgleich und Verlustvortrag garantieren und den Steuerabzug von kalkulatorischen Eigenkapitalzinsen zulassen.

5. Fiskalische F&E-Förderung erhalten: Private F&E schafft neben eigenen Erlösen weitere unentgeltliche Erträge bei anderen Nutzern. F&E-Förderung soll diese nach dem Verursacherprinzip entgelten. F&E-Steuerabzüge bauen gezielt Finanzierungsprobleme dort ab, wo sie am häufigsten vorkommen, nämlich bei jungen innovativen Wachstumsfirmen. Zudem ist es sinnvoll, den Nachteil des kleinen Inlandmarktes auszugleichen und ausländische Begünstigungen mit eigener F&E-Förderung wettzumachen.

6. Wagnisfinanzierung stärken: Privates Wagniskapital finanziert hoch riskante Innovationen, wo Banken meist keinen Kredit mehr geben. Mit strategischer Beratung und Überwachung trimmt es die Unternehmen auf Wachstumskurs.

7. Kapitalmarkt und Börse stärken: Innovation bedeutet mehr Risiko und braucht daher mehr Eigenkapital, d.h. mehr Finanzierung auf dem Kapitalmarkt. Der Finanzplatz benötigt zwei starke Beine, leistungsfähige Banken und liquide Kapitalmärkte. Neben dem Abbau steuerlicher Hindernisse, einem starken Kapitalmarktrecht für mehr Rechtssicherheit, und einer Verbesserung des Finanzwissens müsste ein moderater Aufbau einer kapitalgedeckten Säule der Pensionsversicherung erfolgen. Ein wesentlich grösseres Anlagevolumen kann nur von institutionellen Grossanlegern kommen.

8. Marktzugang sichern: Wenn der Zugang zu den Absatzmärkten versperrt ist, machen Innovationen wenig Sinn. Ein leichterer Marktzugang im Inland erfordert ein starkes Wettbewerbsrecht. Für innovative Firmen ist der Inlandsmarkt viel zu klein, um stark zu wachsen. Deshalb müssen

die Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes sowie der Abbau von Handelsbarrieren wichtiger Teil der Innovationsstrategie sein.

9. Reallokation und Strukturwandel erleichtern: Innovation bedeutet Strukturwandel. Der gezielte neue Einsatz von Arbeit und Kapital macht etwa die Hälfte des Produktivitätswachstums aus. Die Defizite des Kapitalmarkts behindern die Reallokation des Kapitals und sind zu beseitigen. Auf dem Arbeitsmarkt sind ein moderater Kündigungsschutz und eine ausgebaute aktive Arbeitsmarktpolitik mit dem Wandel gut vereinbar. Angefangen von der Stärkung der IKT-Kompetenzen in den Schulen bis hin zur Umschulung und Weiterbildung (lebenslanges Lernen) kann die Bildungspolitik die Innovation unterstützen.

10. Innovationsstandort für Multis sichern: Multis sind weit überdurchschnittlich F&E-intensiv und spielen eine zentrale Rolle im Innovationssystem. Die Präsenz von Spitzenuniversitäten wie auch die Verfügbarkeit von hoch qualitativem Humankapitel sind zentrale Standortvorteile für die F&E-Einheiten der Multis. Neben fiskalischen Massnahmen ist daher eine Stärkung der universitären Ausbildung und der Grundlagenforschung vordringlich.

5. INNOVATIONSSTRATEGIE: ZEHN PUNKTE FÜR ÖSTERREICH

Trend Online, 14.06.2017

Das Innovationssystem hat wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Der Staat ist auf mehreren Ebenen gefordert. In einer neuen Studie des Wirtschaftspolitischen Zentrum fasst Christian Keuschnigg die Prioritäten für eine neue Innovationsstrategie zusammen.

Innovation treibt das Wachstum der Unternehmen und der Volkswirtschaft. Österreich hat in den letzten 20 Jahren bei den Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen (F&E) aufgeholt. Das Volumen der in Österreich geleisteten F&E-Investitionen hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt.

Dennoch liegt die F&E-Intensität in Österreich noch deutlich niedriger als in, vergleichbaren EU-Staaten. Österreich hat es noch nicht geschafft, zu den führenden Innovationsländern wie Schweiz, Dänemark, Deutschland, Finnland, die Niederlande und Schweden aufzuschliessen. Umso wichtiger ist es, die Wertschöpfungskette der Innovation auf Stärken und Schwächen zu überprüfen und einen systemischen Politikansatz zu entwickeln.

Am Beginn stehen die Grundlagenforschung und die universitäre Ausbildung an der Grenze der Forschung. Diese erbringen Vorleistungen für die private F&E wie neue Anwendungen, Patente und hoch qualifiziertes Forschungspersonal. Die empirische Forschung schätzt, dass je nach Branche die privaten F&E-Ausgaben um sieben Prozent steigen, wenn die Ausgaben für Grundlagenforschung um zehn Prozent wachsen.

Private F&E treibt das Unternehmenswachstum: Mit Produkt- und Prozessinnovationen erringen die Unternehmen einen Qualitätsvorsprung und Kostenvorteile, die Investitionen und Beschäftigung erst rentabel machen. Für stark wachsende Firmen wird der Heimmarkt rasch zu klein. Spezialisierte und innovative Firmen müssen den Weltmarkt erschliessen, um ihr Wachstumspotenzial auszuschöpfen. Dort treffen sie auf weltweite Konkurrenz und können sich nur mit überlegener Innovation behaupten.

> *Exportfirmen sind 40 Prozent und multinationale Unternehmen bis zu 55 Prozent produktiver als rein national orientierte Firmen.*

Je grösser die Exportfirmen und je wichtiger die Auslandsmärkte werden, desto eher entwickeln sie sich zu grossen Konzernen, die in vielen Ländern aktiv sind. Multinationale Unternehmen sind die produktivsten und forschungsintensivsten. Gerade wegen ihrer überdurchschnittlichen F&E-Intensität und anhaltenden Innovationsfähigkeit sind sie so gross und produktiv geworden. Wegen ihrer Grösse sind sie am ehesten selbst in der Grundlagenforschung aktiv und suchen häufig die Kooperation mit Universitäten und Zentren der Grundlagenforschung.

Die empirische Forschung schätzt, dass Exportfirmen etwa 40 Prozent und multinationale Unternehmen um bis zu 55 Prozent produktiver sind als rein national orientierte Firmen.

Weil sie mit Exporten ausländische Märkte bearbeiten, sind innovative Firmen überaus mobil und können leicht den Standort verlegen, um direkt am Absatzort zu produzieren. Die Standortattraktivität bestimmt, wie viel an Investition und Beschäftigung im Inland oder im Ausland stattfindet. Sie ist für die produktivsten und innovativsten Unternehmen mit dem grössten Wachstumspotenzial besonders wichtig.

Für die Beschäftigung ist entscheidend, dass Unternehmen nicht nur die F&E durchführen, sondern der Standort auch für die industrielle Produktion attraktiv bleibt. Der Trend zur digitalen, webbasierten Wirtschaft macht es leichter, die Wertschöpfungskette weltweit zu verteilen, um Kosten zu sparen oder andere Standortvorteile zu nutzen. Dabei ist die Standortattraktivität nicht nur für die Unternehmen als Ganzes, sondern für einzelne Funktionen wie F&E, Produktion und Vertrieb sowie Finanzierung und Konzernführung am Hauptsitz separat zu überprüfen. Die Standortfrage stellt sich in allen Phasen der Innovationskette. Auch Universitäten müssen weltweit um die Starforscher und grössten Studierendentalente konkurrieren.

Digitalisierung und Automatisierung von standardisierten Arbeitsschritten lösen einen kräftigen Strukturwandel aus.

Digitalisierung und Automatisierung von standardisierten Arbeitsschritten lösen einen kräftigen Strukturwandel aus und fordern sowohl Unternehmen als auch Bildungs- und Forschungspolitik heraus. Viele berufliche Tätigkeiten werden sich stark verändern. Neue und bessere Qualifikationen werden notwendig. Unternehmen werden mit grossem F&E-Aufwand

neue Geschäftsmodelle entwickeln und traditionelle Produktionsmodelle ersetzen.
Je mehr und je grundlegender die Innovationen sind, desto stärker ist der Strukturwandel, der sowohl innerhalb etablierter Unternehmen wie auch zwischen den Unternehmen durch Marktzutritt und Austritt erfolgt. Grosse Konzerne müssen ihren Produktzyklus erneuern, Produktion und Beschäftigung umstellen und mit ständiger Innovation ihre Marktstellung behaupten und ausbauen. Der Unternehmenssektor als Ganzes entwickelt sich durch Marktaustritt und Neugründungen weiter. Kapital und Arbeit werden neu eingesetzt. Die Produktivität kann nur dann steigen, wenn Kapital und Arbeit gezielt in die ertragreicheren Aktivitäten fliessen. Innovationen können sich erst durchsetzen und nur dann mehr Einkommen schaffen, wenn der Strukturwandel gelingt und die Märkte erfolgreich Kapital und Arbeit von schrumpfenden auf wachsende Branchen und Unternehmen hinlenken.

Je weiter ein Land technologisch voranschreitet, umso eher fällt ihm die Rolle zu, selbst die Technologiegrenze zu verschieben, anstatt vorhandene Technologien zu verbessern.

In Österreich ist zwar ist der Anteil der Grundlagenforschung an den gesamten F&E-Investitionen gestiegen, dennoch liegt dieser Anteil am BIP weit hinter führenden Ländern wie Japan oder der Schweiz zurück.

Ein Grund ist das Fehlen einer grösseren Anzahl von multinationalen Konzernen, die am ehesten in die Grundlagenforschung investieren. Aber auch im universitären Bereich steckt bezüglich Lehrbelastung, Ausstattung mit Forschungsmitteln und Attraktivität für international führende ForscherInnen und Top-Talente ein erheblicher Investitionsbedarf.

Die grösste Herausforderung ist, dass die Unternehmen radikalere Innovationsstrategien verfolgen.

Die wohl grösste Herausforderung besteht darin, dass die Unternehmen radikalere Innovationsstrategien verfolgen, neue Produkte und Prozesse mit grösserem technologischem Vorsprung entwickeln und sich damit auf dem Weltmarkt eine dominantere Position sichern. Oft sind es gerade Start-Ups, die nicht von den Erfahrungen mit vorhandenen Produkten und Prozessen geprägt sind und eher ganz neue Lösungen ausprobieren. Für Start-Ups ist es hierzulande schwieriger als anderswo, privates Wagniskapital und damit Finanzierung und strategische Beratung aus einer Hand zu erhalten.

Aktive Wagniskapitalgeber drängen ihre Unternehmen zu radikaleren Innovationsstrategien und trimmen sie auf Wachstumskurs. In der Intensivierung der Grundlagenforschung an den Universitäten und der Bereitstellung von Risiko- und Wagniskapital für innovative Unternehmen liegt das grösste Potenzial zur weiteren Verbesserung.

Eine neue Innovationsstrategie für den Aufstieg zum Innovation Leader muss die gesamte Wertschöpfungskette der Innovation berücksichtigen, von der Grundlagenforschung über die private F&E bis hin zur Kommerzialisierung in der Produktion. Sie soll eine klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft ermöglichen, wonach der Staat wichtige Vorleistungen für die private Innovation erbringt und mit fiskalischen und regulatorischen Instrumenten Marktstörungen abbaut, damit der Wettbewerb das bestmögliche Ergebnis erzielen kann. Sie soll die Heterogenität der Firmen berücksichtigen.

Junge innovative Unternehmen leiden häufig an Finanzierungsproblemen wie Mangel an Risikokapital, welcher die rasche Expansion drosselt. Grosse Konzerne, die den grössten Teil der privaten F&E-Ausgaben verantworten, haben dagegen wenig Mühe, Finanzierung aufzutreiben. Sie sind an vielen Standorten weltweit präsent und international mobil. Bei ihnen hat die Standortattraktivität Priorität. Damit ist die Politik gefordert, die zunehmende F&E-Förderung im Ausland wie auch andere Standortnachteile wie z.B. den kleinen Binnenmarkt wenigstens teilweise zu kompensieren.

Die Innovationsstrategie soll einen systemischen Ansatz verfolgen und die Komplementaritäten zwischen den verschiedenen Politikfeldern ausnutzen. Allzu oft wird der Fokus zu eng auf die F&E-Förderung gelegt. Diese kann jedoch einen kleinen oder grossen volkswirtschaftlichen Ertrag haben, je nachdem ob an anderen Stellen Engpässe in der Wertschöpfungskette der Innovation bestehen. Wenn es an Innovationsfinanzierung mangelt und die Grundlagenforschung vernachlässigt wird, dann kann auch eine noch so grosszügige F&E-Förderung nur beschränkte Wirkung entfalten.

Zehn Punkte Innovationskonzept: Die Innovationsstrategie in zehn Punkten ist als Gesamtkonzept zu verstehen, denn nur wenn sich die Elemente gegenseitig positiv beeinflussen, also die Elemente komplementär zueinander sind, wird das Ganze mehr als die Summe der Teile.

1. Grundlagenforschung ausbauen: Die Bedeutung der Grundlagenforschung im Innovationssystem steigt, je mehr sich ein Land der Technologiegrenze annähert. Sie erbringt zentrale Vorleistungen für die private Innovation, indem sie F&E-Personal an der Grenze der Forschung ausbildet und selbst neues, allgemein zugängliches Wissen schafft, das für die Kommerzialisierung verfügbar ist. Der Ausbau der Grundlagenforschung soll zudem effektive Anreize für den Technologietransfer in die Privatwirtschaft setzen.

2. Patentierung unterstützen: Für Erfindungen mit grossem wirtschaftlichem Potenzial ist eine Patentierung die vielleicht wichtigste Vorkehrung für einen wirksamen Schutz der Eigentumsrechte, damit mehr Investitionssicherheit entsteht und grosse F&E-Investitionen sich besser rechnen.

3. Gründungsdynamik stärken: Grosse Konzerne finanzieren zwar den grössten Teil der privaten F&E-Ausgaben, kleine Firmen sind jedoch pro Euro an F&E-Ausgaben effektiver. Aktives Unternehmertum braucht eine Wertschätzung der Risikobereitschaft und nicht eine Stigmatisierung des Scheiterns. Das Insolvenzrecht soll zwar einen angemessenen Gläubigerschutz gewährleisten, aber nicht die zweite Chance mit einem Neustart verhindern. Entrepreneurship-Trainings und Gründerparks an Universitäten, erleichterte Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung für gründungswillige Personen und Bürokratieerleichterungen wie z.B. One-Stop-Shops können Gründungen erleichtern.

4. Steuerliche Diskriminierung des Risikokapitals abbauen: Je ehrgeiziger die Innovationen und je grösser die Risiken sind, desto mehr braucht es Risikokapital. Um mehr Risikokapital zu mobilisieren, soll die Besteuerung einen vollen Verlustausgleich und Verlustvortrag auf Investorenseite garantieren und auf Unternehmensebene den Steuerabzug von kalkulatorischen Eigenkapitalzinsen zulassen.

5. Fiskalische F&E-Förderung erhalten: Erstens schafft private F&E neben eigenen Erlösen zusätzliche unentgeltliche Erträge bei anderen Nutzern. F&E-Förderung soll diese nach dem Verursacherprinzip kompensieren. Zweitens ist es sinnvoll, den Nachteil des kleinen Binnenmarktes auszugleichen und ausländische Begünstigungen mit eigener F&E-Förderung

wettzumachen. Drittens bauen F&E-Steuerabzüge gezielt Finanzierungsprobleme dort ab, wo sie am häufigsten vorkommen, nämlich bei jungen innovativen Wachstumsfirmen. Daher sollte die Forschungsprämie generös ausgestaltet bleiben.

6. Wagnisfinanzierung stärken: Wagniskapitalisten finanzieren hoch riskante Innovationen, wo Banken meist keinen Kredit mehr geben. Sie stärken zudem das Unternehmenswachstum mit strategischer Beratung und Überwachung. Angesichts des viel zu kleinen Kapitalmarkts sollte die aws wenigstens vorübergehend das Fund-in-Fund Geschäft stark ausbauen und sich mehr in privaten Beteiligungsgesellschaften engagieren, die ihrerseits die Portfolio-Investments auswählen und betreuen. Alle Massnahmen zur Stärkung des Kapitalmarktes würden der Wagnisfinanzierung zusätzlichen Schub geben.

7. Kapitalmarkt und Börse stärken: Eigenkapitalfinanzierung erfolgt über den Kapitalmarkt. Ein Bündel von Reformen ist notwendig, um den Finanzplatz auf zwei starke Beine zu stellen: leistungsfähige Banken und liquide Kapitalmärkte. Neben der Beseitigung von steuerlichen Hindernissen, einem starken Kapitalmarktrecht für mehr Rechtssicherheit, und einer Verbesserung des Finanzwissens über gute Anlageprinzipien müsste ein moderater Aufbau einer kapitalgedeckten Säule der Pensionsversicherung erfolgen. Ein wesentlich grösseres Anlagevolumen kann nur von institutionellen Grossanlegern kommen.

8. Märkte offen halten: Wenn der Zugang zu den in- und ausländischen Absatzmärkten versperrt ist, machen Innovationen wenig Sinn. Ein leichterer Marktzugang erfordert ein starkes Wettbewerbsrecht mit einer klaren Insolvenzordnung, eine weniger kostspielige Regulierung, und eine schnelle und unbürokratische Abwicklung von Gründungen. Der Binnenmarkt ist für innovative Firmen viel zu klein, um stark zu wachsen. Deshalb müssen die Weiterentwicklung der EU-Mitgliedschaft sowie der Abbau von Handelshemmnissen mit anderen Handelszonen ein wichtiger Bestandteil einer Innovationsstrategie sein.

9. Reallokation und Strukturwandel erleichtern: Innovation verursacht Strukturwandel. Die Faktorreallokation macht etwa die Hälfte des Produktivitätswachstums aus. Die Defizite des Kapitalmarkts behindern die Reallokation des Kapitals und sind zu beseitigen. Auf dem Arbeitsmarkt sind ein moderater Kündigungsschutz und eine ausgebaute aktive Arbeitsmarktpolitik mit dem Wandel gut vereinbar. Angefangen von der Stärkung der IKT-Kompetenzen in Schulen bis hin zur Umschulung und Weiterbildung für ältere Arbeitende (lebenslanges Lernen) kann die Bildungspolitik die Innovationsprozesse unterstützen.

10. Innovationsstandort für multinationale Unternehmen sichern: Die multinationalen Unternehmen sind besonders F&E-intensiv und spielen eine zentrale Rolle im Innovationssystem. Bei zunehmender Globalisierung wird die Standortattraktivität wichtiger. Die Präsenz von Spitzenuniversitäten wie auch die Verfügbarkeit von hoch qualitativem Humankapital sind zentrale Standortvorteile für die F&E-Einheiten multinationaler Unternehmen. Neben fiskalischen Massnahmen ist daher eine Stärkung der universitären Ausbildung und der Grundlagenforschung vordringlich.

6. MEHR SCHUB FÜR DIE INNOVATION

Trend, 07.04.2017

Seit 2011 schiesst der Staat den Unternehmen 10% der F&E-Ausgaben zu, ab 2016 sind es 12% und bald sollen es 14% sein. Etwa 75% der forschungstreibenden Unternehmen beanspruchen die Prämie. In der Zahl dominieren die kleinen KMU, im Volumen die grossen Unternehmen. Diese geben in absoluten Beträgen bei weitem am meisten für F&E aus. Über 70% der Forschungsprämie geht an Betriebe mit einem Umsatz von über 50 Mio. Euro, den Rest beanspruchen die vielen kleineren KMUs. Im Jahr 2015 kostete sie gut eine halbe Mrd. Euro. Rechnet sich die Forschungsprämie?

Mit F&E legen die Unternehmen die Basis für ihr Wachstum. Wie sonst können sich Investitionen und neue Jobs rentieren, wenn die Firmen nicht vorher mit F&E einen Qualitätsvorsprung oder einen Kostenvorteil sichern und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern? Wenn die Qualität nicht stimmt und die Kosten zu hoch sind, kann kein Unternehmen Erfolg haben. Exportfirmen und multinationale Konzerne müssen nicht nur besser als die heimische Konkurrenz sein, sondern im weltweiten Wettbewerb bestehen. Das wissen die Unternehmen selber am besten. Muss der Staat deshalb die private F&E fördern?

Die Marktwirtschaft kann nur gut funktionieren, wenn die Unternehmen nicht nur alle Kosten tragen müssen, sondern auch alle F&E-Erträge selber exklusiv nutzen oder über Preise und Lizenzverträge in Rechnung stellen können. Aber gerade bei privater F&E fliesst anderen Firmen z.B. durch Erfahrungsaustausch und Personalwechsel ein Teil der Erträge gratis zu. Sie können vom neu geschaffenen Wissen und Knowhow lernen und darauf aufbauen, ohne dafür zahlen zu müssen. Das spart Kosten für weitere F&E-Investitionen. Die private F&E fällt zu gering aus, wenn die Unternehmen zwar alle Kosten selbst tragen müssen, aber sich nur einen Teil der Erträge sichern können.

Der Staat kann ‚externe' Erträge mit steuerlicher F&E-Förderung nach dem Verursacherprinzip ersetzen und mehr Innovation anschieben. Die Förderung macht nur Sinn, wenn sie der F&E genügend Schub verleiht.

Sie rechnet sich, wenn 1 Euro Steuergeld wenigstens 1 Euro an zusätzlichen F&E-Ausgaben auslöst. Die Evaluation der Forschungsprämie hat für Österreich diesen Effekt mit 1,2 bis 2,2 Euro an zusätzlichen F&E-Ausgaben beziffert. Für Grossbritannien wurde ein Effekt von 1,7 berechnet. Die deutsche Expertenkommission für Forschung und Innovation rechnet mit einem Wert von 1,33. Man kann also darauf vertrauen, dass das Steuergeld gut investiert ist.

Wenn das Investitionskapital mehr Einkommen und Beschäftigung schaffen soll, muss man es dorthin lenken, wo die Rendite besonders hoch ist. Gerade junge und rasch wachsende Firmen haben oft hoch profitable Projekte, die sie nicht verwirklichen können, weil sie die Finanzierung nicht bekommen. Die Forschungsprämie kann solche Finanzierungsengpässe überwinden helfen und damit Investitionen anstossen, die wesentlich rentabler sind als anderswo.

F&E-intensive Unternehmen wachsen stärker, sind überdurchschnittlich produktiv und zahlen die höchsten Löhne. Für die hoch spezialisierten „Hidden Champions“ ist der heimische Absatzmarkt viel zu klein. Sie müssen 80 bis 100% ihrer Produktion exportieren. Weil sie international tätig sind und im weltweiten Wettbewerb stehen, stellt sich bei ihnen die Standortfrage besonders scharf. Die F&E-intensivsten sind gleichzeitig auch die mobilsten Unternehmen. Wegen ihrer hohen F&E-Intensität können sie mehr als andere von steuerlicher Forschungsförderung profitieren. Die Forschungsprämie festigt die Standortattraktivität dort, wo sie am dringendsten Verstärkung braucht. Sie wirkt daher gezielter und sparsamer als eine Absenkung von Steuersätzen querbeet.

Ja, die Forschungsprämie kostet Geld. Das Steuergeld hätte auch viele andere gute Verwendungen. Was bringt sie den Arbeitenden? Nach der „Benya-Formel“ sollen sich Lohnsteigerungen neben der Inflationsabgeltung am Produktivitätszuwachs orientieren, damit Vollbeschäftigung möglich bleibt. Die Arbeitnehmer sollten grösstes Interesse daran haben, mit der Forschungsprämie Innovation und Produktivitätswachstum zu forcieren und den Spielraum für höhere Löhne auszuweiten. Zudem erweisen sich F&E-intensive Betriebe wesentlich krisenrobuster als andere Unternehmen. Was sonst wünschen sich die Arbeitenden mehr als gute Löhne und hohe Jobsicherheit?

7. NEUES WAGEN, RISIKO TRAGEN

Finanz und Wirtschaft, 22.11.2019

Neue Herausforderungen bei Umwelt und Klima, Digitalisierung und die sich wandelnden Bedürfnisse der Konsumenten verlangen ständig nach neuen Lösungen. Wachstum und Fortschritt sind ein Prozess kreativer Zerstörung, wie es der Ökonom Alois Schumpeter einst ausgedrückt hat. Dabei passiert die «Zerstörung» im scharfen Wettbewerb ganz von selbst. Insolvenzen und Abschreibungen sind in einer dynamischen Marktwirtschaft an der Tagesordnung. Aber das Neue kann nur gelingen, wenn es Mut zur Veränderung gibt. Der Kern des Unternehmertums liegt darin: Neues wagen und Risiko tragen.

Die Schweiz ist ein führendes Innovationsland. Die grossen Konzerne dominieren die Masse der F&E-Investitionen in der Wirtschaft. Wenn sie sich an der Spitze behaupten wollen, müssen sie sich ständig neu erfinden. Aber wirklich bahnbrechende Neuerungen gelingen in Start-ups oft besser. Dafür gibt es wenigstens zwei Gründe. Die Unternehmer setzen ihr ganzes Vermögen aufs Spiel und können einen rasanten Aufstieg realisieren, wenn es gelingt. Das sind mächtige Anreize, die in dieser Form den angestellten Entwicklern in grossen Konzernen fehlen. Während grosse Unternehmen an bestehende Geschäftsfelder anknüpfen und deshalb oft entlang herkömmlicher Linien denken, fällt es den Start-ups viel leichter, radikal neue Wege zu gehen.

Hohe Ausfallquote

Was ist das Erfolgsgeheimnis der Unternehmer, ob Frauen oder Männer? Neben der visionären, zündenden Geschäftsidee ist es wohl die Fähigkeit, ein qualifiziertes und engagiertes Team zusammenzustellen und auf das gemeinsame Vorhaben einzuschwören. Die Gründer müssen allerdings vieles gleichzeitig «unternehmen», um ihr Projekt voranzubringen. Sie müssen die Kunden vom Nutzen überzeugen, denn sonst schaut es mit dem Umsatz schlecht aus. Sie müssen Risikokapitalgeber und Banken überzeugen, denn ohne Finanzierung gibt es kein Wachstum. Sie müssen verlässliche Lieferantenbeziehungen aufbauen, denn wenn es am Nachschub fehlt, kann an der Kundenfront auch nichts gelingen.

Das Risiko ist überaus gross. Nach drei bis vier Jahren ist die Hälfte der Gründungen schon verschwunden. Neue Konkurrenten im In- und Ausland tauchen auf, die Kunden wenden sich ab, die Gesamtwirtschaft schlittert in die Rezession. Da gibt es dann für die Unternehmer wenig zu entscheiden, wenn die Idee nicht gut war. Aber die meisten scheuen das Risiko. Die Mitarbeiter wollen Sicherheit und guten Lohn. Die Banken müssen auf die Sicherheit ihrer Spareinlagen schauen und geben Kredit nur dann, wenn Zins und Rückzahlung sicher erscheinen. Aber sie können keine Sicherheit haben, wenn es niemanden gibt, der das Risiko trägt. Deshalb braucht es Unternehmer und ihre Risikokapitalgeber, die mit ihrem Vermögen einstehen und das Risiko tragen, das andere nicht übernehmen wollen. Eigenkapital ist eben Risikokapital. Wenn der Erlös ausbleibt, fallen beim Eigenkapital die Verluste an. Nur mit einem dicken Eigenkapitalpolster können die Unternehmen den Mitarbeitern Sicherheit bieten.

Ohne Risikobereitschaft geht gar nichts. Aber die Risikobereitschaft hat auch einen Preis, nämlich die Risikoprämie. Genau deshalb ist die Rendite von Aktien und Eigenkapital wesentlich höher als der Zins auf Fremdkapital, und die Unternehmer verdienen mehr als die Arbeitnehmer, solange es gutgeht. Wenn der Preis stimmt, gibt es auch genug Risikobereitschaft. Allerdings sind gute staatliche Rahmenbedingungen notwendig. Wenn das Scheitern zum Normalfall wird, kommt es auf die Behandlung im Falle der Insolvenz an. Das Insolvenzrecht soll die Gläubiger schützen, aber auch einen Neustart ermöglichen und die Unternehmer nicht für den Rest des Lebens stigmatisieren. Das ist wichtig, denn beim zweiten Versuch klappt es oft viel besser.

Seit der Finanzkrise ist klar, dass nichts so wichtig ist wie risikotragendes Eigenkapital. Die Besteuerung tut jedoch genau das Gegenteil. Sie begünstigt das risikoscheue Fremdkapital und diskriminiert das risikotragende Eigenkapital. Eine Gleichbehandlung von Fremd- und Eigenkapital wäre ein grosser Fortschritt. Die Beschränkungen bei Verlustausgleich und Verlustvortrag wären auch zu beseitigen. Der Staat soll sich nicht nur am Ertrag, sondern auch am Risiko beteiligen, sprich, die Verluste mittragen, wie jeder private Investor auch.

Unternehmertum lebt vom Wettbewerb und von freiem Marktzutritt. Die etablierten Unternehmen dürfen den Start-ups nicht das Leben mit Wettbewerbsbehinderungen schwer machen. Bürokratieabbau bei Unter-

nehmensgründungen erleichtert den Marktzutritt und belebt den Wettbewerb. Für innovative Unternehmen braucht es zudem eine massvolle fiskalische Innovationsförderung. Sie erzielen zwar auf dem Markt einen guten Erlös, aber ein Teil des Innovationsertrags fliesst quasi gratis an andere Unternehmen, die von den Erfahrungen der innovativen Vorreiter profitieren und daher nicht alles neu erfinden müssen. Diesen Nutzen gilt es z. B. mit fiskalischer F&E-Förderung zu kompensieren, damit die Innovationsanreize stimmen.

Risikokapital wird nirgends so dringend benötigt wie bei jungen, innovativen Unternehmen, wo das Risiko am grössten ist. Je ehrgeiziger die Innovationen sind, desto grösser ist das Risiko und desto dringender die Risikofinanzierung. Wenn die Unternehmen alles selbst ansparen müssen, dauert es viel zu lange, bis sie ihre Kapazitäten ausgebaut haben. Da ist die Konkurrenz schon längst enteilt und hat die lukrativen Marktanteile besetzt. Innovative Unternehmer müssen schnell sein und brauchen den Wachstumsschub mit Risikokapital. Ein innovatives Unternehmerland ist nicht vorstellbar, wenn nicht gleichzeitig auch die Risikokapitalfinanzierung und vor allem das Wagniskapital florieren. Ein innovatives Land braucht viel Wagniskapital, denn die Wagnisfinanciers geben nicht nur dringend benötigtes Risikokapital, sondern trimmen die Unternehmen mit Beratung, Coaching und Kontrolle auf Erfolg. Das ist angesichts der häufigen Managementdefizite gerade in der Frühphase der Unternehmen besonders wichtig.

Ungleichheit schafft Leistungsanreize

Unternehmertum schafft Reichtum. Müssen wir mehr Ungleichheit in der Gesellschaft hinnehmen? Nicht jede Ungleichheit ist schlecht. Die Verteilung ist dynamisch. Der Aufstieg von ganz unten nach ganz oben führt über erfolgreiche Karrieren und Unternehmertum. Wenn man nichts erreichen kann, weil alle gleich sind, dann passiert das nicht. Ein ausreichendes Mass an Ungleichheit ist für die Leistungsanreize und den sozialen Aufstieg notwendig und bringt die Gesellschaft voran. Ein Lebensmuster wie «arm mit zwanzig und reich mit sechzig» sollte viel öfter vorkommen. Was könnte den Arbeitnehmern Besseres passieren, als dass viele innovative Unternehmer aus dem Nichts grosse Unternehmen hochziehen, reich werden und so Tausende gut bezahlter Arbeitsplätze schaffen?

Man muss kein Problem mit dem Top-1% der Spitzenverdiener haben, wenn Einkommen und Reichtum auf Leistung beruhen. Das dient allen. Es reicht, wenn sie ihre Steuern ordentlich zahlen und damit den Löwenanteil der Staatsfinanzierung stemmen. Wichtig ist aber, unverdienten Reichtum und Renteneinkommen auf Kosten anderer zu verhindern. Dazu braucht es eine griffige Corporate Governance, ein gutes Insolvenzrecht und vor allem Wettbewerb. Offene Märkte, freier Zugang zu lukrativen Berufen und harter Wettbewerb waren schon immer die beste Voraussetzung für Spitzenleistungen. Dann kann sich keiner mehr auf unverdientem Reichtum ausruhen. Und alle würden profitieren, wenn jemand dank Unternehmertum zum Top-1% aufsteigt.

8. DIE WICHTIGSTE SOZIALVERSICHERUNG

Finanz und Wirtschaft, 09.03.2016

Die Krisenrobustheit der Unternehmen ist die wichtigste Sozialversicherung. Unternehmen tragen das Risiko, deshalb schwanken Gewinne und Investitionen viel stärker als Lohneinkommen und Beschäftigung. Krisenrobustheit der Unternehmen verlangt nach hoher F&E-Intensität und Innovationsfähigkeit, flexiblen Arbeitsmärkten und flexiblen Arbeitszeiten, und einer ausreichenden Ausstattung mit risikotragendem Eigenkapital. Wenn diese Versicherung nicht mehr funktioniert, kommt der Sozialstaat in Bedrängnis, wie die Krisenstaaten im Süden Europas erfahren mussten.

Wer eine unselbständige Beschäftigung wählt, möchte einen gleichmässigen Lohn und sichere Beschäftigung möglichst unabhängig vom Auf und Ab der Konjunktur. Wer Unternehmer ist, braucht dagegen Mut zum Risiko. Wenn in einer Rezession die Umsätze einbrechen und Löhne und andere Kosten weitgehend starr sind, drohen Verluste. Umso höher müssen die Gewinne sein, wenn der Absatz boomt. Die hohe Risikobereitschaft der Eigentümer macht es möglich, dass Unternehmen ihren Mitarbeitern das Risiko abnehmen, indem sie ihnen einen von der Wirtschaftslage weitgehend unabhängigen Lohn zahlen und Beschäftigung garantieren. Die Anstellung ist wie eine stillschweigende Vereinbarung zwischen Unternehmern und Beschäftigten, ohne dass dazu ein schriftlicher „Versicherungsvertrag“ notwendig wäre. Wie bei jedem Geschäft hat diese Versicherung einen Preis und erfordert ein Lohnzugeständnis im Austausch gegen Beschäftigungs- und Lohnsicherheit, genauso wie die Gewinne der Unternehmer und Eigentümer eine Risikoprämie enthalten müssen, um für die Übernahme des Risikos zu entschädigen.

Die stillschweigende Vereinbarung der Unternehmen mit ihren Mitarbeitern fusst auf zwei Voraussetzungen. Erstens muss das Versprechen von Lohn- und Beschäftigungssicherheit glaubwürdig sein. Die Unternehmen müssen in der Lage sein und es muss sich für sie auszahlen, es nicht bei der ersten auftretenden Schwierigkeit zu brechen, sondern dieses Versprechen auch unter widrigen Umständen einzuhalten. Eine hohe F&E-Inten-

sität schafft jenen Qualitätsvorsprung und Wettbewerbsvorteil, der Wachstumspotential und Krisenrobustheit sichert. Innovative Produkte und Leistungen sind auch in einer Krise stets gefragt. Die Unternehmen werden in einer Rezession die Beschäftigten nicht entlassen, wenn sie diese beim nächsten Aufschwung wieder dringend benötigen. Es ist kostspielig, Mitarbeiter zu kündigen und kurze Zeit später, wenn der Absatz wieder anzieht, neue Mitarbeiter zu suchen und mit grossem Aufwand neu einzuschulen. Zweitens, müssen die Arbeitnehmer eine Wertschätzung für Lohn- und Beschäftigungssicherheit haben, was vom Grad ihrer Risikoscheu abhängt. Und es muss ein Bedarf nach dieser dezentralen Versicherungslösung bestehen, weil z.B. die staatliche Arbeitslosenversicherung und andere Sozialleistungen in Notlagen ungenügend sind.

Dennoch ist die Beschäftigungsgarantie nicht in allen Unternehmen gleich gut. Familienunternehmen, bei denen Management und Eigentum in einer Hand liegen, haben meist ein engeres Verhältnis zu ihren Angestellten als grosse Unternehmen mit unabhängigen Managern und im Streubesitz. In Familienunternehmen ist daher die Beschäftigungs- und Lohnsicherheit höher als in anderen Firmen. Die Besitzerfamilien haben meist über viele Jahre Zeit und Ressourcen investiert, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Angestellten zu gewinnen. Daher sind sie besser in der Lage, sich selbst zu verpflichten, den stillschweigenden Versicherungsvertrag einzuhalten, und scheuen auch in schwierigen Situationen davor zurück, dieses Vertrauen aufs Spiel zu setzen.

Risikoscheue Arbeitnehmer wollen neben Beschäftigungssicherheit auch Lohnsicherheit. Im Allgemeinen herrscht ein hohes Mass an Lohnrigidität. Wenn die Umsätze einbrechen, passen die Unternehmen eher die Zahl ihrer Angestellten als den durchschnittlichen Reallohn an. Die Reallöhne sind also stabiler als die Beschäftigung. Aber auch das ist nicht in allen Unternehmen einheitlich. In Familienunternehmen werden die Reallöhne tendenziell stärker angepasst. Offensichtlich können die Unternehmensleitungen aufgrund des engeren Vertrauensverhältnisses ihre Angestellten besser davon überzeugen, in flexiblere Arbeitszeitmodelle einzuwilligen und über Lohnzugeständnisse einen Teil des Risikos mitzutragen. Damit bringen sie die Unternehmen oft erst in die Lage, ihre Mitarbeiter trotz verschlechterter Wirtschaftslage weiter zu beschäftigen, und können betriebsnotwendige Kündigungen vermeiden. Empirisch zeigt sich daher,

dass Familienunternehmen eher mehr Beschäftigungs- und tendenziell weniger Lohnsicherheit garantieren als andere Firmen.
Jede Versicherung hat einen Preis. Auch die Übernahme des Einkommensrisikos durch die Unternehmen ist nicht gratis. Daher zeigt sich empirisch, dass Familienunternehmen tiefere Löhne zahlen als andere Firmen. Ob dieser Lohnunterschied ausschliesslich als Preis für die gebotene Beschäftigungssicherheit gedeutet werden kann oder auf andere Unterschiede z.B. in der Qualifikation und Struktur der Beschäftigten zurückzuführen ist, scheint nicht restlos geklärt. Es spricht jedoch einiges dafür, dass es sich beim Lohnabschlag um eine Art Versicherungsprämie handelt. Empirisch kann man beobachten, dass in Ländern mit einer höheren Ersatzquote der Arbeitslosenversicherung in den Familienunternehmen der Lohnabschlag signifikant geringer ausfällt. Ein dicht gespanntes staatliches Sozialnetz reduziert den Wert und den Bedarf nach einer dezentralen Versicherung durch Unternehmen.

Eine Beschäftigungsgarantie ist nur bei vorübergehenden Schocks möglich, während ein dauerhafter Umsatzrückgang weder durch Familien- noch durch Nicht-Familienunternehmen versicherbar ist. Ausserdem werden die Unternehmen eine Beschäftigungsgarantie nur aufrechterhalten können, wenn sie vorübergehende Finanzierungsengpässe gut überbrücken können. Daher brauchen sie eine solide Eigenkapitalausstattung und müssen Reserven und Sicherheiten vorweisen können und über genügend Selbstfinanzierungskraft verfügen, damit der Zugang zu externer Finanzierung gesichert bleibt. Bei einer Kreditverknappung oder einer angespannten Finanzierungslage mit firmenspezifischen Ursachen können auch Familienunternehmen die Beschäftigungsgarantie nicht mehr leisten. Die Tragfähigkeit von Krediten setzt allerdings ausreichende Eigenmittel und Reserven voraus. Überschuldete Unternehmen haben ihre Kreditwürdigkeit erschöpft und sind krisenanfällig. Eine feste Zinsbelastung und starre Lohnkosten gefährden die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen, wenn die Umsätze einbrechen. Ein glaubwürdiges Versprechen auf Beschäftigungssicherheit ist daher nur bei solider Finanzierung möglich.

Die Krisenrobustheit der Wirtschaft beruht auf hoher Innovationsfähigkeit, einer guten Ausstattung mit risikotragendem Eigenkapital und einem flexiblen Arbeitsmarkt. Sie ist die Grundlage für eine glaubwürdige Beschäftigungsgarantie der Unternehmen. Ein enges Vertrauensverhältnis

zwischen Unternehmensleitungen mit der Belegschaft fördert die Bereitschaft der Arbeitnehmer, in schwierigen Phasen einen Teil des Risikos mitzutragen und die Beschäftigung aufrecht zu erhalten. Die private Beschäftigungsgarantie schützt den Sozialstaat vor Überbeanspruchung und macht die Unternehmen zur wichtigsten Sozialversicherung überhaupt.

9. WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER CORONA-KRISE

Der Börsianer, 01.04.2020

Eine Hiobsbotschaft jagt die andere: Todesfälle, Überlastung des Gesundheitswesens, Panik an den Börsen und menschenleere Städte. Das Coronavirus greift um sich und lähmt die Wirtschaft. Die medizinischen Notmassnahmen führen zu Lieferstopps und Nachfrageausfall in den „menschennahen" Branchen. Eine Rezession ist sicher. Es braucht Krisenpolitik mit einem Plan.

Drei Prinzipien sind wichtig, um eine veritable Wirtschaftskrise zu verhindern: Die Verluste sind breit zu verteilen, damit sie tragbar bleiben. Insolvenzen von gesunden Unternehmen mit ihren Beschäftigten sind zu vermeiden. Ein Vertrauensverlust ist zu verhindern. Auch in normalen Zeiten gilt: Die Unternehmen versichern die Arbeitenden, indem sie regelmässig Löhne zahlen – solange sie dazu in der Lage sind. Jetzt kommt es auf die Krisenrobustheit an. Sie braucht definitiv Verstärkung:

Kurzarbeit: Bricht die Nachfrage schockartig ein oder legen Lieferstopps die Produktion still, fallen die Erlöse aus, während die Kosten unverändert weiterlaufen. Das treibt das stärkste Unternehmen in den Ruin. Entschädigung bei Kurzarbeit hilft, die Löhne weiterzahlen zu können.

Verlängerung der Bezugszeiten in der Arbeitslosenversicherung: Jetzt findet bestimmt niemand einen neuen Job. Später können die Defizite leichter abgetragen werden.

Kreditversorgung sichern: Wenn die Erlöse wegbrechen, aber die Kosten weiterlaufen, entsteht ein gewaltiger Bedarf an Zwischenfinanzierung, auch bei den gesündesten Unternehmen. Vorübergehende Liquiditätsschwierigkeiten sind kein Grund für Insolvenz.

Staatsschulden aufnehmen: Die entstehenden Defizite sollen die Lasten über längere Zeit verteilen und damit erst tragbar machen. Dazu sind die

Staatsschulden da. Wenn sich die Lage normalisiert, müssen sie wieder abgebaut werden.

Verantwortung der Bürger: Je mehr es gelingt, die Ansteckungen einzudämmen, desto geringer sind die wirtschaftlichen Folgeschäden. Da kommt es auf die Disziplin jedes Einzelnen an.

Ein klarer Plan schafft Vertrauen. Obergrenzen für ein Krisenbudget wären kontraproduktiv. Aus Angst, dass die Mittel nicht reichen, müssten Unternehmen schnell die Belegschaft abbauen, um ihre Verluste nicht ausufern zu lassen. Anstatt Obergrenzen braucht es Kostenbeteiligung. Die Arbeitenden verzichten in der Kurzarbeit auf einen Teil des Lohns. Die Unternehmen müssen den grössten Teil der Verluste tragen. Mit anteiligen Lohnzuschüssen bei Kurzarbeit, zinslosen Steuerstundungen und rückzahlbaren Liquiditätshilfen werden sie geringer. Wenn man die Garantien für weitere Kredite anteilig begrenzt, müssen auch die Banken ein Risiko mittragen. Indem die Schäden breit verteilt und über die Zeit gestreckt werden, bleiben sie tragbar.

III. Abschnitt 3: Finanzplatz

1. Warum Österreich mehr Risikokapital braucht

Die Presse, 15.11.2019

Innovative Start-ups müssen Neues wagen. Viele scheitern nach wenigen Jahren. Die Erfolgreichen erneuern die Wirtschaft und erobern die Märkte auf der ganzen Welt.

Ohne Risiko geht gar nichts. Aber die meisten wollen Sicherheit. Die Sparer wollen das mühsame Ersparte in Sicherheit wissen und verzichten gerne auf höhere Renditen. Die Banken müssen auf die Sicherheit der Spareinlagen achten und wollen ihre Kredite zu einem festen Zins möglichst sicher zurückhaben. Die Arbeitnehmer wollen gute und vor allem sichere Löhne.

Und wer trägt das Risiko? Ein Land, das Wachstum mit Sicherheit verbinden will, braucht nichts dringender als risikotragendes Eigenkapital. Risikokapital übernimmt das Risiko, das andere nicht tragen wollen. Innovative Start-Ups und die weltweit tätigen Champions sind einem höheren Risiko ausgesetzt und brauchen mehr Risikokapital als andere.

Wir brauchen nicht nur eine dynamisch wachsende, sondern auch eine krisenresistente Wirtschaft. Wenig Eigenkapital bedeutet Überschuldung, und dieses ist das erste Insolvenzrisiko. Zudem ist die Ausstattung mit Eigenkapital die Voraussetzung für eine hohe Kreditfähigkeit und damit für weitere Kredite, die das Wachstum finanzieren.

Es genügt nicht, das Eigenkapital mit einbehaltenen Gewinnen anzusparen. Das dauert viel zu lange und bremst das Wachstum der innovativen Unternehmen. Da hat die Konkurrenz schon längst die lukrativen Marktanteile besetzt. Innovative Unternehmen mit hohem Potential müssen schnell sein, rasch wachsen und brauchen Risikokapital von aussen. Die Grossen holen es sich über die Börse, die Kleinen von den Beteiligungsgesellschaften. Die Akteure sind in Top-Form, allein es fehlt das Volumen.

Österreich braucht mehr Risikokapital - Wenn Österreich zu einem führenden Innovationsland aufsteigen will, braucht es mehr Risikokapital.

Wenn es die Krisenrobustheit ausbauen und den Menschen mehr Sicherheit bieten will, braucht es ebenfalls mehr Risikokapital. Ganz Europa liegt weit hinter den U.S.A. zurück. Aber Österreich ist in der Bedeutung der Kapitalmärkte sogar innerhalb Europas weit abgeschlagen. Das ist mit den Notwendigkeiten eines innovativen Landes in unserer Liga nicht vereinbar.

Im wichtigsten Bereich der Wagnisfinanzierung (Venture Capital) ist der Rückstand besonders gross. Wagnisfinanzierung ist auf das innovativste und riskanteste Segment der Start-up Finanzierung spezialisiert und kann helfen, zwei Hindernisse zu beseitigen: Mangel an risikotragendem Eigenkapital und Managementdefizite. Die Folgen sind ungenutzte Wachstumschancen und vermeidbares Scheitern. Wagnisfinanziers bieten Risikokapital und strategische Beratung und Kontrolle aus einer Hand. Sie wählen unter vielen Projekten die erfolgversprechendsten aus und trimmen sie auf Wachstumskurs. Damit treiben sie den Strukturwandel voran und stärken innovatives Wachstum und Beschäftigung.

Der Ausbau des heimischen Kapitalmarkts und bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapital haben höchste Priorität. Doch wie soll es gehen? Eine einzelne Initiative reicht nicht. Das WPZ hat dazu ein Zehn-Punkte-Programm entwickelt, das von der Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung des Eigenkapitals, dem Insolvenz- und Kapitalmarktrecht bis zur Errichtung eines österreichischen Wachstumsfonds reicht.

Das Problem ist, dass die Wagniskapitalfonds zuerst sich selbst Kapital von Pensionskassen, Versicherungen, Banken und anderen Investoren beschaffen müssen, bevor sie es in Start-ups investieren können. Doch diese halten sich zurück, weil sie wenig Risiko eingehen und lieber in Triple A Anlagen investieren. Am ehesten kann ein Dachfonds, ein österreichischer Wachstumsfonds, helfen. Dieser beschafft zentral das notwendige Kapital und investiert es dann in etwa zehn private Fonds, die das eigentliche Beteiligungsgeschäft mit Start-ups betreiben.

Der Dachfonds kann das Kapital mit vor- und nachrangigen Anleihen beschaffen. Vorrangige Anleihen werden im Insolvenzfall zuerst bedient, sind daher sehr sicher und auch für Pensionskassen, Versicherungen und andere risikoscheue Investoren interessant. Allfällige Verluste werden nämlich vom nachrangigen Kapital getragen. Wenn der Staat eine Verlustgarantie für nachrangige Anleihen gibt, sind auch diese so gut wie Triple A und für risikoscheue Kapitalgeber interessant. So kann es gelingen, mehr

Wagniskapital in einem wenig kapitalmarktfreundlichen Umfeld zu mobilisieren.

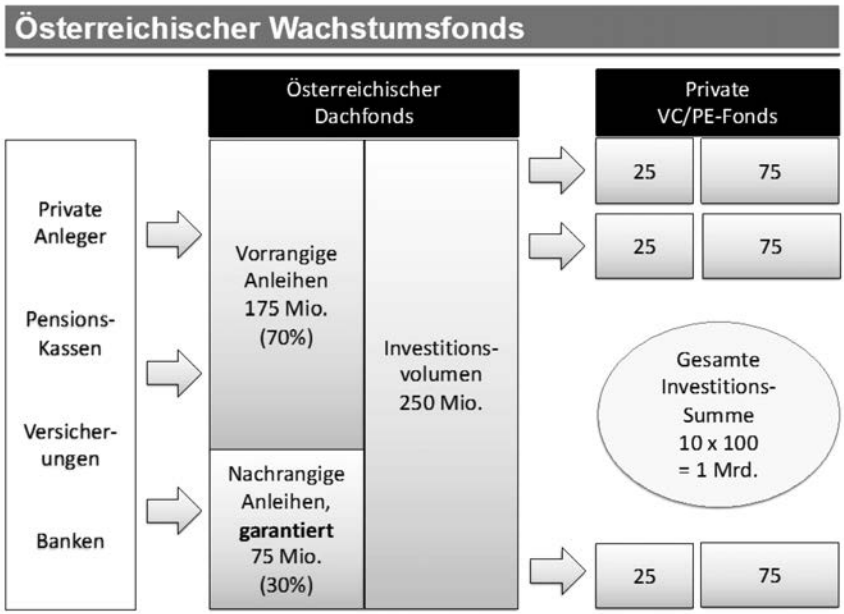

Abbildung 1: Der österreichische Wachstumsfonds

Wenn sich der private Dachfonds etabliert hat, kann der Staat auch eine Garantiegebühr verlangen. Dann muss er keine Subvention mehr geben, sondern lässt sich die Haftung zu einem fairen Preis abkaufen. Dennoch kann er mit der Garantie eine Marktbarriere beseitigen und mehr Finanzierungsvolumen für den Wagniskapitalsektor mobilisieren. Schon jetzt vergibt der Staat Exportgarantien mit einem Haftungsvolumen von etwa 26 Mrd. Euro. Ein Haftungsvolumen von nicht einmal 100 Mio. Euro könnte 1 Mrd. neues Wagniskapital ermöglichen, um mit innovativen, wagnisfinanzierten Start-ups die nächste Generation von Exporteuren heranzuzüchten.

2. INNOVATION BRAUCHT WAGNISKAPITAL

Wiener Zeitung, 24.11.2019, mit Sabine HERLITSCHKA[1]

Innovative Start-ups müssen Neues wagen. Viele scheitern nach wenigen Jahren, die Erfolgreichen hingegen erobern Märkte auf der ganzen Welt. Ein Land, das Wachstum mit Sicherheit verbinden will, braucht nichts dringender als risikotragendes Eigenkapital. Es übernimmt das Risiko, das andere nicht tragen wollen. So sind innovative Start-ups und weltweit tätige Champions einem höheren Risiko ausgesetzt und brauchen deshalb mehr Risikokapital als andere.

Es genügt nicht, das Eigenkapital mit einbehaltenen Gewinnen anzusparen. Das würde viel zu lange dauern. Lukrative Marktanteile wären längst von der Konkurrenz besetzt. Innovative Start-ups müssen daher schnell sein, rasch wachsen und brauchen Risikokapital von aussen. Die Grossen holen es sich über die Börse, die Kleinen von den Beteiligungsgesellschaften.

Wagniskapital zielt auf das innovativste und riskanteste Segment der Start-up-Finanzierung und beseitigt zwei Hindernisse: Mangel an risikotragendem Eigenkapital und Managementdefizite. Wagnisfinanziers wählen unter vielen Projekten die besten aus und trimmen sie auf Wachstumskurs. Damit stärken sie innovatives Wachstum und Beschäftigung.

Wie kann Österreich die Wagnisfinanzierung stärken? Man muss an mehreren Hebeln drehen, etwa an der Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung des Eigenkapitals, Verbesserungen im Insolvenz- und Kapitalmarktrecht und der Errichtung eines österreichischen Wachstumsfonds. Das Problem ist vor allem, dass Wagniskapitalfonds erst sich selbst Kapital von Pensionskassen, Versicherungen, Banken und anderen Investoren beschaffen müssen, ehe sie es in Start-ups investieren. Doch diese Geldgeber halten sich zurück, weil sie wenig Risiko eingehen wollen und lieber Triple-A-Anlagen kaufen. Am ehesten könnte ein Dachfonds, ein österreichischer Wachstumsfonds, helfen, der zentral das nötige Kapital beschafft

[1] Sabine Herlitschka ist Vorstandsvorsitzende von Infineon Technologies Austria und Ratsmitglied im Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung

und in etwa zehn private Fonds investiert, die das eigentliche Start-up-Beteiligungsgeschäft betreiben.

Damit der Dachfonds mehr Kapital etwa in Form von Anleihen aufnehmen kann, muss er Pensionskassen, Versicherungen, Banken und anderen risikoscheuen Investoren mehr Sicherheit bieten. Gibt der Staat eine beschränkte Verlustgarantie für diese Anleihen, sind sie so sicher wie Staatsanleihen. Dann können auch risikoscheue Investoren einsteigen. Das wäre ein Weg, mehr Wagniskapital in einem wenig kapitalmarktfreundlichen Umfeld zu mobilisieren.

Schon jetzt vergibt der Staat Exportgarantien mit 26 Milliarden Euro Haftungsvolumen. Ein Haftungsvolumen von nicht einmal 100 Millionen Euro könnte eine Milliarde neues Wagniskapital ermöglichen, um mit innovativen, wagnisfinanzierten Start-ups die nächste Generation von Exporteuren entstehen zu lassen.

3. EIGENKAPITAL – DER FREUND DER ARBEIT

Finanz und Wirtschaft, 19.11.2018

Es ist eine harte Konstante in der Wirtschaft: je höher die Ertragschancen, desto höher das Risiko. Ohne Risiko gibt es keinen Fortschritt, und auch keine Beschäftigung zu guten Löhnen. Jung, innovativ und global ausgerichtet sind die Wachstumsunternehmen, die die Wirtschaft erneuern und Beschäftigung mit Zukunft schaffen. Global ausgerichtet heisst, sich der Konkurrenz auf der ganzen Welt zu stellen. Der Wettbewerb und somit das Risiko sind um ein Vielfaches grösser. Jung und innovativ heisst, mit neuen Ideen den Markt zu testen. Ob das bei den Kunden ankommt, ist mehr als ungewiss. Die Erfolgreichen schaffen ein spektakuläres Wachstum, doch nur wenigen gelingt der Durchbruch. Das Scheitern ist der Normalfall. Damit das Neue passieren kann, braucht es Risikobereitschaft. Die Mutigen müssen mit einer Risikoprämie für die Bereitschaft, Risiko zu tragen, entschädigt werden.

Auch internationale Konzerne und Grossbanken zahlen nicht nur Gewinne aus. Es kommt vor, das sie ihren Eigentümern hohe Verluste bescheren. Deshalb müssen auch sie eine Risikoprämie zahlen. Die durchschnittliche Aktienrendite muss viel höher sein als der Zins auf sichere Staatsanleihen. Bei den Anlegern ist es das Gleiche: wer mehr Ertrag erzielen will, muss auch mehr Risiko nehmen und einen Teil seines Vermögens in Aktien stecken. Das kann danebengehen. Um Verluste auszugleichen, müssen die durchschnittlichen Erträge bei den Risikoanlagen höher sein. Auch bei den Arbeitenden gibt es Unterschiede. In der internationalen Wirtschaft ist das Beschäftigungsrisiko höher. Die Arbeitenden müssen also bei gleicher Qualifikation mehr verdienen als Staatsbedienstete mit sicherer Beschäftigung.

Das Risiko hat viele Ursachen. Mit Boom und Rezession schwanken die Erlöse. Das spüren alle Unternehmen gleichzeitig. Daneben gibt es spezifische Risiken, die bei einzelnen Unternehmen anfallen, wie z.B. Managementfehler und Misserfolg in der Innovation. In allen Fällen muss irgendjemand Verantwortung und Risiko übernehmen, damit andere ein sicheres

Einkommen haben können. Die Arbeitenden wollen in erster Linie wirtschaftliche Sicherheit. Die Sicherheit der Beschäftigung steht ganz oben auf dem Sorgenbarometer. Auch die Banken wollen möglichst wenig Risiko übernehmen, weil sie ihrerseits den Sparern einen sicheren Zins zahlen müssen. Daher verlangen sie Sicherheiten, bevor sie Kredite geben, und fordern einen festen Zins. Wenn sie den nicht bekommen, ist Feuer am Dach und die Insolvenz nah. Da bleibt nur mehr das Eigenkapital, also das «Risikokapital». Es muss das Risiko tragen, welches andere nicht übernehmen wollen.

Wenn die Erlöse schwanken, aber die Lohnsumme und die Zinszahlungen gleichbleiben, müssen die Gewinne umso mehr nach oben und unten ausschlagen. Je grösser die festen Kostenblöcke sind, desto mehr schwanken die Gewinne und Verluste. Feste Kostenblöcke sind in der Rezession der Tod der Unternehmen. Wenn ein Unternehmen sich überschuldet, wird der feste Kostenblock der Zinszahlungen besonders gross. Umso grösser wird das Risiko der Eigentümer, bis hin zur Existenzkrise. Überschuldung ist die erste Insolvenzursache. Man kann es drehen und wenden wie man will: je weniger Risiko die Arbeitenden und Kreditgeber tragen wollen, desto mehr Risiko müssen die Unternehmer und Eigentümer schultern. Das Eigenkapital nimmt den Arbeitenden und Banken das Risiko ab. Damit das funktionieren kann, muss genügend Eigenkapital da sein.

Löhne und Zinszahlungen konkurrieren um das sichere Einkommen, das die Unternehmen noch zahlen können. Nicht der Bankkredit, sondern das Eigenkapital ist der Freund der Arbeit. Die Forschung zeigt, wie es funktioniert. Wenn die Umsätze um 10% einbrechen, gehen die Reallöhne um etwa 0.5% zurück, und die Beschäftigung sinkt zwischen 1 und 2%. Wie die Unternehmen den Arbeitenden das Risiko abnehmen, ist in den KMUs mit nur wenigen Eigentümern besonders sichtbar. Die Unternehmerfamilien haben oft ihr ganzes Vermögen im eigenen Unternehmen investiert und haften meist sogar mit ihrem Privatvermögen. Jeder Vermögensverwalter einer Bank würde sich angesichts dieser Anlagestrategie die Haare ausraufen. Sie empfehlen meist, das Vermögen auf viele verschiedene Anlagen zu streuen, um ein ausgewogenes Verhältnis von Ertrag und Sicherheit zu erwirtschaften. Bei den Grossunternehmen im Streubesitz fällt es den Eigentümern leichter, das Risiko zu tragen, da es auf viele Schultern verteilt wird.

Wie ist es möglich, dass sich Unternehmensgründer einem solchen Risiko aussetzen? Die Risikobereitschaft ist eben nicht bei allen gleich ausgeprägt. Unternehmerpersönlichkeiten sind wohl weniger risikoscheu. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind wichtiger. Zudem können sie das Risiko leichter tragen, weil sie es durch kaufmännische Sorgfalt und mit einem mehr oder weniger riskanten Geschäftsmodell selber kontrollieren können. Bisweilen brauchen sie aber Verstärkung, wenn sie selber nicht genügend Eigenmittel haben, aber die Firma dringend mehr Eigenkapital braucht. Das ist besonders bei jungen und innovativen, aber hoch riskanten Wachstumsunternehmen der Fall. Ihre Eigenmittel und verfügbaren Sicherheiten reichen nicht, um mit Bankkredit das weitere Wachstum zu finanzieren. Dann sind die Wagniskapitalgeber am Zug, deren Geschäft die Risikofinanzierung ist. Sie bieten Eigenkapital, strategische Beratung und Überwachung aus einer Hand und machen damit das Risiko beherrschbar. So können sie Start-ups und Wachstumsunternehmen finanzieren, welche für Banken zu riskant sind.

Das Eigenkapital ist der Freund der Arbeit, und der Banken ebenso. Das Eigenkapital trägt das Risiko, das andere nicht übernehmen wollen und können. Die Bereitschaft zur Risikoübernahme hat jedoch einen Preis, nämlich die Risikoprämie. Deshalb ist Eigenkapital teurer als der Bankkredit. In einer Welt voller Schulden ist die Gefahr neuer Finanzkrisen hoch, weil es an Eigenkapital fehlt, das Risiko tragen könnte. Obwohl es so knapp und teuer ist, tut der Staat so, also ob es nichts kosten würde. Während die Zinsen von der Gewinnsteuer abzugsfähig sind, bleibt dieser Steuerabzug dem Eigenkapital verwehrt. Auch bei der Besteuerung der Anleger wird der Verlustausgleich und Vortrag oft unzulässig eingeschränkt, weil der Staat sein Risiko begrenzen und sich vorwiegend an den Erträgen beteiligen, aber mit Verlusten wenig zu tun haben will. Er verteuert das Eigenkapital und verbilligt das Fremdkapital. Wen muss es wundern, dass die Unternehmen sich lieber mit Kredit als mit Eigenkapital finanzieren? Das fördert die Überschuldung und steigert das Risiko. Das ist auch nicht im Interesse der Banken, die vom Kreditgeschäft leben, denn wenig Eigenkapital heisst hohe Verschuldung. Ein vorsichtiger Banker kann jedoch einem überschuldeten Unternehmen keine neuen Kredite geben.

Bei den Banken ist es dasselbe. Weil Eigenkapital teuer ist, halten sie die Kapitalpuffer lieber knapp und operieren näher an der regulatorischen

Untergrenze. Das Risiko von Finanzkrisen nimmt zu. Regulatorische Mindestkapitalvorschriften sollen die Verschuldungstendenzen wieder beseitigen. Es macht doch keinen Sinn, zuerst mit einem Steueranreiz die Überschuldung zu fördern, um nachher mit Regulierung wieder das genaue Gegenteil zu tun. Es ist bedauerlich, dass auch die Schweiz in der anstehenden Unternehmenssteuerreform weiterhin den Abzug einer Eigenkapitalverzinsung untersagen und den steuerlichen Verschuldungsanreiz nicht beseitigen will. Wer will da noch Risiko und Verantwortung übernehmen?

4. DAS ENDE NIEDRIGER ZINSEN?

Finanz und Wirtschaft, 17.02.2018

Europa hat seine Institutionen gefestigt und wichtige Reformen zur Stärkung der Krisenfestigkeit auf den Weg gebracht. Die expansive EZB Politik hat das Schlimmste verhindert. Das Wachstum ist wieder da. Ist es nun Zeit für ein Ende niedriger Zinsen und quantitativer Lockerung?

Es klingt so einfach. Niedrige Zinsen und leichter Kreditzugang sollen das Sparen eindämmen, anstatt dessen den Konsum anregen, und die Investitionen in Wohnbau und Ausrüstungen steigern. Diese zunehmende Nachfrage soll einen raschen Aufschwung einleiten. Aber wie wirksam sind die niedrigen Zinsen? Investition und Ersparnis hängen auch von vielen anderen Faktoren ab. Je mehr sie das tun, desto geringer ist der Einfluss der Zinsen. Wenn die Zinselastizität gering ist, dann braucht es umso grössere Anpassungen, um noch etwas auszurichten. Seit einiger Zeit sind die Zinsen sogar negativ.

Die Wirksamkeit niedriger Zinsen ist durchaus zweifelhaft. Wenn die Tragbarkeit der Schulden ausgereizt ist, helfen auch niedrige Zinsen nicht mehr, um kreditfinanzierte Ausgaben anzuregen. In der digitalen Wirtschaft ist das Unternehmenswachstum immer öfter wissensintensiv und nicht kapitalintensiv, so dass die Finanzierungskosten weniger wichtig werden. Billige Finanzierung löst zudem das Problem der Unternehmen nicht, dass sie für ihre Investitionen in erster Linie ein gutes Geschäftsmodell und einen Qualitätsvorsprung brauchen. Wenn diese «anderen Faktoren» stimmen, investieren sie auch bei höheren Zinsen.

Auch die Haushalte nehmen bei niedrigen Zinsen ihre Ersparnisse nicht einfach mechanisch zurück. Viele Sparmotive sind zinsunabhängig wie z.B. Sparen für das Alter, für die Ausbildung der Kinder, oder als Vorsorge, wenn die Unsicherheit zunimmt. Es kommt sogar vor, dass bei niedrigen Zinsen mehr gespart wird, weil die Zinserträge fehlen, um ein vorgegebenes Sparziel leichter zu erreichen.

Niedrige Zinsen zeitigen zunehmend negative Folgen. Sie lösen unkontrollierte Umverteilung aus, nicht nur von Sparern zu Schuldnern. Fallende Zinsen führen zu steigenden Preisen für Immobilien, zinstragende Wertpapiere wie Anleihen, und für Aktien. Jene, die in der Vergangenheit gespart

haben, streichen grosse Vermögensgewinne ein und werden ohne Anstrengung reicher. Die Niedrigzinspolitik dürfte erheblich den rasanten Anstieg der Börsenkurse und Immobilienwerte genährt haben, mit der Folge, dass sich die Vermögensverteilung künstlich bei den Top-1-Prozent der Bevölkerung konzentriert. Die neuen Sparer müssen dagegen viel Einkommen aufwenden, um die teuren Anlagen zu erwerben, die nachher wenig Zins abwerfen. Mit einem Ausstieg kehrt sich die Entwicklung um.

Niedrige Zinsen fördern den wachstumsschädlichen Fehleinsatz von Kapital. Sie lenken die Finanzierung auf kreditabhängige Branchen wie z.B. Immobilienwirtschaft und Fremdenverkehr und benachteiligen innovative und riskante Unternehmen, die sich im scharfen internationalen Wettbewerb behaupten müssen. Diese brauchen risikotragendes Eigenkapital und relativ weniger Kredit. Aber die Risikoprämie, der Preis für die Risikobereitschaft, wird nicht billiger.

Niedrige Zinsen verbilligen die Kredite relativ zu risikotragendem Eigenkapital. Sie führen daher zu einer schleichenden Zunahme des Risikos, und zwar umso mehr, je erfolgreicher die Niedrigzinspolitik ist, d.h. je mehr sie kreditfinanzierte Investitionen anstösst. Die Überschuldung nimmt zu. Steigende Vermögenspreise begünstigen den Kreditzugang, weil sie die Sicherstellung der Kredite erleichtern. Eine schlagartige Korrektur von Vermögenspreisen oder das Platzen einer Immobilienblase ist ein Auslöser von Finanzkrisen. Wenn die Vermögenspreise plötzlich fallen, wird die Besicherung ungenügend und der Anteil fauler Kredite steigt. Der übermässige Kreditzugang legt den Keim für nächste Krise.

Eine langanhaltende Niedrigphase nährt weitere Risiken im Finanzsystem. Private Investoren schichten ihre Portfolios auf höher rentierliche riskante Anlagen um, wenn die festverzinslichen Wertpapiere nichts mehr bringen. Sie gehen ins Risiko. Umso verwundbarer werden sie, wenn die nächste Rezession kommt. Die Pensionskassen und Lebensversicherer, die die Vermögen der Arbeitenden verwalten, haben das gleiche Problem. Wenn sie mehr ins Risiko gehen, um noch ausreichende Erträge zu erwirtschaften, werden sie verwundbarer, wenn die Vermögenswerte wieder fallen. Auch den Banken bekommen die niedrigen Zinsen nicht gut. Sie drücken auf die Zinsspanne und damit auf die Profitabilität, die sie brauchen, um mehr Eigenkapital zu bilden und die Altlasten der Krise in Form von faulen Krediten und anderen Abschreibungen abzuarbeiten.

Wenn aber im Finanzsystem so viele Risiken aufgebaut werden, dann wird der Ausstieg umso schwieriger, je länger die Phase niedriger Zinsen andauert und je mehr Risiken sich ansammeln. Die Banken haben Dank strengerer Regulierung grössere Kapitalpolster und sind robuster, mit grossen Unterschieden zwischen den Ländern der Eurozone. Sind Immobilienbesitzer, Unternehmen und Staaten vorbereitet? Haben die Privathaushalte genügend Eigenmittel angesammelt, damit Immobilienkredite nicht notleidend werden, wenn mit fallenden Preisen der Wert der Besicherung stark abnimmt? Haben überschuldete Unternehmen die Entlastung durch niedrigen Schuldendienst genutzt, um mehr Eigenkapital zu bilden, oder haben sie erst Recht neue Kredite aufgenommen? Haben die Staaten ihre Schulden genügend abgebaut, um in der nächsten Krise Spielraum für neue Defizite zu haben und gegensteuern zu können? Zweifel sind möglich.

Ist der Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik zu früh, wenn viele Länder der Eurozone weiter verwundbar sind? Nicht nur die Real- und Finanzwirtschaft, sondern auch die EZB muss vorsorgen und rechtzeitig die Leitzinsen in kleinen Schritten anheben, damit sie für die nächste Rezession gerüstet ist. Dann muss genug Spielraum da sein, damit sie wieder mit Zinssenkungen gegensteuern kann. An der Nullzinsgrenze ist dies nur mehr begrenzt möglich. Angesichts der europaweit guten Wirtschaftslage wäre jetzt ein Ausstieg in kleinen Schritten an der Zeit.

Einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise kann man nur vorbeugen, indem man Überschuldung abbaut. Um Spekulation und Überschwang zu unterbinden, müssen die Akteure Verantwortung übernehmen und mit eigenem Geld einstehen, bevor sie fremdes Geld investieren. Die Schuldentragfähigkeit hat Grenzen und darf nicht überstrapaziert werden. Die Privathaushalte müssen mehr Eigenmittel ansparen, bevor sie mit zusätzlicher Kreditfinanzierung ein Eigenheim erwerben. Unternehmen und Banken müssen Eigenkapital mit einbehaltenen Gewinnen ansparen oder von neuen Eigentümern holen, um das Vertrauen der Fremdkapitalgeber zu erhalten. Der Staat darf sein «Eigenkapital», nämlich seine Steuerquellen, nicht überstrapazieren und muss die Verschuldung geringhalten, damit er in der nächsten Krise als absolut unzweifelhafter Schuldner ein Hort der Stabilität bleibt, anstatt seine Gläubiger an den Rand der Existenz zu bringen.

Um nach der Finanzkrise wieder zu krisenrobustem Wachstum zu finden, braucht es an allen Fronten mehr risikotragende Eigenmittel und weniger

Verschuldung. Man kann es drehen und wenden, wie man will. Fremdkapital muss teurer und Eigenkapital billiger werden. Der Staat sollte endlich die steuerliche Begünstigung der Verschuldung und die Benachteiligung des Eigenkapitals abschaffen. Und die EZB sollte die Gunst der Stunde nützen und die Leitzinsen wieder in kleinen Schritten anheben.

5. EIN GESUNDER FINANZPLATZ DIENT INNOVATION UND WACHSTUM

Die Volkswirtschaft, 23.03.2017

Wer mehr verdienen und Karriere machen will, muss nach besseren Jobs Ausschau halten und darf nicht dort verharren, wo die Perspektiven schlecht sind. Dasselbe gilt auch für das Kapital: in niedergehenden Branchen und schrumpfenden Unternehmen kann keine gute Rendite erzielt werden. Auf der Suche nach hohem Ertrag muss es dorthin wandern, wo Innovation stattfindet und die Wirtschaft expandiert. Mehr als die Hälfte des Produktivitätswachstums einer Volkswirtschaft kommt dadurch zustande, dass innovativere und produktivere Firmen rascher wachsen, Marktanteile besetzen und weniger produktive Unternehmen verdrängen. Dabei treiben vor allem Produkt- und Prozessinnovationen das Wachstum an.

Innovation ist ein Prozess schöpferischer Zerstörung und untrennbar mit Strukturwandel verbunden. Innerhalb grosser Konzerne werden Arbeit und Kapital im Zuge der Erneuerung des Produktzyklus neu eingesetzt. Gesamtwirtschaftlich spielt sich der Strukturwandel auch durch Schrumpfung oder gar Marktaustritt von unprofitablen Firmen ab. Dadurch wird Kapital und Arbeit freigesetzt, das wieder von jungen, innovativen Firmen nachgefragt wird.

Doch nicht allen Staaten gelingt es gleich gut, Finanzierung und Beschäftigung zu den rentablen Branchen zu lenken. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Verfassung des Finanzplatzes: Seine Aufgabe ist es, die Finanzierung zu stoppen, wenn die Rendite unterdurchschnittlich und die Rückzahlung zweifelhaft wird. Er muss die Finanzmittel dorthin lenken, wo ein höherer Ertrag möglich ist. Wie Kapitalreallokation zum Wachstum

beiträgt, war Thema einer Arbeitstagung im Oktober 2015 an der Universität St. Gallen.[1]

Gesunde Banken sind zentral: Die Banken stehen im Zentrum dieses Prozesses. Mit der Steuerung der Kreditvergabe tragen sie auch zur Bewältigung des Strukturwandels bei. Die Kreditwürdigkeitsprüfung, die laufende Kreditüberwachung, die Nichtverlängerung von bestehenden Kreditlinien bis hin zur Auslösung einer Insolvenz, wenn bei Problemkrediten eine volle Rückzahlung unwahrscheinlich wird – sie alle sind Teile eines Prozesses, der die produktivitätssteigernde Kapitalreallokation unterstützt.

Damit Banken auch in Krisensituationen eine stabile Quelle der Kreditversorgung bleiben, müssen sie über genügend Eigenkapital und Liquidität verfügen. Ein starker Eigenkapitalpuffer von Banken kräftigt einerseits die Widerstandsfähigkeit und erlaubt den Banken so, profitable Unternehmen mit vorübergehenden Liquiditätsschwierigkeiten weiter zu finanzieren. Andererseits versetzt er sie auch in die Lage, die Finanzierung von unprofitablen Unternehmen zu stoppen, Kredite teilweise abzuschreiben und Verluste zu absorbieren, ohne das regulatorische Mindestkapital zu unterschreiten. Auch wenn ein Teil der Kredite verloren ist, wird bei einer Insolvenz Kapital freigesetzt, das in die Finanzierung von anderen profitablen Unternehmen fliessen kann. Wenn die Banken jedoch ihre Kapitalpolster aufgebraucht und keinen Spielraum mehr haben, neigen sie dazu, bestehende Kreditlinien auch an Firmen mit zweifelhafter Bonität zu verlängern, um Verluste zu vermeiden. Also werden auch keine Mittel frei, um neue Kredite zu vergeben.

Nicht aufgearbeitete faule Kredite sind letztlich der Inbegriff eines mangelnden Strukturwandels. Laut Mario Draghi, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, vergeben schwer angeschlagene Banken kaum neue

[1] Die erste FGN-Tagung über „Finance, Capital Reallocation and Growth“ wurde von Christian Keuschnigg, Universität St. Gallen, und Holger Müller, New York University, zusammen mit CEPR organisiert. Ein Video und weitere Informationen auf sind Wpz-fgn.com (www.wpz-fgn.com/veranstaltungen) erhältlich. Die drei Keynote Lectures sind im Sonderband der Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 2016, Vol. 152 (4) publiziert.

Kredite und verzögern damit die wirtschaftliche Erholung: «[…] je länger diese Situation anhält, desto länger wirken sich die Kreditkonditionen auf die von Schumpeter beschriebene schöpferische Zerstörung aus. Das Kommen und Gehen der Unternehmen am Markt – eine bedeutende Triebkraft des Produktivitätswachstums – würde unterbrochen werden.»[2]

Das Beispiel Japan: Wie ein verhinderter Strukturwandel das Wachstum bremst, zeigte das Platzen der Vermögenspreisblase im Jahr 1990 in Japan: Amerikanische Wissenschaftler haben die dortige Wachstumsschwäche mit mangelnder Kapitalreallokation aufgrund von Problemen in der Kreditvergabe erklärt.[3] In wenigen Jahren fielen die Aktien- und Immobilienpreise um mehr als 50 Prozent. Als viele schwach kapitalisierte Banken mit notleidenden Firmenkrediten konfrontiert waren, hätte eine marktwirtschaftliche Strukturbereinigung einsetzen müssen. Die Banken hätten entweder unproduktive Firmen in die Insolvenz schicken oder bei überschuldeten, aber wettbewerbsfähigen Firmen einer Restrukturierung mit Schuldenschnitt zustimmen sollen, um ihnen neue Wachstumsperspektiven zu ermöglichen. Beides wäre mit hohen Kreditabschreibungen und Verlusten verbunden gewesen, hätte aber letztlich die Wachstumsflaute überwunden.

Doch angesichts schwacher Kapitalausstattung wollten viele Banken weitere Verluste vermeiden, um nicht unter die regulatorischen Kapitalanforderungen zu fallen. Daher haben sie Kreditlinien an strukturschwache Firmen weitergeführt, anstatt neue Kredite an wettbewerbsfähige Firmen zu vergeben. So wurden viele unproduktive Firmen künstlich am Leben erhalten, die Marktanteile besetzen, das Wachstum der wettbewerbsfähigen Unternehmen bremsen und den Markteintritt neuer Anbieter behindern. Gemäss den Berechnungen der Forscher ist dadurch über zehn Jahre ein kumulativer Investitionsverlust von 17 Prozent des Kapitals entstanden. Die Beschäftigung der wettbewerbsfähigen Unternehmen wäre um

---

[2] Nach dem Redemanuskript von Mario Draghi, „Bankenrestrukturierung und wirtschaftliche Erholung“, anlässlich der Verleihung des Schumpeter-Preises der Österreichischen Nationalbank am 13. März 2014 in Wien.

[3] Vgl. Caballero, Ricardo J., Takeo Hoshi und Anil K. Kashyap (2008), Zombie Lending and Depressed Restructuring in Japan, *American Economic Review 98*, 1943-1977.

9,5 Prozentpunkte höher ausgefallen, wenn der Anteil der unproduktiven Firmen nicht gestiegen wäre.

Innovatoren brauchen Eigenkapital: Keine Investition ist riskanter als diejenige in Innovation. Während Anleger bei Krediten und Anleihen mit fixen Zinszahlungen rechnen können, ist die Investition mittels Eigenkapital für Investoren viel unsicherer, denn Dividenden können nur vom übrig bleibenden Gewinn ausgeschüttet werden. In einer Rezession gibt es deshalb wenig zu verdienen oder es müssen temporär sogar Verluste weggesteckt werden. Doch was für die Anleger sicher ist, bringt das Unternehmen eventuell in Bedrängnis: Je mehr Fremdkapital ein Unternehmen aufnimmt, desto grösser werden die festen Zinsverpflichtungen. Dabei ist die Schuldentragfähigkeit begrenzt. Die Fähigkeit, mehr Fremdkapital aufzunehmen, hängt deshalb auch von einer ausreichenden Ausstattung mit Eigenkapital ab.

Je innovativer und internationalisierter ein Land ist, desto höheren Risiken sind die Unternehmen ausgesetzt. Besonders hoch ist das Risiko für innovative Start-ups. Aber auch für innovative Exportunternehmen und multinationale Konzerne: denn sie sind nicht nur der heimischen, sondern der weltweiten Konkurrenz ausgesetzt und brauchen deshalb mehr risikotragendes Eigenkapital. Aber Eigenkapitalfinanzierung ist keine Aufgabe der Banken. Eigenkapital wird einerseits selber, über einbehaltene Gewinne, langsam angespart. Bei Gründungen und starker Expansion mit besonders hohem Kapitalbedarf muss es andererseits auf dem Markt beschafft werden, d. h. bei Anlegern, an der Börse, von Beteiligungsgesellschaften, Finanzdienstleister oder Wagnisfinanciers. Aus diesem Grund nimmt die Bedeutung der Kapitalmärkte für die Finanzierung der Wirtschaft zu, je näher ein Land an die Technologiegrenze vorstösst.[4]

Risikokapital für Start-Ups: Während Banken langfristige Geschäftsverbindungen pflegen, sind auf dem Kapitalmarkt die Bindungen zwischen

[4] Vgl. dazu Philippe Aghion (2016), Competitiveness and Growth Policy Design, in Christian Keuschnigg (Hrsg.), Moving to the Innovation Frontier, CEPR und Universität St. Gallen, VoxEU Ebook, 5-29.

Investoren und Unternehmen schwächer. Daher fallen die Anlageentscheidungen radikaler und härter aus. Dazu kommen Informationsnachteile und die Risikoscheu der passiven Investoren: sie können bei auftauchenden Schwierigkeiten eine Kapitalflucht begünstigen, die Aktien- und Anleihekurse der betroffenen Firmen stark fallen lassen und damit den Zugang zum Kapitalmarkt prohibitiv verteuern.

Die Marktdisziplin auf Kapitalmärkten ist härter. Dafür gibt es aktive Investoren wie sogenannte Wagniskapital- und Private-Equity-Gesellschaften oder Business Angels. Sie sind auf die Finanzierung von innovativen, aber hoch riskanten Wachstumsunternehmen spezialisiert, die sich mit Bankkrediten nicht finanzieren könnten. Oft betreuen diese Gesellschaften nur wenige Portfoliounternehmen, diese dafür umso intensiver. Um ihr Investitionsrisiko zu begrenzen, treffen sie Investitionsentscheidungen mit wesentlich mehr unternehmerischem Knowhow, bieten strategische Beratung an und üben intensivere Kontrolle aus. Solche Wagnisfinanciers geben keinen Kredit, sondern investieren risikotragendes Beteiligungskapital, und trimmen diese Unternehmen auf Wachstumskurs. Firmen mit Wagniskapital schaffen daher mehr Beschäftigung, haben ein rasanteres Umsatzwachstum und erzielen wesentlich höhere Wertsteigerungen als andere, vergleichbare Firmen.

Investoren von Wagniskapital sind auf die Phase nach der Gründung spezialisiert, wo die unternehmerische Erfahrung am geringsten ist, der Markttest noch bevorsteht und das Überlebensrisiko am höchsten ist. Meist ist die Finanzierung auf bis zu zehn Jahre begrenzt. Je länger die Firmen sich auf dem Markt bewähren, desto mehr können sie andere, weniger teure Finanzierungen, wie Bankkredite erschliessen. Wenn für die Firmen die Vorteile des Wagniskapitals schwinden, rückt der Ausstieg näher und es wird Kapital frei, das dringend für die Finanzierung von neuen Startups benötigt wird.

Liquide Märkte schaffen Sicherheit: Den grössten Teil ihres Ertrags erzielen die Wagnisfinanciers allerdings erst beim Verkauf ihrer Beteiligung an der Börse, auf dem Kapitalmarkt oder an andere Unternehmen. Dieser besteht vorwiegend in der Wertsteigerung der Beteiligung, sofern nicht schon vorher ein Totalverlust zu verbuchen war.

Ein liquider Kapitalmarkt und eine Börse für innovative Jungunternehmen erleichtern den profitablen Ausstieg für Investoren und sind deshalb so

wichtig für die Risikofinanzierung. Denn die Financiers sind umso eher bereit, mit neuem Kapital einzusteigen, je leichter sie nachher ihre Beteiligung wiederverkaufen und den Ertrag realisieren können. Wie bei den Anlegern gilt auch hier: man kauft nur, wenn man sicher ist, bei Bedarf wieder einen geeigneten Käufer für seine Anteile zu finden. So lenken auch die Akteure des Kapitalmarkts mit ihren Investitionsentscheidungen das Kapital von unrentablen zu innovativen und wachsenden Unternehmen um, und steigern so das Produktivitätswachstum. Ein diversifizierter Finanzplatz ist dazu unerlässlich: Es braucht sowohl die Wagnisfinanzierung am Kapitalmarkt für die Startphase von hochriskanten Start-up-Projekten, wie auch eine langfristige Unterstützung mittels Fremdkapital von Banken.

6. FINANZPLATZ: ZEHN REFORMEN FÜR ÖSTERREICH

Trend, 02.09.2016

Warum Finanzreformen? Jobs brauchen Investitionen, aber ohne Finanzierung gibt es keine Investitionen. Die Akteure des Finanzplatzes stellen Finanzierung bereit und verringern Risiken, indem sie Erfolg und Misserfolg einer Vielzahl von Investitionen untereinander ausgleichen. Damit können sie das Risiko der Anleger stark verringern. Sie bringen den Wunsch der Sparer, ihre Mittel kurzfristig verfügbar zu haben, mit dem Bedarf der Wirtschaft nach langfristiger Finanzierung zusammen. Sie überwachen die Kapitalverwendung und lenken Finanzmittel dorthin, wo sie am meisten Einkommen schaffen, und steigern so die Produktivität von Arbeit und Kapital. Sie stellen den Zahlungsverkehr sicher, der eine kostensparende Abwicklung der täglichen Geschäfte ermöglicht. Gerade die reichsten und innovativsten Länder brauchen am dringendsten ein hoch entwickeltes Finanzsystem.

Vordringlich ist, wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu finden. Überschuldete Unternehmen und Haushalte können jedoch keine weiteren Kredite aufnehmen, und Banken mit zu wenig Eigenkapital können nur wenig Kredit geben, weil sie sich sonst selber stärker verschulden müssten. Es braucht mehr Eigenkapital, damit die Verschuldung tragfähig bleibt. Wenn es nicht gelingt, mehr Eigenmittel aufzutreiben, dann muss die Entschuldung durch Krediteinschränkung erfolgen. Eine Wachstumsschwäche wäre die Folge. Die Überschuldung soll daher nicht mit weniger Kredit, sondern durch Bildung von mehr Eigenkapital erfolgen, ohne Investition und Innovation zu beeinträchtigen. Zum zweiten soll eine Finanzplatzstrategie den Weg Österreichs zu einem führenden Innovationsland unterstützen. Aber mehr Innovation bedeutet mehr Risiko und benötigt mehr Risikokapital. Ein Innovationsland braucht daher eine Ergänzung der Bankkredite durch mehr Finanzierung über Kapitalmärkte.

Herausforderungen: Wachstum setzt stabile Finanzierung voraus, mit Krediten und mit risikotragendem Eigenkapital in einem ausgewogenen Verhältnis. Daher muss der Finanzplatz auf zwei Säulen stehen: leistungs-

fähige Banken und ein liquider Kapitalmarkt. Die Wirtschaft braucht Finanzierung. Wenn sie nicht vom Kapitalmarkt kommt, dann muss sie von den Banken kommen. Gerade die vielen KMUs haben wenig Alternativen jenseits des Bankkredits. Daher gilt es erstens die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität der Banken zu festigen, die den Hauptteil der Finanzierung der heimischen Wirtschaft leisten. Banken unterhalten enge und stabile Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden. Um die Unternehmen und Privatkunden auch in schwierigen Zeiten sicher finanzieren zu können, brauchen sie selbst ausreichend Eigenkapital und Kapitalreserven. Das ist nur möglich, wenn trotz intensivem Wettbewerb eine angemessene Profitabilität gewährleistet ist. In das Bankgeschäft müssen alle privaten und gesellschaftlichen Kosten eingehen. Aber Mehrfachbelastungen, die darüber hinausgehen, beeinträchtigen die Fähigkeit der Banken, Krisen abzufedern und Kredite bereitzustellen.

Zweitens ist es notwendig, die Kapitalmärkte auszubauen. Ihr Finanzierungsbeitrag ist viel zu gering, wie die Abbildung 2 deutlich zeigt. Mit ei-

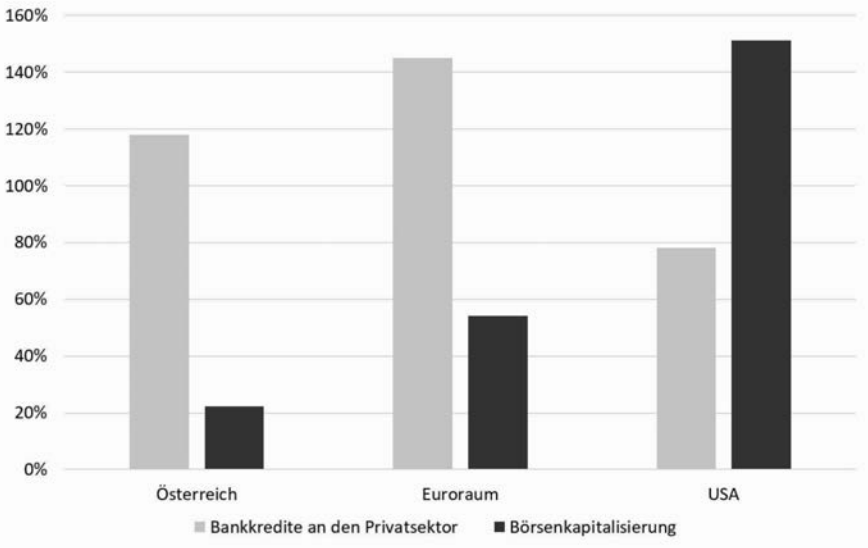

Abbildung 2: Finanzierung über Banken- und Kapitalmärkte, 2014 in Prozent des BIP

ner Börsenkapitalisierung von 22% liegt Österreich weit hinter dem Durchschnitt der Eurozone mit 54%, und diese ist bereits schwer im Rückstand zu den U.S.A. Die heimischen Pensionskassen verwalten Anlagevermögen von nur 5,6% des BIP, in der EU sind es dreimal so viel, in Dänemark 72% des BIPs. Die Folge ist, dass zwei Drittel der Staatsschuld im Ausland platziert werden muss, der heimische Kapitalmarkt könnte das niemals finanzieren. Ein zu geringer Teil der Unternehmen kann Beteiligungsfinanzierung über die Börse, über Finanzdienstleister und Investment-Gesellschaften auftreiben. Privates Wagniskapital für junge Start-ups versagt und kann nur mehr mit staatlicher Unterstützung stattfinden. Dass die zweite Säule des heimischen Finanzplatzes so wenig zur Finanzierung beiträgt, drückt auf das langfristige Wachstum und beeinträchtigt die Stabilität. Eine krisenrobuste Wirtschaft braucht mehr risikotragendes Eigenkapital, und die Bereitstellung neuen Eigenkapitals ist primär eine Aufgabe der Kapitalmärkte. Besonders innovative Unternehmen und Branchen haben ein höheres Risiko und brauchen mehr Eigenkapital als andere. Deshalb spielen die Kapitalmärkte in führenden Innovationsländern eine stärkere Rolle als in anderen Ländern.

Ein Zehn-Punkte-Programm: Diese Wachstumsbremse lässt sich lockern. Konkret ist ein Zehn-Punkte-Programm notwendig. (i) Der Weg der Banken zu mehr Eigenkapital und höheren Liquiditätsreserven ist fortzusetzen und die Baselregulierung gleich wie in anderen Ländern umzusetzen. Das stärkt die Krisenrobustheit des Bankensektors. (ii) Mit der Umsetzung der Bankenunion mit einheitlicher Aufsicht, Abwicklungsmechanismus und harmonisierter Einlagensicherung tragen die Banken die gesellschaftlichen Kosten des Bankgeschäfts selbst. (iii) Auf einen speziellen Österreich Zuschlag zu den Kapitalanforderungen kann verzichtet werden. Die Ziele dieses „Austrian Finish“ werden bereits mit den anderen Reformen verwirklicht, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Banken zu beeinträchtigen.

(iv) Die Stabilitätsabgabe ist zu beseitigen. Hier hat die Regierung gerade einen wichtigen Schritt gesetzt. Die Stabilitätsabgabe stabilisiert nicht und behindert die Fähigkeit der Banken, mehr Eigenkapital zu bilden. Der Lenkungszweck ist bereits durch Regulierung erfüllt. (v) Der Verschuldungsanreiz in der Unternehmensbesteuerung ist durch Einführung eines

Steuerabzugs einer normalen Eigenkapitalrendite zu beseitigen. Die steuerliche Diskriminierung des Eigenkapitals steht dem Anliegen der Regulierung, die Krisenrobustheit von Unternehmen und Banken zu fördern, diametral entgegen. (vi) Die steuerliche Diskriminierung riskanter Anlagen wie Aktien und Beteiligungen ist durch Verbesserung des Verlustausgleichs und Verlustvortrags zu beseitigen. Wenn die Wirtschaft mehr Risikokapital braucht, müssen die Anleger mehr Risikokapital bereitstellen.

(vii) Ein moderater Ausbau einer kapitalgedeckten Säule des Pensionssystems kann mehr Anlagekapital auf den Kapitalmarkt zu lenken. Auf dem heimischen Kapitalmarkt fehlen grosse institutionelle Anleger wie die Pensionskassen. Es ist unrealistisch, dass alleine eine Änderung des Anlegerverhaltens einen auch nur annähernd gleich grossen Effekt erzielen könnte. Der Hauptzweck ist, das Pensionssystem auf mehrere Beine zu stellen anstatt alles auf die einzige Karte des Umlagesystems zu setzen. (viii) Eine Überprüfung des Investorenschutzes soll feststellen, ob die Regelungen dem internationalen „Best-Practice" entsprechen. Ein klares Kapitalmarktrecht stärkt das Vertrauen und die Investitionssicherheit der Anleger und ist unerlässlich, um die Kapitalmarktfinanzierung zu forcieren. (ix) Der Markt für privates Wagniskapital soll mit Technologietransfer und Abbau bürokratischer Gründungshemmnisse zusammen mit dem Zehn-Punkte-Programm belebt werden, um mehr Innnovation zu finanzieren. (x) Eine Informationskampagne soll das Finanzwissen verbessern. Damit können die Privatanleger für Anlagemöglichkeiten jenseits des Sparbuchs für eine bessere Ertrags- und Risikomischung sensibilisiert werden.

Eine Chance für krisenrobustes Wachstum: Das Reformpaket stärkt Wachstum und Krisenresistenz. Angesichts der Ergebnisse der empirischen Forschung ist ein Anstieg der Wachstumsrate um einen halben Prozentpunkt bis 2030 realistisch. Die Wachstumseffekte kommen von den Investitionsanreizen, der Finanzierung mit mehr risikotragendem Eigenkapital, der Unterstützung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und dem Beitrag des Finanzsektors zu einer höheren Kapitalproduktivität. Wenn Österreich über 15 Jahre um 0.5% schneller wächst als der Durchschnitt der Eurozone, dann könnten die kumulativen Wachstumsgewinne das BIP-Niveau 2030 relativ zur Eurozone um 8% steigern. Ein robuster Finanzsektor federt zudem Risiken besser ab und trägt zur Glättung der Konjunktur bei. Firmen finanzieren sich mit mehr Eigenkapital und können leichter

die Beschäftigung auch bei Unterauslastung weiterführen. Rezessionen fallen milder aus und haben geringere Einkommensverluste und einen kleineren Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge als anderswo. Das Zehn-Punkte-Programm schafft die Rahmenbedingungen, mit denen der Finanzplatz Österreich seine Aufgaben besser erfüllen kann, nämlich wirtschaftliche Risiken nicht zu verschärfen, sondern abzubauen, und Wachstum nicht zu bremsen, sondern zu beschleunigen.

7. WAGNISKAPITAL ERNEUERT WIRTSCHAFT

Finanz und Wirtschaft, 25.02.2015 / Börsenkurier, 12.03.2015

Um an der Spitze zu bleiben, muss ein Land mehr und grundlegendere Innovationen hervorbringen und neue Unternehmen konsequent auf Wachstumskurs trimmen. Die ertragreichsten Investitionen sind jedoch auch die riskantesten. Wenn ein ganz neuer Markt entsteht, können die ersten Anbieter den Markt dominieren oder vollständig scheitern. Innovative Startups sind anfangs oft technologisch fixiert. Unternehmerische Erfahrung und professionelles Management müssen sie erst entwickeln. Sie brauchen dringend Eigenkapital und sind finanziell anfällig. In den ersten drei bis fünf Jahren scheitert etwa die Hälfte. Kredite scheiden meist aus, wenn sich Banken angesichts eines unerprobten Geschäftsmodells und fehlender Sicherheiten einem derart grossen Risiko gegenüber sehen. Innovative Gründungen brauchen risikotragendes Beteiligungskapital sowie aktive strategische Beratung und Überwachung aus einer Hand.

Wagnisfinanzierung erfolgt meist mit Eigenkapital oder Wandelschuldverschreibungen in mehreren Runden, wobei die nächste Tranche vom Erreichen wichtiger Meilensteine abhängt. Die Finanziers sichern sich zusätzliche vertragliche Rechte, damit sie im Notfall eingreifen können. Die Gewinn- und Verlustbeteiligung schafft ein starkes Interesse, sich mit Beratung aktiv zu engagieren, um so den eigenen Beteiligungsertrag weiter zu steigern. Dieser Zeitaufwand bedeutet, dass ein Finanzier nur wenige Portfoliounternehmen betreuen kann.

Wagnisfinanzierung entschärft zwei Probleme: Zugang zu Kapital und mangelnde Managementerfahrung. Erstens ermöglicht Wagniskapital die Realisierung von potentiell sehr rentablen Projekten, die sonst keine Bankkredite erhalten würden. Auch wenn es teurer und mit mehr Kontrolle verbunden ist als ein Bankkredit, ist Wagniskapital besser als gar keine Finanzierung. Zweitens hilft die strategische Beratung und Kontrolle den Beteiligungsfirmen, ihr Potential auszuschöpfen. Die Forschung zeigt, dass Firmen mit Wagniskapital schneller wachsen, und mehr Jobs schaffen als andere vergleichbare Unternehmen. Wagnisfinanzierte Firmen verfolgen ra-

dikalere Innovationsstrategien, beschleunigen den Markteintritt und professionalisieren sich rascher in Management, Marketing und Personal-wesen. Die Gründer empfinden oft einen Verlust an Unabhängigkeit, wenn die Wagnisfinanziers ihre Kontrollrechte und Eingriffsmöglichkeiten nutzen. So können jedoch frühzeitig vermeidbare Ausfälle und mögliche Fehlentwicklungen verhindert werden.

Das Engagement eines Wagnisfinanziers, der Erfahrung, Marktkenntnisse, Kontakte und Netzwerke einbringt, wirkt auf andere Kapitalgeber vertrauensbildend und ermöglicht zusätzliche Bankkredite, die sonst nicht verfügbar wären. Die bessere Performance von wagnisfinanzierten Firmen im Vergleich zu anderen Start-ups ist etwa zu 50% auf eine bessere Projektauswahl und zu 50% auf strategische Beratung und Kontrolle zurückführen. Der Erfolg hängt sehr von Qualität, Knowhow und Reputation der Finanzierungsgesellschaften ab.

Wagniskapital vervollständigt den Kapitalmarkt in seiner Fähigkeit, Unternehmensfinanzierung bereitzustellen. Wagnisfinanzierung steht nicht in Konkurrenz, sondern in einer natürlichen Arbeitsteilung zur Kreditfinanzierung der Banken. Wagnisfinanziers stellen Eigenkapital für risikoreiche Wachstumsunternehmen bereit, die zu betreuungs- und kontrollintensiv sind und daher für Bankkredite alleine nicht in Frage kommen. Die Probleme im Zugang zu Kapital und der Bedarf an strategischer Beratung sind in der Anfangsphase am grössten. Im Laufe der Zeit bauen die Firmen Risiken ab, professionalisieren sich und werden besser von aussen überprüfbar, bilden mehr Eigenmittel und können Sicherheiten für Kredite bereitstellen. Teures Wagniskapital kann durch Kapitalmarktfinanzierung und Bankkredite abgelöst werden. Der Ausstieg erfolgt in den besten Fällen durch einen Börsengang, womit die Gesellschaften am ehesten gute Preise für ihre Anteile erzielen. Eine liquide Börse für junge Technologieunternehmen begünstigt die Entwicklung der Wagniskapitalbranche.

Beteiligungsfonds werden mit beschränkten Laufzeiten aufgelegt. Nachdem die Probleme mit zunehmender Lebensdauer abnehmen, ist es sinnvoll, dass Wagnisfinanziers ihre Tätigkeiten laufend von reiferen Firmen zu risikoreichen Start-ups verlagern. Mit ihrem Ausstieg erlangen die Unternehmer ihre Unabhängigkeit und Kontrolle zurück. Die Gründer können die Kontrollrechte und Eingriffsmöglichkeiten, die mit Wagniskapital verbunden sind, am ehesten akzeptieren, wenn der Ausstieg bereits zu Beginn absehbar ist.

Wie kann die Politik der Branche mehr Schubkraft geben? Erstens kann sich der Markt nur entwickeln, wenn genügend Bedarf durch technologieintensive Gründungen da ist. Das fängt in den Universitäten und Fachhochschulen an, welche die Forscher neben der Zusammenarbeit mit etablierten Konzernen auch zur Selbständigkeit ermutigen sollten. Bürokratische Hürden für Gründungen sind zu beseitigen und das Insolvenzrecht ist mit dem Gläubigerschutz so zu vereinbaren, dass nach dem Scheitern auch ein Neustart möglich bleibt und nicht eine Stigmatisierung die weitere Karriere beschädigt. Zweitens gilt es, steuerliche und regulatorische Hindernisse für Beteiligungskapital abzubauen. Dazu zählt die Verbesserung des steuerlichen Verlustausgleichs und Verlustvortrags. Der Staat sollte sich an Erträgen und Verlusten gleichermassen beteiligen. Der eigenkapitalintensiven Wagniskapitalbranche wäre sehr geholfen, wenn mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit einer normalen Eigenkapitalverzinsung die Diskriminierung gegenüber dem Fremdkapital beseitigt würde. Angesichts des Kapitalmangels müssen die Unternehmen jeden Gewinn einbehalten und erzielen ihren Ertrag vorwiegend als Wertsteigerung. Daher ist eine geringe Kapitalgewinnsteuer für die Branche günstig.

Drittens erleichtert eine liquide Börse den Handel mit Beteiligungen. Das begünstigt den Börsengang und damit den Ausstieg der Wagnisfinanziers. Die Schweiz weist mit ihren starken Börsen einen relativ hohen Anteil des Wagniskapitals am BIP auf. Dieser Zustand wird durch die kapitalgedeckte Alterssicherung befördert, weil die Pensionsfonds Assets im Umfang von etwa 120% des BIPs verwalten, damit zur Liquidität der Börse beitragen und zwecks Diversifizierung einen kleinen Teil ihres Vermögens auch in riskantes Wagniskapital investieren. Viertens wäre es wichtig, mit Netzwerkbildung und günstigen Bedingungen für Beteiligungsfonds erfahrene Unternehmer und Manager zu gewinnen. Dieses Knowhow ist für die wertsteigernde Wirkung des Wagniskapitals zentral und hilft den Start-ups, ihr Potential auszuschöpfen. Fünftens können öffentliche Programme eine Lücke schliessen, solange der private Markt unterentwickelt ist. Dabei ist eine klare, komplementäre Arbeitsteilung mit privaten Gesellschaften nötig, damit die Aktivitäten sich nicht rivalisieren. Vor allem braucht es gleich lange Spiesse im Wettbewerb, z.B. gleiche Bedingungen für die Refinanzierung, damit die öffentlichen Gesellschaften nicht die Entwicklung der privaten Beteiligungsfonds behindern.

Die radikalsten und riskantesten Innovationen erwirtschaften die höchsten Erträge. Angesichts des grossen Risikos sind aber besonders viele Gründungen nötig, damit einige wenige durch anhaltende Innovation zu Grossunternehmen heranwachsen, indem sie mit Wagniskapital konsequent auf Wachstum getrimmt werden. Die jungen innovativen Start-ups sind die nächste Generation von multinationalen Konzernen.

IV. Abschnitt 4: Soziale Teilhabe

1. Alles spricht für inklusives Wachstum

Finanz und Wirtschaft, 15.04.2020

Wie viel Ungleichheit verträgt unser Land? Der Wohlstand soll breit in der Bevölkerung ankommen. Das Wachstum soll inklusiv sein und damit Stabilität und Zusammenhalt sichern. Aber die Schweiz verteilt eher weniger um als andere Länder. Andererseits liegt unser Land schon in der Verteilung der Markteinkommen im guten Mittelfeld, noch bevor der Staat zum Einsatz kommt und oben mit Steuern nimmt und unten gibt. Vielleicht gibt es einfach weniger zu tun?

Umverteilung ist gerade wieder en vogue. Die Vorschläge sind so radikal wie einfach. Konfiskatorische Steuern auf grosse Vermögen und Spitzeneinkommen sollen oben abschöpfen und anstössigen Reichtum abbauen, um unten mehr Startgeld an die Benachteiligten zu verteilen. Aber beim inklusiven Wachstum sind beide Wörter wichtig. Man soll vor lauter Inklusion das Wachstum nicht vergessen. Geht die Umverteilung auf Kosten des Wachstums, dann gibt es auch wenig zu verteilen. Wem wäre da gedient?

Die Arbeitnehmer brauchen das Kapital der Reichen. Sie können nur dann hohe Löhne verdienen, wenn sie in den Unternehmen und in den Büros die modernsten Technologien vorfinden und die Wirtschaft viel investiert, sprich, das Kapital der Reichen zum Einsatz kommt. Auch das Kapital braucht die Arbeitenden. Ohne motivierte und qualifizierte Arbeit steht es um die Kapitalrendite sehr schlecht.

Unverdienter Reichtum als Problem

Umverteilung ist notwendig. Aber hohe Steuern und unterstützende Geldleistungen mindern die Leistungsanreize oben wie unten. Wenn weniger Einkommen erwirtschaftet wird, gibt es weniger zu verteilen. Hohe Steuern mindern die Leistungsbereitschaft der Arbeitenden, hemmen Investitionen und Vermögensbildung, führen zu Abwanderung von Talenten und

Unternehmen und provozieren den Steuerwiderstand bis hin zur Flucht in die Schattenwirtschaft.

Am unteren Einkommensende ist es nicht anders. Wer sich aus der Erwerbslosigkeit befreien will, muss auf Leistungen verzichten und erst noch Steuern und Sozialbeiträge auf den Lohn bezahlen. Dieser doppelte Nachteil hemmt den Anreiz zur Erwerbstätigkeit. Damit sich Arbeit lohnt, muss der Lohnabstand der Working Poor zu den Erwerbslosen genügend gross sein. Grosszügige Sozialleistungen helfen den Bedürftigsten, mindern aber auch bei ihnen die Leistungsbereitschaft. Es besteht ein schwieriger Zielkonflikt zwischen Umverteilung und mehr Wohlstand für alle.

Doch es gibt einen besseren Weg zu inklusivem Wachstum. Dazu braucht es die Einsicht, dass nicht jeder Reichtum schlecht ist und nicht jede Armut die gleiche Unterstützung verdient. Wer könnte etwas gegen innovative Unternehmer haben, die aus dem Nichts grosse Unternehmen schaffen, damit zu grossem Reichtum gelangen und dabei viele Arbeitende mit attraktiven Löhnen und Aufstiegschancen auf dem Weg nach oben mitnehmen? Es reicht, wenn sie ihre Steuern zahlen. Anders ist es jedoch, wenn die Spitzeneinkommen und der Reichtum aus überrissenen Spitzengehältern, Übervorteilung, Ausnutzung von Marktmacht und Behinderung des Wettbewerbs stammen. Doch diese Auswüchse beseitigt man nicht mit konfiskatorischen Steuern, die alle über den gleichen Kamm scheren, sondern besser mit harter Wettbewerbspolitik und griffiger Unternehmenskontrolle durch Stärkung der Eigentümerrechte. Dann gibt es keinen unverdienten Reichtum mehr und auch kein Ausruhen auf vergangenen Leistungen. Eine solche Politik ermöglicht eine wachstumsfreundliche Umverteilung der Markteinkommen, indem sie unverdiente Renteneinkommen oben beseitigt und über niedrigere Preise die Realeinkommen der Masse stärkt.

Am unteren Ende ist es ähnlich. Wer hätte etwas gegen die Unterstützung der unverschuldet in Not Geratenen und derjenigen, die verzweifelt nach Arbeit suchen und keine finden? Aber es gibt auch die weniger motivierten Armen, die gern grosszügige Unterstützung in Anspruch nehmen und weniger Interesse an eigener Erwerbsarbeit zeigen. Deshalb verdienen die Working Poor mehr Unterstützung als andere. Am Wichtigsten für intakte Chancen auf soziale Teilhabe sind gute Beschäftigungsmöglichkeiten. Die – bis zum Ausbruch der Coronakrise – rekordhohe Beschäftigung in der Schweiz ist ein Trumpf. Je weniger Menschen das Sozialsystem in Anspruch nehmen müssen, weil sie für sich selbst sorgen, desto sicherer

ist es für die, die es wirklich brauchen. Ungehinderter Zugang aller Schichten zu höherer Bildung, berufliche Qualifizierung, freier Zugang zu lukrativen Berufen und ein barrierefreier Einstieg in die Selbständigkeit steigern die Chancen auf sozialen Aufstieg und sind erst noch wachstumsfreundlich.

Die Investitionen des Staates in die Chancengleichheit der unteren Einkommensschichten und eine griffige Wettbewerbspolitik und Unternehmenskontrolle am oberen Einkommensende fördern sowohl das Wachstum als auch eine weniger ungleiche Verteilung der Markteinkommen. Dann gibt es nachher weniger zu tun, um mit progressiven Steuern und Sozialleistungen kostspielig umzuverteilen. Zwar wird es immer einen Anteil von Benachteiligten geben, die am unteren Einkommensende stecken bleiben, und einen Anteil von Begünstigten, die ihren Wohlstand am oberen Ende zu erhalten wissen. Deshalb wird es immer eine massvolle Umverteilung mit progressiven Steuern und Sozialleistungen geben müssen. Aber je mehr den sozialen Aufstieg von unten nach oben schaffen, desto weniger müssen unterstützt werden.

Die Ungleichheit ist eine höchst dynamische Sache. Wer es zu Reichtum gebracht hat, kann ihn schnell verlieren. Wer in der Jugend aus den ärmsten Verhältnissen startet, kann die Chance packen und es mit einer erfolgreichen Karriere oder mit Unternehmertum zu Wohlstand und selbst erarbeitetem Vermögen bringen. Eine vorbeugende Politik, die auf Chancengleichheit, sozialen Aufstieg und freien Wettbewerb setzt, sichert auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ein häufiges Lebensmuster wie «arm mit zwanzig und reich mit sechzig» weckt Hoffnung und gibt den zunächst Benachteiligten eine motivierende Lebensperspektive. Auch kann es dem sozialen Zusammenhalt nur förderlich sein, wenn es mehr von den erfolgreichen Älteren gibt, die sich an die beengten Verhältnisse in ihrer Jugend erinnern.

Amerikanischer Traum ist umgezogen

Wo die Chancengleichheit und die Aussicht auf sozialen Aufstieg intakt sind, verspüren die Menschen weniger Verlangen nach ausufernder Umverteilung mit Steuern und Sozialausgaben. Besonders prägnant hat es einst der Schriftsteller und Nobelpreisträger John Steinbeckausgedrückt: «Der Sozialismus konnte in Amerika nie Fuss fassen, da die Armen sich selbst nicht als ausgebeutetes Proletariat, sondern als zeitweilig verhinderte

Millionäre sehen.» Wer sich ausrechnet, über kurz oder lang selbst zu den Nettozahlern des Systems zu gehören, ist weniger bereit, für hohe Steuern und grosszügige Sozialleistungen zu stimmen. Inzwischen ist der amerikanische Traum in den USA für grosse Gruppen der Bevölkerung jedoch keine realistische Perspektive mehr. Gleichzeitig stellt man eine zunehmende Polarisierung fest. Gemessen an den statistischen Kennzahlen der sozialen Mobilität ist der amerikanische Traum heute eher in den nordischen Ländern anzutreffen und dürfte auch in der Schweiz gut intakt sein.

Vorbeugen ist besser als Heilen. Das gilt auch in der Umverteilungspolitik. Die Politik sollte mehr darauf hinwirken, die Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Dann muss man nicht im Nachhinein kostspielig reparieren, was man vorher versäumt hat.

2. IST DER SOZIALSTAAT NOCH ZU RETTEN?

Finanz und Wirtschaft, 05.09.2018

Die Menschen wollen am Fortschritt und Wohlstand in der Gesellschaft teilhaben. Sie wollen Fairness und soziale Teilhabe, nicht Ausgrenzung und Übervorteilung durch andere. Nicht nur das Geld zählt. Ebenso wichtig sind wirtschaftliche Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft, anstatt Angst vor dem sozialen Abstieg. Der Sozialstaat soll mehr wirtschaftliche Sicherheit bieten und einen angemessenen Ausgleich zwischen Arm und Reich ermöglichen.

Doch der Sozialstaat ist an vielen Fronten gefordert. Die Megatrends sind Innovation, Globalisierung und die Alterung der Gesellschaft. Nimmt die Arbeitslosigkeit zu, wenn Roboter und Digitalisierung viele Tätigkeiten überflüssig machen? Ein rasch fortschreitender Strukturwandel erzeugt neben Gewinnern auch viele Verlierer. Nimmt die Ungleichheit zu? Wie können die Jungen noch die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen finanzieren, wenn eine immer grössere Schar von älteren Mitbürgern die ihnen versprochenen Leistungen in Anspruch nehmen? Dazu kommen all die anderen Verwerfungen wie Boom und Rezession bis hin zu Wirtschaftskrisen. Ist der Sozialstaat noch zu retten?

Es ist wie in der Medizin: Vorbeugen ist besser als heilen. Der Schlüssel liegt in einer vorbeugenden, investierenden Politik, welche viele Probleme erst gar nicht entstehen lässt. Sie schützt vor einer Überbeanspruchung des Sozialstaats. Die Alternative ist ein korrigierender Sozialstaat, der im Nachhinein mit progressiven Steuern und hohen Unterstützungszahlungen von oben nach unten umverteilen und immer noch mehr Leistungen in der Sozialversicherung ausrichten muss, wachstumshemmend wirkt und damit neue Probleme erzeugt. Vieles davon wäre mit einer vorbeugenden Politik vermeidbar. Dabei zählt nichts so sehr wie eine hohe Beschäftigungsquote. Länder mit hoher Beschäftigung verzeichnen ein hohes Mass an sozialer Teilhabe wie moderate Einkommens- und Vermögensungleichheit, geringe Armutsquoten und gute Aufstiegschancen. Empirisch besteht ein nahezu perfekter Zusammenhang.

Beschäftigung entsteht durch Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Wenn die Unternehmen die Innovation der ausländischen Konkurrenz überlassen, ist es mit der Beschäftigung schnell vorbei. Daher muss der Sozialstaat innovationsfreundlich bleiben, wenn er nachhaltig sein soll. Er darf dem Wandel der Arbeit nicht im Wege stehen. Er muss die Arbeitenden darin unterstützen, zu den innovativen Unternehmen zu wandern, wo die Löhne und Aufstiegschancen besser sind, und überholte Beschäftigung aufzugeben, die wenig Perspektiven bietet. Wie soll sozialer Aufstieg sonst möglich sein? Eine Ausrichtung auf das Modell der «Flexicurity» verbindet Flexibilität, die den Abbau unrentabler Jobs zulässt, mit der Sicherheit einer robusten Arbeitslosenversicherung und mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, welche durch Qualifikation und Umschulung die Wiederbeschäftigung erleichtert.

Innovation und Globalisierung führen immer zu Strukturwandel, müssen aber keinesfalls in steigender Arbeitslosigkeit enden. Sie tragen aber tendenziell zu einer gewissen Spreizung der Einkommensverteilung bei. Es ist eben so, dass die Top 1% in der Einkommensverteilung mehr Einkommen erwirtschaften, wenn die höchstqualifizierten Erfinder und Startup Unternehmer grossen Erfolg haben und reich werden. Deshalb braucht es progressive Steuern, damit die Erfolgreichen der Staatskasse hohe Einnahmen bescheren, aber nicht so konfiskatorisch, dass Unternehmertum und Leistung auf der Strecke bleiben. Bei den mittleren Einkommen und am unteren Ende ist Bildung und Qualifikation die entscheidende Investition. Mangelnde Qualifikation ist das grösste Armuts- und Arbeitslosenrisiko. Lebenslange Weiterbildung muss die Qualifikation ständig erneuern, um trotz raschem Wandel für die Arbeit fit zu bleiben. Die IT-Revolution der 80-er Jahre hat es gezeigt. Bildung kann eine Spreizung der Einkommensverteilung weitgehend ausgleichen. Mit der Digitalisierung und dem Robotereinsatz wird es ähnlich sein.

Der Staat sollte vorbeugend handeln, um Ungleichheit und Armut von vornherein möglichst zu verhindern. Dann wird leistungsfeindliche Umverteilung im Nachhinein weniger notwendig. Eine gute Erstausbildung, lebenslanges Lernen und Anreize zur Vermögensbildung steigern die Chancen auf sozialen Aufstieg. Dabei ist die Durchsetzung von fairem Wettbewerb und freiem Marktzutritt wichtig, um überzogene Gewinne zu Lasten der Konsumenten und Job-Privilegien in geschützten Berufen zu

verhindern. Besserer Marktzugang begünstigt Unternehmertum, Innovation und sozialen Aufstieg. Wenn mehr Menschen die Armut hinter sich lassen und aufsteigen, nehmen Armut und Ungleichheit ab. Daher sollten Biographien wie «arm mit 20 und reich mit 60» viel häufiger werden. Der soziale Zusammenhalt kann nur profitieren, wenn mehr von den Reichen sich an die armen Jahre zu Beginn ihrer Karriere erinnern.

Längeres Leben in besserer Gesundheit ist das schönste Geschenk der modernen Medizin. Aber die Beiträge der Jungen reichen nicht mehr aus, wenn immer mehr ältere Menschen Pensionen und andere Leistungen beziehen. Es gibt nur drei Wege, die Sozialwerke zu stabilisieren, nämlich höhere Beiträge, geringere Leistungen oder ein Anstieg des Ruhestandsalters. Wenn die Alterssicherung nachhaltig sein und in heutiger Form für die nächsten Generationen erhalten bleiben soll, muss die Anpassung über die längere Lebensarbeitszeit passieren. Es ist einfach. Wenn wir bisher zwei Drittel der erwachsenen Lebenszeit in Arbeit und ein Drittel im Ruhestand verbracht haben, müssen wir auch jedes zusätzliche Lebensjahr so aufteilen, sprich 8 Monate länger arbeiten und 4 Monate länger im Ruhestand verbringen. Alles andere geht entweder zu Lasten der Jungen oder der Alten und ist mit einer fairen Teilhabe am gemeinsamen Wohlstand in der Gesellschaft nicht vereinbar.

Ein vorbeugender Sozialstaat muss auch die Unternehmen im Blick haben. Arbeitslosigkeit und Armut entstehen in der Rezession, nicht im Boom. Daher ist es so wichtig, dass die Unternehmen krisenrobust sind und die Beschäftigung auch in der Rezession aufrechterhalten. Ein typisches Forschungsergebnis ist folgendes: wenn die Umsätze um 10% einbrechen, gehen die Reallöhne um etwa 0.5% zurück, und die Beschäftigung sinkt zwischen 1 und 2%. Die Unternehmen sind die wichtigste Sozialversicherung überhaupt. Sie nehmen den Arbeitenden das Risiko ab. Das geht wesentlich leichter, wenn sie mit risikotragendem Eigenkapital gut ausgestattet sind, viel in den Qualitätsvorsprung durch F&E investieren, und mit flexiblen Arbeitszeitregelungen die Rezession leichter durchstehen. Je besser sie ihre Arbeit tun, desto weniger ist der Sozialstaat gefordert.

Die Politik muss die richtige Balance zwischen vorbeugenden und korrigierenden Massnahmen finden, um die Nachhaltigkeit des Sozialstaats zu erhalten. Was ein Land an vorbeugenden Massnahmen versäumt, muss es

im Nachhinein mit sehr hohen Kosten reparieren. Eine korrigierende Politik mit Betonung der Umverteilung durch progressive Steuern und grosszügige soziale Absicherung reagiert defensiv auf die auftretenden Probleme und läuft Gefahr, in einem Negativkreislauf steigender Sozialausgaben, zunehmender Steuerbelastung, lahmendem Wachstum und noch grösserem Korrekturbedarf zu enden. Sie geht auf Kosten zukünftiger Generationen. Eine vorbeugende Politik schützt vor einer Überbeanspruchung des Sozialstaats und ist eine Investition in seine Nachhaltigkeit.

3. STREIT UMS FLEXIBLE ARBEITEN

Salzburger Nachrichten, 06.07.2018

Die Diskussion um Arbeitszeitflexibilisierung ist kontrovers. Muss mehr Arbeitszeitflexibilität die Arbeitenden gegen die Unternehmen und ihre Eigentümer aufbringen? Oder sitzen alle in einem Boot?

Die Debatte hat viel damit zu tun, wie wir mit dem Risiko in der Wirtschaft umgehen. Boom und Rezession sind unvermeidlich. Den Unternehmen und ihren Beschäftigten droht Herausforderung und Gefahr von vielen Seiten. Da ist es notwendig, die Chancen zu realisieren, wo sie sich bieten. Die Arbeitenden sind an Sicherheit interessiert und bevorzugen einen guten Lohn bei stabiler Beschäftigung. Sonst hätten sie sich für die Selbständigkeit entschieden. Dort könnten sie im Durchschnitt zwar mehr verdienen, aber auch das Risiko bis hin zum Scheitern wäre grösser.

Aus den Umsätzen und Erlösen erwirtschaften die Unternehmen die Löhne der Arbeitenden und die Gewinne. Aber diese schwanken sehr stark. Wenn die Arbeitenden Sicherheit wollen, müssen die Unternehmen und ihre Eigentümer das Risiko tragen. Wie wichtig das ist, zeigt die neuere ökonomische Forschung. Wenn der Branchenumsatz um 10% einbricht, sinkt die Beschäftigung um 0 bis 2% und der Reallohn um 0.5 bis 1%. Die restlichen 9% müssen die Unternehmen und ihre Eigentümer wegstecken. Bei solchen Verhältnissen muss man krisenrobuste Unternehmen wohl als wichtigste aller Sozialversicherungen betrachten.

Egal ob gesamtwirtschaftliche Rezession oder unternehmensspezifische Herausforderung, und egal ob Einkommen als Löhne oder Gewinne verteilt werden, sie müssen immer wieder neu erwirtschaftet werden. Deshalb ist es wichtig, die Einkommenschancen auch zu realisieren, wenn die Auftragslage gut ist. Gerade die Arbeitenden haben das allergrösste Interesse, dass in einer Rezession möglichst viel Beschäftigung mit Kurzarbeitsprogrammen gesichert und Massenarbeitslosigkeit vermieden wird. Im Boom sollen die Unternehmen wieder nachholen können, was ihnen in der Rezession an Einkommen entgangen ist.

Ohne qualifizierte und tüchtige Belegschaft kann kein Unternehmen Erfolg haben. Im öffentlichen Sektor ist es auch nicht anders. Etwa 70% der

Wertschöpfung gehen an die Arbeitenden als Lohneinkommen. Die Arbeitenden sind also die wichtigste und grösste Anspruchsgruppe der Unternehmen. Sie haben entscheidend zum Aufbau der Unternehmen beigetragen. Es mutet eher sonderbar an, dass gerade diese Gruppe kein Interesse an begrenzter und vorübergehender Mehrarbeit haben sollte, und im Boom die Chancen auf mehr Wertschöpfung ungenutzt verstreichen lassen wollte.

Es mag sein, dass es etwas hektisch wird, wenn bei besonders guter Auftragslage Lieferengpässe entstehen und die Unternehmen in Terminnöte geraten. Eine Ausdehnung der Belegschaft wäre zu kostspielig, wenn solche Auftragsspitzen vorübergehend sind und eine dauerhafte Beschäftigung nicht rentabel ist. Vorübergehende Chancen auf mehr Wertschöpfung können nur mit vorübergehender Mehrarbeit realisiert werden. Fehlt die Bereitschaft dazu, dann gibt es auch weniger zu verteilen, weil Einkommenschancen ungenutzt bleiben.

Die ökonomische Forschung zeigt, dass bei einem Umsatzeinbruch die Jobs in Familienunternehmen sicherer sind und die Reallöhne weniger fallen als in anderen. Ein Grund mag sein, dass dort die Bindung zwischen Unternehmensleitungen und Belegschaft typischerweise enger und persönlicher ist. Im Austausch für mehr Sicherheit zahlen sie allerdings einen etwas geringeren Durchschnittslohn. Wirtschaftliche Sicherheit hat einen Preis.

Mit einer flexibleren Arbeitszeit kommt es zu Schwankungen der Lohnzahlungen an die Arbeitnehmer. Sie nehmen damit den Unternehmen etwas Risiko ab und haben daher Anspruch auf eine „Risikoprämie“. Auch wenn die geleistete Arbeitszeit im Durchschnitt unverändert bleibt, müssen die Schwankungen mit einer Risikoprämie entschädigt werden. Auch die Flexibilität der Arbeitnehmer hat ihren Preis. Dieser kann in Form von Überstundenzuschlägen oder grosszügigem Zeitausgleich abgegolten werden. Die Zuschläge bei zeitweisen Überstunden erlaubt es den Arbeitenden, ihr Einkommen wesentlich kräftiger zu steigern, als es mit dem Lohn der Normalarbeitszeit je möglich wäre.

Freiwilligkeit ist wichtig. Wer bei der Normalarbeitszeit bleiben möchte, dem darf kein Nachteil entstehen. Wenn die Konjunktur brummt, sind die Unternehmen eher fähig, genügend hohe Lohnzuschläge zu zahlen, damit viele Arbeitnehmer gerne vorübergehend und ganz freiwillig länger arbeiten. Das mag zeitweise Stress verursachen. Stress kann auch

entstehen, wenn den Arbeitenden die Chancen auf zeitweise Einkommensschübe verwehrt bleiben und dringliche private Anschaffungen umso länger warten müssen. Wenn die Auftragslage sich dauerhaft verbessert, wird kein Unternehmen die überaus teuren Zuschläge auf Dauer zahlen wollen, sondern lieber neue Beschäftigten zum Normallohn anstellen. Man darf auch mehr darauf vertrauen, dass die Unternehmen ihr wichtigstes Asset, nämlich eine motivierte und qualifizierte Belegschaft, mit übermässigem Stress nicht gefährden wollen. Denn sie wissen, ohne motivierte Arbeit sind die Aussichten auf Gewinn überhaupt sehr schlecht.

Mehr Arbeitszeitflexibilität hat zudem eine hohe gesamtwirtschaftliche Bedeutung. In der Eurozone gibt es nicht genug Anpassungsmechanismen. Angesichts der grossen Unterschiede sind der Eurowechselkurs und die gemeinsame Geldpolitik für kein Land richtig. Umso wichtiger ist es, dass ein jedes Land intern sich flexibel an die wechselnde Konjunktur anpassen kann. Sonst nehmen die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft und damit die wirtschaftliche Unsicherheit zu, mit ungesunden Überhitzungserscheinungen im Boom und krisenhaften Entwicklungen in der Rezession. Die Bereitschaft zu mehr Arbeitszeitflexibilität kann zur Abhilfe beitragen.

Die vorgesehenen Regelungen tragen zu mehr Arbeitszeitflexibilität bei. Damit bleibt Österreich im internationalen Vergleich nach wie vor im Mittelfeld und nimmt keine Extremposition ein. Fast zwei Drittel der Wertschöpfung geht an die Arbeitenden. Sie sind nicht nur an Einkommen, sondern an wirtschaftlicher Sicherheit und damit an der Krisenrobustheit der Unternehmen interessiert. Solange Freiwilligkeit glaubhaft gewährleistet ist, sollte es wenig Konflikt geben. Am Ende sitzen alle in einem Boot.

4. DAMIT NIEMAND AUF DER STRASSE LANDET

Die Presse, 15.05.2018, mit Ronnie SCHÖB[1]

Nicht alle haben die gleichen Chancen im Leben. Niemand ist davor gefeit, in Not zu geraten. Damit in einer solidarischen Gesellschaft niemand auf der Strasse landet, gibt es die Mindestsicherung. Sie dient als letztes Element der sozialen Sicherung, wenn es weder Arbeitslosengeld noch andere soziale Ansprüche gibt und das eigene Vermögen aufgebraucht ist.

Die Mindestsicherung soll einen akzeptablen Mindeststandard ermöglichen, doch was ein akzeptabler Mindeststandard ist, und wie hoch die Mindestsicherung sein soll, darüber lässt sich lange streiten. Schwierige Abwägungen sind unvermeidlich. Je grosszügiger die Mindestsicherung ist, desto höher sind die Steuern, die andere zahlen müssen. Was ist den Steuerzahlern zuzumuten, die auch für alle anderen Staatsausgaben aufkommen müssen? Zudem gibt es neben den Beziehern der Mindestsicherung viele Personen mit einer ähnlich geringen Qualifikation, die trotz bescheidenem Lohn sich mit eigener Arbeit selbst erhalten. Wie hoch muss der Lohnabstand zur Mindestsicherung für die aktiven Geringverdiener sein, damit sich Arbeit noch lohnt? Es gibt sie eben beide, jene, die das Einkommen mit den Anstrengungen der Arbeit abwägen, das Attraktivere wählen und sich für die Grundsicherung entscheiden, wenn sich Arbeit nicht lohnt. Und es gibt jene, die verzweifelt nach Arbeit suchen, aber keine finden. Letztere brauchen unsere Unterstützung und eine realistische Aussicht, die eigene Situation mit einem Hinzuverdienst verbessern zu können.

In Österreich leistet die Bedarfsorientiere Mindestsicherung (BMS) 838 Euro zwölf Mal im Jahr für Alleinstehende und Alleinerziehende, mit Erhöhungen für Ehepartner, Kinder und weitere unterhaltsberechtigte Personen. Darin ist ein Teilbetrag für notwendige Wohnkosten enthalten. Die Bundesländer können zusätzliche Leistungen zur Deckung des Wohnbedarfs gewähren. Das deutsche Grundsicherungsniveau ist ähnlich hoch, der

[1] Ronnie Schöb ist Professor für Internationale Finanzwissenschaft an der Freien Universität Berlin

grosse Unterschied besteht jedoch in den mit den Hartz-Reformen geschaffenen Hinzuverdienstmöglichkeiten, mit denen die Betroffenen ihre Lage effektiv verbessern können.

In Deutschland können alleinstehende Personen 100 Euro ohne jeden Abzug dazuverdienen. Das verfügbare Einkommen verbessert sich eins zu eins um 100 Euro. Danach bleiben von jedem weiteren Euro an Hinzuverdienst noch 20 Cents übrig, 80 Cents gehen an den Staat in Form von Sozialversicherungsbeiträgen und einer Kürzung des Arbeitslosengeldes II. Liegt der Hinzuverdienst zwischen 1‘000 und 1‘200 Euro, dann bleiben von jedem weiteren selbst verdienten Euro nur mehr 10 Cents übrig, während 90 Cents an den Staat gehen. Rechnet man alles mit ein, die fällig werdenden Steuern und Sozialbeiträge und das Auslaufen des Wohngeldes, dann hört in Deutschland die staatliche Unterstützung eines Alleinstehenden erst bei monatlich über 1‘500 Euro auf.

In Österreich sind die Hinzuverdienstmöglichkeiten wesentlich restriktiver. In Wien können die Unterstützten zunächst 60 Euro hinzuverdienen, bevor die Mindestsicherung eins zu eins gekürzt wird. Von jedem weiteren Euro über dem Freibetrag von 60 bis zur Geringfügigkeitsgrenze von 425 Euro bleibt nichts. Danach können noch einmal 80 Euro ohne Kürzung hinzuverdient werden. Ab 505 Euro bleibt von jedem weiteren Euro nichts mehr übrig, bis die Mindestsicherung auf null sinkt. Entsprechend wenig bleibt vom finanziellen Anreiz zu arbeiten übrig. Neuerdings gewähren jedoch einzelne Bundesländer Beschäftigungs-Einstiegsboni, mit denen die Leistungsbezieher die Mindestsicherung um bis zu 40% aufstocken können.

Das bei weitem häufigste Beschäftigungs- und Armutsrisiko ist mangelnde Qualifikation. So gross die Vorteile von Innovation, Internationalisierung der Wirtschaft und Zuwanderung für das gesamte Land sind, die Lage der am wenigsten qualifizierten Personen wird schwieriger. Damit Arbeit statt Armut möglich wird, muss sich Arbeit auszahlen, für jene, die mit einem Hinzuverdienst ihre Lage verbessern wollen, wie auch für jene, welche mehr Jobs für gering qualifizierte Arbeit schaffen sollen. Wenn die Nachfrage lahmt, ist es keine gute Idee, die Preise zu erhöhen. Die Chancen für geringqualifizierte Beschäftigung steigen nicht, indem man sie teurer macht, sondern nur, wenn sie billiger und für den Arbeitgeber attraktiver wird. Jeder noch so kleine Job, der so entstehen kann, schafft neues Einkommen. Der Teil, der bei den Bedürftigen bleibt, hilft ihre Lage merklich

zu verbessern. Jeder noch so kleine, selbst erarbeitete Lohn ist aber auch ein Gewinn für die Gesellschaft, denn der andere Teil spart Ausgaben bei der Mindestsicherung und entlastet so die Steuerzahler.

Eine Lösung ist, nicht beim Mindesteinkommen ohne Beschäftigung, sondern beim Hinzuverdienst durch eigene Arbeit grosszügig zu sein. Dann können die Unterstützten ihre Arbeit etwas billiger anbieten und trotzdem ihre Lage verbessern. Wenn ein gering Qualifizierter eine Arbeit aufnimmt, sinkt die Zahl der Arbeitslosen und steigt die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Entscheidend für die Armutsvermeidung ist die Gesamtzahl der Benachteiligten, also Beschäftigungslose und gering Entlohnte zusammen. Mit einer realistischen Chance auf Beschäftigung kann dieselbe Person mit einem Hinzuverdienst besser fahren als bei Arbeitslosigkeit ohne Hinzuverdienst. Die positive Entwicklung in Deutschland ist, dass gerade wegen dem Wachstum des Niedriglohnsektors die gesamte Zahl der Benachteiligten um über vier Prozentpunkte abnehmen konnte. Sollte sich die Armutsbekämpfung nicht um alle Benachteiligten zusammen kümmern? In Österreich hat zwar nicht der Niedriglohnsektor, dafür aber die gesamte Zahl der Benachteiligten im gleichen Zeitraum um über einen halben Prozentpunkt zugenommen.

Wenn die Arbeitsgelegenheiten in der Privatwirtschaft fehlen, dann könnte man auch für die Teilnahme an Qualifizierung oder für gemeinnützige Arbeit einen Anerkennungslohn zahlen. Die Leistung der Unterstützten steht dann darin, die Chancen auf Wiederbeschäftigung zu steigern, die den Steuerzahlern Entlastung versprechen. Das würde die gesellschaftliche Akzeptanz einer Mindestsicherung weiter erhöhen, denn Solidarität braucht es nicht nur bei den Gebern, sondern auch bei den Nehmern. Die Bereitschaft hohe Steuern zu zahlen steigt, wenn die Empfänger die Unterstützung aktiv nutzen, um ihre Lage zu verbessern. So kann auch der soziale Zusammenhalt verbessert werden. Zudem verbessert ein Zusatzeinkommen auch das Los der Betroffenen. Es erhöht ihre Chancen auf sozialen Aufstieg und damit auch auf soziale Teilhabe ebenso wie ihre Lebenszufriedenheit und ihr Selbstwertgefühl.

5. EINE «FREIWILLIGE» VERMÖGENSSTEUER

Finanz und Wirtschaft, 11.09.2019

Die Knappheit der öffentlichen Kassen ist so sicher wie das Amen im Gebet. Da bleiben viele Anliegen, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind, auf der Strecke. Ob Rotes Kreuz, Katastrophenhilfe, Kunst und Wissenschaft oder Kirchen – sie zählen auf das Engagement und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung. Auch wenn Einkommen und Vermögen enge Grenzen setzen, reservieren viele engagierte Personen wenigstens kleine Beträge für Spenden. Wer auf eine erfolgreiche Karriere und auf geglücktes Unternehmertum zurückblicken kann, will der Gesellschaft oft etwas vom erworbenen Vermögen zurückgeben. Spenden können einen grossen Unterschied ausmachen. Die mit Spendengeldern gebildeten riesigen Vermögen privater amerikanischer Eliteuniversitäten sind legendär.

Einige wenige stemmen den Löwenanteil des Spendenaufkommens. Das Spendenvolumen ist so konzentriert wie das Aufkommen der Vermögenssteuer, in vielen Ländern ist es ähnlich hoch. In den USA kommen auf diese Weise etwa 1,7% des BIP für gemeinnützige Zwecke zustande. In Europa einschliesslich der Schweiz ist es sehr viel weniger und bedeutet dennoch einen grossen Unterschied.

Kann eine solche «freiwillige Vermögenssteuer» den Staat entlasten? Wie kann es möglich werden, die Bereitschaft der Bürger zum Spenden zu wecken? Kann die Spendenbereitschaft helfen, die gemeinnützigen Ziele der Gesellschaft zu fördern? Diese Fragen klingen einfach, sind jedoch nicht einfach zu beantworten.

Fatale Mehrbelastung

Der Staat soll unsere gemeinsamen Anliegen realisieren. Wir zahlen dafür Steuern. Schulen, Wissenschaft, Justiz, Infrastruktur, sozialer Ausgleich und öffentliche Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung. Aber die Steuern sind teuer, viel teurer als das Steueraufkommen, das gut sichtbar im Staatsbudget verbucht ist. Wir zahlen die Steuern nämlich zwei Mal: Wir überweisen unser Geld an das Finanzamt, und wir zahlen die Steuern ein zweites Mal, weil sie die Leistungsbereitschaft hemmen, Investitionen bremsen und an vielen Stellen Steuerwiderstand wecken. Sie

bremsen das Wachstum und mindern unsere Einkommen. Das ist eine sprichwörtliche Mehrbelastung.

Was macht es tatsächlich für einen Unterschied, ob man brutto weniger verdient oder Steuern zahlen muss? Für den privaten Wohlstand zählt nur, was am Ende übrig bleibt, das verfügbare Nettoeinkommen. Man kann gut und gerne sagen, dass angesichts hoher Steuerbelastung 1 Fr. mehr für öffentliche Ausgaben sich am Ende mit 1.50 Fr. weniger im privaten Budget niederschlägt. Als Gegenleistung erhalten wir wichtige öffentliche Leistungen. Aber alles hat seinen Preis. Es ist richtig, dass die Messlatte für öffentliche Ausgaben hoch bleibt und die Politik sparsam mit dem Steuergeld umgeht.

Können Spenden das Dilemma der Steuerfinanzierung lösen und die Mehrbelastung vermeiden? Wenn jemand freiwillig Geld gibt, bleibt dies ohne Folgen für die Leistungsbereitschaft. Im Gegenteil, die private Motivation, sich finanziell für öffentliche Zwecke zu engagieren und damit Prestige und soziale Anerkennung zu erlangen, mag für manche sogar ein zusätzlicher Leistungsanreiz sein. Die Gesellschaft könnte profitieren, wenn es gelänge, die existierenden Staatsausgaben etwas mehr über leistungsfreundliche Spenden und etwas weniger über leistungshemmende Steuern zu finanzieren.

Wie kann der Staat jenseits von Steuern die Bürger für freiwillige Beiträge zur Verwirklichung gemeinnütziger Projekte gewinnen? Eine Möglichkeit ist die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an gemeinnützige Organisationen. Steueranreize sind wirksam. Wenn die Spender einen Beitrag für gemeinnützige Zwecke leisten wollen und die Spende steuerlich absetzen können, wird das Vorhaben billiger. Im Lichte der empirischen Forschung kann man davon ausgehen, dass das Spendenvolumen etwa 1% zunimmt, wenn die privaten Kosten des Spendens dank steuerlicher Abzugsfähigkeit 1% sinken. Das zahlt sich für den Staat aus. Wenn er z. B. 100 Mio. Fr. für die Krebsforschung ausrichten will, müsste er Steuern von 100 Mio. einnehmen und erst noch eine hohe steuerliche Mehrbelastung in Kauf nehmen. Wenn es dagegen gelänge, für denselben Zweck Spenden von 100 Mio. zu mobilisieren, würde es den Staat lediglich etwa 33 Mio. Fr. an entgangenen Steuereinnahmen kosten, wenn der typische Grenzsteuersatz 33% beträgt. Dank privatem Engagement könnte der Staat das gleiche Ziel mit einem Drittel der Kosten für die Steuerzahler erreichen.

Gerade bei freiwilligem Engagement hängt die Motivation sehr davon ab, wie der staatliche Anreiz verpackt ist und ob das Engagement positiv wahrgenommen wird. Es zeigt sich, dass direkte fiskalische Zuschüsse noch deutlich wirksamer sind als Steueranreize. Eine Alternative wäre z. B., private Spenden für wichtige Zwecke wie Wissenschaft, Kunst, Katastrophenhilfe oder Ähnliches mit Steuergeld zu verdoppeln. Die Bürger hätten weniger das Gefühl, dem Staat mit zusätzlichen Steuerabzügen dringend benötigte Einnahmen zu entziehen. Sie würden sich in ihrem Engagement anerkannt und bestärkt fühlen, wenn der Staat ihre Spende durch Verdoppelung als besonders wertvoll auszeichnet. Die Forschung zeigt, dass anteilige Zuschüsse das Spendenvolumen 1,2- bis 2-mal so stark steigern wie Steuerabzüge mit gleich hohen Budgetkosten. Der Staat müsste für Spendenzuschüsse deutlich weniger als 33 Mio. Fr. ausgeben, um die erwähnten 100 Mio. Fr. für die Forschung zu mobilisieren. Mit anderen Worten könnte er den Einsatz von 33 Mio. Steuergeld mit privaten Spenden auf 100 Mio. Fr. für die Wissenschaft hebeln.

Höhere Steuern, geringere Spenden

Es gibt also eine Alternative zur kostspieligen, weil leistungshemmenden Steuerfinanzierung gemeinnütziger Ausgaben. Aber man kann nicht beides haben, hohe Steuern und Staatsausgaben und gleichzeitig ein hohes Spendenvolumen. Das zeigt sich an den regelmässig auftretenden starken Verdrängungseffekten (Crowding out). Typische Forschungsresultate legen nahe, dass das private Spendenaufkommen 50 bis 70 Rp. fällt, wenn der Staat die öffentlichen Ausgaben für gemeinnützige Zwecke 1 Fr. steigert. Gerade wenn die Menschen altruistisch veranlagt sind, kommt es ihnen nicht auf den Eigennutz an, sondern auf ein angestrebtes Endresultat bei den Nutzniessern bzw. den Begünstigten. Weil sie ein fixes Endresultat im Kopf haben, reduzieren sie ihren freiwilligen Beitrag eins zu eins, wenn der Staat die Ausgaben übernimmt.

Eine andere Motivation für Spenden ist stärker selbstbezogen, wie z.B. die reine Freude am Geben oder Prestige und soziale Anerkennung. Diese Motivation besteht auch dann noch, wenn der Staat selbst mehr ausgibt, sodass solche Spender ihre Beiträge eher weniger reduzieren. Zählt man alles zusammen, verdrängen öffentliche Ausgaben private Spenden nicht vollständig, aber doch sehr erheblich.

Kurzum, der Steuerstaat steht sich bisweilen selbst im Weg, wenn er mehr ausgibt und damit privates Engagement verdrängt. Wenn bereits eine merkliche Kirchensteuer zu entrichten ist, fallen die freiwilligen Spenden knapper aus. Gibt es eine staatlich organisierte Pflegeversicherung, entfällt zu einem erheblichen Teil die Fürsorge in der Familie. Spenden sind Ausdruck der Privatinitiative für das Gemeinwohl, die Staat und Steuerzahler entlasten soll. Sie können von kostspieliger Steuerfinanzierung auf freiwillige Beiträge umschichten, wo es eben möglich ist. Damit wäre viel für den Zusammenhalt der Gesellschaft gewonnen und vieles an den negativen Auswüchsen der Besteuerung vermieden.

6. SOZIALE TEILHABE: WO STEHT ÖSTERREICH?

Trend Online, 13.12.2017

Die Wirtschaft boomt. Die hohe Arbeitslosigkeit geht zurück. Europa arbeitet die Folgen der Eurokrise ab. Die Hoffnung der allergrössten Mehrheit auf wirtschaftliche Sicherheit und persönlichen Aufstieg entscheidet sich auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Hoffnungen der Regierungen auf einen nachhaltigen Staatshaushalt und eine hohe soziale Teilhabe in der Gesellschaft hängen daran.

Ein Forschungsprojekt zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung vergleicht den Erfolg der EU-Staaten und die Reformfreudigkeit der Regierungen in sechs Dimensionen der sozialen Teilhabe: Armutsvermeidung, Bildungszugang, Arbeitsmarktzugang, Nicht-Diskriminierung, Gesundheit, und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die zentralen Kennzahlen werden zu einem Gerechtigkeitsindex, einem Gesamtmass sozialer Teilhabe, zusammengewogen. Darin spiegeln sich die Ansprüche auf Chancengleichheit und auf eine faire Verteilung nicht nur der Einkommen, sondern der Wohlfahrt in der Gesellschaft. Die Wohlfahrt hängt z.B. von Gesundheit und wirtschaftlicher Sicherheit ebenso ab wie vom Einkommen und Vermögen.

Eine Gesellschaft kann inklusiv sein trotz geringem Einkommen. Sie kann auch reich, aber ungleich sein und verletzbare Gruppen diskriminieren, wie z.B. Jugendliche, chronisch Kranke, Langzeitarbeitslose, Zuwanderer oder auch Frauen. Der Gerechtigkeitsindex hängt eng mit der Beschäftigungsrate zusammen. Die Korrelation ist mit 0.9 sehr hoch. Ein enger Zusammenhang besteht auch zum Pro-Kopf-Einkommen. Das reiche Österreich muss sich mit seinesgleichen, und nicht mit ärmeren Ländern messen. Unter den 28 EU-Staaten liegt Österreich beim Gerechtigkeitsindex an achter Stelle. Die nordischen Staaten schneiden besser ab. Mehr zu denken gibt, dass die Tschechische Republik und Slowenien anscheinend ein höheres Mass an sozialer Teilhabe verwirklichen können, obwohl sie deutlich weniger reich sind.

Um eine hohe soziale Teilhabe zu erzielen, braucht es eine treffsichere Verteilungspolitik, welche die Anreize zur Selbsthilfe erhält. Mindestens

ebenso wichtig sind Investitionen in Bildung und Gesundheit, die keine schnellen Ergebnisse versprechen, aber umso anhaltender wirken. Sie sind der Schlüssel zu sozialem Aufstieg, damit das untere Ende der Verteilung schmilzt. All das soll mit einer moderaten Steuer- und Abgabenbelastung möglich sein, um nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Gelingt es, die Menschen für die moderne Arbeitswelt zu rüsten und durch Investitionen in Forschung und technologischer Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, dann ist hohe Beschäftigung möglich. Viele sozialen Probleme treten erst gar nicht ein. Was dagegen an vorbeugenden Investitionen versäumt wird, muss nachher umso kostspieliger repariert werden.

Die Herausforderungen durch Alterung, Zuwanderung und Strukturwandel durch Innovation und Globalisierung stellen das Erreichte immer wieder in Frage. Inaktivität bedeutet Stagnation. Die Politik braucht permanenten Mut zu Reformen, um den Sozialstaat laufend anzupassen und das Erreichte zu halten oder sogar auszubauen. Die Bertelsmann-Stiftung hat ein „Reformbarometer“ entwickelt. Es handelt sich um Befragungsergebnisse und keine harten Daten. Eine EU-weite Befragung von informierten Experten liefert eine Einschätzung des Reformbedarfs, der Häufigkeit von Reforminitiativen und der Qualität der stattgefundenen Reformen.

Die Experten schätzen den Reformbedarf in jenen Ländern hoch ein, wo die Daten des Gerechtigkeitsindex einen besonders schlechten Stand der sozialen Inklusion anzeigen. In Österreich ist die Ausgangslage gut, daher nehmen die Experten einen nur durchschnittlichen Reformbedarf wahr. Die Reformleistung, gemessen an der Häufigkeit und Qualität von Reformen, ist ebenfalls durchschnittlich, nur ganz knapp über dem EU-Durchschnitt und knapp vor Staaten wie Deutschland, Frankreich und Italien. Trifft diese Einschätzung zu, dann muss man für die Zukunft Stagnation auf hohem Niveau erwarten. Die Fähigkeit der Politik zu mutigen Reformen kann sich jedoch ändern. Ziel sollte es sein, stärker auf vorbeugende Reformen anstatt kostspieligen Reparaturen im Nachhinein zu setzen.

7. TOPGEHÄLTER: WAS SIND MANAGER WIRKLICH WERT?

Die Presse, 17.06.2017

Manager in grossen Konzernen erzielen Spitzenlöhne. Was ist die Leistung? Sind die Managerlöhne überrissen? Wie kommen solche Löhne zustande? Muss der Staat eingreifen?

Wenn ein Unternehmen scheitert, sind es Managementfehler. Manager mit Weitblick trimmen die Unternehmen auf Erfolgskurs. Viele Jobs entstehen und die Eigentümer werden reich. An der Börse und an der Zahl der Arbeitslosen kann man täglich die Folgen des Managements ablesen.

Manager entscheiden über Investitionen, stellen Personal ein, setzen Ziele und Anreize und überwachen die Leistung. Sie müssen rasch entscheiden, wenn neue Konkurrenz auftaucht, die Erlöse fallen oder die Kosten entgleisen. Wissenschaftler haben beste Managementpraktiken definiert und erhoben, wie gut die Firmen sind. Nur etwa 18% der Betriebe erzielen eine Managementqualität von mehr als 75%, d.h. sie wenden mehr als 75% der besten Praktiken an. Bei ganzen 27% der Firmen fällt die Managementleistung unter 50%. Nur wenige zählen zu den Besten, Mittelmass ist weit verbreitet, und eklatantes Versagen kommt öfter vor, als man denkt.

Die Managementqualität steigt mit der Wettbewerbsintensität. Exportfirmen und Multis stehen weltweit im Wettbewerb. Die Multis zählen zu den am besten geführten Unternehmen. Dagegen fällt die Managementqualität in den nationalen Firmen, vor allem in ärmeren Ländern wie Indien, China, Portugal oder Griechenland, sehr stark ab. Dort, wo sich Tochterfirmen von Multis niederlassen, steigt auch die Managementqualität der heimischen Firmen. Durch Beobachtung und Personalwechsel können andere Firmen etwas von den besten Managementpraktiken lernen. Ein höherer Bildungsgrad der Belegschaft und in der Region wirkt sich günstig aus. Eine starre Regulierung behindert viele Entscheidungen und verschlechtert das Management.

Die Managementleistung hängt stark von der Qualität des Aufsichtsrates und der Eigentümerstruktur ab. Im Vergleich zum Durchschnitt fällt das

Management in Staatsbetrieben ab. Diese sind oft einem geringeren Wettbewerb ausgesetzt und unterliegen politischen Vorgaben. Familienbetriebe mit einem Familien-CEO fallen tendenziell ab. In der Unternehmensnachfolge kommt es vor, dass Familienangehörige geringere Fähigkeiten als unabhängige Kandidaten mitbringen. Die Beteiligung einer Private Equity Firma steigert die Managementqualität.

Gut geführte Unternehmen sind produktiver und profitabler, tätigen mehr Innovationen und wachsen schneller. Die Top 10% der Firmen mit dem besten Management haben eine um 1,75 Mal höhere Produktivität als die am schlechtesten geführten Firmen. Manchmal wird von aussen Managementkompetenz zugeführt. Wagniskapital ist Finanzierung und Managementberatung aus einer Hand. Beteiligt sich ein Wagnisfinanzier, dann wächst das Unternehmen schneller als andere. In den USA sind nur etwa 3% der F&E-Investitionen mit Wagniskapital finanziert, diese Investitionen tragen jedoch etwa 14% zur industriellen Innovation bei.

Der Erfolg hängt von Talent und Qualifikation, von Leistung und Einsatz, aber auch von Glück oder Pech ab. Was ist ein angemessener Lohn und welche Leistungsanreize sollen Manager erhalten? Die Lohnfrage ist für die vielen KMUs nicht relevant. Die Unternehmer zahlen sich den Lohn selber. Grosse Konzerne haben dagegen viele Eigner. Die Leitung ist den Managern übertragen. Was diese an Lohn erhalten, kann nicht als Dividende an die Eigentümer fliessen. Die Eigentümer organisieren sich im Aufsichtsrat, um über Lohn und Einstellung oder Entlassung der Manager zu entscheiden und Kontrolle auszuüben. Wenn der Aufsichtsrat nicht funktioniert, müssen die Eigentümer um ihre Rendite bangen.

Gute Manager sind eine knappe und gesuchte Ressource. Mit zunehmender Grösse und Internationalisierung der Konzerne steigen die Komplexität und die Anforderungen an das Management und damit die Löhne. Spitzenmanager erzielen oft mehr als das 30-fache des Durchschnittslohns, in manchen Ländern sogar mehr als das Hundertfache. Allerdings sind sie einem hohen Karriere- und Einkommensrisiko ausgesetzt. Der grössere Teil sind fixe Gehaltsbestandteile, doch Boni, Aktien und Optionen machen oft mehr als 40% des Gesamteinkommens aus. Sinn der variablen Löhne ist es, Leistungsanreize zu setzen und die Eigeninteressen der Manager auf den Unternehmenserfolg zu lenken.

Sind die Managerlöhne überrissen? Knappe Talente haben einen hohen Preis, wie bei den Stars in Sport, Kultur und Unterhaltung. Klar ist aber

auch, dass Manager eine hohe Verhandlungsmacht haben, weil sie meist weit besser als die Aufsichtsräte über das Unternehmen Bescheid wissen. Überrissene Gehälter sind die Folge schwacher Aufsichtsräte. Den kleinen Eigentümern mangelt es oft an Kompetenz, Information und Einfluss. Die Managerlöhne steigen, wenn die Aufsichtsräte zu gross werden und nicht unabhängig und professionell besetzt sind. Sind grosse Einzelinvestoren und institutionelle Anleger wie Investmentfonds vertreten, dann sinken die Managerlöhne. Sie haben die Kompetenz und die Ressourcen, sich Informationen zu beschaffen, Kontrolle auszuüben und sich gegenüber dem Management durchzusetzen. Die Löhne sinken, wenn scharfer Wettbewerb auf den Absatzmärkten herrscht. Sie sinken auch, wenn Firmenübernahmen leichter möglich sind, bei denen das Management häufig ausgewechselt wird.

Es liegt auch an den Aufsichtsräten, die variablen Gehaltsbestandteile so zu wählen, dass sie Leistung und nicht Glück belohnen. Einfache Boni und Optionen, deren Werte mit den Börsenkursen steigen, schaffen leistungsunabhängige Einkommen. Wenn die Niedrigzinspolitik die Börsen beflügelt, hat das nichts mit Managementleistung zu tun. Die Leistung wird erst erkennbar, wenn Gewinne und Aktienkurse stärker steigen als im Durchschnitt der Branche.

Die Spitzengehälter sind kein Problem, wenn sie im fairen Wettbewerb entstehen und für Leistung und Talent gezahlt werden. Es genügt, wenn die Manager ihre Steuern zahlen und mit den Top-Gehältern auch Top-Steuerbeträge in die Staatskasse einzahlen. Der Staat muss nur aktiv werden, wenn überrissene Gehälter wegen Verhandlungsmacht, einseitiger Information und Übervorteilung entstehen. Aber dann braucht es nicht Steuern oder gar Lohneingriffe, sondern mehr Eigentumsschutz durch Transparenzvorschriften und eine stärkere Stellung der Aufsichtsräte. Das verhindert nicht nur anstössige Managergehälter, sondern verbessert auch das Vertrauen der Investoren und damit den Zugang der Unternehmen zu neuem Eigenkapital.

8. WIE DER STAAT FÜR UNGERECHTIGKEIT AUF DEM WOHNUNGSMARKT SORGT

NZZ.at, 20.10.2016

Die Mieter müssen etwa 24% ihres Einkommens für Wohnen ausgeben. Grösse und Qualität der Wohnungen steigen mit den Einkommen. Die Jungen wohnen meist sehr knapp, dann steigt der Bedarf mit der Familiengründung.

Die Märkte bringen am besten die Bedürfnisse der Nachfrager mit dem Angebot zusammen. Sie brauchen klare Spielregeln, allen voran Eigentumsschutz und eine Wettbewerbspolitik, die gegen Marktmacht und Übervorteilung vorgeht. Sie produzieren Gewinner und Verlierer. Der Staat soll Marktstörungen abbauen und dafür sorgen, dass auch die schwächsten Gruppen am Wohlstand teilhaben.

Wie umverteilen? Vertikale Gerechtigkeit erfordert, dass nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip nur in eine Richtung umverteilt wird, von oben nach unten. Horizontale Gerechtigkeit erfordert, dass Personen und Familien in gleichen Verhältnissen wie z.B. Einkommen und Kinderzahl gleich behandelt werden. In Österreich wird Verteilungspolitik immer mehr über Preiseingriffe betrieben, vor allem im Wohnungswesen. Das führt nicht nur zu ungezielter Umverteilung und verletzt grundlegende Gerechtigkeitsprinzipien. Es hat auch einen Fehleinsatz von knappen Ressourcen zur Folge.

Für das Verteilungsziel sind progressive Steuern oben und Einkommenszuschüsse unten geeignet. Eine Mietpreisdeckelung verteilt zwar auch zu kleinen Einkommen um, aber ungezielt und mit negativen Folgen für das Wohnungsangebot. Die Begünstigten lukrieren grosse Vorteile. Im Jahr 2015 betrugen die Mietkosten 7,1 Euro pro m^2, einschliesslich Betriebskosten. In Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen ist die Miete mit 6,3 Euro um etwa 11% billiger als im Durchschnitt. Umso höher sind die Preise auf dem freien Markt. Nach Abbildung 3 sind Neumieten mit 8,7 Euro um 22% teurer als im Durchschnitt. Bei Altverträgen mit einer Mietdauer von über 30 Jahren sind nur mehr 4,9 Euro zu zahlen, das ist um 31% weniger.

Weil die Vorteile so gross sind, kommt es zu Rationierung. Glück oder Pech bestimmen, ob jemand eine subventionierte Wohnung erhält oder nicht. Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist schwer beeinträchtigt. Warum sollen nur die Familien in geschützten Wohnungen die Unterstützung bekommen und andere mit gleich hohen Einkommen und ebenso vielen Kindern nicht? Warum sollen nur die Eigentümer der geschützten Wohnungen diese Last der Verteilungspolitik tragen und gleich reiche Leute, die ihr Vermögen anders investieren, nicht?

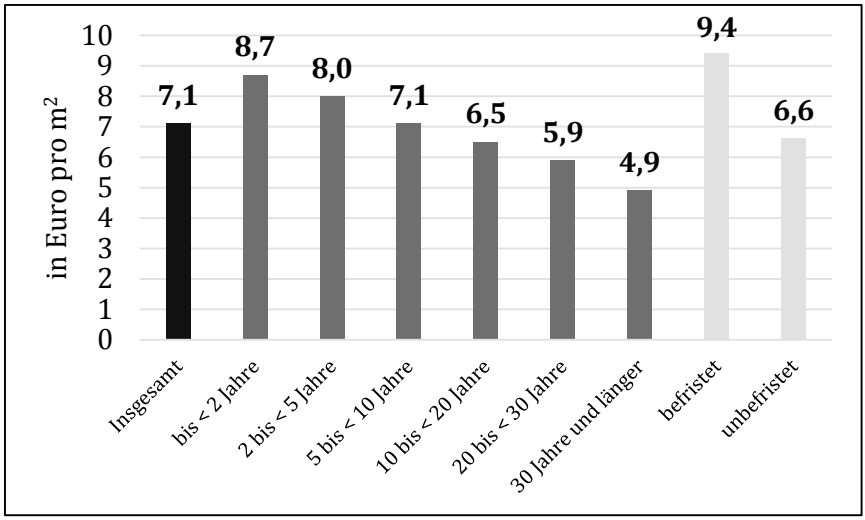

Abbildung 3: Wohnkosten von Hauptmietwohnungen pro m2 nach Mietvertragsdauer
(Quelle: Statistik Austria, Wohnstatistik 2015.)

Die Mietpreisregulierung beschädigt auch die vertikale Gerechtigkeit nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Gerade weil die Begünstigung so gross ist, verzichtet niemand gerne freiwillig. Die Mieter gehen nicht mehr raus. Wenn aber die Karriere gut läuft, haben sie immer weniger Anspruch. Fehlbelegungen sind die Folge. Nicht nur werden die falschen Personen gefördert, was bei allen anderen für Unverständnis bis hin zu Empörung sorgt. Die Wohnungen fehlen für andere Mieter, die auch einen legitimen Anspruch darauf hätten.

Die Mietpreisdeckelung ist meist mit steigenden Mietpreisen motiviert, welche gerade die schwachen Einkommen stark belasten. Dass die Mietpreise in der Verteilungspolitik eine Rolle spielen sollen, ist richtig. Die Verteilungspolitik sollte am Realeinkommen ansetzen, denn nur dieses bestimmt den Wohlfahrtsvergleich zwischen Personen und Familien. Deshalb muss man noch lange nicht mit grossen Streuverlusten Mietpreise limitieren, sondern man kann die Einkommenszuschüsse an die Inflation anpassen und anheben.

Gibt es Marktstörungen? Warum eigentlich sollte im Wohnungswesen der Markt nicht funktionieren? Eine erste Marktstörung ist eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs. Mengenkartelle und Preisabsprachen sind zu bekämpfen. Das ist die Aufgabe der Wettbewerbskommission. Aber der Markt im Wohnungswesen ist bei Gott nicht konzentriert. Der grösste Anbieter ist der Staat selbst.

Ein zweites Problem sind externe Kosten, die anderswo anfallen und von Produzenten oder Konsumenten nicht berücksichtigt werden. Sie sind den Verursachern anzulasten, damit es zu „Kostenwahrheit“ kommt. Aber das ist im Wohnungswesen weit und breit nicht auszumachen.

Eine dritte Marktstörung entsteht bei Informationsnachteilen. Um die Ausnutzung von Uninformiertheit zu vermeiden, sind nicht Mietpreiseingriffe das richtige Instrument, sondern Informationsangebote über Preise und Marktübersicht und Beratung in der Vertragsgestaltung.

Eine vierte Marktstörung könnte in spekulativen Preisschwankungen liegen. Immobilienpreisblasen beugt man mit Belehnungsgrenzen und Eigenmittelanforderungen vor. Die Marktakteure werden in der Spekulation vorsichtiger, wenn sie nicht Kredite, sondern das eigene Vermögen aufs Spiel setzen.

Mietpreisregulierung ist kaum geeignet, Preisblasen zu bekämpfen. Die Preise müssen ja steigen, wenn das Angebot knapp wird. Höhere Mietpreise fördern eine sparsame Nutzung und reduzieren die Fehlbelegung, die anderen den Wohnraum entzieht. So wird mehr Wohnraum nutzbar. Mit steigender Rentabilität springen die Investitionen an, für Neubau wie für die Sanierung des Altbestandes. Das ist ein langsamer Prozess, den der Staat mit rascher Widmung von Bauland, schnelleren Genehmigungsverfahren und mit öffentlichem Wohnbau beschleunigen kann. Gemeinden

sollten zu Marktpreisen wettbewerbsneutral vermieten oder verkaufen, anstatt mit subventionierten Preisen die Konkurrenz zu unterbieten und privates Angebot zu verdrängen.

Fazit: Der aufgestaute Anpassungsbedarf macht einen Anstieg der Mietpreise notwendig. Eine Anpassung der Einkommenszuschüsse kann die Kaufkraft am unteren Ende erhalten. Ein Übergang von der Mietpreisregulierung zur Subjektförderung würde nicht nur das marktwirtschaftliche Potential besser nutzen, sondern auch eine bessere Verteilungspolitik ermöglichen. Geben wir lieber den Armen das nötige Bargeld für leistbares Wohnen und lassen wir die Unternehmer anstatt die Bürokraten für das richtige Wohnangebot sorgen.

9. VERTEILUNG UND SOZIALE MOBILITÄT

Finanz und Wirtschaft, 01.06.2016

Fortschreitende Automatisierung, Nutzung des Internets und andere Innovationen schüren Ängste vor Einkommens- und Jobverlusten bis weit in den Mittelstand hinein. Angesichts der Tendenz zu einer stärkeren Konzentration der Einkommen und der Finanzvermögen entsteht der Ruf nach mehr Umverteilung.

Verteilung ist keine statische Angelegenheit. Die gängigen Verteilungskennzahlen vermitteln oft nur ein Augenblicksbild. Wer mit 20 aus bescheidenen Verhältnissen startet, hat mit 60 Jahren vielleicht eine erfolgreiche Karriere hingelegt, ein erhebliches Vermögen gebildet und ist in die obersten Schichten vorgestossen. Ungeschick und Pech können auch das grösste Erbe wieder vernichten und den sozialen Abstieg einleiten. Betrachtet man das gesamte Lebenseinkommen, dann ist die Ungleichheit merklich geringer. Besonders anstössig finden viele die starke Konzentration der Finanz- und Sachvermögen. Aber in der Gesellschaft geht es um die Verteilung der Wohlfahrt und des Lebensstandards, nicht nur des Finanzvermögens. Deshalb müssen die Ansprüche an das Pensionssystem und an andere Sozialwerke mit berücksichtigt werden. Dieses „Sozialkapital" sichert Einkommen und Wohlstand im Alter und in Notlagen, wie privates Finanzvermögen auch. Dieses umfassendere Vermögen unter Berücksichtigung des „Sozialkapitals" ist zwar immer noch ungleicher verteilt wie das Einkommen, aber wesentlich gleichmässiger als das reine Finanzvermögen.

Innovation und weltweite Arbeitsteilung durch Spezialisierung sind die Wohlstandsquellen schlechthin. Aber die gut Qualifizierten und unternehmerischen Personen können die Chancen besser nützen. Innovation und Globalisierung bedeuten andauernden Strukturwandel mit Gewinnern und Verlierern. Neues ersetzt Altes. Wenn man Fortschritt haben will, muss man auch sozialen Aufstieg und Abstieg und eine gewisse Ungleichheit der Verteilung akzeptieren. Allerdings ist es wichtig zu wissen, wie Reichtum und Armut entstehen und wie sie daher zu bewerten sind. Wer eine aussichtsreiche Karriere startet oder ein Unternehmen gründet, im fairen Wettbewerb erfolgreich ist, Steuern bezahlt, auf dem Weg nach oben viele

Jobs schafft, erwirtschaftet einen Reichtum, der allen nützt. Wer den Wettbewerb aushebelt, um Renten und Monopolgewinne zu erzielen, unter Ausnutzung politischer Beziehungen bis hin zu Korruption und Bestechung andere Mitbewerber übervorteilt, und durch grenzwertige Konstruktionen seiner Steuerpflicht nicht nachkommt, erwirbt anstössigen Reichtum, der anderen schadet. Wer unverschuldet in Not gerät und trotz aller Anstrengung nicht aus der Armut entkommen kann, hat vermutlich jeden Franken an solidarischer Unterstützung verdient. Wer jedoch die nötigen Anstrengungen zur Selbsthilfe vernachlässigt, seine Not willkürlich in Kauf nimmt und sich im System gut eingerichtet hat, strapaziert die Solidarität der Steuerzahler.

Wie kann es gelingen, hohe Ungleichheit erst gar nicht entstehen zu lassen? Ein Einstein kann sich nicht aussuchen, ob er in eine wohlhabende, bildungsbewusste Familie oder in eine benachteiligte Randgruppe hineingeboren wird. Die Talente sind querbeet in der Bevölkerung verteilt. Deshalb muss ein leistungsfähiges Bildungssystem nicht nur die Gruppen mit hohem Einkommen und Bildungsstatus, sondern unbedingt alle bildungsfernen Schichten erreichen und dort sozialen Aufstieg ermöglichen. Die Chance, dass Kinder aus den untersten 20 Prozent der Verteilung in die Top 20% vorstossen, soll möglichst gross sein. Nach neueren Forschungen beträgt diese Wahrscheinlichkeit in Kanada 13.4%, in Dänemark 11.4% und in den U.S.A. nur 7.5%, allerdings mit grossen regionalen Unterschieden. Dabei erklären fünf Faktoren etwa 76% der regionalen Unterschiede. Der „amerikanische Traum“ ist dort möglich, wo die Schulqualität hoch ist, die Familien mit erwerbstätigen Eltern intakt sind, die Ungleichheit moderat ist, die Nachbarschaften durchmischt und nicht abgeschottet sind, und wo der gesellschaftliche Zusammenhalt gross ist. Sozialer Aufstieg geht zudem mit Vermögensbildung einher. Ergebnisse aus Deutschland zeigen, dass die persönlichen Vermögen zu etwa 2/3 selbst verdient sind und nur zu 1/3 aus Erbschaften stammen, und zwar ähnlich in allen Einkommensklassen.

Fairer Wettbewerb sichert Chancengleichheit und fördert soziale Mobilität. Ein freier Zutritt zu lukrativen Berufen gibt mehr Menschen eine Chance. Bürokratie und Regulierung behindern vor allem die Selbständigen und KMUs. Eine aktive Wettbewerbspolitik kann Ungleichheit vorbeugend bekämpfen, indem sie Monopolgewinne verhindert, denn überhöhte Preise verteilen Einkommen von der breiten Bevölkerung zu reichen

Eigentümern um. Eine griffige Unternehmenskontrolle verhindert überschiessende Spitzengehälter bei Managern. Auch solche Fehlentwicklungen lassen die Einkommen der Top 1% der Bevölkerung steigen und vergrössern Ungleichheit.

Nicht jede Ungleichheit ist vermeidbar. Deshalb braucht es einen Ausgleich auch im Nachhinein. Was sind die richtigen Instrumente? Befreiungen und ermässigte Steuersätze bei der MWST auf Güter des täglichen Bedarfs mögen zwar im Durchschnitt mehr umverteilen, haben aber hohe Streuverluste zur Folge, weil sie auch von den obersten Gruppen konsumiert werden. Ähnlich ist es mit subventionierten Preisen, die nicht nur die Konsumenten entlasten, sondern auch den Produzenten nützen. Quersubventionierung in den Sozialwerken verteilt zwar im Durchschnitt um, aber oft wenig treffsicher. Die Vermischung von Versicherung und Umverteilung führt zu Intransparenz und verdeckt das Kostenbewusstsein. Die Bürger können nicht mehr unterscheiden, was der Preis für eine Leistung und damit ein selbst erworbener Anspruch ist, und wo die Umverteilung beginnt. Eine solche Intransparenz nährt den Verdacht, dass die eigenen Interessen zu kurz kommen, und säht Misstrauen im Verhältnis von Bürgern und Staat. Auch die Politik kann nur mehr schwer nachvollziehen, in welche Richtung und wieviel sie insgesamt umverteilt. Eine treffsichere Umverteilung arbeitet mit progressiven Steuern oben und Einkommenszahlungen unten, die nur am persönlichen Einkommen und damit an der individuellen Leistungsfähigkeit und Bedürftigkeit anknüpfen.

Wie wirkt sich Umverteilung aus und werden die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht? Eine übermässige Steuerbelastung nährt die Schattenwirtschaft und führt zur Abwanderung von Spitzenkräften und Unternehmen ins Ausland. Eine grosszügige soziale Sicherung beeinträchtigt die Anreize zur Erwerbsbeteiligung und kann zur Armutsfalle werden. Progressive Steuern und eine übermässig hohe Belastung der Erträge aus neu erworbenem Vermögen behindern das Karrierestreben und erschweren den sozialen Aufstieg. Die steigende Abhängigkeit unten und der zunehmende Steuerwiderstand oben hebeln die Wirksamkeit einer weiteren Umverteilung teilweise aus und machen das System kostspielig für alle. Auch für die Umverteilung im Nachhinein gibt es prinzipiell ein zu wenig und zu viel, auch wenn unterschiedliche Weltanschauungen über Verteilungsgerechtigkeit kein objektives Urteil erlauben. Ein Teil der Ungleichheit ist jedoch von vornherein vermeidbar, wenn der Staat fairen Wettbewerb und

Chancengleichheit sicherstellt und mit einem leistungsfähigen Bildungssystem sozialen Aufstieg begünstigt. Dann müsste er im Nachhinein nicht durch teure Umverteilung so viel reparieren, was vorher versäumt worden ist.

10. ARBEIT BRAUCHT AUSBILDUNG

ZiS – Zeitung in der Schule, 31.03.2016

Welche Möglichkeiten bietet mir das Land? Wie gross wird mein persönlicher Erfolg in zehn Jahren sein? Reichtum und Armut haben unzählige Gründe. Das persönliche Fortkommen hängt immer an einer Kombination aus Glück, Talent und Anstrengung. Das Glück des guten Aussehens verhilft den Topmodels zu Supergagen und besondere Talente fördern eine erfolgreiche Karriere. Eine Behinderung nach einem Unfall kann die Lebenspläne zerstören. Der eine erbt ein Vermögen, der andere verliert es nach einer Insolvenz. Am Ende ist der Wohlstand ungleich verteilt. Es besteht Konsens, mit progressiven Steuern oben und Sozialleistungen unten von den Leistungsfähigen zu den Bedürftigen umzuverteilen, auch wenn das Ausmass der Umverteilung umstritten bleibt.

Entscheidend sind Motivation, Ausdauer, harte Arbeit und Anpassungsfähigkeit. Man kann nicht immer Glück oder Pech haben. Das Glück des Tüchtigen ist oft hart erarbeitet. Jede Investition erfordert Verzicht und Geduld. Das ist bei der Bildung nicht anders. Sie beginnt im Kindergarten und endet oft erst nach etwa 20 Jahren mit dem Universitätsabschluss. Dazwischen liegt Verzicht und Anstrengung der Jugendlichen und Eltern.

Man kann manchmal, aber nicht immer Glück oder Pech haben. Im Laufe des Lebens steuern die Erbschaften nur etwa ein Drittel zum Vermögen bei, zwei Drittel sind selbst erarbeitet. Der ererbte Wohlstand ist schnell vergangen, wenn er nicht sorgfältig investiert wird. Wirklich nachhaltig sind die Bildungsinvestitionen. Damit kann jemand aus ärmlichen Verhältnissen zum obersten Zehntel der Einkommen aufsteigen. Bildung ist der entscheidende Faktor, der die Aufstiegschancen und damit die soziale Mobilität bestimmt. Dabei darf der Bildungshintergrund des Elternhauses kein Nachteil sein. Kinder aus Arbeiterfamilien und von Zuwanderern sollen ähnlich gute Chancen auf eine Matura oder ein Universitätsstudium haben wie Kinder aus Akademikerfamilien. Sonst wird Ungleichheit zementiert und schlummernde Talente bleiben mangels Bildung ungenutzt. Die Schulen sollten den Nachteil eines bildungsfernen Elternhauses so gut als möglich ausgleichen.

Der persönliche Erfolg trägt zur finanziellen Gesundheit des Staates bei. Je mehr Aufsteiger es gibt, desto weniger bleiben zurück und desto weniger brauchen Unterstützung vom Sozialstaat. Gebildete und gut qualifizierte Personen sind weniger oft arbeitslos, gleiten seltener in Armut ab und leben gesünder. Damit wird Bildung zu einer Investition, welche die Nachhaltigkeit des Sozialstaats sichert.

Bildung kann nur dann zum persönlichen Erfolg werden, wenn die Wirtschaft grosse Chancen bietet. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schafft die Jobs, mit denen die Jugendlichen ihre Karriere starten. Mit intensiver Forschung bereitet die Wirtschaft neue Produkte und Dienstleistungen vor, mit denen sie Beschäftigung mit hohen Löhnen trotz weltweiter Konkurrenz schafft. Der Staat trägt mit Grundlagenforschung und Infrastruktur bei. Die Universitäten sollen Spitzenleistungen in Forschung und Lehre erzielen, damit mehr Innovation in der Wirtschaft möglich wird. Dazu müssen die vorherigen Bildungsstufen genügend viele Talente hervorbringen. Der Weg zum Wohlstand geht eben von der Bildung zu Forschung und Innovation und endet bei Investition und Beschäftigung. Je erfolgreicher wir in dieser Wertschöpfungskette der Bildung sind, desto höher sind die Einkommen im Vergleich zu anderen Ländern und desto grösser sind bei uns die Chancen auf persönlichen Erfolg und Wohlstand.

11. SIEBEN FRAGEN ZUR PENSIONSREFORM

Trend, 03.02.2016

Mit steigender Lebensdauer muss das aktive Einkommen länger reichen. Es gibt nur drei Alternativen im Pensionssystem: wir sparen mehr und zahlen höhere Beiträge; wir kürzen die Pensionsversprechen; oder wir arbeiten länger. Das wirft Fragen auf.

Erstens, steigt die Lebensarbeitszeit genügend rasch an? 1991 lagen die Lebenserwartung bei 76 und das Pensionsantrittsalter bei 61 Jahren. Die Erwerbstätigen haben etwa ¾ des Erwachsenenlebens ab 20 in Arbeit und ¼ im Ruhestand verbracht. Das Verhältnis der Beitragszahler zu Pensionisten bleibt konstant, wenn jedes zusätzliche Lebensjahr im selben Verhältnis aufgeteilt wird. Bis 2011 ist die Lebensdauer um 5 Jahre auf 81 gestiegen. Davon hätten ¾ in längere Arbeit und ¼ in den Ruhestand gehen sollen. Das Pensionsalter hätte also von 61 auf 64 Jahre plus 9 Monate steigen müssen. Tatsächlich ist es auf 59 Jahre gesunken!

Bis 2060 wird die Lebenserwartung weiter auf 88 Jahre steigen. Teilt man die zusätzlichen 7 Jahre ebenso auf, dann müssten die Erwerbstätigen um 5 Jahre und 3 Monate länger arbeiten, der Rest geht in die Ruhestandsphase. Das Pensionsalter würde von knapp 65 auf 70 Jahre steigen, aber erst in 2060! Wäre heute das Pensionsalter schon bei 65, dann kämen 1.3 Monate pro Jahr dazu. Startet man mit 59 Jahren wie heute, dann müsste es um 2.7 Monate jährlich steigen, um den Rückstand seit 1991 aufzuholen.

Zweitens, ist die Arbeitslosigkeit ein Grund, den Anstieg des Ruhestandsalters zu verlangsamen? Tatsächlich ist die Arbeitslosenrate der über 55-Jährigen gering. Die meisten könnten leicht einige Monate länger arbeiten. Wenn aber jemand arbeitslos wird, dann ist es sehr schwierig, einen neuen Job zu finden. Politik und Wirtschaft sollen hier ansetzen, so gut es eben geht. Zum Anstieg des Ruhestandsalters gibt es aber keine Alternative, ausser in grossem Stil Leistungen zu kürzen oder Beiträge zu erhöhen.

Drittens, hilft das frühere Pensionsalter den Frauen? Diese Regelung ist für ihre beruflichen Perspektiven schädlich. Die Anstrengungen im Beruf

zahlen sich weniger aus, wenn die Vorteile wegen frühem Ruhestand weniger lang genützt werden. Die schrittweise Angleichung des Pensionsalters sollte vorgezogen und mit Initiativen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einem Paket verbunden werden.

Viertens, hebelt eine Pensionsautomatik die Kontrolle der Politik aus? Die Anhebung des Pensionsalters soll im Gleichschritt mit der Zunahme der Lebensdauer erfolgen und darf nicht von den Zufälligkeiten politischer Kompromisse abhängen. Auch bei einer Pensionsautomatik kann die Politik bei Bedarf Korrekturen beschliessen.

Fünftens, ist das Pensionssystem für Umverteilung geeignet? Die Beiträge sind der Preis für eine Leistung. Die Bürger wollen wissen, wann das Geschäft aufhört und Umverteilung beginnt. Die Politik muss wissen, in welche Richtung sie umverteilt. Undurchsichtige Quersubventionierung verschleiert die Sicht. Daher sollen die Pensionen ohne Zuschuss strikt nach dem Versicherungsprinzip berechnet werden. Umverteilung soll nur im Bundeshaushalt nach gleichen Kriterien für Jung und Alt erfolgen.

Sechstens, geht das Pensionssystem zu Lasten künftiger Generationen? Angesichts steigender Ausgaben ist es zu vermuten. Die Antwort erfordert Berechnungen zur Nettozahler-Position aller Generationen, also mehr als einfache Budgetprognosen. Eine solche „Generationenbilanz“ liegt der Politik nicht vor. Daher weiss niemand genau, wie gross das Problem ist.

Siebtens, führt die Stabilisierung des Pensionssystems zu neuen Lasten anderswo? Die Korrekturen dürfen nicht die staatlichen Zukunftsinvestitionen verdrängen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Kinder hängen nicht nur von Staatsschulden und geerbten Pensionslasten ab, sondern von der Fähigkeit, Einkommen zu erwirtschaften.

Die Einführung des Pensionskontos und die Vereinheitlichung des Pensionsrechts sind grosse Politikerfolge. Nun sollte der Übergang zu einem selbstfinanzierten und selbststeuernden System von Beitragskonten erfolgen. Umverteilung im Pensionssystem soll nicht abgeschafft, sondern transparent im Bundeshaushalt stattfinden.

12. EIN PENSIONSSYSTEM FÜR ALLE GENERATION

Format, 25.11.2015

Eines der schönsten Geschenke der modernen Medizin ist ein längeres Leben in besserer Gesundheit. Wir bleiben fit bis ins hohe Alter. Bis zum Jahr 2060 soll die Lebenserwartung der Neugeborenen bei Frauen um 6,4 und bei Männern um 8,2 Jahre steigen. Frauen werden dann im Durchschnitt 90,6 Jahre und Männer 87,3 Jahre alt. Die höhere Lebenserwartung hat jedoch einen Preis. Was wir in den jungen Erwerbsjahren erwirtschaften, muss für eine längere Lebenszeit ausreichen.

Die Pensionsversicherung finanziert nicht nur den gewohnten Lebensstandard im Alter. Sie ist eben auch eine Versicherung. Bei durchschnittlicher Lebensdauer mag das einbezahlte Beitragskapital ausreichen, um die geplante Pension zu finanzieren. Aber die Versicherten leben halt manchmal länger und manchmal weniger lang. Bei langer Lebenszeit wäre das Pensionsvermögen zu früh aufgebraucht. Eine Versicherung kann das Lebensrisiko untereinander ausgleichen und eine angemessene Pension bis ins hohe Alter zahlen.

Unkoordinierte Umverteilung im Pensionssystem: Die Umstellung auf Pensionskonten und die damit ermöglichte Transparenz sind ein Meilenstein der Pensionsreform. Die Versicherten können auf ihrem persönlichen Konto die bisher erworbenen Pensionsansprüche einsehen und nachvollziehen. Das zentrale Problem ist, dass die Pensionszahlungen nur teilweise mit eigenen Beiträgen gedeckt sind. Sie müssen aus allgemeinen Steuermitteln bezuschusst werden. Die gesamten Bundesmittel inklusive Ausgleichszulagen decken etwa 27% der Gesamtaufwendungen ab. Ein Grund dafür sind die versicherungsfremden Leistungen, die aus Steuermitteln bezahlt werden. Damit bleiben im Pensionssystem Versicherung und Umverteilung vermischt.

Diese Vermischung führt zu intransparenter und teilweise unkontrollierter Umverteilung. Die Umverteilung verläuft von hohen zu niedrigen Pensionseinkommen und verwirklicht ein zentrales Ziel. Allerdings muss die Umverteilung über das Pensionssystem erst aufwendig berechnet werden

und ist weder für die Politik noch für die Bürger unmittelbar abrufbar. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob diese Umverteilung mit dem Steuer-Transfer-Mechanismus abgestimmt ist und zu einem gewollten Gesamtresultat führt. Die Nettozahler sind die hohen Pensionseinkommen, die mit progressiv ansteigenden Steuern einen erheblichen Beitrag zur Umverteilung leisten, und über das Pensionssystem ein zweites Mal. Diesen zweiten Beitrag gibt es in der Haupterwerbsphase nicht. Werden hier unterschiedliche Massstäbe für junge und ältere Mitbürger angelegt? Ähnliches gilt am unteren Einkommensende. Dass kleine Pensionen aufgestockt werden, entspricht einem breit akzeptierten Konsens. Aber auch hier gilt es, jüngere Erwerbstätige und Pensionisten gleich zu behandeln. Hohe Gehälter und Pensionen sollen progressiv besteuert werden, niedrige Einkommen sollen Ersatzleistungen und Zuschüsse erhalten, und das nach vergleichbaren Kriterien für jung, alt und alle anderen Gruppen.

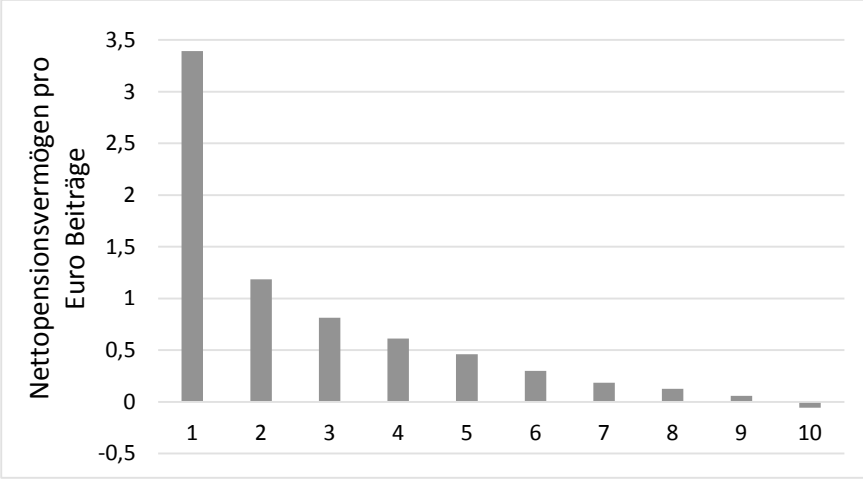

Abbildung 4: Nettopensionsvermögen nach Einkommenszehntel

Abbildung 4 zeigt, dass im Pensionssystem eine systematische Umverteilung von oben nach unten stattfindet. Über die gesamte Lebenszeit berechnet sind im untersten Einkommenszehntel die insgesamt bezogenen Pensi-

onen 4,4 Mal so hoch wie die gesamte Beitragsleistung. Der Differenzbetrag, also das Nettopensionsvermögen, beträgt somit das 3,4-fache des eigenen Beitragsvermögens. Nur im obersten Einkommenszehntel wird die Masszahl leicht negativ, d.h. die Summe der Beiträge übersteigt geringfügig die insgesamt bezogenen Pensionen. Wenn das Pensionssystem tatsächlich eine Versicherung und damit frei von Umverteilung wäre, dann müssten die Beiträge in Summe den erwarteten Pensionen entsprechen, so dass alle Balken gerade den Wert Null hätten. Jeder bekäme im Durchschnitt das heraus, was er einbezahlt.

Die versteckte Umverteilung im Pensionssystem geht auch in andere Richtungen, für die eine überzeugende Begründung schwer vorstellbar ist, wie z.B. die Umverteilung zwischen Männern und Frauen. Frauen gehen früher in Pension und leben länger. Nicht zuletzt deshalb macht das Pensionsvermögen der Frauen im Durchschnitt etwa das 2,2-fache des Beitragsvermögens aus, während jenes der Männer deutlich kleiner, aber immer noch positiv ist. Dabei ist der frühere Pensionsantritt der Frauen nicht nur teuer, sondern behindert auch die Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, weil jede Anstrengung und Investition in die Qualifikation der Frauen von der Wirtschaft weniger lange genützt werden kann. Eine schnellere Angleichung des gesetzlichen Ruhestandsalters der Frauen an dasjenige der Männer wäre ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems. Es müsste als Paketlösung realisiert werden mit begleitenden Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Umverteilung zwischen den Generationen: Eine erhebliche Umverteilung geht zulasten zukünftiger Generationen. Zwar reichen die Beiträge ergänzt um die Steuermittel für den Pensionszuschuss heute noch aus, um die Pensionen zu finanzieren. Wie schon in der Vergangenheit gibt aber das System den heutigen Aktiven für ihre Beitragszahlungen zu hohe Pensionsversprechen. Wenn die nächsten Generationen genau dieselben Beiträge und Zuschüsse leisten, dann reichen diese nicht mehr aus, um die Pensionsversprechen zu erfüllen, weil es im Zuge der Alterung die Zahl der Pensionisten ständig wächst.

Bis 2060 wird sich die Altersquote verdoppeln. Auf eine erwerbsfähige Person unter 65 Jahren werden doppelt so viele Personen über 65 Jahren

entfallen. Es gibt nur drei Wege, wie das Pensionssystem nachhaltig finanziert bleiben kann, nämlich (i) höhere Beiträge, (ii) geringere Pensionen oder (iii) längere Lebensarbeitszeit. Ständige Steuer- und Beitragserhöhungen würden Wachstum und Beschäftigung schwer beeinträchtigen, nachdem die Belastung des Faktors Arbeit bereits jetzt einen internationalen Spitzenwert erreicht hat. Berechnungen zeigen, dass die Belastung im Jahr 2060 um mehr als 10 Prozentpunkte höher sein müsste, wenn sonst nichts geschieht. Einwände bestehen auch gegenüber einer grösseren Absenkung des Rentenniveaus. Allerdings wäre hier mehr Flexibilität möglich. Die meisten Länder haben eine niedrigere, verpflichtende Grundversorgung, ergänzt um eine freiwillige Zusatzvorsorge.

Der Königsweg, das Pensionssystem an die steigende Lebenserwartung anzupassen, ist der Anstieg des Ruhestandsalters. Mit jedem, der ein Jahr später in den Ruhestand geht, gibt es einen Beitrags- und Steuerzahler mehr und einen Pensionsempfänger weniger. Das kann die steigende Lebenserwartung vollständig kompensieren, so dass das Pensionssystem nachhaltig finanziert bleibt, ohne die Beitragssätze hochzuschrauben oder Pensionen zu kürzen.

Wenn heute etwa zwei Drittel der erwachsenen Lebenszeit in Arbeit und ein Drittel im Ruhestand verbracht wird, dann kann das Pensionssystem bei höherer Lebenserwartung nur dann mit unveränderten Beitragssätzen und Ersatzquoten stabil bleiben, wenn *auch jedes zusätzliche Lebensjahr* im selben Verhältnis auf Erwerbs- und Ruhestandsphase aufgeteilt wird. Das Verhältnis der Beitragszahler zu den Leistungsempfängern wird sich dann trotz längerer Lebenszeit nicht ändern, so dass weder bei den Beitragssätzen noch bei den Ersatzquoten eine Anpassung notwendig wird.

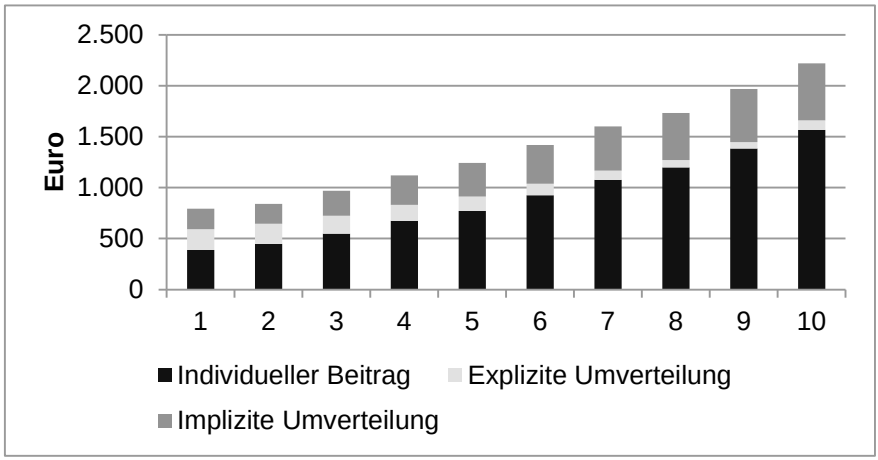

Abbildung 5: Umverteilung und Versicherung

Umverteilung und Versicherung trennen: Wenn die Summe der Pensionsversprechen die Summe der geleisteten Beiträge übersteigt, begründet das Pensionssystem eine versteckte Staatsschuld. Welchen Sinn macht es, wenn wir als Eltern ein Vermögen in die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder investieren, um sie für die Zukunft zu rüsten, aber über das Pensionssystem das Gegenteil machen und ihnen neue Lasten aufbürden? Welchen Sinn macht es, mühsam die Fiskaldefizite abzubauen und das Staatsbudget im Interesse nachfolgender Generationen zu sanieren, wenn wir ihnen stattdessen im Pensionssystem ungedeckte Lasten hinterlassen?

Dieselben Überlegungen gelten auch für die Umverteilung innerhalb einer Generation von reich zu arm. Um die Umverteilung überhaupt erst erkennen zu können, braucht es eine strikte Trennung zwischen Versicherung und Umverteilung. Eine Versicherung ist ein Geschäft, bei dem die Leistung gerade dem Preis in Form des Versicherungsbeitrags entspricht. Damit ist weder ein Geschenk noch eine Steuer verbunden, sondern ein selbst erworbenes Recht.

Der unterste Teil der Balken in Abbildung 5 zeigt für alle Einkommensklassen, wie hoch die Pension wäre, wenn sie vollständig mit eigenen Bei-

trägen finanziert wäre. Die gesamten Balken stehen für die tatsächlich geleisteten Pensionen. Der Differenzbetrag entspricht dem Zuschuss, der von anderen bezahlt wird. Davon entfällt ein kleinerer Teil auf explizite Umverteilung wie beitragsfreie Versicherungszeiten für Kindererziehung, Militärdienst und ähnliches, die dennoch Pensionsansprüche begründen. Der grösste Teil der Beitragslücke entfällt auf implizite Umverteilung. Das ist jener Teil der Pension, der von anderen bezahlt wird, entweder von den heutigen Steuerzahlern oder zukünftigen Generationen. Nach den Ergebnissen der gemeinsamen Studie mit dem IHS beträgt die Pension im Durchschnitt der Bevölkerung 1‘384 Euro, davon sind 893 Euro (65%) selbstfinanziert, 131 Euro (9%) entfallen auf explizite und 289 Euro (26%) auf implizite Umverteilung.

Weicht man vom Versicherungsprinzip ab, kommt es zu intransparenter und unkontrollierter Umverteilung. Die Schwierigkeit für den Einzelnen ist, dass er nicht mehr unterscheiden kann, was ein selbst erworbener Anspruch ist und welcher Teil der Pension von anderen Steuer- und Beitragszahlern stammt oder gar zulasten zukünftiger Generationen geht. Ein korrektes Verhältnis von Bürger und Staat braucht eine klare Unterscheidung zwischen Geschäft und Umverteilung.

Eine nachhaltige Pensionsreform: Nun sollte ein nächster Meilenstein der Pensionsreform folgen, nämlich die Umstellung auf selbstfinanzierende Beitragskonten. Die versicherungsfremden Sozialleistungen und anderen Komponenten der Umverteilung sollen nicht abgeschafft, sondern im Staatshaushalt verwirklicht werden. Das beitragsorientierte System bleibt beim Umlageverfahren und hat folgende Elemente:

- Die Beitragssätze bleiben auf dem derzeitigen Niveau fest.
- Mit dem Eintritt in das Erwerbsleben beginnt die Beitragspflicht. Die Beitragszahlungen werden im Pensionskonto angesammelt und mit der Wachstumsrate der Lohnsumme aufgewertet, sprich verzinst.
- Zum Zeitpunkt des Pensionsantritts wird eine Pensionshöhe derart berechnet, dass die über die erwartete Restlebenszeit zu zahlende Pension gerade dem Beitragskapital entspricht.
- Bei früherem Pensionsantritt muss das Beitragsvermögen für eine längere Bezugsdauer reichen, die Pension fällt geringer aus. Bei späterem Pensionsantritt steigt die Pensionshöhe.

Es gilt das Versicherungsprinzip. Jeder bekommt heraus, was er an Ansprüchen selbst erwirbt. Das System ist selbstfinanzierend und selbststeuernd. Auch bei längerer Lebenserwartung wird die Pensionshöhe immer so berechnet, dass die Renten in Summe gerade den Beitragszahlungen entsprechen, für ein einzelnes Individuum wie für das Pensionssystem als Ganzes. Auch bei einem Automatismus kann die Regierung prinzipiell eingreifen, wenn erforderlich. Sie könnte z.B. das Mindestpensionsalter anheben, um zu verhindern, dass die Versicherten allzu früh in den Ruhestand gehen.

Eine höhere Lebenserwartung senkt automatisch das Rentenniveau. Die Menschen nehmen es selber in die Hand, durch späteren Ruhestand wieder das gewünschte Rentenniveau herbeizuführen. Dabei werden sie besondere Umstände wie Besitz einer Eigentumswohnung oder einer Lebensversicherung berücksichtigen. Die Wahl des Pensionsantritts hat für das System finanziell keine Folgen, so dass den anderen Versicherten weder Vorteile noch Nachteile erwachsen. Jeder trägt die Konsequenzen seiner Entscheidung selbst. Umverteilung erfolgt nur einmal und konsequent im Staatshaushalt nach vergleichbaren Kriterien für alle.

13. UNGLEICHHEIT, DAS RICHTIGE MASS

Format, 04.09.2015

Ungleichheit hat viele Ursachen. Besondere Talente, grosse Erbschaften, reines Glück im Leben, Motivation und Geduld fördern den Reichtum. Der Mangel davon endet meist in Armut. Ja sogar ein schönes Aussehen kann zu Reichtum führen, wie uns die beeindruckenden Gagen mancher Supermodels zeigen. Ungleichheit ist auch eine höchst dynamische Angelegenheit. Zwar mag die Verteilung in der Gesamtheit der Bevölkerung stabil sein, aber im persönlichen Leben verändert sich die Position in der Gesellschaft ständig. Mit 20 hat man noch wenig Einkommen, mit 60 haben viele ein ansehnliches Vermögen erwirtschaftet. Andere haben alles verloren, sei es aus Pech oder mangelndem Geschick. Die Kinder haben es oft besser als die Eltern, aber nicht immer. Ungleichheit kann sich im Laufe des Lebens und über die Generationen zementieren oder laufend verändern.

Ungleichheit und soziale Mobilität: Eine erfolgreiche Karriere verhilft zu sozialem Aufstieg. Insolvenzen, lang andauernde Arbeitslosigkeit wegen mangelnder Qualifikation, und andere Unglücksfälle können den Abstieg einleiten und in Armut enden. Die Aussicht auf Erfolg und sozialen Aufstieg weckt Hoffnungen und macht auch eine schwierige Ausgangslage erträglicher. Der Mangel an Perspektiven führt dagegen zu Unzufriedenheit, Verzweiflung und Aggressivität. Eine gute soziale Sicherung mindert die Angst vor dem Abstieg und fördert die Risikobereitschaft, ohne die es keinen grossen Fortschritt gibt. Intakte Aufstiegschancen verbunden mit sozialer Sicherheit stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Die Uneinigkeit in Verteilungsfragen beginnt schon bei der Frage, worin sich Ungleichheit ausdrückt. So wurde die überaus hohe Konzentration der Finanzvermögen als Ausdruck höchster Ungleichheit beklagt. Es ist aber unvollständig und sogar irreführend, bei Verteilungsfragen nur auf das Finanzvermögen zu schauen. Es kommt auf die Verteilung des verfügbaren Einkommens an, das für den laufenden Konsum zur Verfügung steht, und nicht auf die Verteilung des Finanz- und Sachvermögens allein. Wenn das Finanzvermögen eine nachhaltige Einkommensquelle bleiben soll, dann

steht für den laufenden Konsum ja nur der erzielbare Ertrag zur Verfügung, und nicht der Bestand selbst.

Die Ungleichheit wird nicht deshalb grösser, und die unteren Gruppen sind nicht deshalb weniger reich, weil sie wenig Finanzvermögen haben. Ihr Wohlstand ist vorwiegend mit den Ansprüchen an den Sozialstaat gesichert. Die mit hohen Sozialbeiträgen erworbenen Leistungsansprüche sind auch ein Vermögen, wenn auch für spezifische Zwecke reserviert und nicht weitervererbbar. Rechnet man z.B. die Pensionsansprüche in Vermögen um und zählt es zum Finanz- und Sachvermögen dazu, dann ist das resultierende Gesamtvermögen wesentlich gleichmässiger verteilt.

Die Konzentration des Finanz- und Sachvermögens darf nicht isoliert betrachtet werden. Auch die Bedeutung der Erbschaften als Quelle von Ungleichheit darf nicht überschätzt werden. Für Deutschland wurde jüngst ermittelt, dass die Vermögen zu etwa zwei Drittel auf Eigenleistung und nur einem Drittel auf Erbschaften zurückgehen, wobei dieses Verhältnis über alle Einkommensgruppen in ähnlicher Form zutrifft. Gerade der soziale Aufstieg, der eine Zementierung der Ungleichheit verhindern soll, ist mit Vermögensaufbau verbunden. Eine Behinderung der Vermögensbildung beeinträchtigt auch die soziale Mobilität nach oben.

Ungleichheit ist unvermeidlich. Aber wie Reichtum und Armut zu bewerten sind, hängt auch davon ab, wie sie zustande kommen. Die Wenigsten dürften ein Problem mit Milliardären haben, die mit einer phänomenalen Geschäftsidee einem kleinen Unternehmen zu spektakulärem Wachstum verholfen haben. Sie sind zwar unsäglich reich geworden, haben aber auch einen Löwenanteil von Steuern bezahlt und mit tausenden von neuen Jobs viele andere auf dem Weg nach oben mitgenommen. Wenn Innovation entscheidend ist, um Wohlstand zu schaffen, dann dürfen wir uns nicht beklagen, wenn die Unternehmensgründer reich werden und die Vermögenskonzentration zunimmt. Problematisch wird es nur, wenn der Reichtum auf unlauterem Wettbewerb, Übervorteilung und dem Ausnutzen exklusiver Beziehungen gründet und mit Abschottung und Behinderung der Mitbewerber verteidigt wird. Ein solcher Wettbewerb ist nicht fair.

Ähnlich ist es am unteren Einkommensende. Die wenigsten werden ein Problem mit der Unterstützung von unverschuldet in Not geratenen Personen haben, die sich auch mit noch so grosser Anstrengung kaum selbständig aus der Armut befreien können. Viel schwieriger fällt es, die Unterstützung jener gut zu heissen, die mangels Eigeninitiative, Motivation und aus

Bequemlichkeit gebotene Chancen nicht ergreifen und wählerisch sind, ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen und der Gesellschaft damit hohe, aber durchaus vermeidbare Kosten aufbürden.

Vorbeugen ist besser als Heilen: Es wird wohl kaum jemanden geben, der eine massvolle Umverteilung und soziale Sicherung nicht unterstützen wollte. Allein, was massvoll ist, ist eine konfliktreiche weltanschauliche Frage. Aber bevor man mit viel Umverteilung und dem Ausbau der Sozialwerke Ungleichheit verringern will, sollte man die Ursachen bekämpfen und dafür sorgen, dass von vornherein möglichst wenig Ungleichheit entsteht. Was man vorher versäumt hat, muss man nachher kostspielig reparieren. Es gibt zwei zentrale Stossrichtungen für eine vorausschauende, vorbeugende Politik, nämlich Bildung und Wettbewerb.

Mangelnde Bildung und unzureichende Qualifikation schliessen den Zugang zu anspruchsvolleren und gut bezahlten Jobs aus, erzeugen ein hohes Arbeitslosenrisiko, verlängern die Dauer der Arbeitslosigkeit, führen zu ungesunderer Lebensweise und mangelnder Vorsorge aus Unwissen, und verkürzen tendenziell die Lebenserwartung. Defizite auf diesem Gebiet legen den Grundstein für eine Überbeanspruchung des Sozialstaats. Zwar setzt bei weitem nicht jede erfolgreiche Karriere einen akademischen Abschluss voraus, aber neben Motivation und Geduld sind besondere berufliche Fertigkeiten und praktisches Erfahrungswissen immer notwendig. Die zentrale Herausforderung des Bildungssystems ist es dabei, Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zu erreichen. Die Reichen und Gebildeten sorgen von selbst dafür, dass ihre Kinder die bestmögliche Ausbildung und damit bessere Startchancen im Wettbewerb erhalten.

Es kann nur eine andauernde Zementierung der Ungleichheit bedeuten, wenn in Österreich nahezu zwei Drittel der 17-Jährigen, deren Eltern über einen Hochschulabschluss verfügen, die AHS besuchen, während nur 8 Prozent der Kinder Aussicht auf eine AHS-Matura haben, wenn ihre Eltern nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Nicht nur zementiert dies die Ungleichheit und hemmt die soziale Mobilität nach oben, es ist auch eine Vergeudung von Talent in grossem Stil. Der nächste „Einstein“ und die nächste „Marie Curie“ können sich nicht aussuchen, in welches Elternhaus sie hineingeboren werden. Landen sie in einer bildungsfernen Familie, bleiben ihre Talente allzu oft brach.

Wenn man sich in Österreich über Wachstumsschwäche, Ungleichheit und die Zukunft Sorgen macht, dann muss die Politik hier ansetzen und die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems steigern. Die grössten Erträge für die Gesellschaft werden dabei im frühkindlichen Alter realisiert. Deshalb sind die allgemeine Pflicht zum Besuch von Kindergarten und Primar- und Sekundarstufe und eine hohe Qualität der Ausbildungsleistung so wichtig. Versäumnisse wirken sich für die Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern besonders schädlich aus und zementieren Ungleichheit.

Die Investitionen im frühkindlichen Alter werfen die höchsten Bildungserträge für das eigene Fortkommen wie für die Gesellschaft ab. Dort wird eine Bildungshaltung für den Rest des Lebens kultiviert, der Grundstein für den Erfolg in späteren Schulstufen gelegt und werden die Chancen für sozialen Aufstieg geschaffen. Die Wirkungen sind langanhaltend, denn Bildung ist ein aufbauender Prozess, indem der spätere Wissenserwerb auf den vorher erworbenen Kenntnissen aufbaut.

Mangelnder Wettbewerb zementiert Ungleichheit: Fairen Wettbewerb sicherzustellen muss die zweite Stossrichtung für ein inklusives Wachstum sein, an dem alle teilhaben können. Freier Wettbewerb ist der Inbegriff der Chancengleichheit und Voraussetzung für den Aufstieg. Wie kann jemand mit Unternehmertum und Selbständigkeit reich werden, wenn er schon beim Start an bürokratischen Auflagen, unlauteren Geschäftspraktiken der Etablierten und übertrieben restriktiven Zugangsbedingungen für lukrative Berufe scheitert?

Unlauterer Wettbewerb, Übervorteilung und Marktabschottung gegenüber neuen Konkurrenten erzeugen Monopolrenten und anstössige Gewinne, die von den Reichen lukriert und von allen in Form höherer Preise und geringerer Realeinkommen bezahlt werden. Spitzengehälter von Managern, Ärzten und Stars in Sport und Kultur und die Supergagen von weltbekannten Models sind kein Problem, solange sie im fairen Wettbewerb ohne Benachteiligung anderer zustande kommen und die vorgesehenen Steuern gezahlt werden. Diese Leistungsträger tragen ja auch den Löwenanteil des Steueraufkommens bei, von dem alle profitieren. Je mehr es davon gibt, umso besser für die Staatskasse.

Die Spitzeneinkommen sind nur dann ein Problem, wenn sie im unlauteren Wettbewerb, durch Übervorteilung, über exklusive Beziehungen und durch Intransparenz in der Gehaltsbestimmung zustande kommen. Aber

dann gibt es zur Verwirklichung der „richtigen“ Spitzeneinkommen nur einen Weg: eine konsequente Wettbewerbspolitik, eine griffige Unternehmenskontrolle durch Stärkung der Eigentümerrechte, investigative und unabhängige Medien, die Missstände aufdecken, und ein leistungsfähiges Justizsystem, welches Gesetzesverstösse im unlauteren Wettbewerb konsequent abstraft. Was dann noch an Spitzengehältern übrig bleibt, schafft in einer leistungsfähigen Marktwirtschaft Wohlstand für alle.

Eine vorbeugende, vorausschauende Politik setzt im Kampf gegen Ungleichheit an den Ursachen an, damit eine übertriebene Ungleichheit erst gar nicht entsteht und der Wohlfahrtsstaat vor Überlastung geschützt bleibt. Eine solche Politik verwirklicht gleichzeitig das Prinzip, dass der Kuchen möglichst gross werden soll, bevor man ihn verteilt. Denn mehr Bildung und ein lebhafter Wettbewerb bauen Ungleichheit ab und steigern gleichzeitig das Wachstum.

Umverteilung im Nachhinein: Was im Vorhinein an Ungleichheit nicht verhindert werden kann, muss im Nachhinein durch Umverteilung auf ein erträgliches Ausmass zurechtgestutzt werden. Wieweit das geschehen soll, darüber wird es nie Einigkeit geben. Der demokratische Prozess muss eben zu einem Kompromiss finden, der von allen grossen Lagern noch akzeptiert werden kann. Dabei sind zwei Grundüberlegungen wichtig: Umverteilung hat einen Preis und wird mit zunehmender Umverteilung immer kostspieliger; und Umverteilung sollte transparent und nur in eine Richtung erfolgen, nämlich von oben nach unten.

Umverteilung hat einen Preis. Mehr Umverteilung macht zwar alle gleicher, mindert aber auch den verteilbaren Kuchen, so dass alle weniger haben. Eine hohe Steuerbelastung lähmt das Wachstum und mindert die erzielbaren Einkommen. Die leistungshemmenden Wirkungen progressiver Steuern sind viele: die Erwerbsbeteiligung sinkt; das Karrierestreben lässt nach; Ersparnisbildung, Investitionen und Innovation schwächeln; Unternehmen kaufen Vorleistungen aus dem billigen Ausland zu anstatt mit inländischer Arbeit selbst zu produzieren, oder wandern ganz ab; und Pfusch und Schattenwirtschaft nehmen zu. Wir zahlen die Steuern zweimal, einmal indem wir sie dem Finanzamt abliefern, und ein zweites Mal, weil wir weniger verdienen, wenn die Steuern das Wachstum hemmen.

Diese sprichwörtliche Mehrbelastung treibt die Kosten der Staatsfinanzierung nicht linear, sondern progressiv in die Höhe. Weil die Steuer- und

Abgabenbelastung in Österreich schon überdurchschnittlich hoch ist, ist eine weitere Ausdehnung der staatlichen Ausgaben für Umverteilung und andere Zwecke unverhältnismässig teuer, teurer als anderswo. In der Diskussion über das „richtige“ Ausmass an Umverteilung sollte man den Preis, der dafür gezahlt werden muss, nicht vernachlässigen.

Ein nachhaltiger Sozialstaat muss leistbar sein: Ähnliche Überlegungen treffen auch bei den Empfängern der Umverteilung zu. Es gibt sie eben beide, jene, welche unverschuldet in Not geraten sind und die Unterstützungsleistungen verdienen und brauchen, und jene, die das System ausnutzen und allzu lange in Anspruch nehmen. Je grosszügiger die Leistungen sind, desto mehr Arbeits- und Erwerbslose muss der Staat unterstützen. Ein Teil der Leistungsempfänger lässt in den Anstrengungen nach, intensiv nach Beschäftigung zu suchen und sich die nötigen Qualifikationen anzueignen, oder stellt zu hohe Ansprüche an Bezahlung und Jobattraktivität. Die Sozialausgaben wachsen und die Steuerzahler werden weniger.

Arbeit muss sich lohnen, damit der Sozialstaat leistbar bleibt. Wenn der Abstand zwischen dem verfügbaren Einkommen bei Erwerbslosigkeit und der Beschäftigung geringer wird, dann können die Anreize und Anstrengungen, sich aus der Erwerbslosigkeit zu befreien, nur Schaden nehmen. Zwar mag man einwenden, dass starke Anreize nichts nützen, wenn auf der anderen Seite die Jobs nicht da sind. Aber die Jobs sind eben auch deshalb nicht da, weil die Wirtschaft bei steigender Beitrags- und Steuerbelastung nur wenig rentable Beschäftigung zustande bringt. Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich vor allem bei den Geringqualifizierten. Angesichts des technologischen Wandels und der Spezialisierung auf höherwertige Jobs im internationalen Wettbewerb geht der Bedarf immer mehr in Richtung höherer Qualifikationen. Deshalb ist eine Steigerung der Lohnkosten am unteren Ende für die Beschäftigungschancen besonders verhängnisvoll.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann das Problem mit Information, Angeboten zur Umschulung und Qualifizierung für Tätigkeiten mit höheren Beschäftigungschancen, und auch mit Kontrollen und Sanktionen teilweise reduzieren und so zu einer Eindämmung der Erwerbslosigkeit beitragen. Mit jedem Erwerbslosen, der in eine Beschäftigung gebracht wird, gibt es einen Leistungsempfänger weniger und einen Steuer- und Beitragszahler mehr, so dass die Staatsfinanzen zweimal profitieren. Die Ausgaben für die

aktive Arbeitsmarktpolitik rechnen sich teilweise von selbst und gehören zu einem ausgebauten Sozialstaat dazu.

Transparenz, Treffsicherheit und Gerechtigkeit: Trotz vorbeugender Politik und hoher Kosten braucht es eine Umverteilung „im richtigen Mass“. Auch wenn die Bereitschaft sehr verschieden ist, dafür Steuern zu zahlen, und das richtige Mass höchst umstritten ist, so sollten wenigstens zwei Grundsätze allgemeine Akzeptanz finden: Umverteilung soll nur in eine Richtung, nämlich von oben nach unten erfolgen; und sie sollte treffsicher und transparent sein. Wie könnte jemand erkennen, was seine oder ihre Nettoposition gegenüber dem Staat tatsächlich ist, wenn das System höchst intransparent ist? In Österreich sind jedoch diese beiden Grundsätze schwer verletzt. Die Behauptung ist, dass heute kaum jemand sicher sagen kann, ob er mehr oder weniger Steuern zahlt als andere in vergleichbarer Situation, und was ihre oder seine individuelle Nettoposition gegenüber dem Staat genau ist. Drei Beispiele sollen das verdeutlichen.

Intransparente Steuern: Das Steuersystem ist mit einer Vielzahl von Abzügen und Vergünstigungen durchlöchert. In der Einkommensteuer gehen etwa 35 Prozent des möglichen Aufkommens wegen der Begünstigungen wieder verloren. Umso höher und leistungsfeindlicher müssen die Steuersätze sein, um die notwendigen Einnahmen noch zu erzielen.

Für jede Begünstigung lässt sich eine schöne Begründung formulieren. Viele sind jedoch nicht ausreichend evaluiert, sodass unklar bleibt, ob die damit verbundenen Ziele tatsächlich erreicht werden. Die Komplexität und Intransparenz des Steuersystems sind hoch. Ebenso hoch sind die Verwaltungskosten beim Staat und die Erfüllungskosten bei Privatpersonen und Unternehmen. Nicht nur wird die Ergiebigkeit der Besteuerung ausgehöhlt, es werden grundlegende Prinzipien der horizontalen und vertikalen Gerechtigkeit verletzt. Die im Tarif beabsichtigte Umverteilung von oben nach unten wird wieder teilweise durch die Begünstigungen ausgehebelt. Die begünstigte Besteuerung des 13. und 14. Gehalts, für die keine nachvollziehbare ökonomische Begründung erkennbar ist, wirkt oben eher stärker entlastend als unten.

Auch die anderen Begünstigungen entlasten oben tendenziell stärker als unten, weil die Steuerzahler besser informiert und beraten sind, und weil

sich der Aufwand aufgrund der höheren Steuersätze stärker lohnt. Die unteren Gruppen wissen oft nicht, was ihnen zusteht, und nehmen Begünstigungen teilweise nicht in Anspruch. Die horizontale Gerechtigkeit nimmt ebenfalls Schaden. Der eine kann eine Begünstigung wie z.B. Pendlerpauschale in Anspruch nehmen, der andere nicht, und schon zahlen Personen mit gleichem Einkommen unterschiedlich viel Steuer. Am Ende fühlt sich jeder ungerecht behandelt. Auch die Politik kann nicht präzise sagen, in welche Richtung sie genau umverteilt.

Versteckte Umverteilung im Pensionssystem: Eine grosse Errungenschaft ist die Einführung des Pensionskontos, welches mehr Transparenz schafft und den individuellen Pensionsanspruch in Abhängigkeit von den eigenen Beitragsleistungen klar nachvollziehbar macht. Das zentrale, weiterbestehende Problem ist jedoch, dass die Konten nicht mit eigenen Beiträgen ausfinanziert sind, und das Pensionssystem viele versicherungsfremde Leistungen mitfinanzieren muss. Das System ist schwer im Defizit und muss aus allgemeinen Steuermitteln bezuschusst werden.

Die gesamten Bundesmittel inklusive Ausgleichszulagen decken etwa 27 Prozent der Gesamtaufwendungen ab. Damit bleibt zunächst versteckt, dass schon heute die Kosten für die Alterssicherung viel höher sind als es die ohnehin hohen Pensionsbeiträge anzeigen. Der Grossteil der Steuereinnahmen kommt aus Lohn- und Mehrwertsteuern, die letzten Endes wieder die Arbeitnehmer zahlen. Aber niemand weiss genau, wie viele Prozentpunkte der eigenen Steuern auf den Pensionszuschuss entfallen, und wie viel der eigenen Pension man mit eigenen Beiträgen selbst finanziert hat und wie viel von anderen Steuer- und Beitragszahlern stammt.

Noch problematischer ist, dass der Pensionszuschuss unweigerlich zu unkoordinierter Umverteilung (oder Quersubventionierung in der Versicherungssprache) in verschiedenste Richtungen führt, weil eine individuell zurechenbare Leistung nicht mit eigenen Beiträgen, sondern von anderen Beitragszahlern oder aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlt wird. Wenn beispielsweise wie in der Vergangenheit beschlossen wird, dass die hohen Pensionen um 0 Prozent und niedrigen Pensionen um bis zu 2 Prozent steigen, dann werden damit nicht nur wohlerworbene Versprechen der reicheren Pensionisten gebrochen, sondern es wird im Pensionssystem zwischen reich und arm zusätzlich umverteilt.

Das Problem dabei ist nicht das Anliegen, mehr umzuverteilen, sondern dass diese Umverteilung unkoordiniert mit dem progressiven Steuer- und Transfersystem erfolgt, und dass – anstatt strikter Gleichbehandlung – plötzlich zwischen den jüngeren Erwerbstätigen und den Pensionisten unterschiedliche Massstäbe angelegt werden. Hohe Lohneinkommen und Pensionen sollen progressive Steuern zahlen, niedrige Einkommen sollen Ersatzleistungen und Zuschüsse erhalten, und das nach vergleichbaren Kriterien für jung, alt und alle anderen Bevölkerungsgruppen.

Eine weitere schwer begründbare Umverteilung ist diejenige zwischen Männern und Frauen. Frauen gehen früher in Pension und leben länger. Das frühere Pensionsantrittsalter ist nicht nur teuer für das System, sondern behindert die Gleichbehandlung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, weil jede Anstrengung und Investition in die Qualifikation der Frauen von der Wirtschaft weniger lange genützt werden kann. Probleme in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen an der Wurzel, in der Haupterwerbsphase, gelöst werden, anstatt im Nachhinein mit früherem Pensionsantrittsalter für etwas zu kompensieren, was vorher versäumt worden ist.

Eine erhebliche Umverteilung geht zulasten zukünftiger Generationen. Zwar reichen heute die Beiträge der Aktiven ergänzt um die allgemeinen Steuermittel für den Pensionszuschuss aus, um die Pensionen der heutigen Ruheständler zu finanzieren. Wie schon in der Vergangenheit gibt aber das System den heutigen Aktiven im Verhältnis zu ihren Beitragszahlungen zu hohe Pensionsversprechen. Würde die nächste Generation der Aktiven genau dieselben Beiträge und Pensionszuschüsse leisten, dann reichen diese angesichts der steigenden Lebenserwartung nicht mehr aus, um diese Pensionsversprechen zu erfüllen. Wenn die nächsten Generationen das Problem dann endgültig nicht mehr weiterwälzen können, dann müssen sie sehr viel höhere Belastungen in Form von höheren Beitragszahlungen, geringeren Pensionen oder längerer Lebensarbeitszeit akzeptieren, oder es werden die Pensionsversprechen gebrochen. Die jungen Generationen ahnen es bereits, dass sie die Rechnung werden bezahlen müssen.

Die Verteilung öffentlicher Leistungen: Die öffentliche Bereitstellung von individuell zurechenbaren Leistungen, die über Steuern anstatt Nutzungsgebühren finanziert werden, und die administrierten Preise wie z.B. auf dem Wohnungsmarkt, führen ebenfalls zu mangelnder Treffsicherheit und Intransparenz in der Umverteilung. Ein Beispiel ist der freie Zugang

zur Universitätsausbildung. Akademiker zählen zu den besserverdienenden Teilen der Bevölkerung, sind weniger oft arbeitslos, leben länger und beziehen viele andere Vorteile aus dem Studium. Nachdem die Universitäten und damit die Kosten eines Studiums aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert werden, findet eine Umverteilung von unten nach oben, und innerhalb einer Einkommensklasse zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern statt. Nachdem die Kinder aus reichen Elternhäusern und Akademikerfamilien wesentlich öfter ein Universitätsstudium in Anspruch nehmen wie z.B. die Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien, trägt das kostenlose Universitätsstudium eher zur Zementierung der Ungleichheit anstatt zu mehr Mobilität von unten nach oben bei.

Die fehlende Information über den Wert der bezogenen Leistung beeinträchtigt das Kostenbewusstsein in der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen. Weder wissen die Studierenden genau, wie viel sie an Umverteilung eigentlich von der Gemeinschaft der Steuerzahler erhalten, noch weiss die Politik genau, in welche Richtung und wie viel sie damit umverteilt. Diese versteckte Umverteilung nach unklaren Kriterien könnte mit Studiengebühren beseitigt werden, verbunden mit einem Programm für Studienkredite, damit kein Talent und kein Studium an Finanzierungsfragen scheitern muss. Mit einem grosszügig ausgebauten Stipendienwesen könnte der Staat gezielt die soziale Mobilität von unten nach oben fördern und die Unterstützung auf jene beschränken, die sie wirklich brauchen.

Ähnliches gilt für Mietpreisregelungen und andere administrierte Preise. Die gedeckelten Preise können einen erheblichen Subventionsanteil enthalten. Wenn die Preise nicht kostendeckend sind, bewirken sie über kurz oder lang einen Rückgang des Angebots und verschärfen die Wohnungsknappheit. Zudem findet eine versteckte Umverteilung unter den Nachfragern statt. Der eine kommt in den Genuss einer subventionierten Wohnung und der andere nicht, so dass es schnell zu einer Ungleichbehandlung von Personen mit gleichem Einkommen kommt. Meist ist auch der Wert der versteckten Subvention nicht transparent, so dass weder die Begünstigten noch die Politik genau wissen, wie viel an Unterstützung bezogen und wie viel genau umverteilt wird.

Ein korrektes Verhältnis zum Staat: Das Problem ist nicht so sehr der Umfang der geleisteten Umverteilung, sondern wie umverteilt wird. Der

Wohlfahrtsstaat in Österreich ist in seiner Treffsicherheit schwer beeinträchtigt von einer Vielzahl selektiver Begünstigungen für individuell zurechenbare Leistungen, die von allen bezahlt werden. Damit findet versteckte Umverteilung in nicht beabsichtigte Richtungen statt. Es werden individuell verursachte Kosten für die Inanspruchnahme von Staatsleistungen verschleiert. Weder die Bürger noch die Politik wissen genau, wer tatsächlich wie stark begünstigt oder benachteiligt wird.

Die Vielzahl von Steuerbegünstigungen führt zu neuen Ungleichbehandlungen von vergleichbaren Personen und hebelt wenigstens teilweise die beabsichtigte Umverteilung von oben nach unten wieder aus. Die mangelnde Trennung von Versicherung und Umverteilung und die mangelnde Gebührenfinanzierung von individuell zurechenbaren Leistungen verwischt die Trennlinie zwischen einem korrekten Preis für eine Gegenleistung und einer Steuerzahlung beziehungsweise Unterstützungsleistung. Die Bürger können nicht mehr genau unterscheiden, wann sie einen selbst erworbenen Anspruch einlösen, und wann die Steuerzahlung beziehungsweise der Bezug einer Begünstigung beginnt. Das ist kein korrektes Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat.

Eine Umverteilung in nicht beabsichtigte oder nicht notwendige Richtungen bläht die Umverteilungsausgaben auf, ohne dass für die Gesellschaft ein Mehrwert im Hinblick auf eine Minderung der Ungleichheit nach klaren Kriterien der Gerechtigkeit erzielt würde. Dementsprechend ist inzwischen die Steuer- und Beitragsbelastung auf ein unzumutbar empfundenes Niveau angewachsen und zu einem schweren Nachteil im internationalen Wettbewerb geworden.

Die mangelnde Transparenz und Treffsicherheit erzeugen weitere Folgeprobleme. Es gibt immer jemanden in ähnlichen Verhältnissen, der gleich viel verdient, aber wesentlich mehr an Steuervorteilen und öffentlichen Leistungen herausholt. Jeder meint, er zahle zu viel und bekomme zu wenig. Die Bürgerinnen und Bürger entwickeln zunehmend das Gefühl, dass sie nicht mehr genug Gegenleistung für ihre Steuer- und Beitragszahlungen bekommen, und versuchen, angesichts mangelnder Qualität den Preis zu drücken. Ein Weg dazu ist der Kampf um selektive Begünstigungen, die von allen bezahlt werden. Angesichts der hohen Steuersätze zahlt sich der Aufwand aus, weil jeder Abzug eine besonders hohe Entlastung bringt, während die Kosten auf die breite Masse abgewälzt werden. Dort

werden sie im Einzelfall kaum gespürt, aber in Summe wachsen sie sich zu einer geradezu konfiskatorischen Belastung aus.

Wenn eine Gruppe erfolgreich ist, dann ist das umso mehr Legitimität für andere Gruppen, ebenfalls eine Begünstigung durchzusetzen. Inzwischen haben wir laut Rechnungshof über 500 davon. Pfusch und Steuerhinterziehung sind ein anderer Weg, durch Steuerwiderstand den Preis für unklare und mangelhaft empfundene Staatsleistungen zu drücken, und werden teilweise schon als Kavaliersdelikt aufgefasst.

Steuerhinterziehung ist konsequent zu bekämpfen. Aber die zunehmende Schattenwirtschaft und die schwindende Steuermoral drücken nicht so sehr eine wachsende kriminelle Neigung der Österreicher aus, welche mit noch repressiveren Massnahmen auszumerzen wäre. Sie sind vielmehr ein akutes Warnsignal, dass die staatliche Tätigkeit nicht mehr ausreichend überzeugt und die mangelnde Transparenz das Vertrauen in den Staat aushöhlt. Manche Länder wie z.B. die nordischen Hochsteuerländer oder die Schweiz haben kein besonderes Problem mit der Steuermoral. Dafür braucht es Information und Vertrauen in das staatliche Handeln.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Es herrscht eine breite Übereinstimmung über die Notwendigkeit, Ungleichheit zu reduzieren. Wieweit das geschehen soll, ist umstritten. Darauf hinzuwirken, dass Ungleichheit erst gar nicht entsteht, sollte Priorität haben. Bildung und fairer Wettbewerb ermöglichen mehr Chancengleichheit und sozialen Aufstieg. Fairer Wettbewerb soll den Marktzutritt für Unternehmensgründer und Selbständige sicherstellen und abschreckende Zulassungsbeschränkungen für gut bezahlte Berufe vermeiden.

Die Durchsetzung des Wettbewerbs und eine griffige Unternehmenskontrolle verhindern Auswüchse am oberen Einkommensende, indem sie unverhältnismässige Gewinne verhindern und nicht legitimierte Spitzenlöhne beschränken, die durch Missbrauch von Marktmacht und Übervorteilung und Behinderung neuer Konkurrenten zustande kommen. Eine krisenrobuste, innovative Wirtschaft sorgt dafür, dass der verteilbare Kuchen möglichst gross wird und vor allem am unteren Einkommensende soziale Risiken wie Erwerbslosigkeit möglichst gering bleiben. Auch ein grosszügiger Sozialstaat kann nachhaltig finanziert werden, wenn ihn nur sehr wenige in Anspruch nehmen müssen.

Trotz vorbeugender Politik ist eine Umverteilung im Nachhinein immer notwendig. Dabei wird es unter den unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen nie eine Übereinstimmung über das richtige Mass an Umverteilung geben. Mindestens ebenso wichtig ist aber, wie umverteilt wird. Es sollte ein breiter Konsens möglich sein, dass Umverteilung nur in eine Richtung gehen soll, nämlich von oben nach unten, und dass sie transparent und klar nachvollziehbar sein soll.

Ein korrektes Verhältnis zu unserem Staat verlangt, dass die Bürgerinnen und Bürger klar unterscheiden können, ob sie einen Preis für eine individuell zurechenbare Gegenleistung zahlen und die empfangenen Leistungen auf selbst erworbenen Ansprüchen beruhen, oder ob sie Solidarität in Anspruch nehmen oder andere unterstützen. Erst wenn die Bemessung und Finanzierung staatlicher Leistungen diese Unterscheidung konsequent einhalten, wird es möglich zu erkennen, wann ein Geschäft aufhört und Solidarität beginnt. Erst dann kann der Geber Anerkennung für seine geleistete Solidarität erfahren und der Empfänger Dankbarkeit für die empfangene Solidarität ausdrücken. Das scheint mir eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sein.

V. Abschnitt 5: Europa und der Euro

1. Währungen und der richtige Wechselkurs

Trend, 21.08.2019

Zuerst zetteln sie einen Handelskrieg an, jetzt wollen sie auch noch die eigene Währung abwerten. Haben die Kontrahenten des Handelskonflikts völlig die Rolle der Wechselkurse vergessen?

Ist denn der Kurs des Dollars, Euro oder Yuan nicht auch ein Preis wie jeder andere? Es gibt einen richtigen Wechselkurs, der auf Dauer Handel und Kapitalströme zwischen den Währungsräumen im Gleichgewicht hält. Er muss sich ständig anpassen, um Ausgleich zu schaffen.

Wann muss ein Land abwerten, damit der Wechselkurs wieder passt? Wenn in der Eurozone die Inflation höher ist, dann steigen die Preise und Löhne stärker als z.B. in den U.S.A. Zum Ausgleich muss der Euro gegenüber dem Dollar abwerten. Wenn der Wechselkurs konstant bliebe, dann hätten die Produzenten aus Europa auf dem U.S. Markt bald keine Chance mehr, weil sie ständig teurer würden. Die Konsumenten würden angesichts der steigenden Preise zuhause auf Importe aus den U.S.A. ausweichen, deren Preise viel langsamer steigen. Die schrumpfenden Exporte und die anschwellenden Importe aus den U.S.A. würden die Handelsbilanz der Eurozone bald in ein grosses Defizit stürzen. Der Euro muss abwerten, damit die heimischen Produzenten in den U.S.A. konkurrenzfähig bleiben und die amerikanischen Unternehmen nicht unverdiente Wettbewerbsvorteile in Europa ausspielen. Wer das nicht glaubt, möge an die Entwicklung Griechenlands in der Eurokrise denken, dessen Wechselkurs nicht abwerten konnte. Ein Land mit hoher Inflation muss abwerten.

Ein anderer Grund sind niedrige Zinsen. Wenn die EZB den Nominalzins unter das U.S. Niveau drückt, muss der Euro aufwerten, sprich der Dollar abwerten. Wenn das nicht passiert, wer könnte es den Finanzinvestoren verdenken, das Anlagekapital in die U.S.A. zu schicken, wo höhere Zinsen winken? Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Um den Kapitalabfluss zu bremsen, muss der Euro aufwerten. Zählt man zum niedrigen Zins die Aufwertungsgewinne des Euro dazu, dann sind die Investoren wieder

beim höheren U.S. Zins. Es funktioniert auch umgekehrt. Zieht man vom hohen U.S. Zins den Abwertungsverlust auf Dollar-Anlagen ab, ist man wieder bei der niedrigeren Rendite in der Eurozone. So stellen die Wechselkursanpassungen gleich lange Spiesse im Wettbewerb um das internationale Anlagekapital her, damit es dorthin fliesst, wo es am dringendsten gebraucht wird. Ein Land mit niedrigen Nominalzinsen muss deshalb aufwerten.

Zinsen und Inflation sind Sache der Geldpolitik. Der Wechselkurs muss sich auch anpassen, um auseinanderdriftende Entwicklungen in der Realwirtschaft auszugleichen. Die junge chinesische Bevölkerung spart fürs Alter. Soviel konnte China gar nicht investieren, um eine solche Flut an Ersparnissen selber zu „verwenden", und hat riesige Kapitalexporte erzeugt. Chinesisches Anlagekapital suchte Dollar- und Euro-Anlagen. Um diese Entwicklung einzubremsen, musste über kurz oder lang der Yuan aufwerten bzw. Dollar und Euro gegenüber dem Yuan abwerten. Angesichts dieser Abwertungsverluste auf U.S. und Euro-Anlagen haben dann die chinesischen Investoren doch etwas mehr zuhause investiert, um Wachstum in China selbst zu finanzieren. Jetzt kehrt sich die Entwicklung um, weil die chinesische Bevölkerung zunehmend altert, so dass die Ersparnisse in China abnehmen. Ebenso sollte die Aufwertung des Yuan sich umkehren.

In den U.S.A. läuft es umgekehrt. Ihre Sparquote ist legendär niedrig, aber sie investieren viel und wachsen kräftig. Weil es die eigene Bevölkerung nicht spart, muss die Wirtschaft eben Anlagekapital aus dem Ausland anziehen. Wie sonst könnten sie ihre hohen Investitionen und Budgetdefizite finanzieren? Weil die Zinsen auch in den U.S.A. immer noch niedrig sind, muss der Dollar eben aufwerten, damit Dollaranlagen für das internationale Finanzkapital Dank zu erwartender Aufwertungsgewinne attraktiv werden. Die Abwertung von Euro und Yuan sind das Spiegelbild der Dollaraufwertung. Der starke Dollar behindert zwar die internationale Wettbewerbsfähigkeit der U.S. Unternehmen. Aber mit Zöllen, Handelskonflikten und Währungskrieg hat das herzlich wenig zu tun. Wenn die Amerikaner ihr Problem lösen wollen, müssen sie endlich ihre Sparquote steigern.

Auch eine auseinanderdriftende Produktivitätsentwicklung erzwingt über kurz oder lang Wechselkursanpassungen. China stösst zunehmend an die technologische Spitze vor. Ausgehend von niedrigem Niveau steigt die

Produktivität in China viel stärker als anderswo. Wie sonst könnten sie aufholen? Chinas Unternehmen steigern daher ihre Wettbewerbsfähigkeit mit höherer Qualität und sinkenden Preisen sehr viel schneller. Wenn bei den Wechselkursen nichts passiert, würden sie der Konkurrenz in den U.S.A. und in Europa rasch davonlaufen. Es braucht eine Aufwertung des Yuan und eine Abwertung von Dollar und Euro, um Ausgleich zu schaffen.

Eine Aufwertung ist das Resultat niedriger Inflation und steigender Produktivität und zeigt, dass ein Land reicher wird. Jeder spürt es. Man verdient mehr dank Innovation und hoher Produktivität. Niedrige Inflation erhält die Kaufkraft, die Preise bleiben stabil. Mit einer pickelharten Währung werden die Importe und der Urlaub im Ausland billig. Die Wirtschaft kann es sich leisten, wenn sie innovativ ist und ständig produktiver wird.

Laufende Abwertungen sind dagegen ein Verarmungsprogramm. Länder, die abwerten, haben ihre Inflation nicht im Griff oder müssen gar ihre Schulden mit Inflation entwerten. Sie wissen nicht, wie sie ihre Sparüberschüsse im Inland produktiv einsetzen können und müssen daher Kapital exportieren, um Investitionen im Ausland zu finanzieren. Wenn Innovation und Produktivität lahmen, kann die Wirtschaft nur mehr mit Preis- und Lohnzugeständnissen, sprich Abwertung, wettbewerblich bleiben. Wenn man den Wettstreit um hohe Wettbewerbsfähigkeit schon von vornherein aufgegeben hat, kann man sich eben nur mehr mit einer Abwertung retten.

Wechselkursanpassungen sind das Natürlichste der Welt! Unterschiede bei Inflation, Zins und Produktivitätswachstum spielen zusammen und bestimmen gemeinsam die Entwicklung der Wechselkurse. Auf- und Abwertungen sind ein zentraler Mechanismus, um entstehende Unterschiede auszugleichen und ein krisenhaftes Auseinanderdriften zu verhindern. Handels- und Leistungsbilanzen kann man mit Wechselkursmanipulation sicher nicht ausgleichen. Es gibt keinen anderen Weg als bei den Ursachen anzusetzen, nämlich Produktivitäts- und Lohnwachstum, Ersparnissen und Investitionen.

Sicherlich sind Wechselkurse anfällig für Manipulation, Spekulation oder angstgetriebene Kapitalbewegungen. Sie werden durch irrlichternde Wirtschaftspolitik bis hin zu Währungsstreitigkeiten gefördert, die nur Unsicherheit stiften und das Vertrauen der Investoren verspielen. Dann kommt es zu Unter- oder Überbewertungen, welche die ausgleichende Rolle der Wechselkurse aushebeln. Die Notenbanken können durch teure Devisenmarktinterventionen versuchen, den Wechselkurs kurzfristig zu

stabilisieren, damit der Wirtschaft mehr Zeit für Anpassungen bleibt, aber nur vorübergehend. Man kann keinen Wechselkurs dauerhaft entgegen den Marktkräften fixieren. Das musste sogar die reiche Schweiz erfahren, deren Nationalbank am Ende die Untergrenze für den Frankenkurs nicht mehr halten konnte und eine schlagartige Aufwertung hinnehmen musste. Und was ist passiert? Die Schweizer sind noch reicher geworden und die Wirtschaft hat es mit noch mehr Innovation gut verdaut.

2. ITALIEN UND DER EURO

Finanz und Wirtschaft, 27.02.2019

In Italien herrscht die Krise. Der Staat ist überschuldet und hat keinen Spielraum mehr. Die Banken sind in kläglichem Zustand. Die Wirtschaft lahmt.

Die Staatsverschuldung liegt bei 130% des BIPs. Dabei hat Italien die Schuldenquote seit 1995 bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 langsam von über 120% auf etwa 100% reduziert. Seitdem ist sie stark angestiegen. Es ist kein Geld da für öffentliche Investitionen und Vorleistungen, die das Wachstum stützen könnten. Es fehlt jeder Spielraum, um in einer Rezession gegenzusteuern, weil die Schuldentragfähigkeit ausgereizt ist. Aus Angst, ihr Geld nicht zurückzubekommen, fordern die Investoren bei höheren Defiziten höhere Zinsen. Steigen die Zinsen, sinken die Kurse. Statt ein Anker der Sicherheit zu sein, ist der Staat zur Quelle des Risikos für die Banken und vermögenden Steuerzahler geworden. Die automatischen Stabilisatoren sind ausser Kraft, weil der Staatshaushalt nicht mehr weiter ins Defizit rutschen kann.

Die Banken Italiens können keine neuen Schocks mehr vertragen. Sie sind mit faulen Krediten beladen und müssen bei einer Rezession Schlimmes befürchten. Der Anteil der schlechten Kredite lag vor der Krise bei akzeptablen 6%, und ist ab 2008 auf etwa 18% gestiegen. Seit 2014 bessert sich die Lage, dank günstiger Konjunktur. Aber jetzt zeichnet sich die nächste Rezession ab. Viele Schuldner werden wieder Probleme bekommen. Wenn die Nervosität der Anleger die Kurse der Staatsanleihen fallen lässt, müssen die Banken neue Verluste befürchten. Sie können sich weitere Abschreibungen nicht mehr leisten. Daher schieben sie faule Kredite an wenig profitable Firmen vor sich her, anstatt die Kreditvergabe auf wachstumskräftige Unternehmen zu lenken.

Der Realwirtschaft geht es nicht besser. Geplagt von hohen Lohnstückkosten, hoher Steuerbelastung und überbordender Bürokratie ist ihre Wettbewerbsfähigkeit schwer beeinträchtigt. Investition und Wachstum lahmen. So kann die hohe Arbeitslosigkeit nicht abnehmen. Die Italiener bezahlen es mit schleichenden Einkommensverlusten. Während seit der Einführung des Euro anfangs der 2000er in Deutschland das reale Pro-Kopf-

Einkommen um 23% und in der gesamten Eurozone um 15% gestiegen ist, muss die italienische Bevölkerung einen Verlust von etwa 5% beklagen. Der Wohlstand ist geringer als vor zwanzig Jahren! Man muss sich fürchten, dass die Bevölkerung zunehmend für populistische Versprechungen anfällig wird.

Ist der Euro eine Zwangsjacke, der Italien lähmt? Mit dem Beitritt zur Währungsunion hat das Land viel Autonomie und wichtige Anpassungsmechanismen aufgegeben. Die Zins- und Geldpolitik der EZB muss sich an der gesamten Eurozone orientieren und kann nicht speziell auf Italien Rücksicht nehmen. Eine Abwertung separat für Italien ist nicht möglich. Zins- und Wechselkursanpassungen müssen durch andere Anpassungsmechanismen ersetzt werden. In erster Linie braucht es eine strikt produktivitätsorientierte Lohnfindung, die weiteres Wachstum der Wirtschaft ermöglicht und die Wettbewerbsfähigkeit sichert. Weil die nationale Geldpolitik für die Konjunkturstabilisierung ausfällt, muss die Finanz- und Wirtschaftspolitik die automatischen Stabilisatoren verstärken und die heimischen Risikoquellen abbauen. Deshalb sind eine niedrige Staatsschuld und ein robuster Bankensektor notwendig. Das europäische Rahmenwerk - makroökonomische Überwachung, Maastricht-Kriterien für den Schuldenabbau, Bankenunion, und der ESM im Notfall - kann den Reformprozess unterstützen und Leitplanken für die Zukunft setzen. Doch Italien kann nicht ohne nationale Kraftanstrengung aus der Krise herausfinden.

Italien steht vor einer Weggabelung. Entweder das Land findet Kraft und Ausdauer zu radikalen Reformen, oder es riskiert einen Euroaustritt. Ein plötzlicher Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten könnte ihn herbeizwingen, oder die Politik könnte ihn mit dem verführerischen Versprechen einer schnellen Lösung der Probleme durch einen Austritt selbst provozieren.

Die Folgen lassen sich holzschnittartig skizzieren. Sobald sich erste Gerüchte über einen Austritt verbreiten, würde in Erwartung einer starken Abwertung der neuen Lira schlagartig eine riesige Kapitalflucht einsetzen. Argentinien musste nach der Aufgabe der Dollarbindung in den ersten Monaten 2002 kumuliert um über 80% abwerten! Ähnliches wäre wohl für Italien zu erwarten. Nur wer schnell genug ist, kann sein Vermögen noch in sichere Häfen bringen und vor dem Wertverfall schützen. Die Sparer würden in Panik die Banken stürmen, um ihre Ersparnisse in baren Euros

zu halten oder ins Ausland zu bringen. Der panikartige Abverkauf italienischer Staatsanleihen würde die Zinsen hochschnellen und die Kurse ins Bodenlose stürzen lassen. Der Staat wäre insolvent und auf die Finanzierung mit der Notenpresse angewiesen. Die Banken könnten dieser Wucht nicht standhalten und nur mehr mit einer massiven Liquiditätszufuhr der Notenbank überleben. Dies würde einen grossen Inflationsschock auslösen, der die Vermögenden faktisch enteignet. In einer scharfen Krise würde die Arbeitslosigkeit massiv ansteigen. Viele Unternehmen und Haushalte wären insolvent. Das Muster ist aus Krisenländern wie z.B. Argentinien bekannt. Nach einem grossen Schuldenschnitt müssen sie sich mit Hilfskrediten des IWF unter strikten Reformauflagen aus der Notlage befreien.

Die Folgen könnten gelindert werden, wenn es gelingt, mit einer mehrwöchigen Bankenschliessung und strikten Kapitalverkehrskontrollen die Kapitalflucht wenigstens teilweise zu unterbinden. Es ist allerdings zweifelhaft, dass eine Entscheidung von solcher Tragweite völlig überraschend kommen könnte. Eine Kapitalflucht wäre wohl nur teilweise zu verhindern.

Auch wenn ein Grossteil der Staatsschuld in italienischen Händen liegt, würde die Krise angesichts der Kapitalverflechtungen im übrigen Europa grosse Verluste und krisenhafte Entwicklungen auslösen. Es ist auch nicht denkbar, dass Italien seine Target-Verbindlichkeiten gegenüber der EZB erfüllen könnte. Angesichts der Vermögensverluste im übrigen Europa wäre eine weitere EU-Mitgliedschaft eher zweifelhaft. Bei einem Ausscheiden auch aus der EU wären weitere Einkommenseinbussen mit einem dauerhaft um 5 bis 7% geringeren BIP zu erwarten.

Nach dieser Schocktherapie wäre mit der hohen Abwertung und dem Reallohnverlust die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hergestellt. Italien könnte wieder schneller wachsen, auch weil sich Staat, Unternehmen und Haushalte nach einer Schuldenbereinigung in besserer Lage präsentieren. Das Land könnte die Zins- und Geldpolitik auf die eigenen Verhältnisse zuschneiden, um die Konjunktur besser zu stabilisieren, und könnte wieder auf Wechselkursanpassungen als Ausgleichsmechanismus vertrauen.

Aber die Probleme verschwinden nicht einfach mit einem Euroaustritt. Auch mit eigener Währung kann ein Land nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn die Staatsfinanzen nachhaltig sind, ein starker Bankensektor eine sichere Kreditversorgung gewährleistet, und die Wirtschaft mit qualifizierter Arbeit, Innovation und stetigen Produktivitätssteigerungen wettbewerbsfä-

hig bleibt. Abwertungen sind auch keine Lösung, weil sie das Land gegenüber dem Rest der Welt ärmer machen. Erfolgen die notwendigen Reformen nicht, ist der wirtschaftliche Niedergang vorprogrammiert. Ob mit oder ohne Mitgliedschaft in der Eurozone, das Schicksal zukünftiger Generationen in Italien entscheidet sich an der Fähigkeit der Politik zu nachhaltigen Reformen.

3. EINLAGEN SICHERN OHNE UMVERTEILUNG

Finanz und Wirtschaft, 30.05.2018

Das Vertrauen ist das wichtigste Kapital der Banker. Es sichert eine stabile Finanzierung. Im Durchschnitt der Eurozone finanzieren sich Banken zu 66% mit Spareinlagen. Die Haushalte halten etwa 31% ihres Finanzvermögens in täglich fälligen Spareinlagen. Eine glaubwürdige Einlagensicherung erhält das Vertrauen der Sparer und legt den Anker für ein stabiles Bankensystem. Wenn das Vertrauen verschwindet, herrscht Krise.

Normal sind die Spareinlagen sehr stabil. Den Abhebungen der einen stehen die Neueinlagen der anderen gegenüber. Aber die Sparer wollen ihre hart erarbeiteten Ersparnisse in Sicherheit wissen. Wenn eine Bank in Not gerät, ist das Vertrauen schnell verspielt. Wenn die ersten ihre Ersparnisse abziehen, dann ist Feuer am Dach. Die Sparer stecken sich in ihrer Angst gegenseitig an. Sie müssen schnell handeln, denn wenn einer Bank die Reserven ausgehen, bleibt für die letzten nichts mehr übrig. Ein Sturm auf die Bank setzt ein. Was am Anfang nur eine Vermutung ist, wird zur selbsterfüllenden Prophezeiung und verwandelt vorübergehende Liquiditätsengpässe in eine sichere Insolvenz. Wenn die Sparer auch Probleme bei anderen Banken vermuten, kann sich der Vertrauensverlust auf den ganzen Sektor und sogar grenzüberschreitend auf andere Länder ausbreiten. Die systemische Krise wäre komplett.

Eine solche Vermögensvernichtung ist mit einer Garantie vermeidbar. Indem die Einlagensicherung den Sparern den Schaden ersetzt, sichert sie das Vertrauen und verhindert einen massenhaften Abzug von Einlagen. Nur wenn das Schadensrisiko unabhängig voneinander bleibt, kann es eine Versicherung geben. Dann können die Beiträge der übrigen Banken den Schaden bei einer betroffenen Bank finanzieren. Wenn sich jedoch ein Vertrauensverlust ausbreitet, sind alle Banken gleich betroffen. Das Versicherungsprinzip bricht zusammen. Die nationale Einlagensicherung könnte die massenhaften Verluste nicht mehr abdecken. Deshalb wäre eine Europäische Einlagensicherung vorteilhaft, solange sich die Beitrags- und Schadenszahlungen zwischen den Ländern abwechseln.

Gerade in einer Krise ist die Einlagengarantie wichtiger als je sonst, um das Vertrauen der Sparer zu erhalten. Damit die Garantie von 100‘000 Euro pro Sparer und Bank glaubwürdig ist, braucht es einen Kreditgeber letzter Instanz, der immer zahlen kann, also die Zentralbank. Diese letzte Garantie kann verhindern, dass sich ein Vertrauensverlust ausbreitet und eine Finanzkrise provoziert. Was bleibt, ist das unabhängige, betriebswirtschaftliche Risiko einer Bank, die bei Fehlentscheidungen abgewickelt werden soll, ohne eine Ansteckung auszulösen. Das erfordert die Marktdisziplin wie bei anderen Unternehmen auch. Die Einlagensicherung verhindert nicht nur eine von Angst getriebene Ansteckung, sondern trägt auch dazu bei, dass es in der Eurozone nicht zu einer destabilisierenden Kapitalflucht von den Krisenländern zu den sicheren Häfen des Nordens kommt. Das sind wichtige Voraussetzungen, damit eine gemeinsame Einlagensicherung eine nachhaltige Versicherung von statistisch unabhängigen Risiken sein kann.

Die Einlagensicherung schafft selbst wieder neue Probleme, weil sie ein riskanteres Verhalten der Sparer und Banken begünstigt, wenn die Schäden grosszügig ersetzt werden. Es wäre wenig gewonnen, wenn sie zwar das Vertrauen sichert und damit die Wahrscheinlichkeit von systemischen Krisen mindert, aber auf der anderen Seite ein sorgloses Verhalten von Sparern und Banken das betriebswirtschaftliche Risiko der Banken wieder steigert! Auch eine Versicherung hat einen Preis. Unvorsichtiges Verhalten treibt die Kosten der Versicherung unnötig in die Höhe, die am Ende wieder bei den Sparern und Kreditnehmern landen. Deshalb braucht es vorbeugende Massnahmen, um die Einlagensicherung vor einer Überbeanspruchung zu schützen.

Die Begrenzung der Garantiesumme auf 100‘000 Euro soll wenigstens die grossen Sparer zu Vorsicht anhalten, damit sie Marktdisziplin walten lassen. Die Bankenaufsicht soll Probleme frühzeitig erkennen und Massnahmen setzen, damit der Schaden geringer bleibt. Hohe Kapital- und Liquiditätsanforderungen mindern das Ausfallsrisiko und bedeuten, dass der Schaden mehr von den Bankeigentümern und weniger von der Einlagensicherung zu tragen ist. Eine umfassende Gläubigerbeteiligung bei der Bankenabwicklung bewirkt, dass die Einlagensicherung weniger zahlen muss. Risikoabhängige Beiträge fördern eine vorsichtige Geschäftspolitik, mit der die Banken ihre Beitragslast mindern können. Sie sollen zudem gleich lange Spiesse im Wettbewerb sichern und Quersubventionierung zwischen

Banken verhindern. Es ist dem fairen Wettbewerb und der Sicherheit des Finanzsystems nicht dienlich, wenn Banken mit vorsichtigem Geschäftsmodell für die Schäden ihrer risikobehafteten Konkurrenten zahlen müssen.

Die Bankenunion und die höheren Kapitalstandards nach Basel verwirklichen wichtige vorbeugende Massnahmen für eine nachhaltige Einlagensicherung. Und trotzdem ist der Vorschlag der EU Kommission für eine europäische Einlagensicherung problematisch. Erstens kann eine Versicherung nur zukünftige Risiken, und nicht bereits eingetretene Risiken versichern. Die grossen Bestände von faulen Krediten im Süden würden die Einlagensicherung schwer vorbelasten. Zweitens ist auch langfristig eine Quersubventionierung und damit eine Umverteilung in der Eurozone angelegt, weil unterschiedliche Länderrisiken bei den risikoabhängigen Beiträgen nicht genügend berücksichtigt werden. Der einheitliche gesicherte Betrag von 100‘000 Euro macht in Österreich und Deutschland etwa das 2.5-fache des Pro-Kopf-Einkommens aus, aber in Estland und Griechenland das 6 bis 8-fache! Drittens sind in der Bankenregulierung die Staatsanleihen nach wie vor bevorzugt, indem die Banken diese nicht mit Eigenkapital unterlegen müssen. Daher halten gerade die Banken in den überschuldeten Ländern gerne Staatsanleihen, sind dem höheren Insolvenzrisiko ihres Heimatstaates ausgesetzt und haben auch deshalb ein höheres Ausfallsrisiko. Alle diese Faktoren tragen zu einer Quersubventionierung in der Eurozone bei, welche die Wettbewerbsneutralität unter den Banken stört und zu Umverteilung zwischen den Ländern führt. Aber regionale Umverteilung ist sicher keine Aufgabe der Banken und ihrer Sparer. Dafür gibt es bessere und treffsichere Instrumente, nämlich die Regional- und Strukturpolitik und einen transparenten Finanzausgleich.

Es braucht eine Verstärkung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene. Aber es darf nicht zur Umverteilung verkommen, was eine Versicherung sein soll. Hier wäre ein einfacher Vorschlag, welcher der Praxis der internationalen Rückversicherung von seltenen Grossrisiken folgt. Die nationalen Einlagensicherungen bleiben bestehen, werden aber durch eine Rückversicherung auf europäischer Ebene wesentlich gestärkt. Die Beiträge der Banken zur Einlagensicherung sollen je zur Hälfte in das nationale System und in eine europäische Rückversicherung fliessen. Im Gegenzug erhalten die nationalen Systeme Zugang zu einem rückzahlbaren Kredit in der Höhe des fünffachen ihrer Einlage im europäischen Topf. Die

nationalen Systeme könnten eine dreimal so hohe Schadenssumme wie im Alleingang leisten. Aber nur die Bankenbeiträge im betroffenen Land würden wiederaufleben, um den Topf der nationalen Sicherung aufzufüllen und den Kredit an die europäische Rückversicherung zurückzuzahlen. Das wäre eine wesentliche Verstärkung der Einlagensicherung, die eine regionale Umverteilung ausschliesst.

4. DIE EU NACH DEM BREXIT

Finanz und Wirtschaft, 15.03.2017

Der Brexit ist eine Zäsur. Es ist möglich, aus der EU auszutreten. In der Wahrnehmung der Bürger dominieren die Bedrohung durch unkontrollierte Zuwanderung, die härtere Konkurrenz als Folge wirtschaftlicher Integration, und die leicht zu beziffernden Beitragszahlungen und die Krisenhilfen in der Eurozone. Die Vorteile des einheitlichen Binnenmarktes und der Freiheit des Güter-, Personen- und Kapitalverkehrs bleiben eher diffus und treten erst mit Verzögerung ein. Es ist schwieriger, die Wohlstandsgewinne ursächlich mit der EU in Verbindung zu bringen. Zudem gibt es nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Viele Bürger verbinden die EU und die Eurozone mit Arbeitslosigkeit, drohender Zahlungsunfähigkeit und Austeritätspolitik. Die Vorteile der gemeinsamen Währung gehen völlig unter. Europa wird mit Souveränitätsverlust und übermässiger Gängelung der nationalen Politik assoziiert. Vielerorts werden EU-skeptische Parteien populär, die sich gar für einen Austritt aus der Eurozone und der EU stark machen. Wie kann eine stabile EU ausschauen, welche eine kooperative Haltung fördert und einen tragfähigen Kompromiss zwischen nationaler Selbstbestimmung und Souveränitätsverzicht zugunsten gemeinsamer Anliegen ermöglicht?

Mit der Einführung des Euro haben die Mitgliedsländer auf ein gewaltiges Stück an nationaler Autonomie verzichtet. Sie haben Anpassungen der Wechselkurse und eine unterschiedliche Zins- und Geldpolitik zum Ausgleich wirtschaftlicher Entwicklungen aufgegeben. An ihre Stelle müssen andere Ausgleichsmechanismen treten, die dem Entstehen von Ungleichgewichten vorbeugen und im Nachhinein ausgleichende Anpassungen ermöglichen. Anstelle von Anpassungen der Wechselkurse müssen interne Auf- und Abwertungen treten. Weil eine nationale Notenbank nicht mehr als letzter Garant zur Verfügung steht, sind Staatsschulden riskanter geworden und müssen reduziert werden. Deshalb braucht es Maastricht-Kriterien zur Begrenzung der Staatsschulden und makroökonomische Überwachung, um dem Entstehen von Ungleichgewichten vorzubeugen. Der

Krisenmechanismus ESM vergibt Notkredite verbunden mit harten Anpassungsprogrammen, um Fehlentwicklungen im Nachhinein zu korrigieren. Die Errichtung der Bankenunion soll die Krisenrobustheit der Banken stärken. Ein wichtiges Ventil zur Verringerung von Ungleichgewichten in einem gemeinsamen Währungsgebiet wäre zudem die Mobilität der Arbeit.

Die bittere Ironie ist, dass die Eurozone für ihre Stabilität mehr Integration benötigt, aber die Bürger weniger Integration und mehr Autonomie wünschen. Nach dem Brexit scheint ein Austritt weiterer Staaten aus der EU und der Eurozone plötzlich denkbar. Dabei ist ein Ausscheiden aus der Eurozone oder gar ihre Auflösung mit ungleich grösseren Risiken und Schäden verbunden. Neun Jahre nach Ausbruch der Krise, nach grossen institutionellen Reformen zur Festigung der Eurozone, nach umfangreichen Hilfskrediten der Geberländer und nach schmerzhaften Reformen in den Krisenländern wären die Opfer und hart erkauften Erfolge umsonst.

Problematisch ist, dass es zwar einen Mechanismus für den Beitritt zur Eurozone gibt, aber keiner für einen Austritt existiert. Wenn die Staaten die Konsequenzen eines Austritts nicht abschätzen und die Marktteilnehmer über mögliche Folgen nur spekulieren können, drohen Fehlentscheidungen und chaotische Reaktionen auf den Märkten. Um Unsicherheit und Fehlentscheidungen zu vermeiden, müssen die Akteure genau wissen, was bei einem Austritt passiert. Ein klares Insolvenzrecht für Staaten wäre eine wesentliche Voraussetzung.

Während bei der Einführung des Euro vorher die Ungleichgewichte mit einem Konvergenzprogramm abgebaut wurden, haben sich nach Einführung des Euro gewaltige Ungleichgewichte wieder aufgebaut. Ein Land, das ohne Schädigung anderer Länder aus der Eurozone austreten will, müsste seine Ungleichgewichte vor dem Austritt abbauen. Erfolgt ein Austritt vorzeitig in einer Situation grosser Ungleichgewichte, käme es zu einer aufgestauten Auf- oder Abwertung des nationalen Wechselkurses. Die Target-Salden würden plötzlich zu Krediten zwischen Ländern mit unterschiedlicher Währung, die zu den ohnehin überhöhten Schulden vieler Länder dazukämen. Viele Schulden wären nicht mehr tragbar und müssten abgeschrieben werden. Die Re-Kapitalisierung des Bankensektors ist in den meisten Ländern noch nicht soweit fortgeschritten, als dass er einer grösseren Finanzkrise wie 2008 ohne Interventionen standhalten könnte.

Die EU ist mehr als die Summe seiner Teile. Damit die grossen Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung sich

einstellen können, müssen die Mitgliedsstaaten erhebliche Beiträge leisten und auf nationale Souveränität verzichten. Die Versuchung ist gross, die volle Teilhabe an den wirtschaftlichen Vorteilen zu fordern, aber die eigenen Beiträge kleinzurechnen. Die nationalen Vorstellungen über die Aufgaben und die Reichweite der EU gehen weit auseinander. Daher braucht es verschiedene Ebenen der Integration und klare Regeln für Rechte und Pflichten.

Den weitest gehenden Souveränitätsverzicht leisten die Mitglieder der Eurozone. Sie müssen sich auch zur tiefsten Integration verpflichten, damit im gemeinsamen Währungsgebiet die Ausgleichsmechanismen gut funktionieren. Volle Personenfreizügigkeit innerhalb der Eurozone ist unabdingbar, ausserhalb des Eurogebiets ist sie weniger zentral. Die Mitglieder der Eurozone sind der Kern der EU und sollen über volle Mitbestimmung und die meisten Rechte verfügen.

Eine weniger tiefe Integration und mehr nationaler Souveränität bietet die EU als Wirtschaftsgemeinschaft. Die EU Mitglieder ausserhalb der Eurozone behalten die nationale Geldpolitik und können bei Bedarf den Wechselkurs anpassen. Die volle Personenfreizügigkeit hat eine geringere Bedeutung. Abgesehen von einer koordinierenden Rolle der EU kann sie stärker der nationalen Verantwortung übertragen werden. Die EU braucht klare Regeln für die Mitgliedsbeiträge. Die EU Mitglieder haben keine wesentlichen Mitspracherechte in der Eurozone.

Die dritte Ebene wäre ein reformierter EWR mit einheitlichen Bedingungen für alle Mitgliedsländer. Dieser würde sich im Wesentlichen auf die Teilnahme am Binnenmarkt mit angepassten Beitragszahlungen beschränken. Die Autonomie der EWR-Länder wäre am grössten. Wichtige Politikbereiche wie gemeinsame Agrarpolitik und Aussenpolitik blieben aussen vor. Der gemeinsame Rechtsbestand für den Binnenmarkt müsste mit einem gemeinsamen Gerichtshof wie z.B. jenen der EFTA durchgesetzt werden. Daneben soll es nur mehr Freihandelsabkommen mit der EU in beidseitigem Interesse und Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO geben.

Die EU erzeugt grosse Wohlstandsgewinne, die im nationalen Alleingang nicht möglich sind. Damit die Politik eines Landes den Partnern Vorteile bringt anstatt Schäden verursacht, braucht es Kooperation und klare Regeln. Nicht alle Länder sind zum gleichen Souveränitätsverzicht bereit, und

nicht alle sind für eine weitreichende Integration wie im Kern der EU gleich gerüstet. Mehr Verzicht auf Souveränität bei tieferer Integration muss mit mehr Entscheidungsrechten und exklusiven wirtschaftlichen Vorteilen einhergehen. Vor einem Austritt aus der Eurozone sind alle bisher aufgelaufenen Verpflichtungen zu erfüllen. Neuen Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit fairen Beitragszahlungen geben. Eine Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip und eine klare Rechnung können am ehesten die Anreize zu Kooperation erhalten.

5. KOOPERATION STATT EIGENNUTZ – BREXIT

Trend, 01.06.2016

Grossbritannien debattiert. Ist der Austritt (Brexit) oder der Verbleib in der EU die bessere Wahl? Je nach Umfrage führen die Befürworter des Verbleibs mit 5 Prozentpunkten, aber es gibt 12% Unentschlossene. Die Befürworter betonen die ökonomischen Risiken des Austritts, die Gegner kritisieren die Einschränkungen der nationalen Autonomie und die Probleme mit der Zuwanderung.

Ökonomische Folgen: Als GB 1973 zur Gemeinschaft beitrat, lag der Anteil der damaligen EG am britischen Aussenhandel bei einem Drittel. Seitdem haben der Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelsbarrieren, die Vereinheitlichung von Produktstandards und die EU Wettbewerbspolitik den beidseitigen Marktzugang enorm erleichtert. 2014 entfielen 45% der britischen Exporte und 53% der Importe auf die EU. Daraus folgen hohe Wohlstandsgewinne, weil der EU-weite Wettbewerb durch sinkende Preise die Kaufkraft stärkt und die Konsumenten sich über eine bessere Auswahl aus der reichen Produktvielfalt ganz Europas freuen. Der bessere Marktzugang erleichtert die Spezialisierung der britischen Wirtschaft auf jene Bereiche, wo sie Qualitäts- und Kostenvorteile verbuchen und höhere Wertschöpfung erzielen kann. Umgekehrt müssen andere Branchen schrumpfen, wenn EU-Importe besser und billiger sind.

Ein Brexit würde diesen Prozess umkehren und der britischen Wirtschaft Einkommens- und Kaufkraftverluste bescheren. Wie hoch diese Verluste sind, hängt davon ab, ob die EU nach dem Austritt GB wie ein Drittland behandelt und wieder Zölle erhebt. In diesem pessimistischen Fall könnte GB jedoch die Nettozahlungen (Beiträge nach Abzug erhaltener EU Gelder) von 0.31% des BIP einsparen. GB steuert etwa 20% der Nettozahlungen an den EU Haushalt bei. Die Forscher des Centre for Economic Policy Research (CEPR) berechnen einen dauerhaften Rückgang des britischen Pro-Kopf-Einkommens von 2.6% des BIP. Im optimistischen Fall kann GB einen bevorzugten Marktzugang wie Norwegen und Schweiz aushandeln. Dafür müssen diese Länder erhebliche Zahlungen leisten. Pro Kopf entsprechen die Nettozahlungen Norwegens etwa 80%

des britischen Nettobeitrags. Die Einsparungen würden auf 0.1% des BIP schrumpfen. In diesem Fall beziffern die Forscher die Einkommensverluste nur mehr mit 1.3%.

Mit Direktinvestitionen bauen multinationale Unternehmen die Produktion in den Standortländern aus, um die nationalen und umliegenden Märkte schneller und billiger zu bedienen. CEPR Forscher haben berechnet, dass von allen Direktinvestitionen, die zwischen 1985 bis 2013 nach GB geflossen sind, etwa 28% auf die EU-Mitgliedschaft zurückzuführen sind. Brexit wäre also ein gewaltiger Verlust an Standortattraktivität. Zudem zwingt der EU-weite Wettbewerb die Unternehmen zu mehr Innovation, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Innovationsfähigkeit hängt kritisch vom freien Marktzugang ab. Das macht die Teilnahme am gemeinsamen Markt zur Wachstumslokomotive. Die dynamischen Handelsgewinne betragen das Zwei- bis Dreifache der statischen Effekte. Je nach Szenario beziffern daher die CEPR Forscher die Wachstumsverluste auf insgesamt 6.3 bis 9.5% des BIPs jährlich.

Die Zuwanderung ist politisch das heisseste Eisen. Während die EU die gemeinsamen Grenzen schützen und Einwanderung von aussen filtern kann, gehört die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU zu den Grundprinzipien. Seit der EU-Erweiterung 2004 und der Osterweiterung 2007 ist die Zahl der EU-Ausländer in GB auf mehr als 3 Mio. gestiegen und hat sich verdoppelt. Jobverluste sind weitgehend ausgeblieben, mit Unterschieden nach Branchen und Berufen. Allerdings mussten britische Arbeitnehmer mit geringer bis mittlerer Qualifikation im Dienstleistungsbereich leichte Lohnverluste von etwa 1% hinnehmen. Dieser Effekt dürfte im Vergleich zu den jährlichen Lohnsteigerungen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegen. Auch der „Sozialtourismus“ ist wenig bedeutsam. Die Wohlfahrtszahlungen sind weder ein spürbarer Magnet für Zuwanderung noch fallen sie fiskalisch ins Gewicht, da Zuwanderer britische Sozialleistungen seltener beanspruchen als Einheimische und die Unterstützung meist erst nach einer Wartezeit möglich ist. Die populäre Wahrnehmung der Einwanderung steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Folgen. Die Handelsverluste eines Brexit würden den britischen Arbeitnehmern weit mehr schaden als die Konkurrenz von Zuwanderern.

GB zählt 65 Mio. Einwohner, das sind 12.8% der EU28 Bevölkerung, und erwirtschaftet ca. 16% des EU28 BIP. Die Folgen eines Brexit für die übrige EU wären negativ, aber überschaubar. Zwar könnten einige Länder

sich etwas vom Kuchen abschneiden, den GB aufgeben würde, und etwas mehr Handel und Direktinvestitionen auf sich ziehen. Europäische Finanzplätze könnten der Finanzmetropole London teilweise lukratives Geschäft abjagen. Andererseits würde der gemeinsame Markt um 16% schrumpfen und damit an Attraktivität verlieren. Ökonomen schätzen, dass ein Rückgang des beidseitigen Handels um 10% das BIP der übrigen Mitglieder um etwa 0.05% absenken würde. Es käme auch zu einigen Vermögensverlusten in Europa, da Unternehmen und Banken stark in GB investiert sind. Rechnet man die dynamischen Handelseffekte und die Unsicherheiten nach dem Brexit dazu, könnte der BIP Verlust auf 0.2% steigen. Das liegt im Schwankungsbereich von Konjunkturprognosen.

Kooperation oder Eigennutz? Warum gibt es diese EU Skepsis, wenn die Vorteile einer EU Mitgliedschaft so gross sind? Die Wahrnehmung ist leider kurzsichtig und einseitig. Erstens überwiegen zuerst die Nachteile, während die Vorteile nur langsam eintreten. Importkonkurrenz und Beschäftigungsverluste sind sofort da, während die Exportkapazitäten erst aufgebaut werden und die so geschaffenen Jobs nur langsam entstehen. Aber es gibt kein Wachstum ohne Investition und Geduld. Zweitens sind die Kosten sichtbarer und leichter zu quantifizieren, während die Vorteile diffus und unsicher sind, weil sie später anfallen. Aber niemand ist je reich geworden, ohne etwas zu wagen. Drittens soll die EU Wohlfahrtsgewinne realisieren, die im Alleingang nicht möglich wären. Aber die Vorteile des gemeinsamen Marktes sind nicht möglich, ohne ein Stück Souveränität aufzugeben. Besonders verlockend ist es, am gemeinsamen Markt teilzunehmen, ohne dafür zu zahlen. Wenn alle zu Trittbrettfahrern werden, dann ist die Kooperation zu Ende.

Nationale Alleingänge zu bekämpfen und die Mitglieder auf Kooperation einzuschwören ist die Herausforderung der EU. Das Risiko für GB ist, dass die EU bei einem ausgetretenen Land eine härtere Haltung einnimmt als gegenüber Schweiz oder Norwegen, die nie beigetreten sind. Die harte Haltung soll andere EU-kritische Mitglieder abschrecken. Um den Club zusammenzuhalten, möchte sie die Vorteile des grossen Binnenmarktes ihren Mitgliedern exklusiv vorbehalten. So kann sie einen Anreiz zu Kooperation anstatt Eigennutz setzen.

6. DIE KAPITALMARKTUNION VERTIEFEN

Finanz und Wirtschaft, 19.12.2015

Die europäische Wirtschaft ist übermässig stark von Bankkrediten abhängig. Die Märkte für risikotragendes Eigenkapital und Anleihen sind dagegen unterentwickelt. Zudem behindert die kleinräumige Aufteilung den freien Kapitalverkehr in Europa. Die Entwicklung der Kapitalmarktunion treibt die Integration und Vertiefung des gemeinsamen europäischen Kapitalmarktes voran. Ein Ausbau der Kapitalmärkte für Aktien, Unternehmensanleihen und andere Wertpapiere eröffnet den Haushalten und institutionellen Investoren neue Anlagemöglichkeiten. Liquide Kapitalmärkte ermöglichen den Unternehmen zusätzliche Finanzierungsalternativen, speziell wenn Bankkredite knapp und teuer sind, und mindern damit die Abhängigkeit von Bankkrediten. Kapitalmärkte und Banken sind komplementär zueinander, es kommt auf die richtige Mischung an.

Der Aufbau von gemeinsamen Handelsplattformen und die Beseitigung von regulatorischen und steuerlichen Hindernissen erleichtern den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Damit Anleger und institutionelle Investoren ihre ausgeprägte Fokussierung auf das Inland überwinden und Anlagemöglichkeiten jenseits der Grenze realisieren können, müssen Handelskosten abgebaut werden und Informationen über die Qualität von Aktien und Wertpapieren über ganz Europa vergleichbar und vertrauensbildend sein. Daher braucht es z.B. eine Vereinheitlichung von Berichtspflichten und Transparenzanforderungen mit zumutbaren Kosten für Unternehmen und anderen Nachfragern, die Aktien und Anleihen ausgeben, und ein Kreditregister, dessen Informationen europaweit abgerufen und einheitlich interpretiert werden können.

Ein harmonisiertes Insolvenzrecht erleichtert die grenzüberschreitende Finanzierung von besonders ertragreichen, aber auch riskanten Investitionen. Die Bereitschaft zur Finanzierung hängt davon ab, dass die Investoren im Falle des Misserfolgs geschützt sind und Zugriff auf den Liquidationserlös erhalten. Eine erleichterte Rückforderung von ausländischen Quellensteuern zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen kann ein weiteres Hindernis für grenzüberschreitende Investitionen ausräumen. Solche und andere Massnahmen erleichtern den freien Kapitalverkehr, stärken den

Wettbewerb auf dem Kapitalmarkt, und verbessern den Zugang von Unternehmen, institutionellen Anlegern und Haushalten zu einem liquiden, europaweiten Kapitalmarkt.

Die Vertiefung des gemeinsamen Kapitalmarktes hat Vorteile. Haushalte und institutionelle Anleger erhalten mehr Wahlmöglichkeiten, um ihre Ersparnisse und Vermögen nach Ertrag, Risiko und Liquidität besser zu investieren und das passende Portfolio zusammenzustellen. Unternehmen erlangen besseren Zugang zu Kapital zum richtigen Zeitpunkt, zu günstigeren Konditionen, im richtigen Ausmass und in der richtigen Form, um leichter Investitionen zu finanzieren. So kann die übermässige Abhängigkeit von Bankkrediten etwas gemindert werden. Das ist besonders wichtig für junge und innovative Unternehmen, die mehr Eigenkapital brauchen, bevor sie Bankkredit erhalten, und für grosse Unternehmen, die leichter auf Anleihen ausweichen können, wenn Bankkredite knapper werden. Der erleichterte Zugang zu einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt ist vor allem für kleinere Länder, die nicht über einen liquiden und gut entwickelten nationalen Kapitalmarkt verfügen, wachstums- und wohlstandsfördernd.

Selbst für das Kreditgeschäft der Banken sind gut entwickelte Kapitalmärkte nicht eine Gefahr, sondern letzten Endes eine wichtige Ergänzung und daher vorteilhaft. Bevor ein Unternehmen neue Kredite aufnehmen kann, braucht es Eigenkapital, welches neben Gewinneinbehaltung auch auf dem Kapitalmarkt beschafft werden muss. Auch die Banken können Eigenkapital schneller bilden, wenn sie es nicht nur mit einbehaltenen Gewinnen ansparen müssen, sondern durch Kapitalaufnahme auf einem grossen europäischen Markt rascher beschaffen können.

Besser integrierte Kapitalmärkte sollten Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Stabilität in Europa fördern. Erstens stärkt mehr risikotragendes Eigenkapital die Krisenrobustheit der Wirtschaft. Ebenso verteilt eine grenzüberschreitende Streuung des Eigenkapitals das konjunkturelle Risiko eines Landes auf mehr Schultern. Deutsche Eigentümer tragen die Folgen eines französischen Konjunktureinbruchs mit, so dass in Frankreich der Einkommensausfall geringer wird, und umgekehrt. Ähnliches gilt für das grenzüberschreitende Bankgeschäft. Eine bessere Risikoteilung mindert die wirtschaftlichen Risiken für uns alle. Zweitens verschärft ein freier Kapitalverkehr den Wettbewerb im Finanzgeschäft und begünstigt Unternehmen und Haushalte mit besseren Wahlmöglichkeiten und günstigeren

Konditionen. Drittens entsteht mehr Einkommen, wenn Kapital von dort abgezogen wird, wo es wenig Einkommen verdient, und es systematisch dorthin fliesst, wo bei gleichem Risiko der Ertrag höher ist. Auf diesem Weg stärkt ein freier Kapitalverkehr das Produktivitäts- und Einkommenswachstum.

Schliesslich wirkt die Kapitalmarktunion wachstumsfördernd, weil sie die Risikokapitalbildung begünstigt, die Eigenkapitalaufnahme auf den Kapitalmärkten erleichtert und damit die Voraussetzungen für neue Kreditfinanzierung schafft. Bevor ein Unternehmen neuen Kredit tragen kann, braucht es risikotragendes Eigenkapital. Einem überschuldeten Unternehmen kann ein vorsichtiger Banker keine neuen Kredite geben. Ähnliches gilt auch für die Banken. Wenn sie kein neues Eigenkapital bilden, dann können sie ihre Überschuldung nur abbauen, indem sie selber weniger Einlagen und andere Schulden aufnehmen und auf der anderen Seite weniger Kredite vergeben. Das wäre im bankenabhängigen Europa das Szenario einer lang anhaltenden „Bilanzrezession“ und Investitionsschwäche mangels ausreichender Kreditfinanzierung.

Der wachstumsfreundliche Weg der Entschuldung besteht darin, dass die Banken die Kreditvergabe aufrechterhalten, aber ihre Überschuldung abbauen, indem sie mit einbehaltenen Gewinnen langsam mehr Eigenkapital bilden oder dieses sich wesentlich schneller auf dem Markt besorgen. Das überschuldete und bankenabhängige Europa sollte daher mit Priorität die Bedingungen für Risikokapitalbildung verbessern und rasch die Kapitalmarktunion verwirklichen, um nachhaltige Finanzierung für neues Wachstum sicherzustellen.

Stark verflochtene Kapitalmärkte können die Krise in einem Land rasch auf andere Länder übertragen und dort hohe Verluste verursachen, wie die Krise der Eurozone lehrt. Solche Ansteckungsgefahren durch eine Abschottung der Kapitalmärkte zu unterbinden, wäre jedoch völlig verfehlt und würde der Idee der Europäischen Union diametral entgegenstehen. Vielmehr gilt es, die Ursachen für die Krisenanfälligkeit der Banken und Staaten und die damit verbundenen Ansteckungsgefahren an der Wurzel zu bekämpfen. Der Fiskalpakt soll letztendlich die Gefahren für das Finanzsystem beseitigen, die von den Staaten selbst ausgehen. Die strengeren Eigenkapitalvorschriften stärken die Krisenfestigkeit der Banken. Die Bankenunion verwirklicht die Selbstversicherung des Bankensektors zum

Schutz des Steuerzahlers. Erst indem diese Reformen gleichzeitig vorangetrieben werden, kann die Errichtung der Kapitalmarktunion seine wohlfahrtsfördernden Wirkungen voll entfalten und die Rückkehr zu einem nachhaltig finanzierten Wachstum beschleunigen. Es ist höchste Zeit, den freien Kapitalverkehr als tragendes Prinzip der Europäischen Union mit Leben zu füllen.

7. WIE SCHAFFT EUROPA MEHR WACHSTUM?

Finanz und Wirtschaft, 07.11.2014

Die Arbeitslosigkeit (Griechenland 27,5%, Spanien 26%, Italien 12%), besonders diejenige der Jugendlichen (Griechenland 58%, Spanien 48%, Italien 40%), ist viel zu hoch. Nichts ist dringlicher als innovative Ideen, wie mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen können. Es braucht ein Gesamtpaket: eine wachstumsfreundliche staatliche Konsolidierung, eine Bankenreform für nachhaltige Finanzierung, und Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum.

Die staatliche Bonität muss über jeden Zweifel erhaben sein. Die Länder der Eurozone haben ihre geldpolitische Autonomie zugunsten einer gemeinsamen Währung aufgegeben und können ihre Staatsschuld nicht mehr selbst garantieren. Deshalb ist die Grenze der Schuldentragbarkeit niedriger und der Schuldenabbau unvermeidlich. Der Fiskalpakt gibt einen Pfad der Entschuldung vor, der zu einem Abbau der strukturellen Defizite anhält. Vorübergehende Abweichungen sind weiter möglich, damit die automatischen Stabilisatoren wirken können. Der Rettungsschirm ESM gibt Überbrückungskredite, Zug um Zug gegen die Erfüllung harter Reformauflagen, um die Tragbarkeit der Staatsschuld wieder herzustellen.

Es braucht eine wachstumsfreundliche Konsolidierung in den Mitgliedsländern. Sollen Ausgaben gekürzt oder Steuern erhöht werden? Die Kosten der Besteuerung steigen progressiv mit der Höhe der Steuerbelastung an und lähmen das Wachstum. Vor allem in Hochsteuerländern sind deshalb ausgabenseitige Einsparungen wachstumsfreundlicher und nachhaltiger als weitere Steuererhöhungen. Bei den Ausgaben gilt es, die wachstumsfördernden Funktionen wie Bildung, Forschung und technologische Infrastruktur zu erhalten. Die Einsparungen müssen sich auf Bürokratieabbau, Verwaltungsvereinfachung, Subventionsabbau und einer treffsicheren Begrenzung der Sozialleistungen auf die Bedürftigsten konzentrieren. Auf der Einnahmenseite gilt es, Steuerlücken zu beseitigen, die Steuerpflicht durchzusetzen und die Schattenwirtschaft zu bekämpfen, damit das Steuersystem gerechter und ergiebiger wird.

Auch Jobs müssen finanziert werden. Daher ist die Gesundung des Bankensektors für den Abbau der Arbeitslosigkeit zentral. Die Krisenrobustheit der Banken ist durch Ausstattung mit mehr Eigenkapital und Liquiditätsreserven zu stärken und unrentable Banken sind kontrolliert abzuwickeln. Die Bankenunion lässt die Banken die Risiken selber tragen und schützt die Steuerzahler. Das stärkt nicht nur die Krisenrobustheit, sondern auch das Wachstum. Schlecht kapitalisierte Banken können es sich nicht leisten, faule Kredite abzuschreiben und neue Risiken durch Vergabe neuer Kredite einzugehen. Sie blockieren die Umlenkung des Kapitals von unrentablen zu wachsenden Unternehmen und sind die Ursache für die Kreditklemme in den Krisenländern, die die Rückkehr zu Wachstum und Beschäftigung bremst.

Eine konsequente Wachstumspolitik muss die Marktbarrieren für Innovation, aber auch die Nachteile des Eigenkapitals beseitigen. Eigenkapital ist Voraussetzung für mehr Fremdkapital, um Investitionen zu finanzieren. Die Entschuldung in der Eurozone ist unvermeidlich, um die Anfälligkeit für neue Krisen zu reduzieren. Wenn die Unternehmen bestehende Kredite zurückzahlen, um den Verschuldungsgrad zu reduzieren, landen wir in einem Szenario andauernder Stagnation. Besser sollten sie Eigenkapital aufnehmen und so die Verschuldungsquote reduzieren, ohne Investitionen einzuschränken.

Damit die Investitionen anspringen und Jobs schaffen, müssen sie rentabel sein. Bürokratie, hohe Gründungkosten, Überregulierung, Rechtsunsicherheit bis hin zu Korruption schaffen Investitionsunsicherheit und blockieren das Wachstum. Die Lohnkosten dürfen die Arbeitsproduktivität nicht übersteigen, damit die Unternehmen sich auf den Weltmärkten behaupten und Beschäftigung erhalten können. Höhere Löhne müssen mit besserer Qualifikation der Arbeit und einem Qualitätsvorsprung durch Innovation erwirtschaftet werden.

Arbeitsmarktreformen müssen es ermöglichen, Arbeit freizusetzen, wo die Zukunftsaussichten gering sind, und die Arbeitnehmer mit Qualifizierung dort neu zu beschäftigen, wo innovative Unternehmen dringend mehr Arbeitskräfte brauchen. Die Arbeitslosenversicherung schützt die Arbeitnehmer vor einem existentiellen Einkommensrisiko und macht den Wechsel möglich. Viel wichtiger ist jedoch eine hohe Krisenrobustheit der Unternehmen, damit diese bei einem Konjunktureinbruch rentable Beschäfti-

gung halten können. Arbeitslosigkeit soll erst gar nicht entstehen! Krisenrobustheit erfordert genügend Eigenkapital, um eine Krise durchzustehen, eine hohe Innovationsintensität, um den Qualitätsvorsprung am Markt zu halten, und flexible Arbeitszeitregelungen, um Absatz- und Produktionsschwankungen besser abzufedern.

Damit mehr Einkommen und Beschäftigung entstehen, muss Arbeit dorthin fliessen, wo sie viel erwirtschaftet, und von dort abgezogen werden, wo der Beitrag zur Wertschöpfung gering ist. Das gilt innerhalb eines Landes und für die ganze EU. Die Europäische Kommission sollte den gemeinsamen Arbeitsmarkt perfektionieren und mehr Mobilität ermöglichen, z.B. durch bessere Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, leichtere Transportierbarkeit von Sozialansprüchen und Abbau von anderen Wanderungsbarrieren. So kann die Mobilität der Arbeit zunehmen und regionale Unterschiede von Einkommen und Arbeitslosigkeit wenigstens teilweise ausgleichen.

Die Kommission kann die Strukturfonds besser nützen und mehr Infrastrukturinvestitionen z.B. im Bereich Verkehr, Energie und Informationstechnologien ko-finanzieren, die in einer Kosten-Nutzen-Analyse eine klare Nettorendite aufweisen. Die Projektanleihen-Initiative der Europäischen Investitionsbank könnte eine Finanzierung ermöglichen, die die nationalen Budgets weitgehend schont. Aber auch für diese Investitionsprogramme gilt, dass ihre Wirksamkeit sehr von der institutionellen Qualität eines Landes abhängt. Die Mitgliedsländer müssen selbst bessere Voraussetzungen schaffen, damit die Ausgaben lokale Folgeinvestitionen auslösen und sich in mehr regionales Wachstum und Beschäftigung übersetzen.

Aktuell wird eine Europäische Arbeitslosenversicherung diskutiert, um konjunkturelle Schwankungen regional auszugleichen und weniger Arbeitslosigkeit entstehen zu lassen. Wenn aber die Arbeitslosigkeit dauerhaft unterschiedlich ist, dann kommt es zu Umverteilung durch Quersubventionierung. Um dies zu vermeiden, müssten die Versicherungsbeiträge für Länder mit starker Arbeitslosigkeit höher und für andere niedriger sein. Ein Land würde im Laufe der Zeit genauso viel einzahlen, wie es an Leistungen erhält. Aber dann wäre dieselbe Stabilisierung auch dezentral möglich, indem die nationale Versicherung in einer Rezession in die Schuld geht, die sie mit Überschüssen in guten Zeiten wieder abbaut. Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine Aufgabe nicht zentralisiert werden, wenn sie in lokaler Autonomie genauso gut erfüllt werden kann.

Die Reform der Eurozone hat zum Ziel, dass die Entwicklung eines Landes zum Vorteil und nicht zur Gefahr für andere Länder wird. Eine konsequente Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung ist aber vorwiegend eine nationale Angelegenheit, auch wenn zentrale Programme dabei unterstützen. Die Länder Europas haben unterschiedliche Kulturen und wollen nicht alle gleich sein. Daher ist zu akzeptieren, dass Einkommen und Wohlstand in erster Linie von den eigenen Anstrengungen für Bildung, Innovation und einem leistungsfähigen Staat abhängen.

VI. Abschnitt 6: Die Schweiz

1. Investitionen in den Standort Schweiz

Finanz und Wirtschaft, 03.09.2016

Mit der steuerlichen Privilegierung ausländischer Erträge von Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften haben eine Reihe von Kantonen finanzkräftige Unternehmen ins Land geholt, die kräftig Steuern zahlen. Mit rund 4,1 Mrd. Franken zahlen sie etwa die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes, bei den Kantonen sind es rund 2,1 Mrd. bzw. rund ein Fünftel. Im Ausland gehen aber Steuereinnahmen verloren. Diese Praxis hat Streit mit der EU und der OECD ausgelöst und ist nicht mehr länger akzeptiert. Die Schweiz muss diese Unternehmen so besteuern wie alle anderen auch. Was vorher mit einem Steuerprivileg hereingeholt wurde, droht nun mit dessen Abschaffung verloren zu gehen. Auch die Schwierigkeiten mit der EU bezüglich der Personenfreizügigkeit und der pickelharte Franken setzen dem Standort Schweiz zu.

Mit der USTR III will die Schweiz den Steuerstreit beilegen, Investitionssicherheit schaffen und ihre Standortattraktivität neu behaupten. In einigen Kantonen zahlten die Statusgesellschaften um die 80% der Gewinnsteuer, bei anderen weniger als 10%. Mit dem Wegfall des Privilegs könnten einige Kantone kräftige Steuerzahler verlieren. Um gegenzusteuern, ermöglicht die Reform die Einführung einer Patentbox für eine um bis zu 90% reduzierte Besteuerung von Patenterträgen, einen Abzug von F&E Ausgaben bis zu 150%, und einen Zinsabzug für überdurchschnittliches Eigenkapital, sofern Dividenden mit mindestens 60% besteuert werden. Die Kantone können die Instrumente flexibel nutzen oder alternativ den Gewinnsteuersatz senken, je nach Situation. Der Bund rechnet mit Kosten von etwa 1,3 Mrd. Franken, wovon 920 Mio. auf Ausgleichszahlungen an die Kantone entfallen. Welche Massnahmen diese umsetzen wollen und zu welchen Steuerausfällen sie bereit sind, muss sich erst weisen.

Das Ende der Steuerprivilegien für gemischte Gesellschaften ist nicht der einzige Grund für eine Reform. Neben den Herausforderungen einer zunehmenden Globalisierung häufen sich spezielle Probleme für den

Standort Schweiz wie z.B. die Unsicherheiten über bilaterale Verträge und Personenfreizügigkeit mit der EU, die Probleme der Banken mit dem Marktzugang im Ausland, und die Frankenaufwertung. Es braucht eine neue Investition in den Standort Schweiz mit langfristiger Wirkung.

F&E hat hohe Erträge, viel höher als die private Rendite. Erfahrungsaustausch, Personalwechsel und Markteinführung neuer Produkte verbreiten das Wissen und zeigen anderen Firmen neue Möglichkeiten. In einer Marktwirtschaft ist es richtig, den Firmen solche externen Erträge zu vergüten. Die Forschung zeigt, dass Steueranreize private F&E anregen, und stärker in kleinen Firmen, die es schwerer haben, F&E zu finanzieren. Innovation treibt Unternehmenswachstum und Beschäftigung. Sie sichert jenen Qualitätsvorsprung, mit dem die Firmen sich im globalen Wettbewerb durchsetzen. Weil innovative Firmen das Ausland gut kennen, sind sie die mobilsten, die ständig prüfen müssen, ob sie nicht näher beim Kunden anstatt in der teuren Schweiz produzieren sollen. Daher muss die Schweiz gezielt bei diesen Firmen ansetzen, um Beschäftigung im Land zu halten. F&E-intensive Firmen können am meisten von den F&E-Anreizen profitieren.

Die internationalen Unternehmen der Schweiz können nicht nur Produktion, sondern auch F&E ins Ausland verlagern. Aber F&E ist die wichtigste Investition überhaupt, die viele Folgeinvestitionen und damit mehr Beschäftigung erst möglich macht. Daher ist Standortattraktivität speziell für die F&E-Aktivitäten zentral. Es gibt gute marktwirtschaftliche Gründe für eine steuerliche F&E-Förderung, und dazu noch einen strategischen. Wenn im Ausland viele Länder F&E steuerlich fördern, muss die Schweiz mitziehen, damit es hier nicht zu einer schleichenden Nettoabwanderung der industriellen F&E kommt.

Die Berücksichtigung eines steuerlichen Abzugs von Eigenkapitalzinsen ist keine Begünstigung, sondern beseitigt eine Diskriminierung des Eigenkapitals. Wenn Investitionen keine Finanzierung finden, liegt es am Mangel an Eigenkapital. Einem überschuldeten Unternehmen kann eine Bank keinen Kredit geben. Eigenkapital macht die Unternehmen erst kreditwürdig und ermöglicht damit zusätzliches Fremdkapital. Der Zinsabzug auf Eigenkapital reduziert die Finanzierungskosten und gibt dem Wachstum einen kräftigen Schub. Weil die Massnahme die Steuerschuld eines Betriebs relativ zum Ausland senkt, fördert sie die Standortattraktivität. Sie

stärkt die Krisenrobustheit und Finanzstabilität. Damit Unternehmen besser durch eine Krise kommen und ihre Arbeitnehmer weiter finanzieren können, brauchen sie genug Eigenkapital. Insolvenzen und Entlassungen sind eine Folge von mangelndem Eigenkapital. Das gilt auch für Banken. Es ist ein Widerspruch, zuerst mit der Besteuerung die Verschuldung der Banken zu fördern, um nachher mit regulatorischen Eigenkapitalvorschriften wieder das Gegenteil zu tun. Schliesslich unterstützt die Massnahme Innovation. Innovative Firmen haben ein höheres Risiko, brauchen mehr Eigenkapital und profitieren daher mehr vom Steuerabzug.

Die Wirtschaft wird es gerne hören. Aber die Reform ist nicht gerade billig. Wie erklärt man das den Arbeitenden? Erstens macht die Frankenaufwertung alle Konsumenten reich. Da müssen auch alle investieren und die Steuerkosten mittragen, damit der Beschäftigungsstandort Schweiz attraktiv bleibt und die Wirtschaft mit mehr Innovation und Wachstum weiterhin deutlich höhere Löhne zahlen kann als bei unseren Nachbarn. Zweitens werden Gewinnsteuern überwälzt und letzten Endes erheblich von den Arbeitnehmern getragen. Das passiert schleichend über geringeres Lohnwachstum, weniger Beschäftigung und schlechtere Aufstiegschancen, weil die Gewinnsteuer Innovation und Investition hemmt. Diesen Prozess mit einer Steuerreform umzukehren ist im Interesse der Arbeitnehmer. Drittens sollten allen voran die Arbeitnehmer an mehr Krisenrobustheit interessiert sein. Arbeitslosigkeit entsteht nicht im Boom, sondern in der Rezession und trifft die am wenigsten Qualifizierten zuallererst. Die schweizerische Wirtschaft soll ein sturmfestes Bollwerk sein, wenn die nächste Rezession kommt, damit hierzulande weniger Jobs verloren gehen als anderswo. Viertens ist die Reform die sparsamste Variante, die Wirtschaft zu entlasten und die Standortattraktivität zu behaupten. Sie gibt die Entlastung nicht querbeet, sondern gezielt jenen Firmen, die am innovativsten und mobilsten sind, und die mit viel Eigenkapital am meisten zur Krisenrobustheit beitragen. Da wird kein Steuergeld verschwendet, sondern gezielt dorthin gelenkt, wo die Standortattraktivität am dringendsten Verstärkung braucht.

Eine allgemeine Senkung der Gewinnsteuersätze ist zwar einfach, aber teuer, weil sie alle Firmen querbeet entlastet. Das Schöne an den Steuerabzügen für F&E und Eigenkapitalzinsen ist, dass sie allen offenstehen und kein Unternehmen diskriminieren. Zwar wird das Gewerbe von der steuerlichen F&E-Förderung kaum profitieren. Aber die innovativen Leitbetriebe sind international tätig und holen Kaufkraft ins Land, von der alle

profitieren. Auch die Gewerbebetriebe wissen, dass sie nichts verdienen, wenn die Kunden kein Geld in der Tasche haben. Es ist zu hoffen, dass die Kantone nun von den Instrumenten kräftig Gebrauch machen, um Standortattraktivität, Krisenrobustheit und Wachstum in der Schweiz zu festigen.

2. DER HARTE FRANKEN

Thema Vorarlberg, 05.09.2015

Die einen freut es, die anderen sind schockiert. Nachdem die Schweizer Nationalbank zu Jahresbeginn die Untergrenze von 1.2 Franken pro Euro aufhob, hat der Schweizer Franken schlagartig auf 1 Euro aufgewertet. Das ist eine Aufwertung um ganze 17%, welche die schweizerischen Exporte auf den europäischen Märkten schockartig verteuert, aber die Importe und Auslandsreisen kräftig verbilligt. Die Wirtschaft stöhnt, aber die Schweizer sind schlagartig reicher geworden. Durch die Verbilligung der Importe sinkt die Inflation noch einmal, so dass die reale Kaufkraft der Löhne und anderen Einkommen breit in der Bevölkerung zunimmt. Der Handel wirbt für Autos und andere Importgüter mit einem kräftigen Eurorabatt. Was im Inland nicht an Preissenkung weitergegeben werden kann, holen sich die Konsumenten teilweise im grenznahen Ausland. Das freut die Wirtschaft in Vorarlberg, die vom Einkaufstourismus profitiert. Laut jüngsten Berichten entgehen dabei dem Schweizer Handel im Bereich Lebensmittel, Bekleidung, Sport und ähnliches mehr als 8 Milliarden Euro.

Wer allerdings Kredite in Schweizer Franken ausstehend hat oder Schweizer Güter und Dienstleistungen braucht und nicht ersetzen kann, zahlt jetzt plötzlich sehr viel mehr. Dementsprechend leiden der Schweizer Tourismus und die Exportindustrie. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist beeinträchtigt, sie müssen an allen Hebeln drehen, um die Stellung zu halten. Besonders die im internationalen Wettbewerb stehenden Firmen senken häufig die Preise und müssen wenigstens vorübergehend fallende Gewinnmargen akzeptieren. Kostenintensive Teile der Wertschöpfungskette werden in das billigere Ausland verlagert. Die Unternehmen importieren mehr von den nun billigeren Vorleistungen aus dem Ausland anstatt im Inland zu produzieren, oder wandern ganz ab. Sie versuchen zu rationalisieren und Kosten zu senken, bis hin zu Nulllohnrunden, Personalabbau und Verlängerung der Arbeitszeiten. Und es beginnt der Wettlauf, mit noch mehr Innovation und Qualitätssteigerung die Marktposition zu verteidigen und die Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Das braucht aber Zeit. Wenigstens vorübergehend muss man sich daher gesamtwirtschaftlich auf

eine Wachstumsverlangsamung einstellen und vor ansteigender Arbeitslosigkeit fürchten. Bisher sind die Folgen aber noch erstaunlich gering. Die schweizerische Wirtschaft ist eben eine der innovativsten und robustesten, und kann die Aufwertung offensichtlich wegstecken. In der Zwischenzeit hat der Eurokurs wieder leicht angezogen und damit den Aufwertungsschock etwas entschärft.

Der Schweizer Franken hätte auch ohne Einfluss der Nationalbank stetig aufgewertet. Zum Beschluss über die Aufhebung des Mindestkurses gab es keine Alternative. Wenn die Schweiz mit nachhaltiger Innovation die Produktivität schneller steigert und die Inflation niedriger hält als das Ausland, dann steigen eben die Preise für Schweizer Güter weniger rasch als die Preise der ausländischen Konkurrenten. Das braucht einen Ausgleich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und seiner Handelspartner im Gleichgewicht zu halten. Die Aufwertung ist notwendig, um die wachsenden Exportüberschüsse zu beseitigen, die Anhäufung von Auslandsvermögen auf einem vernünftigen Niveau zu stabilisieren, und den erwirtschafteten Wohlstand im Inland zu verteilen. Permanente Handelsüberschüsse und das ständige Wachstum des Auslandsvermögens sind damit nicht vereinbar. Das wäre wie Sparen, ohne je zu konsumieren.

Beunruhigend ist einzig die schockartige Veränderung, die zu überschiessenden Reaktionen führt und der Wirtschaft keine Zeit zu Anpassungen lässt. Die überschiessende Aufwertung ist die aufgestaute Folge des Mindestkurses und auch eine Folge der Eurokrise. Je unsicherer die Entwicklung und je riskanter die Vermögensanlagen in der Eurozone sind, desto mehr wollen die Anleger ihr Geld in den sicheren Hafen der Schweiz bringen. Diese Kapitalflucht treibt die Nachfrage nach Franken und damit den Kurs auf ein übertrieben hohes Niveau. Wenn sich die Eurokrise entschärft, dann lässt auch die überschiessende Aufwertung des Frankens nach, wie die letzten Tage gezeigt haben.

Die Aufwertung bringt die Frankenkredite in Österreich und Osteuropa in Schwierigkeiten. Sie hat nun die Illusion der Anleger und ihrer Finanzberater zerstört, die meinten, sich mit Frankenkrediten billiger verschulden zu können als in Euro, und beschert den Banken Probleme, die jetzt grössere Ausfallsraten auf diese Kredite verschmerzen müssen. Aber die niedrigeren Zinsen sind Ausdruck der niedrigeren Inflation und der Produktivitätsgewinne in der Schweiz, die laufende Aufwertungen erfordern. Zählt man zu den niedrigeren Zinsen die Verteuerung der Kreditrückzahlung

durch Aufwertung dazu, dann können Frankenkredite nicht dauerhaft billiger als Eurokredite sein. Wenn man aber nur auf die niedrigen Zinsen schaut und vergisst, dass man bei einer Frankenaufwertung plötzlich mehr in Euro zurückzahlen muss, dann hat man natürlich ein Problem.

Der Franken ist eben eine pickelharte Währung. Er wertet ständig auf, weil die Wirtschaft in der Schweiz innovativer ist und die Preise weniger rasch steigen als anderswo. Da kann auch eine Politik des Mindestkurses nichts dagegen ausrichten. Die Aufwertung ist wie eine Produktivitätspeitsche für die schweizerische Wirtschaft, die jetzt mit allen möglichen Anstrengungen und noch mehr Innovation ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen muss. Die nächste Aufwertung ist schon absehbar. Was kann den Schweizern Besseres passieren? Mit jeder Aufwertung steigern sie ihre Kaufkraft und werden reicher. Davon profitieren in Vorarlberg der grenznahe Handel und in ganz Österreich der Tourismus und die Exportwirtschaft. Wer aus der Schweiz importiert oder dort Urlaub macht, für den wird es teuer, umso mehr wird man auf das Preis-Leistungsverhältnis achten und Alternativen in Erwägung ziehen müssen. Und bei den Frankenkrediten vergisst man besser nicht das Aufwertungsrisiko, sie sind leider nicht billiger als andere Kredite.

3. DIE RICHTIGE PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Finanz und Wirtschaft, 10.06.2015

Die Personenfreizügigkeit gehört zu den Grundfreiheiten. Der Wohlstand steigt, wenn die Arbeit dort zum Einsatz kommt, wo sie mehr Einkommen erwirtschaftet, und nicht dort eingesperrt wird, wo der Ertrag gering ist. Europa kann die wirtschaftliche Sicherheit fördern, indem es die Wanderung als Ausgleich zulässt.

Gewinner und Verlierer: Die Einwanderer sind die Gewinner. Sie wandern ja, um sich besser zu stellen. Zu den Befürwortern einer freizügigen Zuwanderung gehört die Wirtschaft. Für manche Jobs sind heimische Arbeitnehmer nicht verfügbar, oder nicht zu Löhnen, die der Produktivität entsprechen. Die Unternehmen können mit Zuwanderung Engpässe in Mangelberufen überwinden, leichter expandieren und ihre Gewinnpotential besser ausschöpfen.

Die Zuwanderung geht mit dem Trend zur Internationalisierung und zu rascherer Innovation einher. Die Beschäftigungsnachfrage verlagert sich von gering zu gut ausgebildeten Arbeitnehmern. Jede Zuwanderung kann daher bei den Hochqualifizierten leichter bewältigt werden. Im Niedriglohnbereich nimmt jedoch die Beschäftigung kaum zu oder sinkt sogar. Die Arbeitnehmer stehen daher in Konkurrenz zu den Zuwanderern um knapper werdende Jobs. Die gegensätzlichen Auswirkungen für gering und hoch qualifizierte Einheimische werden akzentuiert, wenn die Zuwanderung sich im Niedrig- oder im Hochlohnbereich konzentriert.

Ob Zuwanderer die Staatskasse belasten, hängt von Qualifikation und Alter der Zuwanderer ab. Ähnlich wie die heimischen Spitzenverdiener zahlen auch hoch qualifizierten Zuwanderer viel mehr in die Staatskasse ein als sie an Leistungen beziehen. Im unteren Bereich sind die Verdienste und die Steuer- und Beitragszahlungen gering, während die Leistungen der Sozialversicherung, Sozialhilfe und andere Sozialausgaben häufiger abgerufen werden. Bei gering qualifizierten Zuwanderern ist das Arbeitslosenrisiko am höchsten. Sie sind im Durchschnitt Nettoempfänger und belasten den heimischen Steuerzahler.

Viele Risiken nehmen mit steigendem Alter zu oder werden teurer. Junge Versicherte sind selten krank, ältere häufiger. Junge und ältere Arbeitnehmer werden vielleicht genauso oft arbeitslos, aber jüngere finden viel schneller einen neuen Job. Junge Menschen sind daher meistens Nettozahler und ältere Versicherte Nettoempfänger. Bei älteren Zuwanderern fehlt jedoch diese erste Phase der Nettozahlungen, wenn sie nicht ihr „Beitragskapital“ vom Ursprungsland mitnehmen oder die fehlenden Beiträge nachzahlen. In der EU gibt es eine Wartezeit bis zu fünf Jahren, bis die Aufenthaltsbewilligung automatisch erfolgt und Ansprüche auf Sozialleistungen wie bei Einheimischen entstehen. Das entschärft das Problem, reicht aber wegen der langen Ansparzeiten bei weitem nicht aus. Tendenziell belasten gering qualifizierte und ältere Zuwanderer den Fiskus, junge und hoch qualifizierte Zuwanderer sind ein Gewinn.

Die heimische Bevölkerung spürt, dass die Zuwanderer die Schulen, das Gesundheitswesen, die Strassen und die öffentlichen Verkehrsmittel mitbenutzen und auch Justiz und Polizei mehr Arbeit bekommen. Die höhere Lebensqualität zieht Einwanderer an. Sie können sofort profitieren und zahlen mit ihren Steuern laufend mit. Die heimische Bevölkerung musste dagegen über viele Jahre Steuern für den Aufbau der Infrastruktur bezahlen. Eine rapide Zuwanderung verursacht Überfüllungskosten wie z.B. längere Wartezeiten und schlechtere Qualität der Verwaltung. Auch auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich die Nachfrage der Zuwanderer über höhere Miet- und Hauspreise negativ auf die heimische Bevölkerung aus, wenn das Angebot nicht schnell genug mitzieht.

Lösungsansätze: Eine Beschränkung der Zuwanderung löst noch kein Problem. Es macht wenig Unterschied, ob das Arbeitsangebot durch Zuwanderung steigt oder die Arbeitsnachfrage durch Abwanderung von Arbeitsplätzen fällt. Eine Verlagerung von Beschäftigung ins Ausland findet unmerklich durch Import von arbeitsintensiven Vorleistungen oder durch negative Standortentscheidungen von Unternehmen statt. Auch im Güterhandel erfolgt ein versteckter Export von Arbeit, wenn die Wirtschaft sich auf wissens- und kapitalintensive Güter spezialisiert und arbeitsintensive Güter und Dienste importiert.

Arbeit sollte dorthin wandern, wo sie am meisten Einkommen erwirtschaftet. Wenn aber die Wanderung externe fiskalische Kosten verursacht,

dann fliesst Arbeit nicht mehr in jene Regionen, wo sie die grösste Produktivität hat, sondern wo die Sozialleistungen grosszügig, die Infrastruktur gut und die Steuern gering sind. Zuwanderer kommen in grossen Scharen, wenn ein Anspruch auf Sozialleistungen entsteht, ohne das notwendige Beitragskapital beisteuern zu müssen, und die Infrastruktur sofort zur Verfügung steht, ohne dass ein nachholender Beitrag notwendig wäre. Eine übermässige Zuwanderung nährt nicht nur den Unmut der Bevölkerung über fehlende Finanzierungsbeiträge. Sie führt auch dazu, dass die Wirtschaft die Arbeit weniger produktiv nutzt wie das Ausland und weniger Einkommen entsteht.

Die klassische Lösung wäre, die externen fiskalischen Kosten der Wanderung nach dem Verursacherprinzip anzulasten, damit die Migranten in ihrer Entscheidung die Kosten für den Erwerb der Sozialansprüche und für die Nutzung der Infrastruktur richtig berücksichtigen. Ein solcher Beitrag könnte den Widerstand in der Bevölkerung reduzieren und die Wanderung auf ein ökonomisch richtiges Ausmass reduzieren. Eine Ausrichtung der Pensionsversicherung und anderer Sozialwerke nach dem Äquivalenzprinzip und die Übertragbarkeit der im Heimatland erworbenen Ansprüche wäre ein wichtiger Schritt. Jeder würde im Durchschnitt das heraus bekommen, was er eingezahlt oder nachgekauft hat, ohne die heimischen Steuer- und Beitragszahler zu belasten. In der EU können die Mitgliedsstaaten eine Wartezeit von bis zu fünf Jahren einführen, bevor ein Leistungsanspruch entsteht. Das entschärft das Problem, aber nur unvollständig. Einen Preis für die Mitbenutzung der Infrastruktur zu verlangen, ohne zwischen In- und Ausländern zu diskriminieren, ist schwieriger. Mengenkontingente wie Green Card, Punktesystem und Beschäftigungsnachweis können mit einigem Kontrollaufwand die Zuwanderung begrenzen und in eine bessere Richtung lenken, aber nur vordergründig die Chancen der heimischen Arbeitnehmer schützen. Kontingente bringen auch keinen Finanzierungsbeitrag zum Staatshaushalt, lösen die Ursache für den Zuwanderungsdruck nicht und laden zu Umgehungsstrategien ein.

Fazit: Mit einer Begrenzung der Zuwanderung ist noch kein Problem gelöst. Ist die Arbeit im Inland zu knapp und zu teuer, muss die Wirtschaft Beschäftigung ins Ausland verlagern, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Staat sollte die Arbeitnehmer weniger vom unvermeidbaren Wettbewerb abschotten, was meist wenig erfolgreich ist, sondern sie mit Bildung,

Qualifikation und aktiver Arbeitsmarktpolitik für den Wettbewerb rüsten. Kontingente tragen nichts zur Gleichbehandlung der Einheimischen und Zuwanderer bei der Finanzierung der Sozialwerke und Infrastruktur bei. Eine konsequente Anwendung des Äquivalenzprinzips mit einem Nachkauf von Beitragskapital könnte dazu beitragen, die Zuwanderung etwas einzudämmen und die heimischen und zugewanderten Bürger in der Finanzierung gleich zu behandeln. Dann könnten sich Untersuchungen bestätigen, wonach die Zufriedenheit der Bevölkerung in Gebieten mit hoher Zuwanderung sogar höher ist als anderswo.

4. STÄRKUNG DES STANDORTS IST TEUER

Finanz und Wirtschaft, 09.05.2014

Innovative Unternehmen können mit einem kleinen Binnenmarkt niemals auskommen, müssen für den Weltmarkt produzieren und mit eigenen Niederlassungen auf wichtigen Zielmärkten präsent sein. Umgekehrt nutzen ausländische Konzerne mit lokalen Tochterunternehmen die Produktionsvorteile der Schweiz. Multinationale Unternehmen sind besonders innovativ, daher besonders produktiv, zahlen höhere Löhne, sind eine lukrative Steuerquelle und überaus mobil. Die Standortattraktivität ist deshalb für ein kleines Land absolut zentral.

In multinationalen Unternehmen ist die Produktion weltweit organisiert, auch F&E-Einheiten, Konzernzentralen und andere Aktivitäten können auf unterschiedliche Standorte verteilt werden. Der Steuerwettbewerb um die besonders profitablen Unternehmensteile ist daher überaus intensiv. Die Staaten versuchen, mobile Gesellschaften tiefer zu besteuern, um die Standortentscheidung für sich zu beeinflussen und möglichst viel von den weltweiten Konzerngewinnen auf das eigene Land zu lenken. Dies erklärt den Trend zu fallenden Unternehmenssteuersätzen und auch den kantonalen Sonderstatus für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften, deren im Ausland erwirtschaftete Gewinne in den Kantonen privilegiert besteuert werden. Wenn genügend Steuersubstrat angezogen wird, dann ist auch mit niedrigeren Steuersätzen ein erhebliches Aufkommen möglich. Bei den betroffenen Gesellschaften sind es etwa 3,6 Mrd. Fr. an direkten Bundessteuern und 2 Mrd. Fr. für die Kantone.

Dieser Sonderstatus wird von EU und OECD heftig kritisiert und ist nicht mehr haltbar. Die Schweiz muss sich daher im internationalen Steuerwettbewerb neu positionieren. Die Herausforderung ist es, zwischen in- und ausländischen Aktivitäten nicht zu diskriminieren und dennoch mit wenig Verlust an Steueraufkommen für mobile Unternehmen attraktiv zu bleiben. Im Wesentlichen stehen drei Alternativen zur Diskussion. Erstens könnten die Gewinnsteuersätze des Bundes und der Kantone abgesenkt werden. Das ist eine teure Massnahme mit hohen Streuverlusten, weil der Steuervorteil auch allen nicht mobilen Unternehmen zugutekommt, die

keine Standortförderung brauchen. Zwar würden niedrigere Steuersätze die Gewinnverschiebung in die Schweiz fördern und die Ausfälle etwas begrenzen, aber diesen Praktiken wird international gerade der Kampf angesagt. Andere Probleme der Besteuerung wie z.B. die Begünstigung des Fremdkapitals bleiben bestehen, es kommen sogar neue Probleme dazu. Eine stärkere Absenkung des Gewinnsteuersatzes macht Kapitaleinkommen relativ zu Arbeitseinkommen steuerlich attraktiver. Viele wären versucht, ihr Einkommen nicht als Gehalt, sondern als Selbständige in Form von Dividenden zu beziehen und Steuer zu sparen. Es könnte zu Ausfällen bei der Lohnsteuer kommen, wie es in mehreren nordischen Ländern mit dualen Einkommensteuern in der Vergangenheit passiert ist. Wenn die Gewinnsteuer geringer wird, müsste man Dividenden stärker besteuern, um mit der Gesamtbelastung der Lohneinkommen gleich auf zu sein.

Die zweite Alternative ist der Abzug von fiktiven Eigenkapitalzinsen. Das reduziert die Steuerbasis und senkt bei gleich bleibendem Steuersatz die Steuerbelastung am Standort. Die Massnahme hätte zusätzlich den Vorteil, die steuerliche Diskriminierung zwischen Eigen- und Fremdkapital auf Unternehmensebene abzubauen. Sie würde die Unternehmen krisenrobuster machen und Investitionsanreize setzen. Sie ist jedoch nicht besonders geeignet, den Steuervorteil auf mobile Unternehmen zu lenken, sondern kommt allen zugute. Um die Steuerausfälle zu begrenzen, müsste der Abzug auf neues Eigenkapital eingeschränkt werden. Der Vorteil wäre für kapitalintensive Gesellschaften grösser als bei personalintensiven. Forschungsintensive Firmen, die überdurchschnittlich produktiv, wertschöpfungsintensiv, wachstumsstark und mobil sind, haben keine grösseren Vorteile als andere Unternehmen auch.

Die dritte Alternative, nämlich die begünstigte Besteuerung von F&E Erträgen im Rahmen von Lizenzboxen, ist am ehesten geeignet, die Standortattraktivität selektiv auszubauen und die Steuerbegünstigung möglichst auf mobile Unternehmen zu beschränken. Der Grundgedanke ist, dass innovative Unternehmen auf den Weltmarkt ausgerichtet und besonders mobil sind. Sie profitieren daher am meisten von den reduzierten Steuersätzen auf Innovationserträge (Lizenzerträge, Patentverwertung etc.), die in einer Lizenzbox zusammengefasst werden, weil bei ihnen der Anteil solcher Erträge am Gesamtgewinn besonders hoch ist. Wichtig wäre, dass ein enger Zusammenhang zwischen Lizenzertrag und vorausgehender Innovationsaktivität besteht und die begünstigten Unternehmen genügend Substanz in

der Schweiz haben. Statt die Erträge in Lizenzboxen mit reduzierten Sätzen zu besteuern, wäre es nach demselben Gedanken möglich, den Aufwand für F&E und Lizenzkosten zu deutlich über 100% abzugsfähig zu machen, wie es in vielen Ländern der Fall ist. Die hohen externen Erträge von F&E rechtfertigen eine solche Begünstigung, sie würde aber vorwiegend den innovativen und damit besonders mobilen Unternehmen zugute kommen, ohne explizit zu diskriminieren.

Der Wettbewerb wird nicht nur mit niedrigen Steuern, sondern auch mit anderen Stärken des Landes ausgetragen. Zusammenfassend kann man sagen, dass eine Stärkung der Standortattraktivität immer teuer ist und daher mit möglichst geringen Streuverlusten auf die besonders wachstumsstarken und mobilen Unternehmen fokussiert sein sollte. Dabei scheint eine gewisse Umverteilung zwischen Unternehmen, die unterschiedlich von der derzeitigen und künftigen Begünstigung profitieren, und zwischen Kantonen, die unterschiedliche Unternehmenstypen beheimaten, unvermeidlich.

5. AUS DER FINANZKRISE NICHTS GELERNT

NZZ, 30.05.2017

Das Volk hat ein Machtwort gesprochen und die Unternehmenssteuerreform III abgelehnt. Nun verhandelt die Schweiz über einen neuen Anlauf. Das erste Opfer scheint der Steuerabzug für einen Eigenkapitalzins zu sein. Der Steueranreiz zur Überschuldung von Unternehmen und Banken soll also bleiben. Welch ein Fehler!

Eigenkapital trägt das Risiko und ermöglicht den Arbeitenden mehr Sicherheit. Im Boom verdienen die Unternehmen kräftig, in der Rezession sieht es tragisch aus, und am Frankenschock sind manche Unternehmer schier verzweifelt. Die Angst vor dem Verlust der Arbeit gehört zu den grössten Sorgen der Bevölkerung. Die Arbeitenden hoffen, dass die Unternehmen die Jobs erhalten und weiter Löhne zahlen. Wenn die Erlöse steigen und fallen, aber die grossen Kostenblöcke stabil bleiben, müssen die Gewinne umso mehr schwanken. Man sieht es mit freiem Auge: die Gewinne schwanken wie wild, die Lohneinkommen entwickeln sich stabil und passen sich nur träge an. Die Unternehmen versichern die Arbeitenden! Damit diese wichtigste aller Sozialversicherungen funktionieren kann, braucht es genug Eigenkapital, welches das Risiko auffangen und den Arbeitenden abnehmen kann. Doch der Staat verteuert mit den Steuern das Eigenkapital und verbilligt das Fremdkapital.

Wo mehr Risiko ist, braucht es mehr Risikokapital. Die Schweiz ist ein Land mit Löhnen und Beschäftigung weit höher als anderswo. Um das zu verdienen, braucht es eine überragende Innovationsleistung und eine globale Ausrichtung der Wirtschaft. Aber mehr Innovation heisst mehr Risiko. Im Export ist das Risiko ungleich grösser, weil die Unternehmen sich nicht nur mit der nationalen, sondern mit der weltweiten Konkurrenz messen müssen. Innovative und international ausgerichtete Branchen brauchen mehr Risikokapital und leiden stärker unter der Diskriminierung des Eigenkapitals als andere. Das passt nicht zu einer Politik, die die Schweiz als führendes Innovationsland positionieren will.

Die Besteuerung drängt die Unternehmen in die Überschuldung. Wenn die Erlöse schwanken, aber die fixen Zinsverpflichtungen zu den Lohnkosten dazukommen, müssen Gewinne und Verluste umso mehr ausschlagen. Banken wollen stabile Zinseinnahmen und eine sichere Kreditrückzahlung. Sie wollen möglichst wenig Risiko tragen. Umso mehr steigt das Risiko für das Eigenkapital bis hin zur Insolvenzgefahr. Die Krisenrobustheit und die Fähigkeit, stabile Löhne zu zahlen, nehmen ab. Nicht das Fremdkapital ist der Freund der Arbeit, sondern das risikotragende Eigenkapital! Doch die Steuerpolitik tut so, also ob Eigenkapital gratis zu haben sei. Sie diskriminiert das Eigenkapital, verbilligt das Fremdkapital, und lässt die Unternehmen mit den Risiken alleine. Wer soll da noch Verantwortung übernehmen und Risiko tragen?

Seit der Finanzkrise geht es darum, die Überschuldung der Banken abzubauen und diese widerstandsfähiger zu machen, damit mehr wirtschaftliche Sicherheit entsteht. Diesem Ziel dient die Verschärfung der Eigenkapital- und Liquiditätsstandards im Rahmen der Bankenregulierung. Doch die Politik produziert die gleiche Misere wie bei den Unternehmen. Die steuerliche Diskriminierung des Eigenkapitals durch die Versagung eines Zinsabzugs treibt auch die Banken in die Überschuldung. Zuerst einen kräftigen Steueranreiz zur Überschuldung zu setzen, um dann mit der Bankenregulierung wieder das genaue Gegenteil zu tun, ergibt wirklich gar keinen Sinn. Ein steuerlicher Zinsabzug für Eigenkapital würde auch in dieser so wichtigen Branche für die Schweiz die Widerstandskraft stärken. Besteuerung und Regulierung würden in dieselbe Richtung wirken anstatt sich gegenseitig auszuhebeln.

Ein Land, dass die Krisenrobustheit der Wirtschaft vernachlässigt, könnte am Ende teuer dafür zahlen. Nach einer Untersuchung der europäischen Kommission dürften die fiskalischen Kosten der Finanzkrise ihre Ursache etwa zur Hälfte in der steuerlichen Begünstigung des Fremdkapitals haben. Die Berechnungen mögen unsicher sein, die Logik ist klar. Wenn die Unternehmen überschuldet sind, nehmen in der Krise die faulen Kredite stark zu. Bei den kreditfinanzierten Immobilienkäufen der Haushalte ist es ähnlich. Wenn auch die Banken überschuldet sind, haben sie keine Reserven mehr, um die Kreditverluste aufzufangen. Dann muss der Steuerzahler einspringen, um eine unkontrollierte Ausbreitung der Krise zu verhindern. Diese Erfahrung hat auch die Schweiz mit einer ihrer Grossbanken schon gemacht, auch wenn es am Ende gut ausgegangen ist. Es

wäre an der Zeit, das Problem an der Wurzel zu behandeln und endlich der steuerlichen Diskriminierung des Eigenkapitals ein Ende zu setzen.
In der Unternehmenssteuerreform den Zinsabzug für Eigenkapital aufzugeben, ist ein Fehler. Aber man kann die letzte Vorlage, welche nur einen Zinsabzug auf «überschüssiges Eigenkapital» vorsah, verbessern. Gerade bei überschuldeten Unternehmen, die kein «überschüssiges» Eigenkapital haben, ist der steuerliche Schuldenanreiz besonders gefährlich. Dort sollte zu allererst die Finanzierung mit Eigenkapital ermutigt werden! Ausserdem macht es wenig Sinn, den Steuerabzug auf den gesamten bereits vorhandenen Bestand an Eigenkapital im Nachhinein zu gewähren. Was schon da ist, braucht man nicht mehr mobilisieren. Man sollte den Zinsabzug zu 100% zulassen, aber auf die Finanzierung von *neuen* Investitionen und damit nur auf *neues* Eigenkapital begrenzen. Damit kann man die Steuerausfälle stark begrenzen, aber den Anreiz zur Finanzierung mit neuem Eigenkapital wesentlich verstärken.

Die Arbeitenden wollen gute Löhne und sichere Jobs. Dazu muss die Schweizer Wirtschaft innovativ und ein sturmfestes Bollwerk sein, damit Krisen sich hierzulande weniger dramatisch auswirken als rundherum. Die steuerliche Diskriminierung des risikotragenden Eigenkapitals muss ein Ende haben.

VII. Abschnitt 7: Demokratie

1. Freie Medien für freie Menschen

Finanz und Wirtschaft, 29.11.2016

Der Staat sind wir. In der Demokratie delegieren die Bürger die Erfüllung gemeinsamer Anliegen an gewählte Politiker, die sich zu regelmässigen Wahlterminen rechtfertigen müssen. Die Politik handelt im Auftrag der Bürger. Bei der nächsten Wahl drücken diese Zustimmung oder Ablehnung aus und verlängern oder beenden die Amtszeiten. Daneben sprechen sie in besonderen Angelegenheiten mit direkten Abstimmungen ein Machtwort. Der Bürger ist der Souverän.

Die Politik hat zwar auch, aber bei weitem nicht nur die Wähleranliegen im Sinn. Sie verfolgt eigene Interessen und hat noch dazu einen besseren Zugang zu Informationen. Sie nimmt allzu gerne die Wählerinteressen für sich in Anspruch und interpretiert sie gerne so, wie es ihren eigenen Vorstellungen entspricht. Die Bürger müssen aufpassen und die Politik laufend beobachten und überwachen, damit ihnen nicht die Souveränität abhandenkommt. Wenn es ihnen an unabhängigen Informationen mangelt, die demokratische Kontrolle versagt und autoritäre Tendenzen Platz greifen, dann passiert das Umgekehrte. Politik und Oligarchen machen sich die Medien gefügig und kontrollieren die Bürger. Das wäre das Ende der souveränen Volksrechte.

Nichts zählt für gewählte Politiker so sehr wie die öffentliche Meinung. Art und Intensität der Medienberichterstattung hat Einfluss auf die Politik. Die Bürger informieren sich in den klassischen Medien und tauschen sich in den sozialen Netzwerken über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus. So kommen sie zu ihren Wahlentscheiden. In den Wahlen verlängern sie das Mandat der Erfolgreichen, Sympathischen und Bemühten, erteilen verbrauchten Politikern und Parteien eine Absage, und entscheiden sich für neue Persönlichkeiten mit frischen Ideen. Die Qualität und Innovation in der Politik nimmt zu, wenn die Besseren zum Zug kommen und Politiker mit schwachem Leistungsausweis ausgefiltert werden.

Dazu kommt, dass die Medienberichterstattung schon lange vor den Wahlterminen disziplinierend wirkt und die Amtsinhaber und gewählten Mandatsträger laufend zu Höchstleistungen anspornt. Negative Medienberichte haben schon manche Politikerkarriere beendet. Um die Chancen auf eine Wiederwahl zu sichern, müssen sie nicht nur im direkten Wählerkontakt überzeugen. Eine positive Medienberichterstattung multipliziert die Anerkennung ihrer politischen Arbeit und steigert die Chancen auf eine erfolgreiche Laufbahn in der Politik. Das Gute ist nichts wert und das Schlechte kann leichter überleben, wenn niemand davon weiss.

Unabhängige und informative Medien tragen zu einer besseren Auswahl von fähigen Politikerpersönlichkeiten bei und stärken die Leistungsanreize der Amtsinhaber. Die Chancen steigen, dass die Qualität und Problemlösungskompetenz in der Politik zunehmen und die laufenden politischen Entscheidungen sich stärker an den tatsächlichen Interessen der Bürger orientieren. Die Medien haben Einfluss auf den politischen Prozess und die Staatstätigkeit, die Wachstum und Wohlfahrt beeinflusst. Unabhängige und kritische Medien sind daher ein wichtiger Bestandteil der institutionellen Qualität eines Landes und unterstützen auf diesem Weg Wachstum, Wohlfahrt und die Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Nichts ist perfekt. Die positive Rolle der Medien ist von vielen Seiten bedroht. Wenn einflussreiche Interessengruppen und finanzstarke Lobbyisten die Medien kapern und nicht genügend Ausgleich von anderer Seite möglich ist, dann droht gelenkte und einseitige Berichterstattung. Ein unbeeinflusstes Urteil der Bürger wird schwierig. Die Unabhängigkeit von Medien ist in Gefahr, wenn sie verstaatlicht sind oder das private Eigentum in wenigen Händen konzentriert ist. Es liegt auf der Hand, dass beherrschende Eigentümer trotz gesetzlicher Beschränkungen viele Wege finden, um die Berichterstattung zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen zu beeinflussen. Berlusconi und Putin mögen ein Beispiel sein. Dieser Einfluss ist umso wirksamer, je grösser der Marktanteil und je mächtiger die Monopolstellung der betroffenen Medienunternehmen ist. Ein fairer Wettbewerb der Ideen ist schwer möglich, wenn kleine innovative Medienunternehmen vom Markt verdrängt werden oder gar ein Monopol herrscht. So wird ein wirtschaftliches Monopol, das Kaufkraft ohne ausreichenden Mehrwert abschöpft, zu einem Meinungsmonopol, das den unbequemen Einfluss informierter Bürger ausschaltet.

Qualität, Umfang und Vielfalt der Berichterstattung brauchen nachhaltige Finanzierung. Es reicht nicht, den Wettbewerb spielen zu lassen und Marktzutritt neuer Anbieter zu ermöglichen. Die Medienunternehmen müssen auch für alle Leistungen bezahlt werden. Neben den vielen werbefinanzierten Gratisangeboten mit hohem Unterhaltungswert aber wenig Tiefgang, welche dem investigativen Journalismus Marktanteile und Einnahmen kosten, gibt es noch ein weiteres Nachfrageproblem. Es sind vor allem die informierten Medienkonsumenten, welche auf mangelhafte Politik reagieren, sich an Wahlen und Abstimmungen beteiligen und damit zur besseren Auswahl und zu mehr Verantwortlichkeit in der Politik beitragen. Eine höhere Qualität der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen nützt jedoch allen, auch jenen, die desinteressiert sind, sich nicht informieren und daher wenig Medienberichte konsumieren. Das ist wie klassisches Trittbrettfahren, welches zu fehlender Nachfrage und unzureichender Finanzierung von Medien mit hohem Informationsgehalt führt. Mehr Vielfalt und Qualität in den Medien verbessern den politischen Prozess. Das begründet den gesellschaftlichen Wert einer begrenzten Medienförderung, welche nicht pauschal erfolgen sollte, sondern sich idealerweise am Informationsgehalt orientiert.

Investigativer Journalismus kann demokratische Kontrolle nur dann stärken, wenn er selbst Zugang zu Informationen hat. Deshalb müssen Transparenz und Wettbewerb auch auf der vorgelagerten Stufe gesichert sein. Das setzt Transparenzvorschriften und Berichtspflichten in der öffentlichen Verwaltung und Finanzkontrolle, bei Gerichten, Wettbewerbsbehörden und grossen Konzernen im Streubesitz voraus. Nur wenn kritische Medien selbst Zugang zu Informationen haben, können sie die Medienkonsumenten mit kritischen Informationen versorgen und ihre disziplinierende Wirkung auf den Politikbetrieb wie auf die Unternehmenskontrolle mächtiger Konzerne entfalten. Auch die Universitäten müssen die Ergebnisse der Forschung der Öffentlichkeit zugänglich machen, damit das neue Wissen Nutzen für die Allgemeinheit stiften kann. Da in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften unterschiedliche Konzepte miteinander konkurrieren und es keine allein gültige Wahrheit gibt, braucht es Wettbewerb zwischen Universitäten, unabhängigen (Wirtschafts-) Forschungsinstituten und privat finanzierten Think Tanks. Nur ein Wettbewerb der Ideen kann Einförmigkeit in der Berichterstattung bis hin zum Meinungsmonopol verhindern.

Unabhängige Medien und ein funktionierender Wettbewerb in der Berichterstattung sind die beste Garantie dafür, dass die Bürger Zugang zu unabhängigen Informationen haben, die sie für ihre Meinungsbildung brauchen. Je besser sie informiert sind, desto eher können sie Einfluss und Kontrolle auf die Politik ausüben. Wenn dagegen Oligarchen und politische Kräfte die Medien kapern, hat die Volkssouveränität ausgespielt. Dann kehrt sich die Kontrolle um: die Politik kontrolliert die Bürger. Nur mit freien und unabhängigen Medien werden die Bürger zum wahren Souverän.

2. IST MEHR DIREKTE DEMOKRATIE NOTWENDIG?

Die Presse, 28.12.2017

Die neue Regierung will die Politik näher an die Wähler heranführen. Schritt für Schritt will sie die direkte Demokratie ausbauen. Warum soll das notwendig sein? Kann mehr direkte Demokratie das Politikergebnis verbessern? Ist die direkt-demokratische Kultur der Schweiz übertragbar?

Die Politik handelt im Auftrag der Bürger. Welche Aufgaben in welchem Umfang der Staat übernehmen soll und wie diese zu finanzieren sind, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Am Ende gibt es nur eine Entscheidung. Wie können die Wähler sicher sein, dass die Politik tatsächlich im Interesse der grossen Mehrheit handelt?

Volksabstimmungen kommen auf mehrere Arten zustande, durch Bürgerinitiativen, wenn die Mindestquote für Unterschriften vorliegt, auf Beschluss der Regierung, und sie können sogar obligatorisch sein. Direkt-demokratische Rechte können die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Dabei sind die Initiativen auf Gesetzmässigkeit zu überprüfen. Sie dürfen z.B. nicht gegen Grundrechte und Minderheitenschutz verstossen.

In der Schweiz gibt es mehrere Abstimmungstermine im Jahr, bei denen neben nationalen Fragen eine Vielzahl von Vorhaben der Kantone und Gemeinden zur Abstimmung kommen. Die Angelegenheiten der Gemeinden sind am ehesten überschaubar und verständlich. Die nationalen Entscheide wie z.B. jüngst zu Unternehmenssteuerreform oder Masseneinwanderungsinitiative sind wesentlich komplexer oder weltanschaulich besonders strittig.

Kann direkte Demokratie dem Wählerwillen mehr Geltung verschaffen? Der Wettbewerb der Parteien treibt zwar die Politik tendenziell in die Mitte, wo die meisten Stimmen zu holen sind. Aber auch die repräsentative Demokratie ist anfällig für demagogische Bewegungen. Die Volksvertreter sind oft versucht, die eigene Klientel und einflussreiche Interessengruppen auf Kosten der grossen Mehrheit zu begünstigen. Initiativen können politische Entscheidungen korrigieren oder Anliegen zur Abstimmung brin-

gen, welche die Parteien nicht aufgreifen. Mitunter kann bereits die Androhung eines Referendums die Politik zu Korrekturen veranlassen. Abstimmungen können politische Blockaden auflösen, indem der Wähler ein Machtwort spricht.

Ein häufiger Einwand gegen direkte Demokratie ist die mangelnde Information der Wähler. Ein erschreckend geringes Verständnis der Abstimmungsvorlagen, eine hohe Mobilisierung von betroffenen Gruppen im Vergleich zur schweigenden Mehrheit, die emotionale Empfänglichkeit vieler Wähler für demagogische Argumente, und die Manipulation durch Interessensgruppen könnten den tatsächlichen Wählerwillen verfälschen.

Das Endresultat kann dennoch ein verlässliches Bild des Wählerwillens liefern, da die grosse Zahl der Stimmen die Zufälligkeiten individueller Wahlentscheidungen ausgleicht. Nicht alle Wähler sind gut informiert und gleich engagiert. Viele verlassen sich auf die Empfehlungen von Medien, Interessensvertretungen, Experten und Meinungsmachern, denen sie vertrauen. Qualität, Unabhängigkeit und Wettbewerb der Medien und die Vielfalt unabhängiger Experten und Meinungsmacher sind für das Funktionieren der direkten wie der repräsentativen Demokratie gleich entscheidend.

Der Einwand mangelnder Information wendet sich nicht nur gegen direkte, sondern gegen jegliche Form der Demokratie. Die Wähler können sich nicht ständig in ihren eigenen Interessen irren. Sollten einzelne Wahlergebnisse von Zufälligkeiten geprägt sein, dann spricht dies eher für mehr direkte Demokratie. Indem Sachfragen separat zur Abstimmung kommen, können die negativen Folgen eines manipulierten Wählerwillens auf einzelne Angelegenheiten begrenzt werden, anstatt das gesamte politische Programm über mehrere Jahre der Zufälligkeit einer einzigen Wahlentscheidung auszusetzen.

Direkte Demokratie kann die Ergebnisse der Politik verändern. Die Forschung zeigt, dass regelmässige Abstimmungen eher ausgaben- und steuersenkend wirken; dass sie tendenziell zu mehr Dezentralisierung führen, wo die Politik näher bei den Wählern ist; und dass sie die Finanzierung eher von allgemeinen Steuern auf Gebühren verlagert, damit die tatsächlichen Nutzer für die staatlichen Leistungen zahlen. Wenn es überhaupt verlässliche Auswirkungen auf das Wachstum gibt, dann sind diese eher positiv. Tendenziell führt direkte Demokratie zu weniger Verschuldung. Sie stärkt auch die Legitimation der Politik und fördert die Steuerehrlichkeit

und das Vertrauen in den Staat. Die Bürger stellen kaum in Frage, was sie selber entschieden haben.

In der Schweiz unterscheiden sich die Kantone und Gemeinden im Ausmass der direkten Demokratie. In vielen Gemeinden können die Wähler in Gemeindeversammlungen abstimmen. Ein beträchtlicher Teil kennt sogar obligatorische Abstimmungen über grössere Ausgaben- oder Steueränderungen. In anderen Gemeinden gibt es nur fakultative oder gar keine Abstimmungen. Es zeigt sich, dass in direkt-demokratisch organisierten Gemeinden Ausgaben und Steuern eher niedriger sind als in vergleichbaren Gemeinden mit wenig direkter Demokratie. Dieser Unterschied ist besonders gross in Kantonen, in denen der Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden schwach ausgeprägt ist. Demnach kann eine starke direkte Demokratie die Disziplin eines fehlenden Steuerwettbewerbs ausgleichen. Umgekehrt kann der fiskalische Wettbewerb teilweise einen Mangel an direkt-demokratischer Kontrolle kompensieren.

Das neue Regierungsprogramm setzt mehr auf eine Stärkung der bestehenden Möglichkeiten als auf einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Es bleibt weit unter den Möglichkeiten der direkten Demokratie. Das Beispiel Schweiz zeigt jedoch einige Herausforderungen. Die Kultur direkter Demokratie in der Schweiz hat sich von unten entwickelt, beginnend bei den Gemeinden und Kantonen. Und es geht regelmässig ums Geld! Wenn die Bürger über Politik abstimmen, kann nur was Vernünftiges rauskommen, wenn sie auch bezahlen müssen, was sie an Leistungen bestellen. Deshalb braucht es auch eine Föderalismusreform mit Kompetenzentflechtung, Dezentralisierung nach dem Subsidiaritätsprinzip, und einer Steuerautonomie der Gemeinden und Länder.

Direkte und repräsentative Demokratie haben spezifische Stärken und Schwächen. Kein System ist perfekt. Gerade deshalb bietet eine ausgewogene Mischung am ehesten Gewähr, dass die Politik nicht den Auftrag der Wähler aus dem Blick verliert. Diversifikation mindert das politische Risiko. Das spricht für mehr direkte Demokratie in Österreich, beginnend auf der Gemeinde- und Landesebene, wo die Politik weniger komplex und näher am Bürger ist, bis hinauf zu grundsätzlichen nationalen Angelegenheiten.

3. WIEVIEL DIREKTE DEMOKRATIE?

APA Science, Dossier Demokratie, 21.12.2017

Die Wähler übertragen der Politik die Erledigung der gemeinsamen Anliegen. Die Politik ist den Bürgern verantwortlich. Welche Aufgaben in welchem Umfang der Staat übernehmen soll und wie diese zu finanzieren sind, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Am Ende gibt es nur eine Entscheidung, die für alle gleich gilt. Wie können die Wähler sicher sein, dass die Politik tatsächlich im Interesse der grossen Mehrheit handelt?

Direkt-demokratische Rechte können die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Volksabstimmungen kommen auf mehrere Arten zustande, durch Bürgerinitiativen, wenn die Mindestquote für Unterschriften vorliegt, auf Beschluss der Regierung, und sie können sogar obligatorisch sein. Grundfragen der europäischen Integration werden oft per Volksabstimmung entschieden. Eine lebendige direkte Demokratie herrscht in der Schweiz und auch in vielen Bundesstaaten der U.S.A.

In der Schweiz gibt es mehrere Abstimmungstermine im Jahr, bei denen neben nationalen Fragen eine Vielzahl von Vorhaben der Kantone und Gemeinden zur Abstimmung kommen. Die Angelegenheiten der Gemeinden sind am ehesten überschaubar und verständlich. Die nationalen Entscheide wie z.B. jüngst zu Unternehmenssteuerreform oder Masseneinwanderungsinitiative sind in ihren Folgen wesentlich komplexer oder weltanschaulich besonders strittig.

Kann direkte Demokratie dem Wählerwillen mehr Geltung verschaffen? Der Wettbewerb der Parteien treibt zwar die Politik tendenziell in die Mitte, wo die meisten Stimmen zu holen sind. Aber auch die repräsentative Demokratie ist anfällig für demagogische Bewegungen. Die gewählten Volksvertreter sind oft versucht, die eigene Klientel und einflussreiche Interessengruppen auf Kosten der grossen Mehrheit zu begünstigen. Initiativen können politische Entscheidungen korrigieren oder Anliegen zur Abstimmung bringen, welche die Parteien nicht aufgreifen. Mitunter kann bereits die Androhung eines Referendums die Politik zu Korrekturen veranlassen. Abstimmungen können in einzelnen Fragen eine politische Blockade auflösen, indem der Wähler ein Machtwort spricht.

Ein häufiger Einwand gegen direkte Demokratie ist die mangelnde Information der Wähler. Ein erschreckend geringes Verständnis der Abstimmungsvorlagen, eine hohe Mobilisierung von betroffenen Gruppen im Vergleich zur schweigenden Mehrheit, die emotionale Empfänglichkeit vieler Wähler für demagogische Argumente, und die Manipulation durch einflussreiche Interessensgruppen könnten den tatsächlichen Wählerwillen verfälschen.

Das Endresultat kann dennoch ein verlässliches Bild des Wählerwillens liefern, da die grosse Zahl der Stimmen die Zufälligkeiten individueller Wahlentscheidungen ausgleicht. Nicht alle Wähler sind gut informiert. Viele verlassen sich auf die Empfehlungen von Medien, Interessensvertretungen, Experten und Meinungsmachern, denen sie vertrauen. Qualität, Unabhängigkeit und Wettbewerb der Medien und die Vielfalt unabhängiger Experten und Meinungsmacher sind für das Funktionieren der direkten wie der repräsentativen Demokratie gleichermassen entscheidend.

Der Einwand mangelnder Information wendet sich nicht nur gegen direkte Demokratie, sondern gegen jegliche Form der Demokratie. Die Wähler können sich nicht ständig in ihren eigenen Interessen irren. Sollten tatsächlich einzelne Wahlergebnisse von Zufälligkeiten geprägt sein, dann spricht dies eher für mehr direkte Demokratie. Indem mehrere Sachfragen separat zur Abstimmung kommen, können die negativen Folgen eines manipulierten Wählerwillens auf einzelne Sachfragen begrenzt werden, anstatt das gesamte politische Programm über mehrere Jahre der Zufälligkeit einer einzigen Wahlentscheidung auszusetzen.

Direkte Demokratie kann die Ergebnisse der Politik verändern. Die empirische Forschung zeigt, dass regelmässige Abstimmungen eher ausgaben- und steuersenkend wirken; dass sie tendenziell zu mehr Dezentralisierung führen, wo die Politik näher bei den Wählern ist; und dass sie die Finanzierung eher von allgemeinen Steuern auf Gebühren verlagert, wo die tatsächlichen Nutzer für die staatlichen Leistungen zahlen. Wenn es überhaupt verlässliche Auswirkungen auf das Wachstum gibt, dann sind diese eher positiv. Tendenziell führt direkte Demokratie zu weniger Verschuldung. Sie stärkt auch die Legitimation der Politik und fördert die Steuerehrlichkeit und das Vertrauen in den Staat.

Ob diese günstigen Wirkungen eintreten, dürfte sehr davon abhängen, ob die Wähler einen klaren Zusammenhang zwischen öffentlichen Leistungen

und ihrem Steuerpreis wahrnehmen. Deshalb passt direkte Demokratie zur Steuerautonomie von Ländern und Gemeinden. In der Schweiz unterscheiden sich die Gemeinden im Ausmass der direkten Demokratie. In vielen Gemeinden können die Wähler in Gemeindeversammlungen abstimmen. Ein beträchtlicher Teil kennt sogar obligatorische Abstimmungen über grössere Ausgaben- oder Steueränderungen. In anderen Gemeinden gibt es nur fakultative oder gar keine Abstimmungen. Es zeigt sich, dass in direktdemokratisch organisierten Gemeinden Ausgaben und Steuern eher niedriger sind als in vergleichbaren Gemeinden mit wenig direkter Demokratie. Dieser Unterscheid ist besonders gross in Kantonen, in denen der Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden schwach ausgeprägt ist. Demnach kann eine starke direkte Demokratie die fehlende Disziplin des Steuerwettbewerbs ausgleichen. Umgekehrt kann der fiskalische Wettbewerb teilweise einen Mangel an direkt-demokratischer Kontrolle kompensieren.

Direkte und repräsentative Demokratie haben spezifische Stärken und Schwächen. Kein System ist perfekt. Gerade deshalb bietet eine ausgewogene Mischung am ehesten Gewähr, dass die Politik nicht den Auftrag der Wähler aus dem Blick verliert. Diversifikation mindert das politische Risiko. Das spricht für mehr direkte Demokratie in Österreich, beginnend auf der Gemeinde- und Landesebene, wo die Politik weniger komplex und näher am Bürger ist, bis hinauf zu grundsätzlichen nationalen Angelegenheiten.

4. VIELE ANSPRÜCHE AN DIE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

NZZ, 23.06.2016

Unlängst hat die Universität St. Gallen zur Diskussion über die Volkswirtschaftslehre der Zukunft eingeladen. Der Beitrag „Volkswirtschaftslehre: Wunschzettel an die Ökonomie“ in der NZZ vom 26.5.2016 ist einseitig, weil er nur den Wunschzettel der externen Panel-Gäste widergibt.

Die Kritik, dass die Volkswirtschaftslehre (VWL) praxisfern sei, drückt ein tiefes Unverständnis über die Arbeitsteilung zwischen Universitäten, privaten Forschungsinstituten und der öffentlichen Verwaltung aus. Indem die Universitäten das Personal ausbilden, das methodische Rüstzeug entwickeln und die Theorie verbessern, erbringen sie kritische Vorleistungen, ohne die eine Forschung ausserhalb der Universitäten gar nicht möglich wäre.

Auch Universitäten betreiben Politikberatung. Dabei dürfen sie nicht ihre Kernaufgaben in Forschung und Lehre vernachlässigen! Gerade im Hinblick auf den sparsamen Einsatz der Steuergelder kann man die Praxisnähe übertreiben. Niemandem würde es einfallen, einen hochspezialisierten Herzchirurgen auf das Land zu schicken, weil es dort an praktischen Ärzten mangelt! Auch in der VWL gibt es Wissenschaftler, die in Grundlagenforschung und Lehre gebraucht werden, und jene, die aktive Beiträge zur Wirtschaftspolitik leisten.

Es fielen „deutliche Worte der SECO-Chefin“. Den universitären Arbeiten fehle meist „der praktische Bezug, die konkrete Anwendbarkeit“. Das SECO habe sogar selber eine Metastudie ausarbeiten müssen, „weil eine Anfrage bei heimischen Universitäten … auf taube Ohren stiess“. Sind denn die SECO Ökonomen nicht dazu da, ihre universitäre Ausbildung zu nutzen und mit solchen Studien Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten? Die Universitäten haben schon viele Gutachten beigesteuert. Sollte eine Anfrage auf taube Ohren stossen, dann wird das einen Grund haben. Vielleicht war das Budget zu gering, der Termin zu kurzfristig und ein Aufschub in Lehre und Forschung nicht möglich? Bevor man fehlendes Praxisinteresse der VWL kritisiert, sollte man an die privaten Institute denken,

die sich ganz auf Auftragsforschung spezialisiert haben und keine Ressourcen von Grundlagenforschung und Lehre abzweigen müssen.
Ein häufiger Vorwurf lautet, dass die Ökonomie „durch die Nahtoderfahrung des globalen Finanzsystems ebenso überrascht wurde wie der Nichtökonom auf den Zuschauerrängen“. In der Tat, die Ökonomie kann feststellen, dass sich Gefahren aufbauen und die Wahrscheinlichkeit einer Krise steigt, aber wann genau die Stimmung kippt und die Krise zuschlägt, ist wirklich nicht vorherzusehen. Zwei Jahre vor der Finanzkrise 2008 hat der Nobelpreisträger Jean Tirole ein Lehrbuch verfasst, welches die Ergebnisse jahrzehntelanger Forschung zusammenfasst. Da steht so ziemlich alles drin, was eine Finanzkrise auslöst und eskalieren lässt. Man frägt sich, ob das in Politik, Wirtschaft und aktualitätsbesessenen Medien je jemanden interessiert hat, so lange die Wirtschaft gut lief.

Es ist wie in der Medizin: sie kann Risikofaktoren identifizieren, die das Auftreten von Epidemien begünstigen, aber sie ist jedes Mal überrascht, wenn eine Epidemie tatsächlich ausbricht. Danach startet die Forschungsmaschine durch. Auch die Ökonomie hat nach der Finanzkrise ein unglaubliches Forschungsprogramm gestartet, um noch besser zu verstehen, wie das Finanzmarktgeschehen Krisen verschärfen kann und wie man die regulatorischen Leitplanken anpassen muss, damit dasselbe Unglück sich nicht wiederholt. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung makroökonomischer Modelle, um die beidseitige Beeinflussung von Real- und Finanzwirtschaft besser abzubilden.

Völlig abwegig ist die Behauptung „Wandel findet in den Lehrbüchern nicht statt“. Es gibt mehr Lehrbücher über das Finanzsystem und Finanzkrisen, als die Studierenden je verdauen können! Man hat „in den ökonomischen Modellen den Einfluss von Innovation“ vermisst und in der Hitze des Gefechts übersehen, dass schon seit Jahrzehnten eine wahre Flut von Forschungsarbeiten erscheint, die das Wachstum mit den F&E-Investitionen der Unternehmen erklären. Jeder Student der VWL muss heute wissen, wie Innovation das Wachstum antreibt und was die empirischen Fakten sind. Wann haben die Kritiker und Journalisten, die so griffig zuspitzen können, zuletzt einen Blick in ein Lehrbuch der VWL gewagt?

Es herrscht weltweiter Wettbewerb um Reputation, Spitzenforscher und Studierenden-Talente. Da ist wirklich niemandem in der Schweiz gedient, wenn die Wissenschaftler an den Universitäten vor lauter Praxisrelevanz den Anschluss an die internationale Spitzenforschung verpassen und ihre

Studierenden bei den attraktiven Jobs sich hinten anstellen müssen, weil für eine kompetitive forschungsnahe Ausbildung zu wenig Zeit bleibt. Jede Universität muss sich in Forschung, Lehre und dem richtigen Ausmass an Praxisrelevanz bewähren.

5. EIN PLÄDOYER FÜR UNABHÄNGIGE FORSCHUNGSINSTITUTE

Der Standard, 06.04.2016

Die Bürger wählen Politiker, um die gemeinsamen Anliegen zu organisieren. Die Forschungsinstitute evaluieren und beraten und die Medien informieren die Öffentlichkeit. Bei der nächsten Wahl werden Politiker und Parteien bestätigt oder abgewählt. Ähnlich wie die Manager in grossen Konzernen haben auch Politiker und Forschungsinstitute Eigeninteressen und handeln bei weitem nicht nur im Interesse der Öffentlichkeit oder der Geldgeber. Sie haben Informationsvorteile und können leicht Entscheidungen zum eigenen Vorteil rechtfertigen. Damit geraten die Interessen der Bürger und Geldgeber in Gefahr.

Die Forschungsinstitute spielen eine wichtige Rolle. Sie beraten die Politik und geben sich ein Arbeitsprogramm, um Lösungen für Politikprobleme zu erarbeiten. Sie informieren über die Medien oder treten mit Vorträgen und Debatten an die Öffentlichkeit heran. Der grösste Einfluss entsteht nicht in höflichen Ministergesprächen, sondern in der Information der Öffentlichkeit. Auf nichts reagiert die Politik so sehr wie auf die öffentliche Meinung. Die Forschung zeigt, dass in Ländern mit unabhängigen, kritischen und wettbewerblichen Medien die Amtsdauer von Politikern kürzer, die Korruption geringer, die Chance auf Reformen höher, und selbst in grossen Konzernen die Managergehälter weniger überrissen und die Investitionen werthaltiger sind.

Die Forschungsinstitute analysieren und evaluieren, die Medien berichten über die Ergebnisse und diskutieren, die Politik schielt auf die Wähler und reagiert auf die Berichterstattung, und die Öffentlichkeit wählt und trifft Richtungsentscheidungen. Damit dieser Prozess der politischen Kontrolle gut funktionieren kann, braucht es Unabhängigkeit und Wettbewerb.

Niemand bezweifelt, dass Justiz, Wissenschaft, Medien und die Notenbank unabhängig sein müssen. Auch die Forschungsinstitute sollen unabhängig sein. Die Wähler, die mit ihren Steuern die Grundfinanzierung geben, benötigen für ihre Meinungsbildung unabhängige Einschätzungen, nicht ein Sprachrohr der Regierung. Die Unabhängigkeit ist bedroht, wenn

die Ministerien und die OeNB, deren Politik die Institute kritisch evaluieren sollen, auch über die Finanzierung entscheiden. Welche Probleme bei mangelnder Unabhängigkeit drohen, zeigt ein Blick auf die Medien in Italien, die von wenigen privaten Geldgebern wie Berlusconi kontrolliert werden.

Unabhängigkeit braucht Kontrolle. Die Institute mit staatlicher Finanzierung müssen evaluiert werden, ob sie ihren Auftrag im Interesse der Öffentlichkeit erfüllen. Eine unabhängige Evaluation fand zuletzt vor 15 Jahren statt. Seither haben die Institute ihre eigene Evaluation organisiert. Selbstevaluation dient jedoch den Eigeninteressen und der Selbstrechtfertigung.

Spitzenleistungen in Sport, Kultur und Wissenschaft entstehen durch weltweiten Wettbewerb. In der Wirtschaft ist der Wettbewerb der Antrieb für Innovation. Es darf keine Bevorzugung etablierter Anbieter geben, Marktzutritt muss jederzeit möglich sein. Mit einem „Too-Big-To-Fail" kann der Wettbewerb nicht funktionieren. Das gilt auch für die Forschungsinstitute. Es braucht wenigstens zwei, die im Hinblick auf Wettbewerbsneutralität mit gleicher Grundfinanzierung ausgestattet sind. In Österreich wird eine zunehmende Ideologisierung der Debatte beklagt. Daher wäre Meinungsvielfalt durch Wettbewerb anstatt Meinungsdominanz durch einen bevorzugten Anbieter gefragt.

Die Forderung ist, die Finanzierung der Forschungsinstitute von den Ministerien und der OeNB dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) zu übertragen. Der FWF ist die einzige Institution, die über die nötige Expertise verfügt und laufend Forschung evaluiert. Der FWF sollte nach den Grundsätzen öffentlicher Auftragsvergabe die Leistungen von wenigstens zwei Instituten mit gleicher Grundfinanzierung ausschreiben. Die Ausschreibung definiert einen Leistungsauftrag mit klaren Kriterien der Evaluation wie z.B. Qualität der Politikberatung, Information der Öffentlichkeit, wissenschaftlicher Publikationserfolg, Vernetzung mit den Universitäten, Beitrag zum Wissenstransfer in die wirtschaftspolitische Praxis und Bereitstellung von Daten für die Grundlagenforschung.

Nach jeweils fünf Jahren erfolgt eine unabhängige Evaluation und neue Ausschreibung. Auch die grossen Institute müssen prinzipiell ersetzbar sein, wenn die Leistung nicht stimmt. Damit es keine unsinkbaren Schiffe gibt und bei der Ausschreibung der Wettbewerb spielen kann, sollte vorher

eine zeitlich begrenzte Anschubfinanzierung für Start-ups ausgeschrieben werden. Eine solche Reform würde die Leistung steigern, Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit von der Politik gewährleisten, Meinungsvielfalt anstatt Meinungsdominanz fördern, und den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme nutzen.

6. WETTBEWERB FÖRDERT AUCH DIE WIRTSCHAFTSFORSCHER

Der Standard, 20.04.2016

In seinem Kommentar vom 10.4. äussert sich Stefan Schiman, Makroökonom am WIFO, zum Wettbewerb der Wirtschaftsforschungsinstitute und meinen Vorschlägen zu einem neuen Finanzierungsmodell. Die Argumente sind zwar als Selbstrechtfertigung des WIFO verständlich, ökonomisch betrachtet aber eher zweifelhaft.

Zunächst hebt Schiman die Stärken des WIFO im Hinblick auf Meinungs- und Methodenvielfalt, flache Hierarchien und Geschlossenheit nach aussen hervor. Ich selbst habe das WIFO weder erwähnt noch kritisiert. Wenn aber das WIFO so stark ist, warum hat er Bedenken gegen meinen Vorschlag, dass die Finanzierung der Forschungsinstitute an eine Evaluation durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) geknüpft wird? Warum soll denn das WIFO nicht mit dem Gütesiegel „vom FWF evaluiert und für gut befunden“ sein Ansehen steigern können?

Schiman bezeichnet das Argument vom „angeblich geringen Wettbewerb“ als falsch, weil zuletzt neue Institute gegründet wurden. Offensichtlich meint er, dass es genug Konkurrenz gibt. Aber das hat man noch von jedem Unternehmen gehört, das seine Geschäfte vor der Konkurrenz schützen will. Der Einwand ist umso erstaunlicher, als kleine Institute über keine staatliche Grundfinanzierung verfügen und der Wettbewerb wohl kaum gleichwertig sein kann.

Eine staatliche Grundfinanzierung kann nicht bedingungslos sein. Daher sollte die Qualität der Arbeit vom FWF beurteilt werden, dessen Kerngeschäft die Evaluation der Forschung ist. Eine Evaluation ohne Konsequenzen ist sinnlos. Eine Grundfinanzierung kann es nur mit positivem Ergebnis geben. Ist das Urteil negativ und scheidet ein Institut aus, muss ein anderer Konkurrent nachrücken, damit nicht ein Monopolist übrig bleibt. Daher habe ich eine zeitlich befristete Anschubfinanzierung für kleine Institute per Ausschreibung vorgeschlagen.

Schiman wirft mir Eigeninteresse vor, ich wolle auf diese Weise die von mir initiierte Neugründung des Wirtschaftspolitischen Zentrums (WPZ) finanzieren. Selbstverständlich würde sich das WPZ um eine Anschubfinanzierung bewerben! Aber wo ist das Problem? Wenn das WPZ die Ausschreibung nicht gewinnt, fliesst kein Euro an Steuergeld. Wenn aber doch, dann ist es nur ein Beispiel dafür, dass innovative Startups eine Quelle von Innovation und Fortschritt sind. Die Marktführer wissen jedoch, dass sie im Wettbewerb nur so gut sein müssen wie die nächst besten Konkurrenten. Möglicherweise hält Schiman auch deshalb nichts von einer Anschubfinanzierung für neue Institute.

Mein Vorschlag sieht zwei vom FWF grundfinanzierte Institute vor, die nach Ausschreibung eine Finanzierung für fünf Jahre erhalten, die nach positiver Evaluation wieder verlängert wird. Bei negativem Ergebnis kommt ein neues Institut zum Zug. Warum der Unabhängigkeit der Forschungsinstitute mit der derzeitigen Finanzierung durch die Ministerien, Sozialpartner und OeNB besser gedient sei als bei einer gleichen Finanzierung durch einen unabhängigen Fonds wie dem FWF, ist mir völlig schleierhaft. Schiman fürchtet, dass eine wettbewerblich organisierte Grundfinanzierung die Stabilität der Institute gefährden würde. Ich finde es jedoch abwegig zu behaupten, dass der FWF „mal hier, mal da“ Grundfinanzierungen vergeben würde.

Man kann Schiman durch einen Verweis auf die gelebte Praxis in Deutschland beruhigen. Dort beaufsichtigt die unabhängige Leibnizgemeinschaft die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute und gibt nach strenger wissenschaftlicher Evaluation für jeweils sieben Jahre eine Grundfinanzierung. Einzelne Institute mussten ausscheiden und auf die Grundfinanzierung verzichten, andere sind dazu gestossen. Viel wichtiger ist der Aufschwung der Institute, die ihre Grundfinanzierung regelmässig verlängern konnten, und diese mit wettbewerblichen Drittmitteln kräftig ergänzen. Dort gibt es weder einen Mangel im „Wettbewerb um inhaltliche Standpunkte“ noch ein „mal hier, mal da“ an Grundfinanzierung, sondern einen Höhenflug der fünf Forschungsinstitute, deren Ideen und Leistungen inzwischen auch in Österreich ziemlich stark nachgefragt werden.

Das Buch formuliert ein wirtschaftspolitisches Leitbild und entwickelt Antworten auf die grossen Fragen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Wie kann die Wirtschaft mit Bildung und Innovation im weltweiten Wettbewerb erfolgreich sein? Was ist der richtige Kompromiss zwischen hohen Einkommen, Sicherheit und Lebensqualität? Wie gelingt es, den Sozialstaat mit nachhaltigem Wachstum zu versöhnen? Soll der Staat auf mehr Umverteilung im Nachhinein oder vorbeugend auf Chancengleichheit und sozialen Aufstieg setzen? Wie sichern wir die wirtschaftlichen Möglichkeiten der nachfolgenden Generationen?

Christian Keuschnigg ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums WPZ.

www.wpz-fgn.com

Lit
www.lit-verlag.ch

978-3-643-80317-7
9 783643 803177